Donnerstag, 29. November 1984 - D * * *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 — Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 280 - 48.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Umwelt: Bundesinnenminister Zimmermann sieht im Umweltschutz das „dringendste innenpolitische Anliegen". Im Bundestag erklärte er, bei der EG-Konferenz über umweltfreundliche Autos werde er sich in dieser Frage „unverrückbar verhalten". (S. 4)

IG Bergbau: Mit nur einer Gegenstimme wurde der Gewerkschaftsvorsitzende Adolf Schmidt auf dem Kongreß seiner Organisation in Dortmund im Amt bestätigt. Er will nächstes Jahr sein Amt niederlegen.

Breit bei Kohl: Die vom DGB als „Kriegserklärung" betrachteten Pläne der Bonner Regierung zur Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes waren Thema eines Treffens zwischen Kanzler Kohl und DGB-Chef Breit in Bonn. Beide Seiten vereinbarten eine Fortsetzung ihres Dialogs. (S. 10)

Flucht: Ein 30jähriger Kaufmann und seine 21jährige Frau aus der „DDR" konnten unverletzt über die Sperranlagen nach Niedersachsen flüchten.

Chile: Auslandskorrespondenten und einheimischen Journalisten, die für internationale Nachrichtenagenturen arbeiten, ist von der Militärregierung die Akkreditierung entzogen worden. Sie müssen sich jetzt bei der zuständigen Behörde melden, die über ihre Situation entscheiden wird.

Arbeitsmarkt: Die Zahl der Arbeitslosen wird im kommenden Mai erstmals wieder unter die Zwei-Millionen-Marke sinken, sagt das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) voraus. Im Durchschnitt des Jahres 1985 werde sie bei 2,1 Millionen liegen. (S. 11)

Speidel: General a. D. Hans Speidel, Offizier im Ersten und Zweiten Weltkrieg und nach dem Beitritt der Bundesrepublik zur NATO erster Oberbefehlshaber der alliierten Landstreitkräfte in Mitteleuropa, starb im Alter von 88 Jahren. (S. 4)

Nukem: Hessens Wirtschaftsminister hat die erste Teilerrichtungsgenehmigung für den Neubau der Uranverarbeitungsanlage der Hanauer Firma Nukem erteilt.

Verkehrsabgaben: Bern will die schweizerisch-deutsche Vereinbarung über Kraftfahrzeug-Steuer von 1928 nicht aufkündigen, hält aber an der Einführung von Verkehrsabgaben fest. (S. 10)

Medien: Nach Niedersachsen, Bayern und Schleswig-Holstein hat nun auch das Saarland ein Rundfunkgesetz verabschiedet, das die Zulassung von Privatfunk ermöglicht.

Heute: Kohl und Genscher nach Washington. – Unterzeichnung des argentinisch-chilenischen Beagle-Abkommens.

ZITAT DES TAGES



„Wir können nicht den Trägern des DDR-Regimes zuliebe daran mitwirken, die Mauer aus Stein durch eine rechtliche Fesselung der DDR-Staatsbürger zu ersetzen"

Der 1978 aus der „DDR" in die Bundesrepublik gekommene Rechtswissenschaftler Professor Wolfgang Seiffert zur Diskussion um die „DDR"-Staatsbürgerschaft (S. 4) FOTO: CHRISTA KUJATH

WIRTSCHAFT

Ausfuhren: Das Exportwachstum in der Bundesrepublik festigt sich wieder und wird im laufenden Jahr voraussichtlich eine Steigerungsrate von acht Prozent gegenüber 1983 erreichen, stellt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung fest.

Agrarmarkt: Noch 260 000 Kühe müssen nach Bonner Schätzungen bis März 1985 in der Bundesrepublik geschlachtet werden, um die von der EG beschlossene Verringerung der Milchanlieferungen im Wirtschaftsjahr 1984/85 zu erreichen.

Hannover Messe: Die größte Industrieschau der Welt präsentiert sich ab 1986 zweigeteilt. Aufgrund der großen Nachfrage nach Standplätzen wird der Messesektor CeBIT (Büro und Kommunikation) als selbständige Veranstaltung einen Monat vor der eigentlichen Messe stattfinden. (S. 11)

Börse: Nach anfänglichen Gewinnen bröckelten die Kurse im weiteren Verlauf ab. WELT-Aktienindex 159,0 (158,3). Der Rentenmarkt notierte freundlich. BHF-Index 102,685 (102,574). Performance-Index 111,718 (111,566). Dollar-Mittelkurs 3,0768 (3,0535) Mark. Goldpreis je Feinunze 329,00 (332,90) Dollar.

KULTUR

Löwenstein gestorben: Der Politiker, Historiker, Schriftsteller und Journalist Hubertus Prinz zu Löwenstein erlag im Alter von 78 Jahren in Bonn einem Herzversagen. Löwenstein war seit 1973 Präsident des Freien Deutschen Autorenverbands. (S. 4)

Friedrich List: Eine gründliche Biographie des großen deutschen Nationalökonomen Friedrich List, der in Deutschland so gut wie vergessen ist, hat der britische Historiker Henderson vorgelegt. List galt als der erste Visionär eines vereinten Europa. (S. 19)

SPORT

Schach: Die deutschen Damen errangen bei der Olympiade im griechischen Saloniki gegen Mannschafts-Weltmeister UdSSR ein überraschendes Unentschieden (1,5:1,5).

Fußball: Durch einen 5:0-Sieg über Polen in Iserlohn qualifizierte sich die deutsche Junioren-Nationalmannschaft für die Endrunde um die Europameisterschaft.

AUS ALLER WELT

Lords lenken ein: Von Januar 1985 an dürfen erstmals in der britischen Parlamentsgeschichte Sitzungen des traditionsreichen House of Lords live vom Fernsehen übertragen werden. (S. 20)

Hofgarten: Großdemonstrationen auf dem Bonner Hofgarten und die damit einhergehende Verwüstung könnten bald der Vergangenheit angehören. Nach einem von der Bonner Universität als Grundstücksbesitzer angeforderten Gutachten sind solche Veranstaltungen auf dem Gelände rechtlich unzulässig. (S. 3)

Wetter: Im Norden unbeständig, sonst heiter. 8 bis 11 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Stahl-Konflikt: Die EG droht den USA mit Gegenmaßnahmen

Importstopp für Röhren „protektionistisch und diskriminierend"

WILHELM HADLER/DW. Brüssel

Mit einem Importstopp für Stahlröhren aus EG-Ländern hat die US-Regierung die amerikanisch-europäischen Beziehungen atmosphärisch belastet. Die Gemeinschaft reagierte besorgt und drohte gestern mit handelspolitischen Gegenmaßnahmen. Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann: „Die einseitigen amerikanischen Maßnahmen entsprechen nicht dem Geist des Freihandels, dem sich die Industrieländer des Westens verpflichtet fühlen."

Die EG-Außenminister kündigten einen aus dem Jahre 1982 stammenden Briefwechsel auf, in dem sich die EG zur Mäßigung ihrer Röhrenexporte verpflichtet hatte. Die EG-Kommission soll noch in dieser Woche die Ermächtigung erhalten, formelle Konsultationen im Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (Gatt) zu beantragen.

Vor der Presse bezeichnete der zuständige EG-Vizepräsident Etienne Davignon die US-Entscheidung als protektionistisch und für die Gemeinschaft diskriminierend. Es stelle sich die Frage, ob es sich dabei nicht zum Teil um eine bewußte amerikanische Konfliktstrategie handele.

Davignon hatte mit dem Handelsbeauftragten Präsident Reagans, William Brock, Gespräche über ein Röhrenabkommen geführt. Dabei war nach seinen Angaben Übereinstimmung darüber erzielt worden, daß beide ihren Auftraggebern einen zwischen ihnen ausgehandelten Kompromiß zur Annahme empfehlen sollten. *Die EG wollte sich bereit erklären*, ihren stark gestiegenen Export in den kommenden zwei Jahren auf einen Marktanteil von 7,6 Prozent zurückzuführen. Gegenwärtig liefert die Gemeinschaft 14,6 Prozent des amerikanischen Bedarfs. Während Davignon sich im Ministerrat durchsetzen konnte, gelang es Brock jedoch nicht, die Zustimmung seiner Regierung zu erreichen. Es sei besorgniserregend, kommentierte jetzt Davignon, daß die US-Administration lieber den Forderungen der Industrie folge, als ein Abkommen mit ihren europäischen Handelspartnern abzuschließen.

Washington beruft sich auf den Briefwechsel, der im Zusammenhang mit einem Selbstbeschränkungsabkommen für Massenstahl vereinbart worden war. Die EG hatte sich darin zu einer vorsichtigen Exportpolitik bei Stahlröhren bereit erklärt und für den Fall einer Überschreitung des damaligen Marktanteils von 5,9 Prozent Konsultationen angeboten. Während die US-Regierung diese Schwelle als strikte Obergrenze versteht, fühlt sich die EG nicht an einen bestimmten Marktanteil gebunden. Sie erkennt zwar an, daß die europäischen Exporte stärker gestiegen sind, als dies vorgesehen war, hält jedoch eine strikte Mengenbeschränkung schon deshalb für unzumutbar, weil die internationale Handelskommission der USA auf Klagen eines großen Stahlwerks selbst festgestellt hat, daß durch die europäischen Lieferungen keine Schädigung der amerikanischen Industrie eingetreten sei.

Washington will durchsetzen, daß die EG nicht mehr als 5,9 Prozent des amerikanischen Marktes versorgt. Da diese Schwelle für 1984 bereits überschritten wurde, verfügten die Amerikaner bis zum Jahresende einen totalen Importstopp.

DER KOMMENTAR

Gefährliches Gerede

ENNO v. LOEWENSTERN

Professor Wolfgang Seiffert hat den Unterschied zwischen „Anerkennung" und „Respektierung" im Umgang mit der „DDR" durchaus einleuchtend dargestellt: Wir bestehen darauf, daß es nur eine deutsche Staatsbürgerschaft gibt, aber wir ziehen beispielsweise Angehörige der „DDR"-Vertretung in Bonn nicht zum Wehrdienst oder zur Einkommensteuer heran. Das ist die Praxis seit eh und je; warum also taucht immer wieder im linken Spektrum der Politik die Forderung auf, „die DDR-Staatsbürgerschaft zu respektieren"?

Weil es nach wie vor politische Kräfte gibt, die sich einbilden, daß Respekt-Bezeugungen an östliche Regierungen etwas nützen. Der Ruf nach „Respektierung" einer Honecker-Staatsbürgerschaft soll offenbar erstens den Menschen in der Zone suggerieren, wir hielten dieselbe doch für so etwas wie einen respektablen Staat und sie sollten sich gefälligst dareinfinden. Hilfsweise soll er ihnen auch suggerieren, daß wir fliehende „DDR-Bürger" als solche einstufen und zumindest von unseren diplomatischen Vertretungen als „Ausländer" abweisen. Dahinter steht die Vorstellung, die schon die ersten Konzessionen der Ostverträge inspirierte: Wir seien den Diktaturen „Stabilisierung" schuldig, und wenn wir nur alles geben, was die verlangen, dann sind sie zufrieden und werden keine neuen Forderungen stellen, sondern Entspannung, gute Nachbarschaft und menschliche Erleichterungen veranstalten.

Wir würden unsere deutschen Mitbürger für ein Linsengericht verkaufen, und unser Vaterland dazu, denn eine über den bloßen modus vivendi hinausgehende „Respektierung" liefe natürlich darauf hinaus, daß die deutsche Einheit aufgegeben und die „DDR" als ein Ausland eingestuft wird, in dem der Anspruch der Menschen auf Freiheit und Selbstbestimmung uns nicht mehr angeht als der in Rußland oder Zentralafrika – und womöglich weniger als in Südafrika.

Was würden wir damit einhandeln? Honecker würde nicht mehr Erleichterungen gewähren, als es sie derzeit gibt, schon weil er aus der Raison seines Regimes sich nicht mehr leisten kann. Die Menschen würden sich nicht besser und williger in die Unterdrückung fügen. Aber die Verachtung, die uns träfe – und nicht nur von unseren Landsleuten! –, die könnten wir nicht ertragen. Es wird Zeit, daß mit dem Respektierungsgerede Schluß gemacht wird. Mit unseren Landsleuten gäben wir uns selber auf.

USA wollen Terror im Keim ersticken

Washington verstärkt Wachsamkeit im Mittelmeerraum / „Vorbeugende Schläge" einkalkuliert

D. SCHULZ/DW. Washington

Die USA wollen zum Schutz ihrer Bürger und ihrer Einrichtungen im Ausland die vorbeugende Terrorismusbekämpfung verstärken. Vertreter des US-Außenministeriums haben sich erneut dafür ausgesprochen, „in bestimmten Fällen" Vergeltungsschläge gegen Terroristen auszuführen, dabei müßten auch vorbeugende Aktionen in Betracht gezogen werden. Der Leiter des Büros zur Bekämpfung des Terrorismus im Außenministerium, Robert Oakley, sagte, es gehe darum, „in geschlossener politischer Übereinstimmung in bestimmten Fällen zurückzuschlagen, wenn wir Anschläge nicht verhindern können".

Vor diesem Hintergrund hat die US-Marine im Mittelmeer neue Vorkehrungen getroffen, um für den Fall gerüstet zu sein, daß Vergeltungsangriffe gegen „Terroristennester" im Nahen Osten geflogen werden müßten. Der zur 6. Flotte gehörende US-Flugzeugträger „Eisenhower" hat zu diesem Zweck ein halbes Dutzend speziell ausgerüsteter Kampfbomber an Bord. Er kreuzt entgegen der sonstigen Übung ausschließlich im östlichen Teil des Mittelmeeres. Dies ist am selben Tag bekanntgeworden, an dem die italienische Polizei in Rom von der Zerschlagung eines Terroristenrings berichtete, der einen Anschlag auf die US-Botschaft in der italienischen Hauptstadt geplant haben soll.

In einem Bericht der „Washington Post" heißt es zusätzlich zu den Äußerungen von Oakley, die Führung *der US-Streitkräfte lege in jüngster* Zeit bei der Ausbildung und Belehrung der amerikanischen Soldaten größeres Gewicht auf die Terroristenbekämpfung. Vor allem die Kriegsmarine und die in Übersee stationierte Marineinfanterie – die auch das Personal für die Sicherung der amerikanischen Auslandsvertretungen stellt – sind verstärkt auf einen möglichen Einsatz gegen Terroristen vorbereitet worden. Inzwischen hat auch der Kommandant der Marines, General Kelley, zusätzliche Finanzmittel für die Erprobung von Waffen und Geräten zur Terroristenabwehr beantragt. Die Marineinfanterie hatte ihre bisher größten Verluste durch Terroristenanschläge in Libanon erlitten: Dort waren bei mehreren Bombenanschlägen mehr als 300 Marines ums Leben gekommen. Insgesamt wird in Washington eine „neue Strategie" zur Abwehr des Terrorismus gefordert.

Aus allen Andeutungen und Anträgen geht inzwischen zweifelsfrei hervor, daß die Reagan-Regierung entschlossen ist, neue Anschläge auf amerikanische Einrichtungen mit *massiven Gegenschlägen zu* beantworten. Aus taktischen Gründen bleibt im dunkeln, wie dies im einzelnen aussehen könnte. Schwierigkeiten bereitet jedoch immer noch die Beschaffung zuverlässiger Informationen über den Aufenthaltsort vermuteter – zumeist arabischer oder iranischer – Terroristen. In Washington verdichtet sich der Eindruck, daß sich die Administration das Beispiel der Israelis zum Vorbild nimmt, vermutete „Terroristennester" auch dann anzugreifen, wenn man nicht sicher ist, ob die damit versuchte Vergeltung für Anschläge auch den Richtigen trifft.

Arafat bleibt: Taktik war erfolgreich

DW. Amman

Mit taktischem Geschick hat es PLO-Chef Yassir Arafat verstanden, auf der Sitzung des Palästinensischen Nationalrates in Amman in seinem Amt als Vorsitzender der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) bestätigt zu werden. Noch am Dienstag abend hatte der 55 Jahre alte Arafat, der dem PLO-Exekutiv-Komitee seit 14 Jahren vorsteht, nach heftiger Kritik an seiner Amtsführung mitgeteilt, er wolle zurücktreten. Gestern jedoch wurde er im Nationalrat von seinen Anhänger zum Rednerpodium getragen, während die Delegierten in Sprechchören „Bleiben, bleiben" riefen. Diese Ovationen nahm Arafat zum Anlaß, dem Nationalrat zu sagen, nun sei es auch seine Pflicht zu bleiben. Er beuge sich dem Willen der Versammlung. Nur die „Vertretung des palästinensischen Volkes" könne entscheiden, ob *er bleiben oder gehen solle. Diese* Entscheidung sei nun gefallen.

Das Verhalten des bisherigen PLO-Chefs war vom staatlichen syrischen Rundfunk als ein „Arafat-Theater" bezeichnet worden. In Damaskus war bereits vor der Sitzung des Palästinensischen Nationalrates vorhergesagt worden, daß Arafat „seinen Rücktritt theatralisch anbieten und sich vom Nationalrat anflehen lassen" werde, im Amt zu bleiben. Syrien unterstützt jene Palästinensergruppen, die den Sturz Arafats betreiben, weil seine politische Linie darauf abzielt, gegenüber Israel einen gemäßigteren Kurs einzuschlagen.

Seite 2: „Rücktritt" inszeniert

Krankenkassen: Bald Beitrag von 15 Prozent

PETER JENTSCH, Bonn

Die Beitragssätze der gesetzlichen Krankenversicherung werden nach Auffassung des Vorsitzenden des Verbandes der Angestellten-Krankenkassen (VdAK), Karl Kaula, „binnen kurzem die 15-Prozent-Marke erreicht haben", wenn es nicht zu einer drastischen Senkung der Ausgaben kommt. Vor der Mitgliederversammlung seines Verbandes gestern in Hannover machte Kaula aber deutlich, daß er zur Zeit keine Chance für eine Kostensenkung sehe, da die Kostendämpfungspolitik – etwa in Form der geplanten Reform der Krankenhausfinanzierung – gescheitert sei. Daraus erwachse die Gefahr, daß die Soziallasten nicht nur „das Ende der Sozialpolitik in der Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherung signalisieren, sondern auch eine drastische Arbeitsplatzvernichtung über die Lohnnebenkosten".

Der zwischen Bund und Ländern erzielte Kompromiß über die Novellierung des Krankenhaus-Finanzierungsgesetzes verschaffe den Kassen „kein geeignetes Instrumentarium zur Kostendämpfung im Krankenhaus und zum Abbau der Überkapazitäten in der stationären Versorgung". Es sei vielmehr zu befürchten, daß jetzt eine „kostenmäßige Disziplinierung der anderen Leistungserbringer immer schwieriger" werde, betonte Kaula. Bundeskanzler Kohl warf er in diesem *Zusammenhang* „*mangelnde* Unterstützung" seines Arbeitsministers vor. Er wandte sich zugleich gegen staatlichen Dirigismus oder eine „Privatisierung des Gesundheitsrisikos" durch Selbstbeteiligung.

Der Bonner Steuerstreit schwelt weiter

Neuer Vorschlag aus der FDP: Höhere Entlastung für Bezieher niedriger Einkommen

HEINZ HECK, Bonn

Der Koalitionsstreit über einen Ersatz für die verfassungswidrige Zwangsanleihe wird mindestens bis zur nächsten Woche andauern. Ein etwa zweistündiges Koalitionsgespräch unter Vorsitz des Bundeskanzlers hat gestern noch nicht zu einer Einigung auf ein alle Koalitionspartner befriedigendes Modell geführt. Für die nächste Woche wurde ein weiteres Treffen vereinbart, an dem voraussichtlich auch CSU-Chef Strauß teilnehmen wird. Allerdings bestand *Einigkeit in der Koalition*, daß eine Ergänzungsabgabe für Besserverdienende abgelehnt wird.

Bis zum nächsten Koalitionsgespräch wird die siebenköpfige Kommission unter Vorsitz von Finanzminister Gerhard Stoltenberg ihre Arbeit fortsetzen und Arbeitsaufträge erledigen, nachdem auch hier in der Nacht auf Mittwoch keine Einigung auf einen bestimmten Vorschlag hatte erzielt werden können. Zwei Lösungsansätze zeichnen sich ab:

– Die um zwei Jahre auf 1988 verschobene Entlastung für Bezieher von zu versteuernden Jahreseinkommen ab 50 000/100 000 Mark. (Ledige/Verheiratete). Der bisher geltende Steuertarif würde also von dieser Einkommensgrenze an nicht nur bis 1985, sondern bis 1987 beibehalten. Diese Verzögerung führte für Bund, Länder und Gemeinden zu Mehreinnahmen von je etwa 700 Millionen, insgesamt also 1,4 Milliarden Mark. *Im Gegenzug sollen*, um die Investitionsneigung nicht zu beeinträchtigen, gewisse Abschreibungserleichterungen gewährt werden, die zu einem Steuerausfall von schätzungsweise je rund 400, zusammen also 800 Millionen Mark führen würden.

– Bestimmte Freibeträge werden von der genannten Einkommensgrenze an (mit einer gewissen Übergangsklausel) gekappt und damit der Einstieg in einen dauerhaften Subventionsabbau vollzogen. Bei diesem Modell „sparen" die öffentlichen Hände rund eine Milliarde Mark jährlich.

Neu hinzugekommen ist der Vorschlag der FDP, die Vergünstigungen für die unteren Einkommensgruppen zu verbessern, anstatt Besserverdienende später zu entlasten. Der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Otto Graf Lambsdorff, zur „Bild"-Zeitung: „Wenn man einen sozialen Ausgleich will, wird es mit der *FDP nur eine Lösung geben: Am* 1.1.1986 eine noch höhere Steuerentlastung für die Bezieher niedriger Einkommen als jetzt vorgesehen! Das bedeutet, daß das Gesamtvolumen der Steuerreform von jetzt rund 20 Milliarden Mark noch einmal um zwei bis drei Milliarden Mark aufgestockt werden muß." Stoltenberg zeigt für diesen Vorschlag wenig Neigung.

Seite 2: Einigungszwang

Stärkere US-Hilfe für Mudschahedin

rtr, New York

Die US-Regierung wird nach einem Bericht der „New York Times" ihre nicht offen im Haushalt ausgewiesenen Zahlungen an die afghanischen Widerstandskämpfer im laufenden Haushaltsjahr gegenüber dem Vorjahr verdoppeln. Die Zeitung berichtete gestern unter Berufung auf *offizielle Kreise, für dieses Jahr* seien 280 Millionen Dollar für die Mudschahedin bereitgestellt worden, die gegen sowjetischen Besatzungs- und afghanische Regierungstruppen kämpfen.

Insgesamt beliefen sich damit die von den USA seit dem sowjetischen Einmarsch im Dezember 1979 geleisteten derartigen Zahlungen auf 625 Millionen Dollar, umgerechnet rund 1,9 Milliarden Mark. Zusätzlich hätten die Widerstandskämpfer im vergangenen Jahr rund 100 Millionen Dollar von arabischen Staaten erhalten, berichtete die Zeitung. Die Regierung nahm zu dem Bericht zunächst nicht Stellung.

Pekings Offerte an den Dalai Lama

DW. Peking

China hat dem Dalai Lama, dem geistlichen Oberhaupt der Tibeter, das Amt eines der stellvertretenden Vorsitzenden des Nationalen Volkskongresses und der sogenannten Konsultativ-Konferenz angeboten, falls er in China leben wolle. Gleichzeitig aber wurde ihm eine Rückkehr *nach Tibet verwehrt. Dies geht aus* einer Erklärung hervor, die Parteichef Hu Yaobang bereits vor drei Jahren abgegeben hatte, die aber erst gestern veröffentlicht wurde.

Der Parteichef hatte betont, es sei nicht angebracht, daß der Dalai Lama in Tibet lebe und dort lokale Ämter übernehme. Die Posten hätten bereits junge Funktionäre inne. Der Dalai Lama könne „von Zeit zu Zeit" nach Tibet reisen. Die angebotenen Posten sind ohne wesentlichen politischen Einfluß. Zur Zeit hält sich eine Delegation des Dalai Lamas zu Verhandlungen über einen Besuch des geistlichen Oberhauptes in Peking auf.

Kreml nennt Verhandlungsziel

ms. Bonn

Nach den Kreml-Vorstellungen soll bei Verhandlungen mit den USA die Problematik der Weltraumwaffen und des nuklearen Rüstungspotentials einschließlich der atomaren Mittelstreckenraketen in „einem Zusammenhang" gelöst werden. Diese Zielsetzung wurde in einem Papier be*schrieben, das Bundeskanzler Kohl* von Botschafter Semjonow übergeben worden ist. Obwohl Moskau darin besonderes Interesse an Verhandlungen vor allem über die Weltraumwaffen zeigt, erklärt es sich zur Beseitigung „aller Nuklearwaffen" bereit. Moskau erwarte, daß Washington eine „realistische Position" einnehme.

Nach allgemeiner Einschätzung will Moskau vorrangig die Weltraum- und strategischen Nuklearwaffen behandeln, wobei es hofft, daß Verhandlungserfolge vor allem Belgien und die Niederlande zu einer Abkehr von der Position des Westens bei den atomaren Mittelstreckenraketen veranlassen könnten.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Alles für den Beitrag?

Von Peter Gillies

Auch wenn die Rentenversicherung in diesen Tagen an der Grenze zur Illiquidität entlangschrammt, braucht kein Rentner um seine monatliche Überweisung zu fürchten. Wohl aber sollten sich die heute 30- oder 40-jährigen um ihre Altersversorgung Sorgen machen. Denn, und wenn auch nur wenige Politiker es offen auszusprechen wagen: Das Rentensystem ist in einigen Jahrzehnten so nicht mehr finanzierbar.

Bei steigendem Anteil der Alten und sinkendem der Aktiven ist irgendwann der Bruchpunkt absehbar, wo die Aktiven sich weigern, die hohen Beiträge für die Altenteiler zu finanzieren. Vorausschauende Arbeitnehmer sorgen schon heute privat vor, statt sich auf ein staatliches Rentensystem zu verlassen, mit dem Politiker ein gutes Jahrzehnt recht beliebig verfuhren. Daß jetzt für einige Tage die Rentenzahlungen auf Pump finanziert werden müssen, ist eine Frühwarnung zur Solidität.

Leistung und Beitrag drohen auch in einem anderen Zweig der Sozialfinanzen aus dem Ruder zu laufen: bei der Krankenversicherung. Die Beitragserhöhungen der Ersatzkassen belegen es. Gestern sprachen die Ersatzkassen gar von einem absehbaren Beitrag von fünfzehn Prozent. Ließe man die Dinge weiter so laufen, wäre abzusehen, wann das Einkommen von Sozialabgaben und Steuern völlig aufgezehrt wird.

Eine solche Entwicklung bremst das Wirtschaftswachstum, statt es zu beleben. Gleichzeitig verschüttet sie die Quellen, aus denen allein soziale Sicherheit zu finanzieren ist. Manche Politiker ziehen leider noch mit der Verheißung über Land, beide Kollektive seien unbegrenzt belastbar. Das Babyjahr dient als Lehrstück. Auf Dauer werden die Systeme jedoch nur Bestand haben, wenn die Versicherten stärker in die Mitverantwortung für Alter und Krankheit genommen werden.

Erste schüchterne Einsichten sind zu hören, daß wir, gerade weil wir länger leben und uns weniger vermehren, logischerweise nicht weniger arbeiten müßten, sondern eher mehr (Jahre). Diese Herausforderung an die soziale Sicherheit wiegt schwer. Sie ist auch deswegen eine Bürde, weil der Horizont der Politik normalerweise an die Legislaturperiode anstößt.

Einigungszwang

Von Heinz Heck

In der Wirtschafts- und Finanzpolitik, die in der Haushaltsdebatte heute auf den Prüfstand kommt, hat die Bundesregierung glänzende Erfolge vorzuweisen, die in diesem Ausmaß beim Regierungswechsel vor zwei Jahren nur wenige vorausgesehen haben. Doch die permanenten Reibereien auf Nebenkriegsschauplätzen überschatten diese Erfolge nicht nur, sondern legen sich wie Mehltau auf die Aufbruchstimmung.

Die Suche nach Ersatzlösungen für die Zwangsanleihe absorbiert derzeit in Bonn politische Kräfte, für die man sich eine bessere Verwendung vorstellen kann. Seit dem Karlsruher Urteil ist so viel Zeit verstrichen, daß eine Entscheidung überfällig erscheint, vor allem auch wegen der negativen Wirkungen weiteren Zögerns, das dem Kanzler als Unentschlossenheit ausgelegt wird. Die bisherigen Beratungen der Stoltenberg-Kommission haben zudem Lösungsmodelle zu Tage gefördert, die eine Einigung möglich machen sollten – immer vorausgesetzt, daß man Handlungsbedarf sieht.

Über diese Frage gehen die Meinungen in der Koalition weit auseinander. Die FDP hat es einfacher als der Koalitionspartner Volkspartei. Man wird allerdings den Eindruck nicht los, daß sie es sich zu einfach macht. Denn die – wegen ihrer zahlreichen Mängel zu Recht kritisierte – Zwangsanleihe war immerhin Bestandteil der sogenannten sozialen Balance. Dabei gibt es keinen Zweifel, daß Progressionsgeschädigte – also die Zielgruppe der „Besserverdienenden" – umso mehr geschädigt werden, je länger die Tarifkorrektur auf sich warten läßt. Das war wirtschaftlich zwar schon damals töricht, aber bei Abschluß der Koalitionsvereinbarung immerhin bekannt. Dieses Argument haben die Verfechter der These, daß es nach Karlsruhe „Handlungsbedarf" gebe, auf ihrer Seite.

Vorrangiges Ziel muß sein, die im zum Teil widerstreitenden Kräftespiel von Fraktions-, Koalitions- und Länderinteressen ausgehandelte Steuerreform bis 1988 in ihrer Endfassung unversehrt über die parlamentarischen Hürden zu bringen.

Wenn dabei unter dem leider herbeigeredeten Einigungszwang noch ein Einstieg in den lange versprochenen und bisher nicht gehaltenen Subventionsabbau gelingen sollte, so wäre das ein Seiteneinstieg in Liegengelassenes. Darüber darf debattiert werden – wenn zuvor nachgerechnet wurde.

Alle Jahre wieder

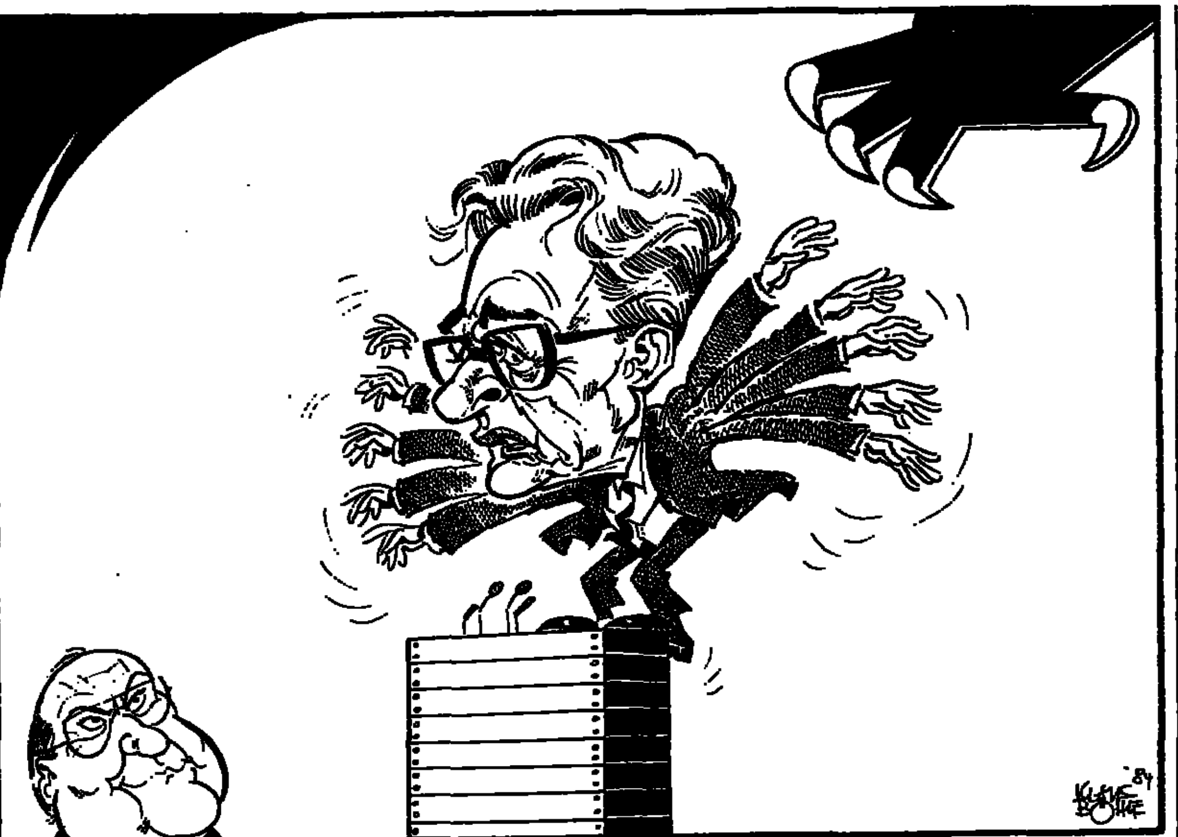
Von Joachim Neander

Daß sich nun Jahr für Jahr, sobald der Dezember am Horizont sichtbar wird, der öffentliche Streit um die Weihnachtsbäume wiederholt, hat etwas Ärgerliches.

An den Tatsachen und Argumenten ändert sich so wenig wie am Text der Weihnachtsgeschichte. Die einen behaupten, ein lebendiges Bäumchen sozusagen totzuschlagen und kerzenbeladen ins Zimmer zu stellen, sei zumindest symbolischer Frevel an der Natur und eines rechten Ökobewußtseins nicht würdig. Die anderen wenden in jedem Jahr aufs neue, aber offenbar vergebens, ein, daß Weihnachtsbäume in der Regel auf eigens dazu angelegten Kulturen wachsen, der Natur also nicht verlorengehen und für die Forstwirtschaft teilweise eine sogar notwendige Existenzbasis darstellen.

So schleudert man sich gegenseitig moralische Verdammnis oder den Vorwurf der Dummheit zu. In Wirklichkeit geht es um ganz etwas anderes. Die Zahl der alljährlich aufgestellten Weihnachtsbäume geht zurück. Das hängt mit dem Rückgang der Kinderzahl zusammen, aber auch mit dem ausgedehnten Weihnachtstourismus. Wer das Fest allein verbringen muß, fragt sich vielleicht, für wen er da noch einen Baum schmükken soll. Junge Menschen wiederum scheuen die Weihnachtsstimmung überhaupt, die – wie sie glauben – falschen Gefühle und betrügerischen Erinnerungen an angeblich bessere Zeiten, die damit verbunden sein sollen.

Wozu brauchen all diese Leute, so ist zu fragen, denn noch zusätzlich eine „Bestätigung für ökologisch richtiges Verhalten", wo sie doch längst ganz andere, höchst moderne Begründungen für ihren Verzicht auf den Weihnachtsbaum parat haben? Fast scheint es, der einzige Zweck der ganzen Kampagne bestehe darin, den Übriggebliebenen wenigstens Schuldgefühle aufzuhalsen. Denn sonst müßte man sie ja eigentlich beneiden: Sie lieben ihren Baum, sie schmücken ihn mit viel Mühe, ihre Gefühle und Erinnerungen gehören ihnen und ihren Lieben, sind von anderen also gar nicht zu bewerten. Das Fest so und nicht anders zu feiern, bedeutet ihnen so viel wie Luft zum Leben. Warum gönnt man es ihnen nicht?



Er flattert sehr und kann nicht KLAUS BÖHLE

Freund Helmut zu Besuch

Von Thomas Kielinger

In der Zeit der Nachrüstungsdebatte pflegte Präsident Reagan, wann immer seine Adlaten eine neue Position für Genf abzustekken begannen, die Weisung zu erteilen: „Und achtet bitte darauf, was mein Freund Helmut dazu sagt."

Sein Freund Helmut, Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, begibt sich heute für eine Stippvisite an den Potomac, um das, was er zu sagen hat, persönlich an den Mann zu bringen. Wir schreiben freilich das Jahr nach der Doppelbeschluß-Zerreißprobe, und die Dinge liegen inzwischen anders.

Nicht, daß der Präsident nachgelassen hätte in seinem Wunsch, zu erfahren, was der deutsche Freund und all die anderen europäischen Freunde „dazu" sagen. Aber Reagan hat außer der bahnbrechenden Zusage seitens der Sowjets, sich im Januar wieder mit den Amerikanern zu umfassenden Abrüstungsvorgesprächen zu treffen, noch nichts Konkretes anzubieten, wozu sich Kohl und andere Verbündete äußern müßten. Dazu ist es noch zu früh, ist die Materie noch viel zu unausgereift; die Dimensionen des neuen Dialogs sind von beängstigender Kompliziertheit. Immerhin werden jetzt die Gespräche um die Abrüstung im Mittelstrecken- und Interkontinentalbereich, die schon einzeln in der Sackgasse endeten, um den Bereich der Weltraumsysteme erweitert, gebündelt wie unter einem „umbrella", wie das die Amerikaner nennen – da wird es noch ordentlich durchregnen.

So muß nun auch vor dem Shultz/Gromyko-Treffen die Bürokratie in Washington noch Wochen von Blut, Schweiß und Tränen verbringen, ehe sie sich zu einem Kompromiß durchringt, mit dem die hoheitsbewußten Diadochen im State Department und im Pentagon leben können. Und das wäre erst das Entree.

Der Kanzler und seine europäischen Kollegen, die ihm allerlei Adventswünsche ins Reisegepäck gesteckt haben, wären nicht schlecht beraten, diesen Realitäten ins Auge zu sehen und nicht etwa zu erwarten, daß das, was Helmut Kohl heute und morgen in Washington zu irgendwelchen Positionen für Genf erfährt, unbedingt bis Montag nächster Woche Bestand haben muß. Im allgemeinen Rahmen: Gewiß, da liegen die USA fest, da kann und wird Reagan absolute Solidarität mit den Bündnispartnern verkünden und ihre Belange in die Genfer Gespräche einzuspeisen versprechen.

Wichtiger aber ist, daß der Präsident seinen ersten Vertrauensbeweis für die Abrüstungszukunft bereits erbracht hat: Indem es ihm überhaupt gelungen ist, die Sowjets wieder in den Dialog zurückzuziehen. Das haben nicht – wer will, kann das Ironie nennen; die realistischen Beobachter haben die Entwicklung ja von Anbeginn vorausgesagt – die Abrüstungspositionen bewirkt, die, zumindest im INF-Bereich, gemeinsam mit den Verbündeten erarbeitet wurden. Das hat wesentlich der glaubhafte Nachweis eines amerikanischen Willens zu neuer militärischer Stärke bewerkstelligt, belegt speziell durch den energischen Schritt in die Weltraum-Defensivtechnologie.

Es wäre an der Zeit, daß unsere öffentlichkeitssensiblen europäischen Regierungen ihrem Publikum diese Zusammenhänge erläuterten und nicht immer so täten, als ob man mit „Drängen" in Washington, in Richtung neuer Abrüstungspositionen, europäische Interessen am besten vertrete. Die Wahrheit ist, daß es die amerikanische Nachrüstung war, die Europas Hauptinteressen – Beseitigung der amerikanischen Verwundbarkeit, Herbeiführung eines neuen Abrüstungsdialogs – entsprach. Dabei half freilich auch die europäische Standhaftigkeit in der Frage des NATO-Doppelbeschlusses; dies Licht wird viel zu sehr unter den Scheffel gestellt.



Drängen ist nicht nötig: Reagan, Kohl FOTO: SVEN SIMON

„Drängen" verkauft sich vielleicht gut in manchen Kreisen, denen auch das Schmähwort „Vasallen der USA" gefallen mag. Aber dergleichen ist unserer nationalen Selbstachtung nicht würdig. Es ist die uneingeschränkte Schutzbefähigung der USA und die daraus ableitbare Verhandlungsbefähigung mit Moskau, die uns davor bewahrt, zu Vasallen zu werden – wie unsere osteuropäischen Verwandten.

Der Januar-Termin in Genf ist von signalhafter Bedeutung. Freilich kann man aus ihm auch die falschen Schlüsse ziehen. Weder ist jetzt Jagd-Zeit auf amerikanische Unterhändler angebrochen noch gar das große Tauwetter im Détente-Stil von anno 1969. „Mein Freund Helmut" wird im Weißen Haus durchaus nicht vergessen. Gleichzeitig bläst dem Kanzler die eisige Revanchismus-Propaganda aus dem Osten entgegen. Moskau isoliert seine Kontakte mit Washington geschickt vom europäischen Schauplatz und versucht, die Belgier zu spalten, den Deutschen aber weitere Kontakte nach Osten zu verderben und dadurch ein Klima innenpolitischer Frustration in der Bundesrepublik zu erzeugen: Die Opposition soll sagen dürfen, Kohl sei eben der falsche Mann fürs ostpolitische Geschäft.

Das alles gehört zum Hintergrund der Kanzler-Reise an den Potomac. Gedrängt werden müßte der Kreml, das Spiel der geteilten Entspannung aufzugeben. Vielleicht stellt das Gesamtpaket für Genf die geeigneten Mittel bereit, dies zu bewirken. Es geht da nicht nur um Waffen, sondern auch um politisches Verhalten. Inzwischen brauchen wir die Freundschaft zu Amerika, um die Durststrecke der Feindseligkeit durchzustehen, der wir von Osten her bis zum Mai 1985 in erhöhtem Maße ausgeliefert sein werden.

IM GESPRÄCH Peter Hahn

Die Lust zur Korrektur

Von Peter Hans Göpfert

Ein Stück Zufall und der notorische Stellenmangel für Kunsthistoriker spielten sicher auch eine Rolle, als Dr. Peter Hahn 1971 gleich nach der Promotion („Kunst als Ideologie und Utopie") ans Bauhaus-Archiv nach Darmstadt ging. Er hat zwei Umzüge des Instituts mitgemacht und kennt schon von daher die Bestände des Berliner Museums für Gestaltung aus dem Effeff.



Neuer Direktor des Berliner Bauhaus-Archivs: Hahn FOTO: JÜRGEN WILHELM

Er war lange Zeit rechte Hand des ersten Archivdirektors Dr. Hans Maria Wingler, dessen Kräfte eine schwere Krankheit über Jahre hinweg beeinträchtigte. Hahn war dennoch kein „Kronprinz": Wingler nannte in seinem „beruflichen Testament" neben Peter Hahn noch zwei weitere Kandidaten, die er für die Nachfolge als besonders qualifiziert empfand. Insgesamt standen jetzt achtzehn Bewerber zur Diskussion, bis sich der Verein Bauhausarchiv für Hahn als neuen Direktor des Museums im Walter-Gropius-Gebäude am Landwehrkanal entschied. Diese Wahl signalisiert einen Mittelweg zwischen „Kontinuität und Innovation".

Gerade die derzeitige Ausstellung über die großen Berliner Siedlungen der zwanziger Jahre deutet ja Hahns Bemühen an, auch mit anderen Veranstaltern zur Zusammenarbeit zu kommen und – sammelnd wie dokumentierend – über die enge Thematik, über Stil- und Pädagogikprobleme des historischen Bauhauses zu weiteren Problemkreisen und bis in die Gegenwart vorzudringen. So soll nach dem Wunsch des 46jährigen das Bauhaus wohl auch gegen die Postmoderne eine gewisse „Korrekturfunktion" wahrnehmen – dies aber nur gegen die reine „Fassaden-Architektur" und ohne doktrinäre Besserwisserei. Das Institut mit sechzehn Mitarbeitern wird heute im wesentlichen vom Land Berlin, darüber hinaus auch aus Mitteln des Bundesinnenministeriums und aus Eigeneinnahmen finanziert. Für attraktive Vorhaben wie die eben gezeigte Kandinsky-Schau ist man auf Lotto angewiesen.

Die Kunst gehörte für Peter Hahn schon in der Kindheit zum täglichen Brot: Der Vater sammelte Zeichnungen der „Brücke"-Künstler und von Kokoschka. Mit zeitgenössischen Plastiken im Skulpturenhof, nicht zuletzt auch mit einem neuen Café, rückt das Bauhausarchiv in letzter Zeit deutlich näher an die Besucher und Benutzer. Schließlich gehören Lebendigkeit und Aktualität zu den Tugenden des Museums, das alles andere als museal sein will. Peter Hahn wird sicher noch deutlicher als bisher in diese Richtung arbeiten.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Sie schreibt zur Etatdebatte:

In den letzten Jahren ist viel über notwendige Reformen im Bundestag diskutiert worden – ohne Ergebnis allerdings. Wenn noch nach einem Ansatzpunkt für diese Erneuerung gesucht wird, dann hat ihn der erste Tag der Etatdebatte geliefert. Vom Morgen bis zum Abend nur vorgezogener Landtagswahlkampf. Langatmige Reden ohne neue Argumente und ohne Brillanz, alter Wein in alten Schläuchen.

Main-Post

Die Würzburger Zeitung warf einen Blick ins „Plenum":

Es mag schon ein Ärgernis sein, daß die Bänke im Bundestag bei anderen Debatten weitgehend unbesetzt sind. Daß aber, wenn es um den Haushalt, die Ausübung des wichtigsten Parlamentsrechts geht, die meisten Abgeordneten ebenfalls durch Abwesenheit glänzen, muß schockieren. So ist es bei der Beratung des Kanzler-Etats guter parlamentarischer Brauch: Jedes Thema kann auf den Tisch, an diesem Tag ist es Recht (und Pflicht) der Opposition, umfassende Kritik an der Regierung zu üben, an ihren Entscheidungen, ihren Ergebnissen, ihrem Stil. Die Regierung hat sich zu verteidigen und, wo es geht, zu loben. Hans-Jochen Vogel hat seine Chance gestern genutzt. Er hielt der Koalition jene nun in der Tat zahlreichen Pannen und Skandale vor, die es im letzten Jahr gegeben hat, und schärfte noch einmal den Kontrast zwischen den wirtschafts- und sozialpolitischen Grundpositionen der Sozialdemokraten und der Koalition. Warum die Sprecher des Regierungslagers darauf nicht wirklich eingingen, wissen wohl nur sie allein. Nicht Wort und Widerwort bestimmten den Tag, sondern lange vorformulierte Reden. Ein Gespräch kam da nicht zustande, nicht einmal ein Streitgespräch. Auf enttäuschende Weise verlief auch diese Debatte „nach Plan".

Fuldaer Zeitung

Sie kommentiert die Friedensbewegung:

Offenbar handelte es sich gar nicht um eine Bewegung im echten Sinn des Wortes. Einzelinteressen mit völlig unterschiedlicher Zielrichtung sollen „koordiniert", manche Gruppen unter Umständen sogar als „nützliche Idioten" und als Tarnmantel mißbraucht werden. Wenn die „Aktion Sühnezeichen" und die übrigen kirchlich orientierten Vereinigungen mit ihrem demonstrativen Schritt erreichen könnten, daß der parteipolitische Fremdeinfluß, vor allem der Kommunisten, ausgeschaltet und die Arbeit auf neutralen Boden zurückgeführt würde, wenn nicht nur Abrüstung im Westen, sondern gleichgewichtig auch die des Ostens gefordert würde, dann wäre ein Plus zu verzeichnen. Bisher stand die „Bewegung" oft im Zwielicht, war die Antihaltung gegen die demokratischen Staaten und nicht der Frieden – wohlgemerkt: in Freiheit – das Hauptanliegen.

Aachener Volkszeitung

Sie meint zum Obersten Sowjet:

Wie auch immer das Fernbleiben des sowjetischen Verteidigungsministers motiviert werden mag, auf die Festlegung des Militärbudgets blieb seine Absenz offenbar ohne Einfluß. Auch in diesem Jahr steigt der Rüstungsetat der Sowjetunion um zwei Milliarden Rubel ... Die Sowjetunion leistet sich auch im kommenden Jahr keine Abstriche bei Raketen, Panzern und Bombern. Im Gegenteil. Und das, obwohl im Energiebereich und in der Konsumproduktion deutlich Minus-Einnahmen zu verzeichnen sind.

Wie ein Versager sich interessant zu machen sucht

Arafat, von den Sowjets fallengelassen, inszenierte einen „Rücktritt" / Von Peter M. Ranke

Noch vor wenigen Tagen haben sich König Hussein (49) und der nominelle PLO-Chef Yassir Arafat (55) in Amman umarmt. Doch nun hat Arafat seinen Rücktritt erklärt. Um wieder zurückzukehren? Auf kurze Zeit? Oder doch nicht? An der Grund-Tatsache ändert sich nichts: Der Chef dieser Mörderzunft ist gescheitert.

Der seit seinem Antritt 1968 immer wieder geschlagene „Kriegsherr" opferte noch vor einem Jahr in Nordlibanon und in Tripoli Tausende von Palästinensern, um Anführer der PLO bleiben zu können. Die syrische Regierung unterstützt seit damals „Dissidenten", die Arafat wegen seiner Unfähigkeit loswerden wollten. Wenn der PLO-Kongreß sein endgültiges politisches Ende herbeiführte, würde man gerade in Damaskus triumphieren – aber nicht, weil man ihn dort etwa um seiner Verbrechen willen ablehnte.

Die PLO ist in Gruppen zerfallen, die sich wie die „Demokratische Allianz" in Damaskus und die „nationale Allianz" in Amman und Tunis bitter befehden. Für Arafat schlug sich zuletzt nur noch ein Teil seiner alten Hausmacht, der Fatah-Organisation. Aber der „Genosse Vorsitzende", wie der feiste kleine Mann mit der Kaffiya oft genannt wurde, wollte bisher nicht einsehen, daß seine Uhr längst abgelaufen ist. Für den Kongreß in Amman inszenierte er seinen großen Auftritt.

Andere inszenierten ihrerseits etwas. Vor allem die Sowjets. Die marxistischen vier Guerrilla-Chefs der „Demokratischen Allianz", unter ihnen die berüchtigten Mörder Habasch und Hawatmeh, wurden nach Moskau berufen. Nach ihrer Rückkehr blieben sie in Damaskus. Die Sowjets und die Ostblock-Staaten sandten erstmals keine Delegierten zur PLO-Tagung nach Amman. Moskau hat Arafat fallengelassen und sich damit hinter Syrien und die Kommunisten in der zerfallenen PLO gestellt.

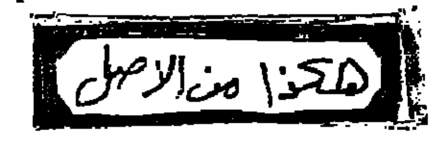
Dann mußte Arafat erkennen, daß seine neu gezimmerte Bundesgenossenschaft mit dem König Hussein von Jordanien nicht einmal von der eigenen Fatah akzeptiert wird. Die Mehrheit verweigert die vom König empfohlene „Gemeinsamkeit" und eine Friedenssuche auf der Basis der UNO-Resolution 242 von 1967. Die Palästinenser haben sehr wohl verstanden, daß Hussein in seiner Ansprache kein Wort von einem Palästinenser-Staat gesagt hat und nichts von Unabhängigkeit.

Als erster lehnte der „Sicherheitschef" Abu Iyad erneut die Resolution 242 ab, die Frieden mit Israel gegen die Räumung besetzter Gebiete vorsieht. Andere folgten und bekräftigten, es müsse beim „bewaffneten Kampf", also Terror, für einen unabhängigen Palästinenser-Staat anstelle Israels bleiben, wie es die PLO-Charta von 1964 und die PLO-Resolution von 1974 beschwören. Vor allem wurde jeder Auftrag an König Hussein, für die Palästinenser zu sprechen, verweigert.

Aus Damaskus tönt es, Arafat verkaufe Palästina an Hussein, der schließlich der „Schlächter des Schwarzen September" sei. Das ist Propaganda, aber sie verdeutlicht, daß Arafats Versuch, an Syrien vorbei mit König Hussein zusammenzuarbeiten, ebenso gescheitert ist wie der Kongreß in Amman. Arafat ist auf der ganzen Linie der Verlierer, wie seit Jahren schon. König Hussein kann ihn aufgeben, denn Arafat vermag nichts mehr zu erreichen, der König braucht ihn nicht mehr zur Absicherung gegenüber den Palästinensern. Hat der König von Anfang an darauf hingearbeitet? Clever und erfahren in Intrigen ist er ja.

Der Gedanke an einen Abgang Arafats löst bei einigen westlichen Politikern Bedauern aus, da sie ihn fälschlicherweise für „gemäßigt" halten und glauben, er sei mit seiner PLO für eine Friedenslösung notwendig. Dabei ist Arafat schlicht an seiner Unfähigkeit und Unaufrichtigkeit gescheitert, eben diese ihm nachgesagte Rolle zu spielen und sie in der PLO durchzusetzen. Statt dessen manövrierte er, spielte auf Zeit, wich wirklichen Entscheidungen aus und führte ein gutes Leben aus den saudischen Kassen. Ein betrügerischer Desperado, kein Staatsmann; aber immer wieder verstand er es, wenn nötig, auch die „Taube" zu spielen.

Israel tat recht daran, unter keiner Regierung mit ihm oder der PLO zu verhandeln. Ohnehin sind nur die arabische Regierungen kompetente Gesprächspartner. Die Terroraktionen, von der PLO Arafats 1968 durch Flugzeugentführungen und vielfachen Mord gestartet, sind über Yassir Arafat und das Palästina-Problem längst hinausgewachsen und zu einer weltweiten Bedrohung geworden. Aber nicht, weil Arafat seine Ziele nicht erreichte, sondern weil er Vorläufer und Teil einer Bewegung ist, die als „Fundamentalismus" oder „Zivilisationsabwehr" die islamische Welt ergriffen hat. Während Arafat „abdankte", mordete ein islamisches Kommando in Bombay, wurde ein Sprengstoffattentat in Rom vorbereitet. Denn die Welt ging leider nicht rechtzeitig gegen Arafat und seine Mordgesellen vor. Sie hat jetzt die Folgen zu tragen.



Ob alt, ob neu – das Problem Katalysator ist gelöst

Katalysatoren für Neuwagen, Nachrüstungsmöglichkeiten für Altwagen – und das zu erschwinglichen Preisen. Für die deutsche Industrie ist das heute kein Problem mehr.

Von HEINZ HORRMANN

Manchmal ändern sich die Zeiten in wenigen Wochen. „Wir sind bereit", signalisiert VW in Anzeigen und bietet dem Kunden formatfüllend an, was noch im Sommer als „so kurzfristig technisch nicht zu bewältigen" abgetan wurde: entgiftete Fahrzeuge in allen Hubraum- und Preisklassen, mit fest montierten Katalysatoren und im sogenannten Huckepack-Verfahren, also ein technisch vorbereitetes Fahrzeug mit dem Wabentopf fein verpackt im Kofferraum zur Nachmontage, wenn bleifreies Benzin überall verfügbar ist. Diese vorbereitete Form verkauft nicht nur VW, sondern auch Mercedes, Audi, BMW und ab Januar Opel und Porsche.

Weitaus spektakulärer freilich als die zügige Entwicklung bei Neuwagen sind die Erfolge der Ingenieure und Techniker in der deutschen Schlüsselindustrie bei der Entwicklung von Nachrüstmöglichkeiten für Altfahrzeuge. Technisch ein absolutes Neuland, denn das gibt es weder in den USA noch in Japan.

Einstimmig tönte der Chor der Macher noch vor zwei Monaten, Gebrauchtwagen nachträglich zu entgiften, das sei nicht durchführbar oder nur mit unverhältnismäßig hohem finanziellen Aufwand. Einen umweltbewußten Hamburger traf fast der Schlag als in einem Werkstatt-Kostenvoranschlag für seinen Beitrag zur Luftreinigung die Endsumme 7400 Mark auftauchte. Unter 5000 Mark schien überhaupt nichts machbar.

Intensive Forschungsarbeit mit gewaltigen Investitionen haben in kürzester Zeit eine neue Situation geschaffen. Jetzt werden Nachrüstsätze angeboten, mit denen zwar nicht die US-Werte, das heißt eine Reduktion von 90 Prozent der Schadstoffe erreicht, wohl aber die Hälfte der Stickoxide und Schwefeldioxide eines Normalfahrzeugs vernichtet werden. Daß ist schon ein Vielfaches von dem, was beispielsweise ein Tempolimit bringen würde.

Mit welchen Kosten solche schnellen Erfolge erkauft werden, wird am Beispiel Opel deutlich. Tausend Mitarbeiter arbeiten an diesem Programm, 750 Testwagen rollen über die Straßen und 350 Motorvarianten laufen auf dem Prüfstand. Obwohl die Muttergesellschaft General Motors über weitreichende Katalysatorerfahrungen verfügt, verschlang das Projekt in Rüsselsheim mehr als eine Milliarde Mark.

Noch in dieser Woche wird das Neusser Unternehmen Pierburg, das rund die Hälfte der 21 Millionen Altfahrzeuge mit Vergasermotoren in der Bundesrepublik (vier Millionen Autos werden durch Einspritzer- und Dieselaggregate angetrieben) bestückt hat, ein „Nachrüst-Kit" vorstellen, mit dem 45 Prozent der Schadstoffe vernichtet werden, das aber durch eine kombinierte Schubabschaltung ohne jeden Mehrverbrauch arbeitet.

Während die Politiker noch überlegen, wie sie auch solche luftreinigenden Zwischenlösungen steuerlich unterstützen sollen, legen die Techniker die Preiskalkulation auf den Tisch. 400 bis 700 Mark je nach Fahrzeugtyp wird diese Einrichtung mit dem System der Abgasrückführung (ein Teil der Verbrennungsgase wird in den Brennraum zurückgeleitet) kosten. Versuchsabteilungen anderer Werke haben zusätzlich Kombinationen mit Oxidationskatalysatoren und ungeregelten vereinfachten Dreiweg-Katalysatoren erprobt.

Je heftiger die Entwicklungstechniker Vollgas geben und die Firmen den „Pferdefuß" von gestern zum Verkaufsargument von morgen umfunktionieren, desto mehr wächst die Verunsicherung der Kunden. Vor dem Kaufentscheid ist die Verwirrung häufig total. In seltener Gemeinsamkeit fragen Autofahrer mit und ohne besonderem Umweltbewußtsein über die eilig eingerichteten Umwelttelefone der Autofirmen und -clubs an. Ist es nun sinnvoll, den Altwagen umgerüstet vorerst weiterzufahren? Soll ich jetzt einen Neuwagen mit Katalysator kaufen, oder doch besser auf ein flächendeckendes Netz mit Bleifrei-Tankstellen warten? Welche Modelle sind eigentlich schon umgerüstet?

Weil die Mineralölindustrie mit dem vorgelegten Tempo der Autobauer zwangsläufig nicht Schritt halten kann – so gibt es auch jetzt erst 168 (von 20 000) Bleifrei-Stationen – läßt sich eigentlich nur die letzte Frage schlüssig beantworten. Nach aktuellem Stand sind folgende „Kat-Modelle" (Branchenjargon) sofort verfügbar: Audi 80 (90 PS), Audi 100 CC (105 PS), Audi 100 Avant CC (105 PS), Audi 200 Turbo (144 PS), BMW 318i (102 PS), BMW 525e (122 PS), BMW M 535i (183 PS), BMW 638 CSi (183 PS), BMW 735i (183 PS), Mercedes 190 E (113 PS), Mercedes 230 E (120 PS), Mercedes 380 E (163 PS), VW Golf C (90 PS), VW Jetta C (90 PS), VW Passat C (90 PS), VW Passat Variant C (90 PS), VW Santana CX (90 PS), VW Caravelle Bus C (86 PS). Alle Porsche-Modelle (bis auf den 924, der ausläuft), Fiat X 1/9 (85 PS), Spider-Europa (102 PS), Nissan Sentra (70 PS), Saab 900 Turbo 16 (160 PS), Renault 18 (102 PS), Fuego (102 PS).

Schon im nächsten Jahr, also ein Jahr früher als erwartet, haben auch Opel und Ford ihre umweltfreundlichen Modelle fertig. Ab Januar liefert Opel den Ascona 1,8 Liter, später Kadett, Corsa, Senator und Rekord. Ford folgt im Laufe des Jahres mit einem 1,6 Liter und einem 2 Liter Motor für alle Modellreihen außer dem Fiesta. Ab Februar werden alle Porsche 944 und 911 serienmäßig für den Katalysatorbetrieb vorgerüstet und zusätzlich mit einem Kohlefilter, der die Verflüchtigung von Benzin verhindern soll, umweltfreundlicher gemacht.

Für alle Fälle gerüstet ist die zweite Katalysatorgeneration von Daimler-Benz. Die Version, die mit der neuen Modellreihe vorgestellt wird, ist auf einen optimalen Betrieb mit unverbleitem Benzin ausgelegt. Da jedoch damit gerechnet werden muß, daß das Angebot an unverbleitem Superkraftstoff in nächster Zeit noch nicht in ausreichender flächendeckender Weise zu Verfügung steht, setzt Daimler-Benz ein multifunktionales Gemischaufbereitungs- und Zündsystem (MF-System) ein. Im Notfall kann – durch eine einfache Umschaltung – auch mit unverbleitem Normalbenzin gefahren werden.

Die Umstellung auf europaoptimierte Katalysator-Fahrzeuge beginnt im Frühjahr 1985 (230 E), wird mit den Typen 190 E, 190 E 2.3-16, 260 E und 300 E sowie mit den Modellen mit Einspritzmotor der S-Klasse zur Jahresmitte fortgesetzt und endet noch im gleichen Jahr mit den Vergaser-Modellen 190 und 200.

Wo Ratlosigkeit auch angesichts des breiten Angebots nicht schwindet, bleibt der Hinweis auf Dieseltriebwerke. Auch wenn nach dem Beschluß des Kabinetts Diesel-Pkw nur dann als „schadstoffarm" eingestuft und steuerlich begünstigt werden, wenn sie von 1985 an den erst ab 1987 in den USA gültigen Partikelwerten entsprechen, wählen immer mehr Autofahrer in der Bundesrepublik diese Nebenstrecke. Das belegen die steigenden Zulassungen der letzten Wochen. Mercedes-Kunden können als erste die steuerlichen Vergünstigungen verbuchen. Vom nächsten Monat an werden die 2-Liter-Motoren im 190 D und 200 D bereits die geforderten Normen erreichen.

Statt Massen Blumen und Fontänen

Von EBERHARD NITSCHKE

Der Streit um den Bonner Hofgarten, eine durch die vielen Demonstrationen der letzten Zeit heute verwahrloste Anlage mitten in der Stadt, um deren Zukunft hinter den Kulissen heftig gekämpft wird, hat eine neue Zuspitzung erfahren. Nach einem von der Universität Bonn als dem Grundstücksbesitzer angeforderten Rechtsgutachten sind Großveranstaltungen auf diesem Gelände „rechtlich unzulässig". Die Wiese am ehemaligen kurfürstlichen Schloß ist keine „öffentliche Einrichtung" und unterliegt ausschließlich dem „Regime des Privatrechts". Das jedenfalls stellt der Bonner Professor für öffentliches Recht Fritz Ossenbühl in seinem angeforderten Gutachten fest, über das der Universitätssenat am 20. Dezember befinden wird.

Setzt sich die in dieser Schrift vertretene Meinung durch, dann gehört die „Demo" vor der von allen bisherigen Veranstaltern so sehr geschätzten Kulisse des alten Schlosses der Vergangenheit an, und der Rasen des alten Parks hat wieder eine Chance. Daß der Universität öffentliche Verkehrsflächen gehören, auch der Kaiserplatz zwischen Bahnhof und Uni gehört dazu, wurde bisher von den Organisatoren von Demonstrationen in Bonn großzügig übersehen. Und daß die Hochschule ihr Hausrecht nie durchsetzte, hat eine eigene Geschichte.

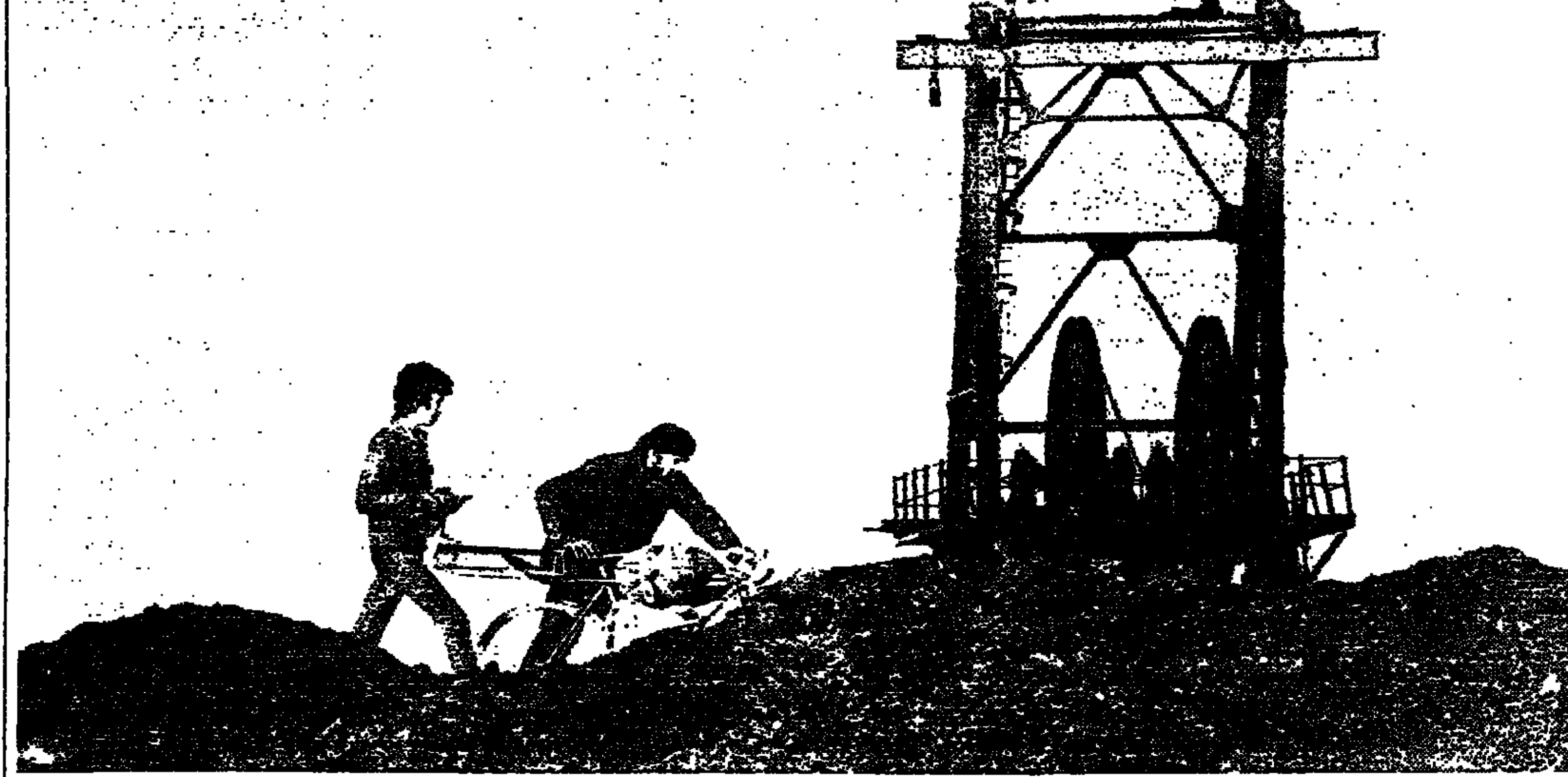
Nach den letzten Zerstörungen des Geländes infolge von Demonstrationen versuchte die in ihren Lehrveranstaltungen durch Demonstranten erheblich behinderte Universität, den Plan populär zu machen, das große Rasen-Karree nach einem um 1775 entstandenen Kupferstich der Anlage wieder in einen barocken Garten umzugestalten. Statt des Rasens sollte es wieder, wie auf dem Kunstwerk übermittelt, Blumenbeete und Wasserspiele geben.

In dem Buch „Die Schlösser des Kurfürsten Clemens August" heißt es im Kapitel „Die Residenz" dazu: „Der große, von Lindenalleen gesäumte Garten vor dem Hauptgebäude ist gegliedert in ein mittleres Rasenbeet mit zentraler Fontaine und seitlichen Brodereiparterres. Zahlreiche Statuen, Vasen und Taxusbäumchen beleben das Bild. An den Langseiten schließen sich Boskettgärten an." Universitäts-Kanzler Wilhelm Wahlers stellte sich auf den Standpunkt: „Wir sind seit 1818 Eigentümer des Areals – keiner kann uns hindern, hier etwas umzugestalten."

Doch einer: Aus Köln meldete der Regierungspräsident Franz-Josef Antwerpes (SPD) kurz darauf, der Hofgarten stehe unter Denkmalschutz, „für jedwede Umwandlung, in welcher Form auch immer, bedarf es einer Erlaubnis meiner Behörde". Die Eintragung in die Denkmalliste, die zum Zeitpunkt dieses Briefes schon seit einem Jahr bestand, war an den Bonner Verantwortlichen vorbeigegangen.

Auch Landeskonservator Professor Udo Mainzer wußte nichts davon. Herbert Schnoor, Parteifreund von Antwerpes und Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen: „Für Großdemonstrationen in Bonn kommt nur die Hofgartenwiese in Frage."

Unabhängig von dem, was nun mit dem alten Park geschehen wird, für den bei einer Befragung durch die Lokalzeitung „General-Anzeiger" zwei Drittel aller Bürger die Umwandlung in den barocken Garten wünschten, ist in dem neuen Gutachten auch ein Hintertürchen für Kompromisse eingebaut: Bei „Nutzungseinräumung" könnte die Universität demnach sowohl Entgelt als auch eine „angemessene Kaution" für die Behebung möglicher Schäden verlangen.



Streikende Bergleute auf Kohlenklau: In den Familien der Kumpel herrscht Not, Scargills Gewerkschaft zahlt keinen Pfennig

Ein Streik auf Hauen und Stechen

Seit März streiken die britischen Bergleute. Den Familien geht es dreckig. Ein Drittel der Kumpel ist in die Gruben zurückgekehrt, doch mit wachsender Brutalität werden andere daran gehindert, den Streik zu beenden.

Von WILHELM FURLER

Tag für Tag gibt es brutale Übergriffe an der Kohle-Streikfront. Der Öffentlichkeit scheinen die Berichte darüber nicht mehr unter die Haut zu gehen. Es sei denn, es handelt sich um einen derart niederträchtigen Überfall, wie er am Wochenende dem 24jährigen Kumpel Michael Fletscher in Castleford, West-Yorkshire, widerfuhr.

Eine Gruppe von 18 vermummten Männern – und, wie jetzt von der Polizei bestätigt wurde, alle 18 streikende Bergleute – war mit Axt-Griffen und Eisenstangen bewaffnet in das Haus von Fletscher eingedrungen und hatten ihn hemmungslos zusammengeschlagen. Während er vor Schmerzen schrie, brachte seine hochschwangere Frau sich und ihre zwei Kinder in Sicherheit, zu hilflos, um ihrem Mann beistehen zu können.

Fletscher erlitt einen Schulter- und einen Knöchelbruch; ein Ellenbogen und eine Schulter wurden ausgekugelt; am Brustkorb traten schwere Prellungen auf. Grund für diese Brutalität: Der 24jährige war fünf Tage zuvor zum ersten Mal seit Streikbeginn wieder in seine Zeche in der Nähe von Castleford eingefahren.

Die drückende Schuldenlast und die Ausicht auf ein desolates Weihnachtsfest hatten ihn veranlaßt, sich vier weiteren Kollegen anzuschließen – die einzigen Bergleute der tausendköpfigen Belegschaft dieser Zeche in West-Yorkshire, die sich trauten, in einem von der Polizei eskortierten Fahrzeug die Streikposten-Front zu durchbrechen. Wie sich erst gestern herausstellte, zählte einer der 18 Angeklagten, Roy Wright, zu den höchsten Funktionären der Bergleute-Gewerkschaft für Yorkshire.

Es ist ein Fall unter Tausenden von Übergriffen und tätlichen Erpressungen, wie sie sich seit Beginn des Kohlestreiks im März dieses Jahrs zugetragen haben – wenn auch ein besonders übler. Einige Passagen aus der „Times" vom Dienstag belegen, was sich in diesem so verheerenden Arbeitskampf an einem einzigen Tag an Tätlichkeiten abspielt:

John Head (40), Vorarbeiter in der Zeche von Edlington, wo er wieder seine Arbeit aufgenommen hatte, wurde von annähernd 20 Männern angegriffen. Heads Frau erkannte einige von ihnen als Arbeitskollegen ihres Mannes. Nachdem die Männer zunächst das Haus des Vorarbeiters umstellt hatten, wurde ein Ziegelstein durch das Wohnzimmerfenster geworfen, der Head am Kopf traf. Daraufhin stürmten einige der Männer ins Haus und schlugen dem Sohn mit der Faust aufs Auge, worauf der zu Boden stürzte.

Zwölf Polizisten wurden verletzt, darunter drei so schwer, daß sie im Krankenhaus behandelt werden mußten, als in Süd-Wales 500 Bergleute-Streikposten gegen 200 Polizisten randalierten. Die Streikposten versuchten, zwei arbeitswillige Kollegen vom Gang zur Zeche abzuhalten.

Michael Jones (25), ein streikender Kumpel aus Stoke-on-Trent, hat vor Gericht gestanden, bei einem Bus-Unternehmer Brandstiftung begangen zu haben. Das örtliche Bus-Unternehmen hat arbeitswillige Bergleute über die Streikposten-Linien hinweg an ihre Arbeitsplätze gefahren. Der durch das Feuer entstandene Schaden liegt bei 240 000 Mark.

Kein Wunder, daß sich führende Polizei-Offiziere inzwischen den Kopf zerbrechen, wie Bergleute, die an ihre Arbeitsplätze zurückgekehrt sind, zusammen mit deren Familien zu Hause besser geschützt werden können. Die Polizei ist insbesondere darüber besorgt, daß inzwischen die alten und gebrechlichen Familienmitglieder arbeitender Bergleute belästigt und bedroht werden: Mit detaillierten Beschreibungen, was mit ihren Söhnen oder Enkeln passieren werde, falls diese nicht wieder streiken, werden die Leute in Panik gestürzt.

Wie sehr diese Gewalttätigkeiten und Drohungen durch Äußerungen führender, extrem linker Labour-Politiker und Gewerkschaftsführer geschürt werden, zeigt das Beispiel des früheren Labour-Ministers und heutigen Abgeordneten für Chesterfield, Tony Benn. Er erklärte am Dienstag, daß die Regierung Thatcher gegen die Bergleute zum Bürgerkrieg ausgerufen habe und warnte, das Land steuere auf einen Konflikt wie den in Nordirland zu. Und der linksradikale Präsident der Bergleute-Gewerkschaft, Arthur Scargill, behauptet immer noch, alle Gewalttätigkeit an den Streikposten-Fronten gehe einzig und allein von „brutalen Polizei-Einsätzen" aus.

Die schweren Zwischenfälle haben sogar die Führung des britischen Gewerkschafts-Dachverbandes TUC entsetzt. Generalsekretär Norman Willis hat jetzt von Scargill Rechenschaft für die jüngsten Gewalttätigkeiten verlangt. Der TUC könne nicht zulassen, daß Gewalt im Namen der Gewerkschafts-Bewegung angewandt werde.

Die Atmosphäre der Gewalt ist wohl in erster Linie auch dafür verantwortlich, daß der Streik noch nicht zusammengebrochen ist. Die Furcht vor Verletzungen und Belästigungen wiegt schwerer als ein verlockender Weihnachtsbonus, der bis zum letzten Freitag den Bergleuten, die wieder an ihre Arbeitsplätze zurückkehrten, in Höhe von immerhin 4440 Mark gezahlt worden ist.

Zwar sind seit Anfang November, als dieser Bonus eingeführt wurde, fast 14 000 Bergleute wieder in ihre Gruben eingefahren. Aber der zunächst sehr ausgeprägte Trend zurück zum Arbeitsplatz ist seit den jüngsten Brutalitäten deutlich schwächer geworden. So wurden Montag dieser Woche nur 975 „neue Gesichter" in den Zechen des Landes gezählt, während es am Montag zuvor noch 3282 waren, die bislang höchste Tageszahl. Am Dienstag kehrten gar nur 350 Bergleute zurück.

Entsprechend dürften in dieser Woche, in der der Weihnachtsbonus nicht mehr angeboten wird, höchstens 2000 Bergleute dem Streik den Rücken kehren, während es in der vergangenen Woche mit knapp 6000 die höchste Zahl war. Offiziellen Angaben der Nationalen Kohlebehörde zufolge sind damit jetzt knapp 67 000 Bergleute von insgesamt 189 000 einschließlich Vorarbeiter, Sprengmeister und Grubensicherheitspersonal an ihren Arbeitsplätzen.



Gemeinschaftsküche der Gewerkschaft für Kumpel in Sheffield
FOTOS: KLAUS MEHNER

Auch wenn die Streikfront Tag für Tag weiter abbröckelt, läßt sich das ursprünglich gesetzte Ziel, bis Weihnachten die Hälfte der 189 000 Beschäftigten wieder zurückzuholen, auf keinen Fall mehr verwirklichen. Wie wird es also weitergehen? Sicher ist, daß die Rückkehr von immerhin 14 000 Bergleuten die Position von Arbeitgeber und Regierung ganz wesentlich gefestigt hat. Denn damit wird heute mindestens in der Hälfte der britischen Zechen Kohle gefördert. Scargills Prophezeiung, Frau Thatcher und ihre Minister dadurch in die Knie zwingen zu können, daß die Bergleute die Strom- und Energieversorgung des Landes zusammenbrechen lassen würden, ist mehr denn je Illusion.

Angesichts dieser sich gegen den autoritären Scargill richtenden Entwicklung sind intensive Bemühungen innerhalb der britischen Gewerkschaftsbewegung nicht mehr zu übersehen, den selbstzerstörerischen Arbeitskampf zu einem raschen Ende zu bringen – und dabei möglichst nicht das Gesicht zu verlieren. Sowohl unter gemäßigten Gewerkschaftsführern als auch unter streikenden Bergleuten mehrt sich im übrigen die Forderung, endlich eine landesweite Urabstimmung für oder gegen Streik abzuhalten.

Noch weigern sich Scargill und seine Funktionäre, auch nur eine Handbreit nachzugeben. Die Frage ist allerdings, wie lange sie ihre Gewaltherrschaft aufrechterhalten können.

In vielen Bergleute-Familien herrscht unterdessen weiter Not. Denn aus der Kasse ihrer Gewerkschaft erhalten sie keinen Penny. Unerlaubt nach Kohle zu graben, ist für viele Familien in diesen kalten Wochen lebensnotwendig – und hat schon so vielen den Tod gebracht, wenn sie von nachstürzenden Geröllmassen begraben wurden. Anzurechnen ist, daß der Gewerkschafts-Dachverband TUC wenigstens gelegentlich finanziell aushilft, um Härtefälle zu lindern. Gerade jetzt hat er wieder 925 000 Mark zur Verfügung gestellt.

Dennoch reicht es für die meisten Familien hinten und vorne nicht. Und Junggesellen, die eben keine Familien-Fürsorge erhalten, sind auf Almosen angewiesen. Für einen der reichtsten Männer der Welt, den 51jährigen John Paul Getty II, mögen streikende und tagtäglich mit Vandalismus in Zusammenhang gebrachte Bergleute ein Greuel sein. Das hat ihn jetzt aber nicht davon abgehalten 100 000 Pfund oder 370 000 Mark sozusagen als Weinachtsgeschenk an die Bergleute-Familien zu geben. Vielleicht trägt gerade eine solche Geste, welche die Weihnachtsstrümpfe von 50 000 Kindern füllen oder 65 000 Weihnachtsessen bescheren wird, zu einer rascheren Wiederherstellung des von den meisten heiß ersehnten Arbeitsfriedens im britischen Kohlebergbau bei.

„Unverrückbar für das umweltfreundliche Auto"

Innenminister Zimmermann will bei der EG hart bleiben

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Als das „dringendste innenpolitische Anliegen" bezeichnete Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann in der Bundestagsdebatte um den Etat 1985 seines Hauses den Umweltschutz. Zur Einführung des umweltfreundlichen Autos kündigte der Minister für die bevorstehende EG-Konferenz über dieses Thema am 6. Dezember in Brüssel an, die Bundesregierung werde sich in dieser Frage „unverrückbar verhalten". Die EG-Partner müßten einsehen, „daß es uns hier ganz ernst ist".

Während Zimmermann die umweltschutzpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung und ihre Effizienz lobte und vor „Hysterie und Hektik" warnte, weil nur genaue Vorgaben auf diesem Feld zu Erfolg führen könnten, wurde er von der SPD in der Debatte scharf angegriffen. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Harald Schäfer tadelte Zimmermann vor allem deswegen, weil er nicht für eine sofortige Einführung des Tempolimits für Kraftfahrzeuge sei, sondern darüber zunächst einen Großversuch durchführen lasse. Schäfer nannte das einen „Täuschungsversuch zur Irreführung der Bürger".

Die Bundesregierung, so Schäfer, setze beim Umweltschutz auf die Marktwirtschaft, aber der Markt sei „wertblind", der Staat müsse hier Daseinsfürsorge betreiben. Die SPD werde in der kommenden Woche ihr Programm „Sondervermögen Arbeit und Umwelt" im Bundestag einbringen, um in dieser Richtung auf eine Entscheidung hinzuarbeiten.

Zimmermann ging in seiner Rede auf diesen Plan nicht ein. Er faßte seine umweltpolitischen Darlegungen in dem Satz zusammen: „Kurs und Tempo dieser Politik sind in Europa beispielhaft – ich appelliere an *alle Fraktionen, dieses zentrale* Anliegen zu unterstützen." Industrie und Handel hätten sich, anders als dies die Opposition verkünde, bereits voll auf das umweltfreundliche Auto eingestellt.

Für die FDP hob die Bundestagsabgeordnete Ursula Seiler-Albring hervor, daß der Umweltschutz im Etat 1985 des Bundesinnenministeriums einen Zuwachs von 24,5 Prozent verzeichne. Diese 45 Millionen Mark zusätzlich nannte der Abgeordnete der „Grünen" Hubert Kleinert „kosmetische Korrekturen", während er die Ausgaben für den Bundesgrenzschutz rügte, die er zum Etat „für Überwachung udn Bespitzelung" rechnet. Der SPD-Abgeordnete Klaus-Dieter Kühbacher machte in seinem Beitrag zur Etatdebatte des Innenministeriums deutlich, daß eine von den „Grünen" gewollte Abschaffung von Bundeskriminalamt und Bundesgrenzschutz „mit uns nicht zu erreichen" sei.

Eine weitere Grenzlinie zu den Grünen zog Harald Schäfer (SPD), als er den Versuch dieser Partei in Hessen, die Atomfabrik Nukem II stillzulegen, als „Politspielerei" bezeichnete, die auf offenen Rechtsbruch hinauslaufe. Im übrigen genüge es nicht für eine Partei, die Welt immer nur zu interpretieren – ein Ausstieg aus der Kernenergie zum Beispiel sei nur durch Einstieg in die Exekutivverantwortung vorzubereiten.

Bundesinnenminister Zimmermann betonte in seiner Darstellung aller Aktivitäten seines Ministeriums, Anlaß für das Bonner Eingreifen für Nukem II sei ausschließlich die Bundeskompetenz gewesen, nicht etwa das Ziel, das hessische rot-grüne Bündnis zu sprengen.

Seine erneut vorgebrachte Forderung nach einem fälschungssicheren Personalausweis unterstützte der Minister mit dem Hinweis, trotz freier *Fahrt an Grenzübergängen* werde es „keine freie Fahrt für Kriminalität geben".

Minister Wörner vermißt bei der SPD die Logik

Opposition nennt Bundeswehr-Planung eine Fiktion

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Im Zentrum der Erörterungen des Bundestages über den Verteidigungshaushalt standen die Fragen um die Planung für die Bundeswehr. Der SPD-Abgeordnete Horn, Vorsitzender der zuständigen Arbeitsgruppe Sicherheit seiner Fraktion, versuchte mit seinem Beitrag dem Eindruck entgegenzuwirken, die SPD sei in Verteidigungsfragen uneins. Er stellte sich vor seinen Fraktionskollegen von Bülow, der eine Verringerung der Friedensstärke der Bundeswehr auf 300 000 Mann für hinnehmbar erklärt hatte.

Horn sagte, Bülow habe man gründlich mißverstehen wollen. Er habe lediglich sagen wollen, zu dieser Reduzierung der Friedensstärke komme es nur, wenn nichts dagegen getan werde, und dies sei nur vorstellbar, wenn die Sowjetunion ihre in den osteuropäischen Nachbarstaaten stationierten Streitkräfte um die Hälfte reduzieren würde.

Horn ging in der Schärfe seiner Kritik an der Regierungsplanung für die Bundeswehr soweit, sie eine „Fiktion" zu nennen. Aufschlußreich sei, daß die Planungen des Verteidigungsministers für die Bewaffnung und Ausrüstung bis 1998 reiche, die für das Personal aber nur bis 1995. Als erster Sprecher der SPD-Opposition argwöhnte Horn, für das Personal breche die Planung offenbar spätestens dann zusammen. Deshalb würden die Sozialdemokraten einer Verlängerung des Grundwehrdienstes nicht zustimmen, da zu vermuten sei, die Regierung versuche sich damit für einige Jahre „über die Runden zu mogeln". Horn verlangte von Minister Wörner sofort die Vorlage eines neuen Strukturkonzepts, da die für die Friedensstärke „kritische Zahl" von 450 000 Mann in den neunziger Jahren unterschritten werde.

Minister Wörner parierte diese Vorhaltungen mit der Frage, wo in der SPD die Logik bleibe. Auf der Basis der Arbeiten der Langzeitkommission habe sein Vorgänger im Amt, Apel, schon vor mehr als zwei Jahren erklärt, eine Verlängerung des Grundwehrdienstes auf 18 Monate sei unausweichlich. Auch habe Apel damals erklärt, eine weitere Kaderung der Bundeswehr schwäche die Vorneverteidigung. Offenbar scheue sich die SPD aber heute, unpopuläre Maßnahmen zur Erhaltung der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr mitzuverantworten. Wörner berichtete in der Debatte von einem Brief des NATO-Generalsekretärs Lord Carrington an den deutschen Botschafter bei der NATO, in dem der „mutige und rechtzeitige Beschluß" der Bundesregierung für die Bundeswehrplanung der kommenden fünfzehn Jahre gelobt werde. Wie die deutschen Streitkräfte den „Pillenknick" meistern würden, sei in der NATO eine Zeitlang „Quelle erheblicher Sorge" gewesen. Die Uneinigkeit in der SPD mache ihm Sorgen, meinte Wörner. Er sei der Ansicht des SPD-Abgeordneten Kolbow, so sei diese Partei nicht regierungsfähig.

Die Versuche der Haushaltsexperten der SPD, Traupe, den Verteidigungshaushalt „sinnvoll" um 1,6 Milliarden Mark zu kürzen, wehrte Wörner mit dem Hinweis ab, er werde zum Jahresende lieber nicht gebrauchtes Geld zurückgeben. Eine von der SPD dazu beantragte namentliche Abstimmung erbrachte eine Mehrheit von 255 Stimmen gegen 186 zur Ablehnung der Kürzung. Die Grünen blieben mit ihrem Antrag gegen die Stimmen aller anderen Fraktionen erfolglos, das Personal der Bundeswehr jährlich schrittweise um 10 Prozent bis auf 350 000 Mann zu kürzen. Ähnlich erging es ihrem Begehren, ein „Bundesamt für Rüstungskonversion" einzurichten.

Genscher: Wir stellen Grenze nicht in Frage

Ehmke kritisiert die Absage des Polen-Besuchs

BERNT CONRAD, Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat im Bundestag die Hoffnung geäußert, daß die polnische Regierung die Hindernisse für seinen abgesagten Besuch in Warschau beseitigen werde. „Denn niemand kann daran zweifeln, daß dieser Besuch notwendig und wichtig ist und daß es ein historischer Fehler wäre, wenn wir den Dialog gerade mit der Volksrepublik Polen nicht führen könnten und würden", sagte Genscher in der Debatte über den Haushalt des Auswärtigen Amtes.

Das Verhältnis zur Volksrepublik Polen ist nach den Worten des FDP-Chefs mehr als ein normales Nachbarschaftsverhältnis. Es habe eine große historische und moralische Dimension. Genscher fügte hinzu: „Es wäre falsch, wenn wir uns hier gegenseitig Vorwürfe machten. Ich glaube, niemand hat Anlaß, dem zuzustimmen, was über angebliche revanchistische Absichten in unserem Land gesagt wird. In diesem Land gibt es keinen Revanchismus." In diesem Zusammenhang bezeichnete er den Beitrag der Vertriebenen zum Aufbau der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland als bedeutsam.

Der Außenminister maß dem Warschauer Vertrag, dessen 14. Jahrestag am 7. Dezember anstehe, eine „beispielhafte und historische Funktion" zu. Es helfe niemandem, schade aber allen, „wenn die Fragen, über die im Warschauer Vertrag sorgfältig formulierte gemeinsame Aussagen getroffen sind, heute erneut zum Gegenstand kontroverser Erörterungen gemacht werden".

Genscher betonte, alle Polen – ganz gleich, wo sie politisch stünden – hätten ein fundamentales Interesse daran, in dauerhaft festen Grenzen leben zu können. „Deshalb haben der Bundespräsident, der Bundeskanzler und ich bei verschiedenen Gelegenheiten zum Ausdruck gebracht: Wir stellen diese Grenzen nicht in Frage, weder heute noch morgen. Von uns Deutschen soll der Zukunft Polens keine Ungewißheit drohen."

Der SPD-Abgeordnete Karsten Voigt begrüßte Genschers Aussagen zu Polen, bezweifelte aber die außenpolitische Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit des Ministers. Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Horst Ehmke, der die Debatte mit einem Frontalangriff gegen Genscher begonnen hatte, vertrat die Ansicht, der Minister habe seine Polen-Reise „in letzter Minute mehr aus innen- als aus außenpolitischen Gründen abgesagt". Die Unionsabgeordneten Czaja, Hupka und Sauer hätten „im Vorlauf dieser Reise" einen Katalog von Forderungen aufgestellt, der sich wie eine Fibel des Kalten Krieges lese und der im Widerspruch zu den völkerrechtlichen Verpflichtungen aus dem Warschauer Vertrag stehe. Angesichts dieser und anderer peinlicher Vorgänge sollte Genscher auch als Außenminister zurücktreten.

Demgegenüber stellte der CSU-Abgeordnete Hans Klein fest, was der Bundeskanzler und was der Außenminister zu Polen gesagt hätten, werde von der Unionsfraktion getragen. *Auch was die Abgeordneten Hupka* und Czaja zu Polen geäußert hätten, werde von der Fraktion getragen. Der CSU-Abgeordnete Klaus Rose unterstrich die Bereitschaft zur Aussöhnung mit dem polnischen Volk, meinte jedoch, der SPD-Fraktionsvorsitzende Vogel habe in Warschau mit seinem Verzicht auf einen Besuch am Grab des Priester-Märtyrers Popieluszko das polnische Volk im Stich gelassen.

Der FDP-Abgeordnete Helmut Schäfer nannte es wenig hilfreich, hier immer wieder die Diskussion über die Ostgrenzen anzufangen.

„Staatsbürgerschaft wird bereits respektiert"

Professor Seiffert: Verhandlungen mit „DDR" unnötig

BERNT CONRAD, Bonn

Nach Ansicht des 1978 aus der „DDR" in die Bundesrepublik gekommenen Rechtswissenschaftlers Professor Wolfgang Seiffert wird die von der „DDR" geforderte Respektierung ihrer Staatsangehörigkeit von der Bundesrepublik Deutschland gegenwärtig schon praktiziert. Die Respektierung könne weder Gegenstand von einseitigen Erklärungen noch von Gesprächen, Verhandlungen oder gar Verträgen sein.

Mit dieser im „Deutschland-Archiv" *vertretenen These hat Seiffert* zur Entschärfung der Bonner Diskussion über die Staatsangehörigkeit der „DDR" beigetragen. Die SED-Führung war vor einiger Zeit dazu übergegangen, nicht mehr die „Anerkennung", sondern nur noch die Respektierung der „DDR"-Staatsbürgerschaft zu verlangen, ohne daß die exakte Bedeutung der Forderung bisher erläutert worden ist. Das gilt vor allem für die neueste Formulierung des SED-Chefs Erich Honecker von der „völligen Respektierung".

SPD-Politiker haben der Bundesregierung mehrfach empfohlen, auf die von der SED verlangte Respektierung der Staatsangehörigkeit einzugehen. Dies ist jedoch auf Ablehnung gestoßen, weil die CDU/CSU-FDP-Koalition keine Aushöhlung der nach dem Grundgesetz fortbestehenden deutschen Staatsangehörigkeit hinnehmen will. Der Artikel von Prof. Seiffert gibt der Bundesregierung nun rechtliche Argumente, es bei dem gegenwärtigen Zustand zu belassen, der nach Ansicht des Autors *die Respektierung ohnehin* einschließt. Der Berliner Bundessenator und Grundgesetzkommentator Prof. Rupert Scholz hält Seifferts These, wie er der WELT versicherte, durchaus für plausibel.

Beide Staaten sind Teilstaaten

Ausgangspunkt des langjährigen Professors an der Akademie der Staats- und Rechtswissenschaft der „DDR" ist der Hinweis, „daß die Bundesrepublik Deutschland eine faktische Anerkennung (besonderer Art) der DDR als zweiter Staat in Deutschland vorgenommen hat, aus der sich eine Respektierung der Unabhän*gigkeit und Selbständigkeit der DDR* in ihren inneren und äußeren Angelegenheiten in der durch den Grundlagenvertrag konkretisierten Weise ergibt". Dabei sei zu berücksichtigen, „daß beide Staaten Teilstaaten Gesamtdeutschlands sind, auf das sich die Vorbehaltsrechte der Alliierten auch ncah Aufnahme beider deutscher Staaten in die Vereinten Nationen weiterhin beziehen".

Hieraus folgt nach Darlegung Seifferts, „daß die eine (gesamt-)deutsche Staatsangehörigkeit von der faktischen Anerkennung der DDR unberührt blieb, die Respektierung der Unabhängigkeit und Selbständigkeit der DDR durch die Bundesrepublik aber auch deren Regelung der 'Staatsbürgerschaft' umfaßt". Ein förmlicher Einzelakt der „Respektierung" einer Staatsangehörigkeit eines anderen Staates sei im Völkerrecht ebenso unüblich wie der einer „Anerkennung".

Alle Deutschen, die Deutsche im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes sind, bleiben nach Auffassung des Autors auch weiterhin deutsche Staatsangehörige, auch wenn sie nach der Gesetzgebung der „DDR" deren Staatsbürgerschaft haben. Die Bundesrepublik könne weiter rechtmäßig ihre Schutz- und Fürsorgepflicht auch für Deutsche aus der „DDR" ausüben.

Keine einseitige Respektierung

Respektierung der Staatsangehörigkeit der „DDR" in diesen Grenzen, so argumentiert Seiffert weiter, bedeute für die Bundesrepublik:

1. Wer nach der „DDR"-Gesetzgebung „Staatsbürger" dieses Staates sei, sei im Hoheitsgebiet der „DDR" als solcher der Hoheitsgewalt dieses Staates unterworfen.
2. Im übrigen aber sei es in die individuelle Entscheidungsfreiheit des jeweiligen „Staatsbürgers" der „DDR" gestellt, sich ausschließlich auf diese „Staatsbürgerschaft" zu berufen und daran auch während eines Aufenthalts im Geltungsbereich des Grundgesetzes oder des effektiven Schutzbereiches der Bundesrepublik festzuhalten.

Der Rechtswissenschaftler bezeichnet es als unzumutbar für die Bundesrepublik, auch jene Seiten der „Staatsbürgerschaft" der „DDR" zu respektieren, die im Ergebnis einer ideologisch ausgerichteten Staatsbürgerschaft eine völkerrechtlich nicht erlaubte Einschränkung der Menschen- und Freiheitsrechte bedeuteten. „Wir können nicht den Trägern des DDR-Regimes zuliebe daran mitwirken, die Mauer aus Stein durch eine rechtliche Fesselung der DDR-Staatsbürger zu ersetzen."

Im übrigen hält Seiffert die praktischen Konsequenzen aus dieser Rechtslage für recht einfach; sie seien auch in der Praxis der Bundesrepublik längst gezogen. Fälle von Verletzungen der Respektierung der *„DDR"-Staatsangehörigkeit* stellten bestenfalls ein seltenes vorkommendes Fehlverhalten untergeordneter Verwaltungsdienststellen dar.

Da es aber keine einseitige Respektierung einer Staatsangehörigkeit gebe – so fährt Seiffert fort –, müsse die „DDR" auch die Regelung der deutschen Staatsangehörigkeit „so respektieren, wie sie ist, einschließlich der Regelungskompetenz der Bundesrepublik, der Einbindung der Staatsangehörigkeitsregelung in die *Konzeption des Grundgesetzes* und ihrer Bezogenheit auf ganz Deutschland". Gerade gegen diese Pflicht verstoße aber die „DDR" jeden Tag mehrere tausendmal.

Ein deutscher Patriot und mutiger Demokrat

Hubertus Prinz zu Löwenstein starb im Alter von 76 Jahren

Er war rastlos tätig bis zuletzt. Soeben war seine Biographie Kaiser Konstantins erschienen, da saß er bereits an einem neuen Projekt über die „Schöpfer des christlichen Europas". Voraufgegangen waren in rascher Folge die Bände über Seneca, Trajan, Tiberius, war der große, wegweisende Vortrag vor dem letzten Kongreß des Freien Deutschen Autorenverbands in Berlin. Der Tod mußte dem „Prinzen", wie ihn die Freunde liebevoll nannten, die Feder buchstäblich aus der Hand winden.

Bewahrung der christlichen europäischen Geistestradition, Eintreten für ein einiges, freies deutsches Reich, leidenschaftliche Auseinandersetzung mit den Kräften der Verneinung und des Totalitarismus – das waren die drei Maximen, die das Werk des Hubertus Prinz zu Löwenstein-Wertheim von Anfang an bestimmten.

Hubertus Prinz zu Löwenstein FOTO: DPA

Sein feines Gespür für das Mögliche und Vernünftige machten ihn schon in der Weimarer Zeit zu einem entschiedenen Verteidiger der jungen Republik, seine Vornehmheit und Menschenkenntnis bewahrten ihn von vornherein vor der nationalsozialistischen Versuchung.

Der junge Gerichtsreferendar vom Jahrgang 1906 war einer der mutigsten Hitlergegner der ersten Stunde. Seine juristische Doktorarbeit von 1931, „Umrisse und Idee des faschistischen Staates und ihre Verwirklichung", erweist sich heute als ein seltenes Dokument der Hellsichtigkeit. Sofort nach Hitlers Machtübernahme ging er in die Emigration. Zunächst von Österreich aus, dann beim Saar-Referendum und später in Amerika und Kanada stritt er unermüdlich gegen die „Besetzung" Deutschlands durch die Nazis, half den Verfolgten, *wo immer er konnte*, entwarf Pläne und Manifeste für die „Stunde danach".

Seine Liebe zum Vaterland machte ihn völlig immun gegen Rachegedanken und Vergeltungsstrategien. Ohne Furcht vor Sanktionen attakkierte er sowohl den Morgenthauplan als auch gewisse Artikel von Thomas Mann und anderen Angehörigen der Emigration. 1946 kehrte er nach Deutschland zurück und stürzte sich vehement ins politische Leben, beteiligte sich persönlich an den Aktionen für die Freigabe Helgolands, für die Rückkehr der Saar.

Die aufopfernde Arbeit der letzten Jahre als Präsident des FDA, der Kampf gegen die roten Imperialisten und Spalter im Osten, gegen Kleinmut und beflissene Anpasserei im Westen, fügen sich nahtlos in das Lebensbild ein. Hubertus Prinz zu Löwenstein war ein produktiver, wortgewaltiger und charmanter Schriftsteller (man lese den Roman über den „Privatdozenten Remigius von Molitor"!), ein mutiger, allzeit einsatzbereiter Politiker.

Und er war ein deutscher Patriot und Demokrat, der der Jugend als Vorbild dienen kann.

GÜNTER ZEHM

Ein Offizier – frei im Geist, fest im Charakter

General Hans Speidel starb im Alter von 87 Jahren

Nach langem Leiden, das ihn schließlich zu einem Leben im Rollstuhl zwang, ist Hans Speidel, General a.D. im 88. Lebensjahr, gestorben. Er hat dieses Jahrhundert erlebt und erlitten, in der Geschichte unseres Landes einen Platz errungen, der ihn auszeichnet.

Am 28. Oktober 1897 im württembergischen Metzingen als Sohn eines Forstprofessors geboren, wurde er 1914 Fahnenjunker im Ulmer Grenadierregiment König Karl, kämpfte im Ersten Weltkrieg als Gruppen-, Zug- und Kompanieführer, Bataillons- und Regimentsadjutant an der Westfront. Danach blieb er Offizier, studierte jedoch neben dem Dienst Geschichte und Volkswirtschaft in Berlin, Tübingen und Stuttgart, promovierte 1925 zum Doktor der Philosophie magna cum laude.

General a.D. Hans Speidel FOTO: DPA

Generalstäbler geworden, führte ihn seine Karriere rasch in wichtige Positionen – als Gehilfe der Mili*tärattachés an die* Botschaft nach Paris, als Leiter der Abteilung Fremde Heere West im Generalstab des Heeres, als Begleiter des Generalobersten Ludwig Beck zu Besprechungen mit den französischen Streitkräften. Die Stellung des *Militärattachés* in Spanien und Portugal trat er nicht an, weil der Zweite Weltkrieg ausbrach.

Nach Stabsverwendungen in Frankreich, das er liebte und dem er half, und Rußland wurde Speidel Chef des Generalstabes der Heeresgruppe B von Generalfeldmarschall Erwin Rommel. An den Bemühungen um eine Beendigung des Krieges im Westen beteiligt, wurde er von der Gestapo verhaftet. Französische Truppen befreiten den General im April 1945 aus dem Gefängnis.

Bei der Vorbereitung des deutschen Wehrbeitrags gehörte er zu den Männern der ersten Stunden: Sachverständiger bei den Verhandlungen auf dem Petersberg, Chefdelegierter bei den Pariser Verhandlungen über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, Vertreter bei den Verhandlungen über den Beitritt der Bundesrepublik zur NATO. Er wurde erster Oberbefehlshaber der alliierten Landstreitkräfte in Mitteleuropa.

Die Pensionierung im Jahre 1964 brachte ihn nicht in den Ruhestand; er schrieb. Das Schreiben war stets gleichsam die zweite Natur dieses humanistisch gebildeten Soldaten gewesen, hatte seinen Geist, dem Stil und dem Inhalt gleichermaßen verpflichtet, maßgeblich geprägt. Als politischer Soldat fühlte er sich Konrad Adenauer, als philosophischer Literat Theodor Heuss wie auch Ernst Jünger verbunden.

„Der militärische Führer" – so sagte er an der Hamburger Führungsakademie – „muß frei im Geist und fest im Charakter, mehr Fortinbras als Hamlet sein." Er lebte nach dieser Regel, repräsentierte den Typus des empfindsamen, ja, musischen Offiziers wie Carl von Clausewitz und Helmut von Moltke.

Speidel schöpfte Kraft aus einer glücklichen Ehe, auch als Vater von zwei Töchtern und einem Sohn.

WOLFRAM von RAVEN

Berliner Wahlkampf im Bonner Parlament

Co. Bonn

Überraschend lieferten sich der Berliner Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) und der SPD-Spitzenkandidat für die Abgeordnetenhaus-Wahl im Frühjahr nächsten Jahres, Hans Apel, am Dienstagabend in der Haushaltsdebatte ein Rededuell, dessen Schärfe die Emotionen auf allen Seiten anheizte: Die Wellen des Berliner Wahlkampfes schlugen in den Plenarsaal des Bundestages.

Es begann ganz sachlich: Diepgen meldete sich bei der zweiten Lesung des Kanzleramts-Etats zu Wort und meinte, es sei eine gute Tradition, daß der Regierende Bürgermeister von Berlin bei dieser Gelegenheit im Bundestag spreche. „Auch hier kommt ein Stück der Bindungen Berlins an den Bund zum Ausdruck." Der Nachfolger Richard von Weizsäckers dankte für die fortdauernde finanzielle Unterstützung seiner Stadt und bezeichnete es als Ziel des Senats, die Lebensfähigkeit Berlins langfristig zu stärken. Berlin wolle keinen Pessimismus beisteuern, sondern einen Beitrag zur Wirtschaftspolitik leisten, um den in der Bundesrepublik modisch gewordenen und völlig überflüssigen Pessimismus überwinden zu helfen.

Diepgen empfahl der Bundesregierung, angesichts des neuen West-Ost-Dialogs auch in Verhandlungen mit der „DDR" auf allen Ebenen den Versuch zu neuen Vereinbarungen zu unternehmen. So liege es durchaus im Interesse der „DDR", mehr Westreisen als bisher zuzulassen, denn nur so könne die SED die bohrenden Fragen der Bevölkerung beantworten und eine gewisse Entspannung in der Ausreiseproblematik erreichen. Gemeinsame Interessen gebe es auch beim Umweltschutz und im innerdeutschen Handel. Der Bürgermeister plädierte ferner dafür, die vorgesehene Rentenerhöhung um nur 1,07 Prozent noch aufzubessern.

An diesem Punkt entzündete sich urplötzlich eine Rentendebatte, in die außer Apel auch Bundesarbeitsminister Norbert Blüm und die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Antje Fuchs eingriffen. Apel warf Diepgen in der Rentenfrage „Heuchelei und Doppelbödigkeit" vor. Der Bürgermeister habe es außerdem unterlassen, schwerwiegende Versäumnisse der Bundesregierung zuungunsten Berlins in den zurückliegenden Verhandlungen mit der „DDR" zu erwähnen.

Was die Berliner Wirtschaftslage und die Arbeitslosigkeit in der Stadt betreffe, so sollte man die Situation zwar nicht in dunklen Farben malen, fuhr Apel fort. „Aber mit Schönfärberei kommen wir über den grauen Alltag nicht hinweg." Tatsächlich habe die Zahl der Dauerarbeitslosen in Berlin in dieser Legislaturperiode um 40 000 zugenommen.

Unter erheblicher Unruhe des Plenums eilte Diepgen noch einmal zum Rednerpult, um sich gegen die Anschuldigung der Heuchelei und Doppelbödigkeit zu verteidigen. Er lasse sich nicht mit billigen Argumenten diffamieren, rief der Bürgermeister zornig. Ebenso scharf erwiderte Apel, wenn man höre, was im Berliner Abgeordnetenhaus über ihn selbst gesagt werde, „so sind Sie hier heute sehr gut behandelt worden".

SED: Es gilt allein das europäische Vertragswerk

AP, Berlin

Der „DDR"-Staatsratsvorsitzende und SED-Chef Erich Honecker hat die Rechtsauffassung von der „Existenz des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937" zurückgewiesen. Wer in der Bundesrepublik Deutschland heute noch damit „hausieren gehe", beweise nur, erklärte Honecker nach einer Meldung der Nachrichtenagentur ADN, „daß er unbelehrbar ist und längst gescheiterte Pläne wiederzubeleben versucht".

Für die Beziehungen zwischen „den beiden souveränen und voneinander unabhängigen deutschen Staaten" gelte „einzig und allein das europäische Vertragswerk, wozu der Grundlagenvertrag zwischen der DDR und der BRD gehört", sagte Honecker. Dies schließe die Anerkennung der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung als Realitäten ein. „Die Entwicklung von Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten erfordert, daß sie ohne jeden Vorbehalt nach den Grundsätzen des Völkerrechts gestaltet werden", erklärte der SED-Chef.

Lintner warnt „DDR" vor Grenzschikanen

rtr, Bonn

Die „DDR" ist von der Union ermahnt worden, Durchsuchungen und Verhöre an der innerdeutschen Grenze auf die „in aller Welt üblichen Gepflogenheiten" zu beschränken und dabei auch auf den Gesundheitszustand der Reisenden Rücksicht zu nehmen. Unter Hinweis auf den Zusammenbruch einer 64 Jahre alten Rentnerin bei einer „DDR"-Grenzkontrolle erklärte der deutschlandpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Eduard Lintner, Ost-Berlin müsse wissen, daß solche Geschehnisse die Qualität der innerdeutschen Beziehungen nicht unberührt lassen könnten.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

„Dimensionen erkennen und Folgen bewältigen"

Deutsch-amerikanisches Technologie-Gespräch in Bonn

SUSANNE PLÜCK, Bonn

Die Chancen neuer Technologien werden bei uns unter-, die Sorgen über ihre Folgen überbewertet – so resümierte Professor Kurt Biedenkopf (CDU) das Ergebnis eines deutsch-amerikanischen Expertengesprächs über politische, wirtschaftliche und soziale Folgen neuer Technologien, das die Konrad-Adenauer-Stiftung gemeinsam mit dem American Enterprise Institute, Washington (AEI), vom 25. bis 27. November in Bonn veranstaltete. Biedenkopf nannte es eine Herausforderung, die schöpferischen Dimensionen neuer Technik zu erkennen und mit ihren Folgen fertigzuwerden. Ohne neue Technologien seien die Probleme der modernen Welt nicht zu bewältigen.

Die Veranstaltung, deren Themenkatalog das Verhältnis von Marktwirtschaft und Wettbewerb zu neuen Technologien, Industrie- und Technologiepolitik, Fragen des Arbeitsmarktes und der Arbeitsqualität bis hin zu Auswirkungen auf Werte- und Erziehungssysteme umspannte, brachte den etwa 70 Teilnehmern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik wertvollen Erfahrungsaustausch und verdeutlichte, daß sich in beiden Ländern ähnliche Probleme stellen.

Bemerkenswert war der Optimismus, der in den amerikanischen Beiträgen über mögliche Auswirkungen von High-Tech, wie etwa neue Kommunikationssysteme, Kerntechnik und Computerisierung, zum Ausdruck kam.

Beispiel Japan

Die Hochpreisung einer neuen Ära der Kreativität durch AEI-Director Michael Novak beispielsweise offenbarte ein ungebrochenes Verhältnis zu althergebrachter Unternehmermentalität. Bemerkungen wie „In der neuen Technologie wird das moralisch Gute sichtbar" zeigen, daß das Erbe der puritanischen Erfolgsethik in den Vereinigten Staaten äußerst lebendig ist.

Novak stellte die Bedeutung „alter" Tugenden – wie Arbeitsbereitschaft und Pflichtbewußtsein – für die Zukunft ebenso heraus wie die Schlüsselrolle der Kreativität. Er nannte den erstaunlichen Aufschwung von Japan, Korea und Singapur nach 1945 als Beispiel dafür, wie Staaten der Dritten Welt mit dieser Eigenschaft Hunger und Armut besiegen könnten: Der Schlüssel zum Reichtum aller Nationen liege in den neuen Technologien. Die Regierung müßte nur dem Marktprinzip und der freien Entfaltung der Wettbewerbskräfte Raum geben – High-Tech als Chance der Menschheit.

Das für eine von High-Tech geprägte Kultur geeignete Bildungsideal beschrieb Denis Doyle, ebenfalls Director am AEI: Es ist vom Kriterium der Flexibilität geprägt. Da Menschen künftig damit rechnen müßten, bis zu fünfmal im Leben die berufliche Tätigkeit zu wechseln, sei das wichtigste Ziel von Schule und Ausbildung künftig Lern- und Denkfähigkeit sowie eine gute Allgemeinbildung.

Bisher kein Wertewandel

Das gelte für Natur- wie Geisteswissenschaften. Dies Ideal könne nicht mehr nur für die Akademikerschicht gelten, sondern werde auch für die Massenausbildung unabdingbar. Berufliche Spezialausbildung könne erst auf einer solchen Basis ansetzen. Als Vorbild führte er Japan an, wo 98 Prozent der Jugendlichen einen der amerikanischen High school vergleichbaren Abschluß absolvierten. In den USA seien es nur 71 Prozent.

Auf deutscher Seite war die in Europa verbreitete Skepsis merklich präsent, ob sich die neuen Technologien nicht negativ auf Werte des menschlichen Zusammenlebens auswirken könnten. Der Kölner Soziologe Erwin Scheuch räumte jedoch, diese Besorgnis aus: Ein derartiger Wertwandel sei bisher nicht feststellbar.

Wohl hätten sich seit einigen Jahrzehnten im Rahmen der pluralistischen Gesellschaft Verhalten und Überzeugungen in der Bevölkerung deutlich geändert, die zwischenmenschlichen Werte jedoch seien nach bisherigen Forschungen stabil geblieben. Scheuch beruhigte auch jene, die in der grünen „Bewegung" die Vorhut eines allgemeinen Wertewandels argwöhnen: Seit 1830 habe das deutsche Bürgertum wiederholt Protestbewegungen entlassen, die immer dasselbe gesagt hätten – man dürfe nicht alles tun, was technisch möglich sei. „Das protestantische Deutschland", so Scheuch, „ist eben mal wieder auf einem Trip."

Hörfunk-Nachrichten haben eine Linkstendenz

Untersuchung des Instituts für Publizistik an der Uni Mainz

JOACHIM NEANDER, Frankfurt

Nachrichtensendungen und aktuelle Magazine im Hörfunk sind in der Bundesrepublik überwiegend durch eine allgemeine Linkstendenz gekennzeichnet, die sich in Einzelfällen bei ausgeprägten Konfliktthemen verstärken kann. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung, die das Institut für Publizistik der Universität Mainz unter der Leitung von Professor Hans Mathias Kepplinger in Kürze veröffentlichen wird.

Kepplinger legte einige Ergebnisse bereits auf einer Akademietagung in Ingelheim am Rhein vor. Untersucht wurden zwischen Juli und Oktober 1983 insgesamt 11 986 Hörfunkbeiträge, die jeweils zwischen 17 und 19 Uhr als Nachricht oder aktueller Magazinbeitrag auf den neun Hörfunkwellen der Ersten Programme gesendet wurden. Als Vergleichsmaßstab dienten den Wissenschaftlern die Titelseiten der vier überregionalen Tageszeitungen „Frankfurter Rundschau" (FR), „Süddeutsche Zeitung" (SZ), „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) und die WELT vom darauffolgenden Morgen.

Generell werden nach dieser Untersuchung bei den beiden als links bzw. gemäßigt links eingestuften Zeitungen FR und SZ die innenpolitischen Ereignisse stärker bevorzugt als bei FAZ und WELT. In dieser Bevorzugung entsprechen außer dem Bayerischen Rundfunk sämtliche Hörfunkprogramme dem Muster der eher linken Zeitungen. Beim BR verschieben sich die Gewichte durch einen hohen Anteil an Regionalmeldungen, die hier nicht zur Innenpolitik gerechnet wurden.

Radio Bremen führend

Deutlicher werden die Unterschiede beim Thema „Friedensbewegung", das damals im sogenannten „heißen Herbst" überall eine wichtige Rolle spielte. Bei den Zeitungen führt hier, was die Berücksichtigung auf Seite 1 betrifft, die FR eindeutig vor FAZ und WELT (etwa gleichauf) und SZ. Fast alle Sender jedoch übertreffen noch die FR, vor allem der Hessische Rundfunk, WDR/NDR und – was die politischen Magazinbeiträge betrifft – Radio Bremen in einem alles hinter sich lassenden Ausmaß.

Geprüft wurde u. a. auch, welche der Ereignisse, die jeweils von allen vier überregionalen Tageszeitungen als für ihre Titelseite wichtig und geeignet angesehen wurden, auch in den Abendnachrichten des Hörfunks Berücksichtigung fanden. Hier liegen der Bayerische (60 Prozent Übereinstimmung) und der Hessische Rundfunk (50 Prozent) deutlich über dem Durchschnitt, während der Deutschlandfunk und der Südwestfunk in ihrer Einschätzung der Wichtigkeit weit von den Kriterien der großen Zeitungen abwichen. 65 bzw. 56 Prozent ihrer Meldungen tauchten in keiner einzigen der vier Zeitungen auf Seite 1 auf, obwohl die absolute Zahl der behandelten Ereignisse auf beiden Seiten etwa gleich ist: im Durchschnitt etwa zehn Meldungen bzw. Artikel.

Starke Einseitigkeit

Untersucht wurde auch das Phänomen der sogenannten Affinität: Wie viele Nachrichten, die exklusiv nur in einer der vier großen Zeitungen auf Seite 1 auftauchten, finden Aufnahme auch in Hörfunknachrichten? Hier zeigt sich im Bereich der Innenpolitik erneut eine ausgeprägte Ähnlichkeit zwischen den meisten Sendern und der „Frankfurter Rundschau" bzw. „Süddeutschen Zeitung". Entsprechend war das Ergebnis in der Frage der sogenannten Nachrichtendefizite: Welche der in den großen Zeitungen auf Seite 1 erscheinenden Nachrichten fehlen im Hörfunk? Hier zeigt interessanterweise der Bayerische Rundfunk ein ziemlich deutliches „rechtes" Defizit, genau wie der Südwestfunk, während beim Deutschlandfunk eher „linke" Meldungen fehlen.

Insgesamt kommt Kepplinger zu einem differenzierten Urteil. BR und HR zum Beispiel erhalten – trotz einer gewissen Tendenz zur politischen Linken – in ihrer Nachrichtenauswahl und -gestaltung ein gutes Zeugnis. Beim WDR und bei Radio Bremen wird starke Einseitigkeit in Teilbereichen gerügt. Der Süddeutsche Rundfunk wird als eher konservativ eingestuft. Am schlechtesten schneidet in der Gesamtbeurteilung der Südwestfunk ab. Seine Nachrichten seien nicht nur tendenziös in der Auswahl, sondern teilweise auch von einem Hang zum Boulevardjournalismus gekennzeichnet.

Ein düsteres Bild der Bremer Verhältnisse

Bund der Steuerzahler legt Studie zum Etat 1985 vor

W. WESSENDORF, Bremen

„Eine Sanierung des Bremer Haushalts muß mittel- und langfristig durch eine grundlegende Modernisierung und Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur erfolgen." Zu diesem Ergebnis kommt der Bund der Steuerzahler. Eine Woche vor Einbringung des Haushaltsentwurfs 1985 legte diese unabhängige Vereinigung auf gut 100 Seiten „Bestandsaufnahme, Kritik, Vorschläge" dazu vor. Als Herausgeber fungie... der Landesverband Niedersachsen-Bremen, der das Werk als „Studie" vorstellte; es entspricht aber eher einer dokumentarischen Fleißarbeit.

Den höchsten Pro-Kopf-Schuldenstand eines Bundeslandes von 12 200 Mark führt der Steuerbund danach nicht nur auf einen der Wirtschaftsentwicklung entsprechenden drastischen Finanzkraftverfall zurück, sondern auch auf eine zu hohe Schuldendichte, auf eine eigene Universität, weit überdurchschnittliche Aufgaben im Gesundheitswesen sowie eine generell zu geringe Anpassungsfähigkeit der bremischen Verwaltung. Der Bearbeiter des Werks, Ulrich Andree: „Ein alarmierendes Ergebnis, das von allen für Bremen Verantwortlichen bewußt in Kauf genommen worden ist."

Zu den Perspektiven Bremens heißt es in der Bestandsaufnahme, die die Probleme der Stadtgemeinde Bremerhaven weitgehend ausklammert: „Bremen wird als Wirtschaftszentrum aber auch als staatspolitisches Gebilde mittel- und langfristig nur dann überleben können, wenn es zu einer weitgehenden Intergration des Stadtstaates in den norddeutschen Raum kommt."

So schägt der Bund der Steuerzahler vor, eine „weitestgehende Koordination" der bremischen Wirtschaftspolitik mit der des niedersächsischen Umlandes vor. Die Konzeption einer gemeinsamen Strukturpolitik müsse gesucht werden. Als weiterer Schritt zur Integration käme „die Verbesserung der Arbeitsteilung zwischen Bremen und dem Unterweserraum sowie Abgleichung des Investitionsbedarfs für bremische und niedersächsische Häfen" in Betracht.

Zudem wird eine bessere verkehrsmäßige Anbindung des Unterweserraums an Bremen gefordert sowie die Konzeption eines regionalen Finanzausgleichs mit dem Ziel einer angemessenen Beteiligung des Unterweserraums an den Finanzierungslasten Bremens. Ferner ßerdem müßten gemeinsame Fördergesellschaften und Zweckverbände für wichtige Angelegenheiten des Wirtschaftsraumes geschaffen werden.

Der Bund der Steuerzahler begrüßte das vom Bremer Senat vorgelegte „wirtschaftliche Aktionsprogramm für Bremen und Bremerhaven 1984/1987" vom Grundsatz her. Allerdings seien die finanziellen Schwerpunkte im Rahmen der sieben Förderprogramme nicht immer richtig gesetzt, so fließe beispielsweise ein Großteil der Mittel in den Stahl- und Werftenbereich und habe Erhaltungscharakter. Statt dessen sollte laut Steuerzahlerbund ein Teil dieser Mittel viel wirkungsvoller dort eingesetzt werden, wo schwerpunktmäßig die Sicherung von Arbeitsplätzen in kleinen und mittleren Betrieben gesucht wird. „So hätte auch die angestrebte Schaffung neuer Arbeitsplätze im Bereich der Forschung und Entwicklung zu Lasten des Stahl- und Werftenbereichs stärker finanziell gefördert werden müssen", heißt es weiter.

Die „Studie" zieht das Fazit, daß „Bremen nicht aus eigener Kraft aus dem Karussell von Schuldendienst und Hausverpflichtungen herauskommt". Deshalb plädiert der Steuerzahlerbund für die Aufnahme Bremens in die Ergänzungszuweisungen des Bundes, dann könne es mit jährlichen Sondereinnahmen von rund 300 Millionen Mark rechnen.

Nach Ansicht des Bundes der Steuerzahler muß jedoch ohne eine konzeptionelle Neuordnung staatlicher Pflichten im Städtestaat die bremische Finanzmisere in einen Kollaps umschlagen. Heute betrage der Schuldendienst schon ein Drittel der Landesausgaben und nähere sich der 40-Prozentmarke; übernommene Bürgschaften drohten zu platzen.

Als wichtige Sparstrategien werden eine verstärkte Aufgabenkritik der Privatisierung im öffentlichen Dienstleistungsbereich und die Rücknahme der konsumtiven Ausgaben empfohlen. Ihr rasanter Anstieg sei in erster Linie auf die starke Zunahme der Zinsausgaben zurückzuführen, die Verschuldung Bremens nähere sich der 10-Milliarden-Grenze.

Albanien verharrt in selbstgewählter Isolation

Vierzig Jahre Stalinismus und Wechsel von Allianzen

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Das kommunistische Albanien – der seltsamste Einzelgänger unter den Ländern, in denen der Marxismus-Leninismus herrscht –, feiert heute den 40. Jahrestag seiner Staatsgründung. Parteichef Enver Hodscha ist inzwischen 76 Jahre alt und steht von Anbeginn an der Spitze der „Partei der Arbeiter Albaniens" (KP). Er ist heute der dienstälteste KP-Chef der Welt. Den Zweiten Weltkrieg hat er bereits als Führer der kommunistischen Partisanen Albaniens mitgemacht. Die Partisanen wurden damals, *ebenso wie die albanische Partei*, von Tito persönlich organisiert. Aber bald verwandelte sich das enge Verhältnis der albanischen zu den jugoslawischen Genossen in bittere Feindschaft.

Die albanische KP unter Hodscha ging rücksichtlos gegen alle innenpolitischen Gegner vor. Um die albanische Nation zu einigen, die sich aus zwei „Stämmen" – den Tosken und den Gheghen im Norden des Landes – zusammensetzt und die überdies konfessionell in orthodoxe Christen, Katholiken und Moslems gespalten ist, *verwandelte sie Hodscha in den* ersten atheistischen Staat der Welt: Jede religiöse Betätigung ist verboten und wird streng bestraft. Es gibt weder Kirchen noch Moscheen.

Hodscha verhielt sich nach der politischen Maxime: „Liebe nicht deinen nächsten, sondern den übernächsten." Um sich der Umarmung durch das Jugoslawien Titos zu entziehen, benutzte er den Konflikt zwischen Moskau und Belgrad 1948, um sich an die Seite der Sowjets zu stellen. Als die Sowjets Albanien in einen U-Boot-Stützpunkt verwandeln wollten *und die albanischen Genossen* aufforderten, sich mit Jugoslawien auszusöhnen, zog Hodscha eine Haustür weiter: Er brach 1961 alle Beziehungen zur Sowjetunion ab und verbündete sich mit den Chinesen, deren damaliger Parteichef Mao Dsedung das kleine Albanien als „Leuchtturm des Sozialismus" in Europa bezeichnete. Als China in den siebziger Jahren aus der Isolierung heraustrat und Beziehungen zum Westen, aber auch zum „abtrünnigen" Jugoslawien aufnahm – was automatisch zur Folge hatte, daß der albanische „Leuchtturm" für Peking nicht mehr so interessant war –, überwarf sich Hodscha *auch mit den Chinesen. Seither lebt* Albanien, das zu keiner der beiden Supermächte, sondern nur zu einigen west- und osteuropäischen Staaten sowie zu Ländern der Dritten Welt Beziehungen unterhält, den Zustand weitgehender, selbstgewünschter Isolierung. 1968, nach dem Einmarsch der Sowjets in die Tschechoslowakei, trat Albanien aus dem Warschauer Pakt formell aus. Es ist das einzige kommunistische Land, dem ein solcher Schritt gelungen ist, trotz der geographischen Schlüsselstellung am Zugang zur Adria.

Gelegentliche politische Ausbruchsversuche aus dieser Einsamkeit (auch an der europäischen Sicherheitskonferenz nahm Albanien als einziges Land nicht teil) endeten stets mit einem Fiasko oder einem Rückzieher. Das bezieht sich auch auf die Versuche Albaniens, diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik aufzunehmen. Die Kontakte zu Bonn versandeten, nachdem Tirana an gewaltigen Reparations- und Entschädigungsforderungen für angeblich im Zweiten Weltkrieg durch die Wehrmacht angerichteten Schäden festhielt.

Innenpolitisch herrscht in Tirana ein spartanisches Regime über ein Volk von 2,6 Millionen Einwohnern, das eine der höchsten Geburtenraten Europas aufweist. Die Beziehungen zum Nachbarn Jugoslawien sind nicht nur aus „ideologischen" Gründen gespannt. In der autonomen jugoslawischen Provinz Kosovo, die unmittelbar an Albanien grenzt, bilden Albaner eine kompakte Mehrheit. Die etwa zwei Millionen Albaner Jugoslawiens (etwa 40 Prozent der gesamten albanischen Nation) sind in den *letzten Jahren unruhig geworden* und verdrängen die slawische, serbische und mazedonische Bevölkerung aus den Grenzgebieten. Jugoslawien versucht, die albanische Bevölkerungsexplosion auf seinem Gebiet niederzuhalten – aber auch in Belgrad ahnt man schon, daß dies auf die Dauer nicht möglich sein dürfte. Sollte Enver Hodscha eines nicht allzu fernen Tages abtreten, fürchten die Jugoslawen, daß sich Albanien entweder den Sowjets anschließen oder sich dem Westen annähern könnte. In beiden Fällen würde das schwelende Problem der Kosovo-Albaner höchste Brisanz erhalten.

Marx: Syrien will Moskaus privilegierter Partner sein

Wie Damaskus die Lage einschätzt / WELT-Gespräch

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Die Selbsteinschätzung des syrischen Regimes wird derzeit von zwei Faktoren bestimmt, mit denen nach Ansicht des Vorsitzenden des Auwärtigen Ausschusses im Bundestag, Werner Marx, auch der französische Präsident Mitterrand konfrontiert worden sein dürfte: Zum einen sind die syrischen Führer wie besessen von dem Gedanken, „Israel gleichwertig zu sein", vor allem in militärischer Hinsicht, zum anderen lassen sie sich von der Meinung leiten, daß die Welt sich grundlegend geändert habe und die kleinen Staaten keine Angst mehr vor den großen zu haben bräuchten.

In einem Gespräch mit der WELT erläuterte Marx diese Eindrücke, die er bei seiner erst am Wochenende beendeten jüngsten Syrien-Reise gewonnen hatte. Die Syrer seien demnach offenbar davon überzeugt, daß man auch gegen eine Weltmacht wie die USA erfolgreich Krieg führen könne. Das hätte der Einsatz der Terroristen-Selbstmordkommandos gegen die im Libanon stationierten Marines gezeigt. „Die Amerikaner sitzen jetzt auf ihren Schiffen", zitiert Marx einen ranghohen Gesprächspartner, „wir haben sie vertrieben". Es war nach Meinung von Marx ein „diplomatischer Kunstfehler", das israelisch-libanesische Abkommen vom 17. Mai 1983 ohne Syrien auszuhandeln.

Über die Niederlage der Syrer in den ersten Tagen des israelischen Libanon-Feldzugs schweige man sich in Damaskus gerne aus. Dagegen mache man sich Mut, indem man auf die „selbstlose Hilfe der Sowjetunion" (Verteidigungsminister Tlass) hinweise, für die „wir sehr dankbar sind". *Dennoch seien, so Marx, „die Unstimmigkeiten"* zwischen Damaskus und Moskau offenkundig. „Streitpunkte sind die PLO und der Versuch Moskaus, mit den gemäßigten arabischen Staaten zu einem besseren Verhältnis, möglichst mit Aufnahme diplomatischer Beziehungen, zu kommen". Marx: „Bisher galt der Satz: Der Kaufmann geht dem Politiker voraus. Für die Sowjets aber gilt: Mit Waffenlieferungen erkaufen wir politischen Einfluß." Moskau versuche vor allem über Nord- und Südjemen Druck auf die Saudis auszuüben, um mit der gesamten Staatenwelt der angeblich moderaten arabischen Länder Verbindungen herzustellen. „Die Saudis sind im Visier der Sowjets. Diese Politik aber ist nicht im Sinne der syrischen Vorstellungen. Syrien will die privilegierten Beziehungen zum Kreml nicht geschmälert sehen oder gar verlieren. Die Syrer haben jedoch keinen Hebel, um dieser Politik Moskaus entgegenzuwirken.

Auf die Frage, wer die Palästinenser vertrete, wer die PLO sei, habe er, Marx, keine eindeutige Antwort erhalten. Die in Damaskus politisch beheimateten PLO-Gruppen wollten eine Teilung der PLO nicht hinnehmen und von Syrien aus das Gespräch mit den beim PLO-Kongreß in Amman vertretenen Gruppen suchen, um die verlorengegangene Einheit wiederherzustellen. Sie betrachteten den Kongreß als illegal. Das für die Einberufung des Kongresses notwendige Quorum sei nur dadurch zustandegekommen, daß Arafat kurzerhand 60 neue Vertreter benannt habe.

Das Verhältnis der pro-syrischen PLO-Gruppen zu Israel kennzeichne folgender Satz eines PLO-Vertreters, mit dem Marx in Damaskus zusammengetroffen war: „Die UNO ist die Mutter Israels, eine Mutter muß man ehren." *Das sei möglicherweise eine* versteckte Anspielung auf eine Anerkennung Israels in den Grenzen von 1948. Wenn man aber die Argumentationslinie sowohl der syrischen als auch der palästinensischen Gesprächspartner bis zum Ende durchdenke, komme man zu dem Schluß: Israel dürfe nach Meinung dieser Araber eigentlich gar nicht existieren.

Trotz eines gewissen auch nicht zu verkennenden „Ostblock-Flairs" ist Syrien nach Ansicht des CDU-Politikers kein sowjetischer Satellit. Man halte sich an die Sowjetunion, weil *man Israel fürchte und die sowjetische* Waffenhilfe benötige.

Marx zeigte sich beeindruckt von der Fülle ausländischer Waren in den Kaufhäusern und von der nach wie vor starken Sympathie für „die Deutschen".

Die innenpolitische Situation sei jedoch gekennzeichnet von der auch in zahllosen Plakaten zum Ausdruck kommenden Allgegenwart des Präsidenten Assad. Die Bevölkerung wünsche keine Änderung. Denn, so ein christlicher Gesprächspartner von Marx, „wenn Assad weg ist, kommt die Nacht der langen sunnitischen Messer".

Erfolge machen Hawke zum klaren Favoriten

Australiens Premier und die verbesserte Wirtschaftslage

JÜRGEN CORLEIS, Sydney

Am Ausgang der australischen Parlamentswahlen am 1. Dezember gibt es nach den Ergebnissen aller Meinungsumfragen keinen Zweifel. Premierminister Bob Hawke wird die Mehrheit seiner Labour-Partei auf Kosten der oppositionellen Liberalen und Nationalen weiter vergrößern. Er hat auf der Höhe seiner Popularität und 15 Monate vor Ablauf der Legislaturperiode Neuwahlen ausschreiben lassen, um mit einer noch breiteren Mehrheit weitere drei Jahre regieren zu können.

Gleichzeitig mit den Wahlen für ein neues Parlament in Canberra wird auch über die Hälfte der Sitze im Senat, der Vertretung der australischen Bundesstaaten, entschieden. Wenn es Hawke nicht gelingt, auch im Senat eine Mehrheit zu erringen, hat er ständige Obstruktion in der *Gesetzgebung zu erwarten. Alle* Anzeichen weisen darauf hin, daß Hawke in Zukunft gegen einen sehr unbequemen Senat regieren muß.

Der Grund dafür liegt sowohl in einem unterschiedlichen Wahlmodus zum Senat als auch bei der so erfolgreichen Wirtschaftspolitik Bob Hawkes. Der ehemalige Gewerkschaftsführer hat es verstanden, die mächtigen „Unions" und das ebenso mächtige Kapital unter Verzicht auf doktrinäre Positionen miteinander in Einklang zu bringen. Hawke setzte einen Lohnstopp durch – als Gegenleistung *garantierte er den Gewerkschaften* die Aufrechterhaltung der Realeinkommen. Da die Zuwachsrate der Wirtschaft um vier Prozent über der Inflationsrate liegt, funktioniert dieser Pakt ausgezeichnet.

Wirtschaftspolitisch ist Labour weniger protektionistisch als die vorangegangene konservative Regierung Frazer. Hawke ließ den Dollarkurs floaten, lizenziert ausländische Banken und ermöglicht Kapitalbildung. Die australische Wirtschaft hat deshalb im Wahlkampf Labour und nicht die liberalen Nationalen unterstützt. Mit diesem fast korporativen Bündnis von Arbeit und Kapital konnte Hawke in Anzeigen, Reden und Fernsehspots auf seine eindeutigen Erfolge hinweisen – auf die höchste wirtschaftliche Zuwachsrate der Welt und auf 270 000 neugeschaffene Arbeitsplätze.

Arbeitslosigkeit bleibt mit fast 10 Prozent weiterhin eines der größten Probleme Australiens. Für den realistisch denkenden Labour-Politiker ist die Sicherung von Arbeitsplätzen absolut vorrangig. Dies erklärt auch seine Haltung in der Uranfrage. Gegen heftigen Widerstand in der Partei und in den Gewerkschaften spricht *sich Hawke seit jeher für den Uranabbau* aus. In einem Verbot sieht er nur ein Symbol, das an der weltweiten Atomrüstung nichts ändert und nur Arbeitsplätze beseitigt.

Im Wahlkampf spielte die Atomfrage keine Rolle, bis sich plötzlich eine neugegründete „Grüne" Partei profilierte und innerhalb weniger Wochen in den Meinungsumfragen auf 15 Prozent der Stimmen im Bundesstaat Neu-Südwales kam. Die NDP – Nuclear Disarmament Party – ist gegen den Abbau und den Export von Uran, sie fordert die Schließung aller aus*ländischen Militärstützpunkte in* Australien und ein Verbot der Stationierung von Kernwaffen. Atomar betriebene oder bewaffnete Schiffe sollen australische Häfen nicht mehr anlaufen dürfen.

Für die Labour-Partei bedeutet die NDP keine unmittelbare Gefahr. Bob Hawke befürwortet eine atomwaffenfreie Zone im Südpazifik unter Beibehaltung des vorübergehenden Besuchsrechtes von kernwaffenbestückten U-Booten und Bombern im Rahmen des Anzuspaktes. Als Antwort auf den sechsten französischen *Atomwaffenversuch in diesem Jahr* hat er weitere Uranlieferungen an Frankreich untersagt. Seine gemäßigte Haltung in der Atomfrage, die wirtschaftlichen Erfolge und ein kompliziertes Wahlrecht, das im Parlament zu klaren Mehrheiten und de facto zu einem Zweiparteiensystem führt, lassen an seiner Parlamentsmehrheit keinen Zweifel entstehen.

Bei den Wahlen zum Senat gilt ein anderer Modus, der zwar ebenfalls auf dem Präferenzsystem beruht, in der Praxis aber pro 12,5 Prozent der Stimmen in großen Bundesstaaten einen Senatssitz bedeutet. Nach letzten Hochrechnungen wird die NDP zwei der 46 neu zu wählenden Senatoren stellen. Die NDP und die Demokraten – eine kleine etablierte Senatspartei, die immer stärker zum Sprecher der Friedensbewegung wird – könnten dann im australischen Oberhaus zum Zünglein an der Waage werden.

Schlechte Presse für Mitterrands Syrien-Besuch

lim. Bonn

Der französische Präsident Mitterrand hat gestern seinen Staatsbesuch in Syrien beendet und versucht, eine positive Bilanz der dreitägigen Visite zu ziehen. Er räumte ein, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen Paris und Damaskus zu Fragen des Nahost-Konflikts bestehen. Einigkeit herrsche nur darüber, so gab er vor einer aufgeregten Presseschar bekannt, daß Israel seine Truppen aus Südlibanon abziehen müsse. Über die Rolle Syriens in Libanon fragte er sybillinisch: „Wer könnte Syriens Bemühungen mißbilligen, Libanon zusammenzuhalten und ihm zu helfen."

Mitterrand unterstützte nur lau die syrische Forderung nach einer internationalen Nahost-Konferenz. Zum Golfkrieg fiel dem französischen Präsidenten der richtige Satz ein: „Wir haben verschiedene Freundschaften und verschiedene Hierarchien in unseren Freundschaften." Frankreich steht auf der Seite Iraks und Syrien auf der Seite der iranischen Mullahs. Mitterrand war mehrmals mit dem syrischen Präsidenten Assad zusammengetroffen und hatte insgesamt acht Stunden lang mit ihm konferiert.

Die Presseerklärungen des französischen Präsidenten konnten die rund 50 Pressevertreter aus Frankreich nicht darüber hinwegtäuschen, daß die syrische Regierung den Staatsbesuch auch dazu benutzte, um den umstrittenen Bruder des syrischen Präsidenten, Rifaat Assad, quasi auf dem Schleichwege wieder in das Land zu lotsen. Nachdem ein Fernsehjournalist mit seinem Bericht über diese Heimkehr der syrischen Zensur anheimfiel, drohten die Journalisten, die Berichterstattung über den Staatsbesuch zu boykottieren, falls das syrische Regime weiterhin solche „Methoden wie in Kabul" anwende. Schon am Vortag mußten sie sich einer fünfstündigen Kontrolle am Flughafen unterziehen, was zu einem wahren Sturm der Entrüstung in der französischen Presse führte. Allgemein wurde das syrische Regime als totalitäre Militärdiktatur bezeichnet. Mitterrand las durchgehend die Warnung, daß er in Damaskus dasselbe, „vielleicht sogar das größere Risiko eingeht wie mit Khadhafi". Die Antwort auf die Frage, was der jetzige Besuch überhaupt erbracht habe, wird die Popularität des französischen Staatspräsidenten kaum steigern können.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Kursänderung beim Seerecht

„Genscher: Streit über Seerecht belastet die Koalition nicht": WELT vom 16. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist nicht richtig, daß sich die SPD bis zum Regierungswechsel 1982 gegen die Zeichnung ausgesprochen hatte. Richtig ist, daß die SPD bis zum Ende der III. UN-Seerechtskonferenz im April 1982 aus übergeordneten nationalen Interessen gemeinsam mit den anderen im Bundestag vertretenen Parteien Entschließungen eingebracht hat, um der Verhandlungsposition der bundesdeutschen Delegation den Rücken zu stärken und um entsprechende nationale Forderungen durchzusetzen. Nachdem der Konventionstext mit 320 Artikeln, 9 Annexen und 4 Resolutionen vorlag, kam die SPD nach eingehendem Studium des Textes zu der Auffassung, die Konvention zu zeichnen.

Dies, um den ausgeklammerten Teil XI, den Tiefseebergbau betreffend, in der dafür vorgesehenen Vorbereitungskommission in unserem Sinne zu beeinflussen, der EG zu dieser Kommission Zugang zu verschaffen und den Vorsitz, stellvertretenden Vorsitz oder die Position des Rapporteurs in einer der „Unterausschüsse" zu beanspruchen.

Da die Vorbereitungskommission nach dem gleichen Verfahren wie die Seerechtskonferenz arbeitet, haben die Personen in den genannten Funktionen die Möglichkeit, an allen formellen, informellen bzw. Planungsgesprächen teilzunehmen, und die Aufgabe, die vorliegenden Texte zu interpretieren und zu formulieren und Entscheidungen vorzubereiten.

Diese Chance ist leider schon vertan. Statt konstruktive und konkrete Vorschläge in die Beratungen der Vorbereitungskommission einzubringen, begnügt sich der insbesondere für diesen Bereich zuständige Bundeswirtschaftsminister nach wie vor mit bloßer Mäkelei!

Das wär's!

Horst Grunenberg, Obmann der Arbeitsgruppe „Meerespolitik" der SPD-Bundestagsfraktion

Kriterien der Filmförderung

Sehr geehrte Damen und Herren,

in einer Meldung über die Förderung des Films von P. Krieg „Bericht von einem verlassenen Planeten" (WELT vom 22. November) heißt es, Bundesinnenminister Zimmermann hätte Förderungsmittel für den Film einbehalten. Diese Darstellung der Angelegenheit ist bereits seit der vergangenen Woche vom Evangelischen Pressedienst – er hatte als erster eine solche Meldung verbreitet – und von verschiedenen Tageszeitungen (Frankfurter Rundschau, Süddeutsche Zeitung, Stuttgarter Zeitung) richtiggestellt worden. Deshalb wundert mich Ihre Veröffentlichung.

Hier noch einmal die Fakten: Für das Filmvorhaben ist neben einer Filmpreisprämie von 100 000 DM eine Spielfilmprämie von 250 000 DM gewährt worden. Nach Besichtigung des Films ergaben sich Zweifel, ob es sich um einen Film mit Spielhandlung oder um einen ohne Spielhandlung handelt. Im letzteren Fall hätten statt 250 000 DM nur 80 000 DM gewährt werden dürfen. Weil die Filmbewertungsstelle der Länder den Film als Dokumentarfilm eingestuft hat, muß diesen Zweifeln unter haushaltsrechtlichen Gesichtspunkten, aber auch dem der Gleichbehandlung mit anderen Dokumentarfilmen nachgegangen werden. Die Förderung des Films wird wie in allen anderen Fällen nach Recht und Gesetz erfolgen; eine davon abweichende politische Dimension hat sie nicht.

Die endgültige Entscheidung des Bundesinnenministeriums wird gegenwärtig vorbereitet. Deshalb ist die Behauptung unzutreffend, die Förderungsrate sei bereits einbehalten worden.

Mit freundlichen Grüßen
Kowalski, Bundesministerium des Innern

Pfarrer und Gesetzesbruch

„Nordelbische Redlichkeit": WELT vom 12. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

erstaunlich! 26 Pastoren aus nordelbischen Gemeinden rufen zum Rechtsbruch auf! Sie wollen unsere Verteidigungsbereitschaft sabotieren, sie sind für „Gesetzesbruch mit politischem Zweck", diese Seelsorger!

Jedermann weiß, daß die gesamte NATO-Strategie auf Verteidigung ausgerichtet ist. Dies zu verhindern, haben sich diese „Seelsorger" zur Aufgabe gemacht.

Es wird Zeit, daß in der evangelischen Kirche der Bundesrepublik Deutschland Entscheidungsprozesse stattfinden, mit dem Ziel, Klarheit zu schaffen, welchen Auftrag diese Kirche eigentlich hat. Sollen ihre Hirten das Evangelium verkünden, oder sollen sie zu Rechtsbrüchen auffordern dürfen?

Gesucht wird Führung in der evangelischen Kirche, die den Mut aufbringt, sich neuen, alten Wegen zuzuwenden. Diese Führung existiert zur Zeit nicht. Diese Hinwendung zur Verkündigungskirche wird zwar zur Spaltung der evangelischen Kirche führen. Sie, die Spaltung, wäre tragbarer als der jetzige Zustand, der aus Pfarrern Ökologen, Ökonomen, Militärstrategen und Gesetzesbrecher macht.

Mit freundlichen Grüßen
P. Kliebisch, Bremen 33

Sehr geehrte Damen und Herren,

Zorn ist kein guter Ratgeber. Auch für Kommentatoren nicht. Die zornigen Eskapaden des Kommentators Detlev Ahlers gegen den Bischof für Hamburg, D. Krusche, verdienen Widerspruch. Wie soll denn geistliche Führung, an der es angeblich mangelt, wahrgenommen werden, wenn in dieser schlimmen pauschalen Weise die Autorität eines Bischofs demontiert wird?

Unsere Kirche braucht wahrlich kritische Begleitung durch Publizisten, nur bitte fair. Es ist nicht fair, den Bischof für gesellschaftspolitische Spannungen und daraus entstehende Konflikte verantwortlich zu machen, nur weil er sich bemüht, das daraus erwachsende menschliche Leid seelsorglich anzunehmen und ein guter Ratgeber zu ein, da wo guter Rat teuer ist.

Und was die geistliche Führung angeht, an der es angeblich mangelt: Die Kirche ist eine Überzeugungsgemeinschaft, die nicht mit dem Hammer, sondern mit dem Wort zusammengehalten werden kann. Demokraten sollte es eigentlich leichter fallen, dies zu begreifen.

Ist nicht das demokratische Zusammenspiel unserer Gesellschaft letztlich auch auf das Wort angewiesen, das überzeugen kann? Darum hilft und nützt es niemandem, wenn die Autorität solcher Worte so übel kommentiert wird.

Gerd Heinrich, Oberkirchenrat, Pressesprecher, Kiel

*

Hiermit beenden wir die Diskussion. Die Redaktion

Wort des Tages

„Es ist ein Zeichen von Feinheit und Höflichkeit, den Menschen sogleich Achtung und Vertrauen zu schenken. Es beweist, daß wir lange in guter Gesellschaft gelebt haben, sowohl mit andern als mit uns selbst."

Joseph Joubert; franz. Moralist (1754–1824)

Krankenkosten

„Gesundheit und Föderales": WELT vom 8. November

Sehr geehrter Herr Jentsch,

es ist sehr einfach, ein Problem darzustellen, wenn der „Prügelknabe", hier das teure Krankenhauswesen, ausgemacht ist. Kann überhaupt ernsthaft von einer Kostenexplosion im Krankenhauswesen gesprochen werden, selbst bei den von Ihnen zitierten enormen jährlichen Ausgaben von 32 Milliarden Mark? Da geben doch die gesetzlichen Krankenkassen, die über die teuren Krankenhäuser schimpfen, jährlich allein für Zahnbehandlungen 12,9 Milliarden Mark aus.

Im übrigen hat, und dies wird immer gern übersehen, im Krankenhausbereich eine Leistungsexplosion stattgefunden; sie ist ursächlich verantwortlich für die Kostenentwicklung. Minister Blüm und sein Ministerium müßten aber doch zwischenzeitlich bei ihren Hausaufgaben gelernt haben, daß Leistungen Kosten verursachen, selbst dann, wenn diese Leistungen „wirtschaftlich" erbracht werden.

Mit freundlichen Grüßen
L. Petersmann, Eschweiler

*

Es ist erstaunlich, wie wenig die Bevölkerung von dem Gerangel um die Krankenhausfinanzierung Kenntnis nimmt. Um so dankbarer bin ich Ihrer Redaktion, daß Sie ausführlich über die konzertierte Aktion des Gesundheitswesens berichten und im Gespräch mit Herrn Minister Blüm Klarheit zu vermitteln suchen.

Die Existenz vor allem der freigemeinnützigen, also auch der kirchlichen Krankenhäuser scheint mir gefährdet zu sein, wenn auch die Notwendigkeit einer Kostendämpfung unbestreitbar ist. Nun hat der Bundestag die Senkung der sozialen Leistungen zu Lasten der Krankenhausbetriebe angeordnet. Jede Regelung, die der Gesetzgeber trifft, ist jedoch zum Scheitern verurteilt, weil sie so lange eine Rechnung ohne den Wirt ist, wie unter dem Wirt – wer wagt es zu sagen – die ÖTV zu verstehen ist. 75 Prozent der Selbstkosten der Häuser sind Personalkosten des Krankenhauses.

Diese Kosten, deren automatische Steigerung z. T. bereits im Manteltarif eingebaut ist, stellen den wesentlichen Expansionsfaktor dar. Nun kommen durch die ÖTV weitere Erhöhungen und freie Tage hinzu. Wenn die Bundesregierung die Lohnnebenkosten zu senken versucht, sucht sie sich anscheinend dabei die Schwächsten aus. Die ÖTV bleibt tabu.

Dr. Konrad Simons, Aachen

Personalien

VERANSTALTUNG

„Jüdischer Alltag in Deutschland 1933–1945" heißt eine ungewöhnlich interessante Dokumentation in Schrift und Bildern, die in Bonn der Droste-Verlag vorgestellt hat. In der Reihe „Fotografierte Zeitgeschichte" zeichnet **Günther Bernd Ginzel** als Autor verantwortlich. Wie lebten die jüdischen Mitbürger in Berlin, Bremen oder Köln, auf dem flachen Land oder in den kleinen Städten, fragt der Autor und schildert eindrucksvoll mit vielen Bilddokumenten, wie trotz Bedrohung und Gewalt, trotz Nürnberger Gesetzen von 1935, der Reichskristallnacht von 1938 und trotz des gelben Sterns, den die jüdischen Mitbürger tragen mußten, viele versuchten, das Leben noch lebenswert zu erhalten, unterstützt von Freunden und Nachbarn. Es sei denn, sie fielen der „Endlösung" zum Opfer. Die einführenden Worte sprach der CDU-Politiker **Paul Mikat**.

GEBURTSTAGE

Rudolf Mühlfenzl, Geschäftsführer des Münchner Kabelpilotprojekts und früher Chefredakteur des Bayerischen Fernsehens, feiert am Freitag seinen 65. Geburtstag. In den vergangenen Wochen machte der Programmacher und Wirtschaftspublizist einmal mehr Schlagzeilen – er ist neben einigen anderen für den Posten des Präsidenten der neuen Medien-Landeszentrale im Gespräch, die Bayern in einem halben Jahr als Dach auch für privates Fernsehen und Hörfunk schaffen will. In seiner Vaterstadt studierte Mühlfenzl nach dem Krieg Neue Geschichte, Volkswirtschaft, Theater- und Zeitungswissenschaften. Am 1. April 1948 wurde er Leiter des Wirtschaftsfunks. 13 Jahre später Chef der neuen Gruppenredaktion Wirtschaft in Funk und Fernsehen. 1964 Hauptabteilungsleiter und fünf Jahre danach TV-Chefredakteur und stellvertretender Fernsehdirektor. 1983 übernahm er – bis zum Auslaufen des Versuchs Ende 1985 – das Amt des „Kabeldirektors".

*

Der Ordinarius für Altes Testament an der Universität Marburg, Professor Dr. **Otto Kaiser**, wird am 30. November 60 Jahre alt. Der seit 1960 in Marburg tätige Wissenschaftler war mehrmals Dekan des Fachbereichs Evangelische Theologie der Hochschule und ist u. a. Vorsitzender des Evangelisch-Theologischen Fakultätentags und Sondergutachter der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Weit über sein Fachgebiet hinaus bekannt wurde Professor Dr. Kaiser durch zahlreiche wissenschaftliche Veröffentlichungen, an ihrer Spitze Kommentare zum Propheten Jesaja und die vor kurzem in fünfter Auflage erschienene Einleitung in das Alte Testament. Er hat mehrmals an Ausgrabungen in Libanon teilgenommen und mehrere Studienreisen in den Vorderen Orient geleitet.

*

Franz Xaver Lehner, der Komponist und frühere Professor für Komposition und Musiktheorie an der staatlichen Musikhochschule München, wird am 29. November 80 Jahre. Lehner ist trotz seines hohen Alters weiterhin als Komponist aktiv: Bald soll die Musik für eine Oper „Faust 3" fertig sein. Ein Werk für Orchester „ohne herkömmliche Form, mit Mutationen von Tönen" hat der gebürtige Regensburger, der auch weiterhin Kammer-, Klavier- und Orchestermusik schreiben möchte, ebenfalls gerade in Arbeit. Großen Erfolg hatte Lehner 1952 mit der komischen Oper „Die schlaue Susanne" nach einem Lustspiel von Lopez de Vega. Es folgten die Werke „Die kleine Stadt" (nach Heinrich Mann) und – wiederum nach Lopez de Vega – „Die Liebeskette". Der Künstler zählt zu den wenigen zeitgenössischen Komponisten, die sich erfolgreich um eine Wiederbelebung der Opera buffa bemühten.

*

Der Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH), Dr. **Klaus-Joachim Kübler**, feiert am 3. Dezember seinen 60. Geburtstag. Dr. Kübler, in Personalunion gleichzeitig Hauptgeschäftsführer des Deutschen Handwerkskammertages (DHKT) und der Bundesvereinigung der Fachverbände des Deutschen Handwerks (BFH), ist seit 1971 an der Spitze dieses Wirtschaftsverbandes tätig, der 492 000 Handwerksunternehmen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin mit fast vier Millionen Beschäftigten und einem Jahresumsatz von 380 Milliarden Mark repräsentiert. Darüber hinaus vertritt Dr. Klaus-Joachim Kübler die Interessen des deutschen Handwerks in zahlreichen Führungsgremien von Wirtschaft, Politik und Staat, so im Verwaltungsrat der Kreditanstalt für Wiederaufbau, im Vorstand der Carl-Duisberg-Gesellschaft, im Wirtschafts- und Sozialausschuß der Europäischen Gemeinschaften (WSA) sowie in der Internationalen Union des Handwerks und der Klein- und Mittelbetriebe (UEAPME).

EHRUNGEN

König Olav V. von Norwegen hat dem norwegischen Honorarkonsul in Hannover, **Jürgen Middendorff**, die höchste norwegische Auszeichnung verliehen, das Ritterkreuz I. Klasse des Kgl. Olav Ordens. Konsul Jürgen Middendorff, geschäftsführender persönlich haftender Gesellschafter der Brauerei Herrenhausen KG in Hannover, bekleidet das Amt eines norwegischen Honorarkonsuls in Hannover bereits in der dritten Generation. Er übernahm das Amt nach seinem verstorbenen Vater, Konsul **Ernst Middendorff**, der es von seinem Schwiegervater, Konsul **Grünewald**, übernommen hatte. Konsul Jürgen Middendorff wurde damit für seine ausgezeichnete Wahrnehmung norwegischer Interessen im Raum Hannover geehrt.

*

Mit der Würde eines Ehrenbürgers hat die Mainzer Johannes-Gutenberg-Universität **Jakob Graf von und zu Eltz** ausgezeichnet. In einer Feierstunde in der Hochschule überreichte Präsident Professor Dr. **Klaus Beyermann** die Ehrenurkunde und dankte Graf Eltz für die langjährige Tätigkeit als Lehrbeauftragter im Fachbereich Rechts- und Wirtschaftswissenschaften; der heute 63jährige lehrt seit 1972 in Mainz Weinrecht und Weinwirtschaft. Graf Eltz übernahm nach dem Studium der Rechtswissenschaften (1946–1948) die Verwaltung des Weinguts seiner Familie in Eltville/Rheingau sowie der Forstbesitzungen in Österreich und den USA. Von 1964 bis 1976 war er Präsident des Rheingauer Weinbauverbandes und Vorstandsmitglied des Deutschen Weinbauverbandes. Die Ehrenbürgerwürde der Mainzer Universität wurde in der Vergangenheit unter anderen den Schriftstellern **Anna Seghers** und **Carl Zuckmayer** sowie dem früheren französischen Botschafter **André François-Poncet** verliehen.

*

Die Trägerin der Buber-Rosenzweig-Medaille und Ehrenbürgerin der Stadt Freiburg, Dr. **Gertrud Luckner**, ist als erstes Ehrenmitglied in die Freiburger Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit aufgenommen worden. Nach den Worten des katholischen Vorstandsmitgliedes der Gesellschaft, Dominikanerpater **Peter Mayr**, wurde ihr diese Auszeichnung im Gedenken an ihren Einsatz für ihre jüdischen Mitmenschen in der nationalsozialistischen Verfolgungszeit zuteil.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden †, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankwart Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechel
Herstellung: Werner Koziak
Anzeigen: Hans Biehl
Vertrieb: Gerd Dieter Leilich
Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Ein Gesetz für alle Nationen?

Von Karl dem Großen bis zur UNO: Grewes „Epochen der Völkerrechtsgeschichte“

Wilhelm Grewe beginnt seine von der Fachwelt lange erwarteten „Epochen“ mit Grundzügen der mittelalterlichen Völkerrechtsordnung. Sein Konzept und wesentlicher Beitrag zur Historiographie des Völkerrechts ist eine konsequente Periodisierung und typologische Begriffsbildung. In morphologischer Sicht weist er den wesensmäßigen Zusamenhang zwischen Völkerrecht und politischem System auf. „Die Epochen der modernen Völkerrechtsgeschichte decken sich mit den Epochen des modernen Staatensystems“, das ist die „These dieses Buches“. Deren Begründung auf über 800 Seiten Text gibt ihm einen über das Fach hinausragenden Rang.

Die Periodisierung – Mittelalter, spanisches Zeitalter (1494–1648), französisches Zeitalter (1648–1815), englisches Zeitalter (1815–1919), Zwischenkriegszeit (1919–1944)

Wilhelm G. Grewe
Epochen der Völkerrechtsgeschichte
Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden. 897 S., 138 Mark.

und nach 1945 –, von Grewe schon in einem Aufsatz während des Zweiten Weltkriegs skizziert und heute weitgehend anerkannt, richtet sich nach den vorherrschenden Mächten einer jeden Epoche. Folgerichtig wird deren Darstellung anhand durchlaufender Testfragen gegliedert, „die für die juristische, historisch-politische und geistesgeschichtliche Struktur jeder Epoche und jedes Ordnungssystems von entscheidender Bedeutung sind“. Es sind die Fragen nach dem internationalen Mächtesystem, den ideologischen Grundlagen der jeweiligen Völkerrechtsgemeinschaft, den Subjekten dieser Gemeinschaft, der Aufnahme in sie, der internationalen Rechtsbildung, der Rechtsprechung, des Rechtszwanges, der Raumordnung, der Rechtsordnung des Meeres. Durch Auflegen dieses Rasters macht der Verfasser den ungeheuren Stoff durchsichtig.

Seine geschichtlichen Grundlagen beruhen großenteils auf den publizierten Forschungen großer Historiker dieses Jahrhunderts, wie Heinrich Mitteis, Otto Brunner, Wilhelm Windelband und Adolf Rein. In der Streitfrage, ob der Staatsbegriff abstrakt auf alle Epochen von der antiken Polis bis zur modernen Industriegesellschaft angewandt werden kann, hat Grewe sich für die namentlich von Carl Schmitt vertretene Auffassung entschieden, wonach Staat ein konkreter, an die Neuzeit mit ihrem Souveränitätsbegriff gebundener Begriff ist.

Von daher leugnet er zwar nicht, daß es in früheren Epochen und Kulturen eine Art Völkerrecht mit Verträgen und Gewohnheiten gab. Das europäische Völkerrecht, das aus dem Jus publicum europaeum entstand und sich im 19. und 20. Jahrhundert unter Emanzipation aus der christlichen Tradition zum universalen ausdehnte, ist aber wesensmäßig mit dem modernen Staatensystem verbunden. In diesen Kapiteln ist der Einfluß von Carl Schmitt und seinem „Nomos der Erde“ unverkennbar, obwohl sich Grewe mit Recht von dessen raumrechtlichen Thesen deutlich absetzt.

Seine gelegentlich durchscheinende Vorliebe für „Klassiker“, die wie Grewe selbst über Erfahrungen in der diplomatischen Praxis verfügten, hindert ihn nicht an der Bekräftigung der Erkenntnis, daß die systematische Völkerrechtswissenschaft nicht mit Grotius, sondern mit den spanischen Theologen Vitoria und Suarez, bei Ayala und Gentili begann.

Wenn es im Abschnitt über die Entdekkung als Gebietserwerbstitel heißt, „daß alles Völkerrecht aus dem Interessenwiderstreit rivalisierender Mächte hervorgeht“, so klingt das wie ein Motto des ganzen Werkes, eines Produkts aus juristischem Scharfsinn und politischem Realismus. Die undogmatische Haltung des Verfassers, der keine Stellung im Theorienstreit über das Wesen und die geistig-systematischen Grundlagen des Völkerrechts bezieht, erweist sich auch in den Teilen des Buches, die sich mit den Perioden des Völkerbundes und der Vereinten Nationen befassen. Grewe macht kein Hehl aus seiner skeptischen Einstellung zu den beiden Weltorganisationen, besonders was ihre Friedenssicherungsfunktion betrifft.


Wilhelm Grewe FOTO: SVEN SIMON

Die Frage, ob mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs eine neue Epoche der Völkerrechtsgeschichte begonnen habe, wird dennoch mit Vorbehalten bejaht. Trotz Anknüpfung an die politischen Ideen der Zwischenkriegszeit gibt es im bipolaren Weltsystem der Supermächte neuartige Erscheinungen: den internationalen Schutz der Menschenrechte, die Entkolonisierung, die damit verbundene (völkerrechtswidrige) These vom gerechten revolutionären Befreiungskrieg, die Bemühungen um ein neues Seerecht mit der Tendenz zur Einschränkung der Freiheit der Meere. Insgesamt aber ist das heutige Völkerrecht „immer noch zwischenstaatliches Recht – Recht zwischen Nationalstaaten oder Staaten, die sich wie solche gebärden“.

Die Universalität der heutigen Völkerrechtsgemeinschaft ist mit dem Verlust ihrer geistigen Homogenität erkauft, sie ist eine „universale Rechtsgemeinschaft ohne Wertordnung“ geworden. Die verschiedentlich zutage getretene Ohnmacht der Supermächte hat nicht nur nationale Schlappen, sondern auch ungesühnte Völkerrechtsbrüche ermöglicht. Ein amerikanisches Jahrhundert ist aus dem Zweiten Weltkrieg nicht hervorgegangen. – Der letzte, die Gegenwart behandelnde Teil schließt mit der Erörterung der jüngsten Entwicklung im Seerecht, das besonders bezeichnend für den wachsenden Einfluß der Entwicklungsländer und die Kreuzung des Ost-West-Konflikts mit dem Nord-Süd-Gegensatz ist.

Von der Kaiserkrönung Karls des Großen bis zur Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen spannt Grewes Buch den Bogen eines weiten Horizonts aus Geschichte, Völkerrecht, Diplomatie und Politik. In einer Zeit, in der immer mehr Publikationen deutscher Völkerrechtler um der internationalen Resonanz willen in englischer Sprache verfaßt werden, kommt dieses in gediegenem Deutsch geschriebene Werk dem Ansehen der deutschen Völkerrechtsliteratur besonders zugute. HELMUT RUMPF

Die sich dem Parteidiktat nicht beugen

Karl Wilhelm Fricke legt eine Studie über Opposition und Widerstand in der „DDR“ vor

Opposition ist in einer Demokratie etwas Normales. In den Staaten, die das Wort „demokratisch“ (oder gar „sozialistisch“) in ihrem Namen führen, sieht die Sache allerdings ganz anders aus. Die „Deutsche Demokratische Republik“ ist dafür das beste Beispiel. Das belegt Karl Wilhelm Fricke mit seinem neuesten Buch. Es ist fast eine Geschichte der „DDR“, denn die Entwicklung dieses undemokratischen deutschen Teilungsstaates spiegelt sich in den Formen der politischen Opposition und des Widerstandes gegen die herrschende Einheitspartei genauso wie in deren Methoden der Unterdrückung aller Ideen und Handlungen, durch die sie ihr Herrschaftsmonopol beeinträchtigt glaubt.

Das beginnt bald nach Kriegsende, noch vor der Gründung der „DDR“, mit dem Kampf gegen den „Sozialdemokratismus“, die Ideen eines demokratischen Sozialismus. Damals wurden Männer und Frauen, die bereits in der nationalsozialistischen Zeit wegen ihre politischen Ansichten in Haft waren, wiederum zu langjährigen Strafen – oft nur auf dem Verwaltungswege ohne ordentliches Verfahren – verurteilt. Und es endet nicht in der Gegenwart, in der sich die Herrschenden in Ost-Berlin nicht nur einer demokratischen, den Menschenrechten und der Freiheit verpflichteten Opposition gegenübersehen – dazu gehört der kirchlich-pazifistische Widerstand („Schwerter zu Pflugscharen“) –, sondern auch einer Opposition von links, die einen reineren und damit noch totaleren Kommunismus anstrebt – der verstorbene Robert Havemann oder der in den Westen abgeschobene Rudolf Bahro sind die bekanntesten, aber keineswegs die einzigen Beispiele dafür.

In fünfzehn Kapiteln beschreibt Fricke die sich ständig wandelnden, in ihren Zielen jedoch weitgehend gleichbleibenden Formen dieser Weigerung, das Recht der SED auf eine unkontrollierte und unumschränkte Herrschaft anzuerkennen. Dazu gehören die

Karl Wilhelm Fricke:
Opposition und Widerstand in der DDR
Verlag Wissenschaft und Politik, Köln. 254 S., 26 Mark.

Selbstbehauptungsversuche der CDU und der LDPD in den ersten Nachkriegsjahren, ehe sie zu „Blockparteien“ herabgewürdigt wurden, oder die Aktivitäten in kirchlichen Kreisen, besonders die Arbeit der „Jungen Gemeinden“, die einmal als der Hauptgegner der FDJ galten. Aber auch die Opposition im Politbüro darf nicht übersehen werden („Zaisser/Herrnstadt-Fraktion“, „Schirdewan-Gruppe“), bei der immer die Minister für Staatssicherheit die entscheidende Rolle spielten (wie sich ja auch Honecker beim Sturz Ulbrichts zuvor der Unterstützung Mielkes versichert hatte, der dafür ins Politbüro aufstieg). Die Haltung der Arbeiter und Bauern, die angeblich in der „DDR“ die Macht ausüben, wird genauso beleuchtet wie die Fluchtbewegung vor und nach dem 13. August 1961 und die Reklamation der Menschen- und Bürgerrechte nach der Helsinki-Konferenz. Daß selbst harmlose Formen des öffentlichen Ungehorsams immer wieder mit drakonischen Strafen belegt wurden, macht dabei deutlich, daß die Herrschaft der SED nur auf der „Macht der Gewehre“ beruht.

Zum Abschluß untersucht der Autor die Möglichkeiten und Grenzen von Opposition und Widerstand in der „DDR“. Dabei arbeitet er zwei wesentliche Gesichtspunkte heraus, die zu Zeiten der Entspannungspolitik gern verdrängt wurden und oft auch heute noch nicht zur Kenntnis genommen werden. Zum einen ist die Geschichte der „DDR“ nur zu verstehen, wenn zugleich die Geschichte der Opposition und des Widerstandes gegen die SED (und nur indirekt gegen die sowjetische Besatzungsmacht) berücksichtigt wird. Zum anderen läßt sich nicht übersehen, daß sich in allen diesen Strömungen, so unterschiedlichen geistigen und politischen Haltungen sie auch entstammen mögen, stets ein gesamtdeutsches Nationalbewußtsein manifestiert.

Das Buch ist also nicht nur die notwendige Aufarbeitung eines wichtigen Teils deutscher Zeitgeschichte, sondern es ist auch eine Mahnung an alle, die glauben, die Präambel des Grundgesetzes ersatzlos streichen zu können. PETER DITTMAR


Franz Loeser FOTO: DARCHINGER

Visionäre Gläubigkeit

Für den ehemaligen Insider des SED-Regimes steckt Franz Loesers Buch voller „Aha!“-Erlebnisse. Seine Schilderungen über das „Große Haus“ (gemeint ist der Sitz des ZK der SED), den „Rat der Götter“ (sprich: das SED-Politbüro), die Klassentrennung in untere, mittlere und oberste Parteihierarchie, den stupiden Untertanengeist auf der einen und die besserwisserische Arroganz auf der anderen Seite decken sich fast wörtlich mit dem, was Leonhard, Gniffke, Prauß, Lippmann und auch ich selbst berichtet haben. Wenn „fast“ gesagt werden muß, dann deshalb, weil Loesers Darstellung so gut wie keine „Unter-uns“-Gespräche enthält.

Dies ist das Neue an dem Buch, denn es macht erschreckend deutlich, daß die intel-

Franz Loeser:
Die unglaubwürdige Gesellschaft
Bund-Verlag, Köln, 136 S., 24 Mark.

lektuelle Sterilität des „Apparates“ gegenüber der stalinistischen Ära sogar noch zugenommen hat. Nichts von innerem Murren und von selbstquälerischen Zweifeln im engsten Freundeskreis unter Genossen wird da berichtet, vergessen scheinen die Zeiten, als die Ackermann, Zaisser, Herrnstadt, Schirdewan, Oelßner, Selbmann oder Ziller zumindest versuchten, dem sturen Hurra-Dogmatismus wenigstens ein bißchen Realität entgegenzuhalten.

Loesers Buch macht die jüngsten „DDR“-Gesundbetungsversuche von Bölling und mehr noch die von Gaus im Grunde zu Makulatur. Denn im Gegensatz zu Gaus, der mit der Entdeckung der „Nischengesellschaft“ fast eine „DDR-Bürgeridylle“ gefunden zu haben glaubt, stellt Loeser den eigentlichen Charakter des SED-Regimes bloß: den des alles erfassenden Zellen- und Blockwalterregiments der Einparteiendiktatur. Was wir „Ehemaligen“ in den 40er und 50er Jahren in den beginnenden Kritik- und Selbstkritikprozeduren innerhalb der Partei erlebten, ist seit dem Mauerbau entwürdigende Praxis in allen Lebensbereichen. Abgrenzung vom Westen ist die herrschende Devise, und Loeser meint sogar, Ost-Berlin bereite die Errichtung „einer offenen Militärdiktatur“ vor, „um einen ähnlichen Volksaufstand wie in Polen und in der DDR niederschlagen zu können“.

In der Schilderung des „realen Sozialismus“ liegt der dokumentarische Wert des Buches. Hierin deckt er sich auch mit denen Bahros. Ganz anders verhält es sich mit Loesers Schlußfolgerungen und philosophischen Visionen. Sie lassen vermuten, daß sein Emigrantenschicksal wohl so bald noch kein Ende finden wird. Aus jüdischem bürgerlichen Elternhaus vor der Vernichtung fliehend, waren seine Stationen England, Dienst in der britischen Besatzungsarmee in Japan, Studium und Lehrtätigkeit in den USA, England (1956/57) und schließlich Ost-Berlin. Und wo immer er war, sein irdisches Reich sollte stets nur das seines eigenen Sozialismus sein. In dieser visionären Gläubigkeit wird Loeser wohl auch in der Bundesrepublik Deutschland der ewig unverstandene und unverbesserliche Abweichler bleiben. FRITZ SCHENK

Der zornige Pessimist

Jean-François Revel: „So enden die Demokratien“

Jean-François Revel ist ein Wanderer durch die Ideologien wie François Mitterrand. Wie dieser hat auch Revel die verschiedenen Schattierungen des französischen Sozialismus durchlaufen, fand sich oft mit dem eifrigen Apostel der Einigung aller Linkskräfte des Landes Schulter an Schulter.

Nur einer Versuchung, der Mitterrand vorübergehend unterlegen ist, hat er stets widerstanden: dem Zusammengehen mit der totalitären, antidemokratischen und inhumanen Ideologie der Kommunisten. Revel war einer von denen, die die Stärkung des demokratischen Sozialismus auf Kosten des Kommunismus in Frankreich betrieben, und seine Philippiken gegen die bürgerlichen Parteien gipfelten immer wieder in dem Vorwurf, sich diesem Bemühen nicht durch die Schaffung eines breiten Zentrums anzuschließen. Vor allem erkannte er frühzeitig die ungeheure Gefahr, die für die westlichen Freiheiten von Moskau ausging, und wurde nicht müde, die blinde Unterordnung der französischen Kommunisten unter die sowjetischen Weltherrschaftsbestrebungen zu geißeln.

In seinem neuen Buch legt er nun die Summe seiner Weltbetrachtungen aus den letzten 40 Jahren vor; es ist ein zutiefst pessimistisches Buch, aber es ist nicht von jenem billigen Pessimismus, dem sich der modische Pazifismus so gerne hingibt. Revel bleibt zornig, er läutet die Alarmglocke, denn es sei das letzte Viertelstündlein für die Demokratien der alten Welt angebrochen, und eine Rettung scheine nahezu unmöglich.

Gleich von Anfang an fragt er sich, ob die Demokratie als Staatsform nicht nur ein kurzer Einschub in der Weltgeschichte gewesen sei, verdammt, eines Tages der „stärkeren“ Form, dem Totalitarismus, das Feld zu überlassen. Revel liefert ein überzeugendes, zuweilen fast rührendes Bild von der Demokratie als einem System, das Leistungskraft mit Staatslegitimität, Autorität mit Freiheit zu verbinden wisse und wohl leider nur 200 Jahre, also einen winzigen Bruchteil der Weltgeschichte lang und nur „für einen sehr kleinen Teil der Menschheit“ bestanden habe, nun aber von seinem gefährlichsten Feind, dem internationalen Kommunismus, dem Untergang entgegengetrieben werde. Denn nicht die Überrüstung des bolschewistischen Blocks, vielmehr die Unfähigkeit der Menschen, sich der Bedrohung zu erwehren, stelle die tödliche Gefahr dar. Die allgemeine Gleichgültigkeit und Blindheit im Westen sei im Begriff, zum „Schicksal der Welt“ zu werden.

Vielleicht sieht ein Jahr später alles nicht mehr so düster aus wie zum Zeitpunkt der Niederschrift des Buches. Der Westen hat auf die sowjetische Raketenbedrohung reagiert, übrigens gerade auf Betreiben des französischen Sozialisten Mitterrand, und der Pazifismus hat einiges von seiner Aggressivität und Virulenz verloren. Aber Revels Warnungen, seine unbestechlichen Ableitungen für seine Thesen aus der jüng-

Jean-François Revel:
So enden die Demokratien
Aus dem Französischen von Ulrich Friedrich Müller. Piper Verlag, München. 408 S., 39,80 Mark.

sten Geschichte (Jalta, Polen, Afghanistan, Vorderer und Mittlerer Orient), sein bohrendes Insistieren auf der diabolischen Taktik der Sowjets, forcierte Rüstung mit Koexistenz-Angeboten zu einem einschläfernden Cocktail für die gutgläubigen Leute im Westen zu mischen, bleiben hochaktuell. Verständlich wird da, daß die „Ostpolitiker“ hinter Brandt und Bahr bei Revel nicht besonders gut wegkommen. Die Akzeptierung des Berliner Mauerbaus nennt Revel „das erste Kapitel im Brevier der Feigheit“.

In einem eigens für die deutsche Ausgabe geschriebenen Schlußwort zieht der Autor eine bittere Bilanz der Entspannung, die gescheitert sei, ohne daß sich die Deutschen bisher dessen bewußt geworden seien – die Deutschen, dieses Volk, das alle seine Probleme behalten habe, stöhnt der Franzose. Hier springt die Urangst ins Auge, die unsere Nachbarn immer wieder befällt, wenn sie die deutschen „Unwägbarkeiten“ zu enträtseln versuchen. Ist dieses Buch von der Anlage her ein kritisch-pessimistisches, so wird es in dieser Schlußbetrachtung zuweilen resignierend, ja beinahe defätistisch, auch wenn sich der Autor entschieden gegen ein solches Epitheton zur Wehr setzt. Aber die Sorge, daß die Bundesrepublik als wichtigstes Glied der westlichen Verteidigungskette schwach werden und das ganze westliche System zerstören könnte, ist in Revels Betrachtungen aus jeder Zeile herauszulesen. AUGUST GRAF KAGENECK

Wider die Legendenbildung

Aufsätze zum Thema Afrika und die Deutschen

Die einstige deutsche Kolonialpolitik wird, wie manches andere Kapitel deutscher Geschichte, heute meist mehr unter dem Gesichtspunkt ideologischer Bedürfnisse als auf Grund ernsthafter Geschichtsbetrachtungen diskutiert. Die gegenwärtige deutsche Politik gegenüber und mit Afrika, vor allem dem südlichen Afrika, ist laufend Gegenstand meist übermäßig gefühlsbetonter Debatten. Es ist ein Verdienst der Deutschen Afrika-Stiftung und des Herausgebers Wolfgang Höpker, mit „Hundert Jahre Afrika und die Deutschen“ ein fachlich fundiertes und wohlabgewogenes Werk zur Kolonialgeschichte und zu den politischen Problemen, die die Afrikaner und uns mit ihnen bewegen, zu veröffentlichen.

In sechs einleitenden Kapiteln werden die Kolonialpolitik der kaiserlichen Zeit, die hervorragende Leistung des bedeutenden Bankiers und liberalen Politikers Bernhard Dernburg in den wenigen Jahren, in denen er das Reichs-Kolonialamt leitete, und die sehr unterschiedliche Entwicklung der verschiedenen Schutzgebiete dargestellt und gewürdigt.

Zwanzig weitere Beiträge behandeln die mannigfachen und schwierigen Aufgaben der heutigen Entwicklung. Dabei kommen nicht nur hervorragende deutsche Afrika-Kenner, sondern mit Gatsha Buthelezi auch ein Afrikaner zu Wort mit seinen Gedanken und Anregungen zur evolutionären Überwindung der Apartheidpolitik und zu einem Wandel in der Republik Südafrika.

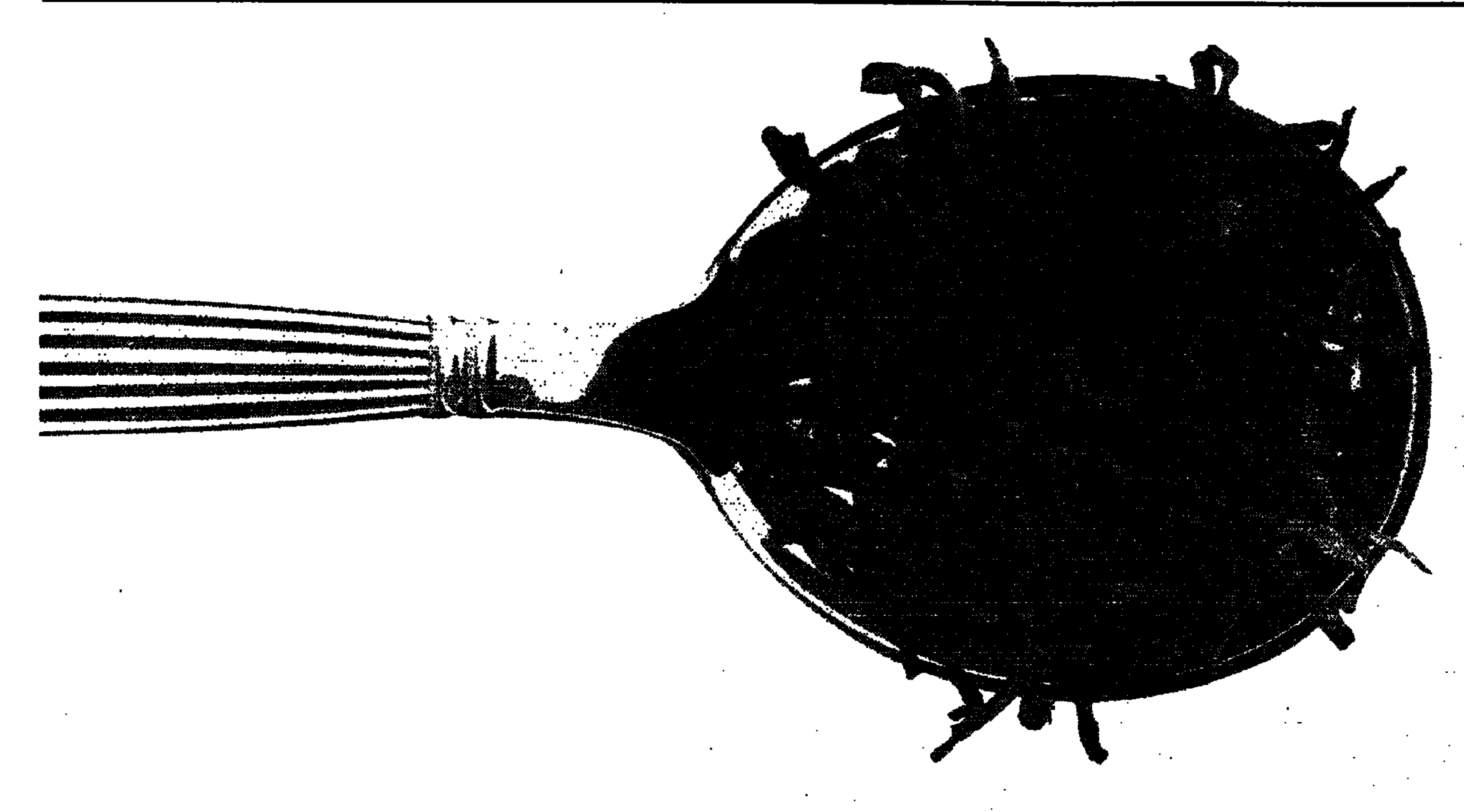
Zur Kolonialismus-Theorie der Ausbeutung und der sich daraus ergebenden Pflicht zur Entwicklungshilfe sagt der Hamburger Ordinarius für Volkswirtschaftslehre, Heinz-Dietrich Ortlieb, in seinem Beitrag: „Unser Zeitalter des Progressismus ist voll von Illusionen, die zu Lebenslügen werden und dann das behindern, was sie eigentlich fordern wollen ... Der Glaube, Ausbeutung und Manipulation in der Vergangenheit wären die entscheidenden Ursachen für die Reichtums- und Entwicklungsunterschiede zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, kann als Legende leicht Illusionen

Wolfgang Höpker (Hrsg.):
Hundert Jahre Afrika und die Deutschen
Eine Anthologie. Neske Verlag, Pfullingen. 177 S., 28 Mark.

nähren, die jede Entwicklungschance im Keime ersticken müssen.“ Er begründet das aus der Geschichte und den Erfordernissen der Gegenwart.

Aus der Fülle der Beiträge seien erwähnt die Arbeiten über die entscheidende Rolle, die eine Steigerung der eigenen Agrarproduktion Afrikas – das bisher nur ein Fünftel der nutzbaren Fläche für die Nahrungsmittelproduktion nutze – spielt, und die Ausstrahlung, die Ägypten auf das übrige Afrika ausübt. Höpkers Beitrag „Operationsfeld Afrika im Visier Moskaus“ verdeutlicht die Verzahnung von Ost-West-Konflikt und Nord-Süd-Lage und die unmittelbare Berührung unserer eigenen Interessen durch die Geschehnisse in Afrika.

ROLF FRIEDEMANN PAULS



FUSSBALL / Bayer Uerdingen schlägt den 1. FC Kaiserslautern 3:0 – Krise im österreichischen Nationalteam: Trainer Hof trat zurück

Das Erfolgsrezept: Idyllisches Umfeld

BERND WEBER, Uerdingen

Als er zu Saisonbeginn kam, wurde er mit tausend Vorurteilen empfangen. Von den Fans, ganz sicher aber auch von einem Großteil der Mannschaft. Die Rede ist von Trainer Karl-Heinz („Kalli") Feldkamp, der bei Bayer 05 Uerdingen die Nachfolge von Timo Konietzka antrat. Und der hatte bei dem Provinzklub Maßstäbe gesetzt. Er hatte mit schwungvollem Offensivfußball dafür gesorgt, daß dieser Werksverein auf einmal etliche Farbtupfer in der Bundesliga setzte. Als Konietzka nach Dortmund abwanderte und Feldkamp angeheuert wurde, war für die meisten klar, daß dies zumindest das vorläufige Ende der Uerdinger Fußball-Herrlichkeit bedeuten würde. Alt-Nationalspieler Willi Schulz prophezeite: „Bayer wird zu den Mannschaften gehören, die von Saisonbeginn an gegen den Abstieg kämpfen werden."

Nach 15 Spieltagen indes darf Feldkamp triumphieren und sich als der ganz große Gewinner fühlen. Von Konietzka, der in Dortmund gescheitert ist, spricht in Uerdingen niemand mehr. Sein Nachfolger wurde am Dienstag abend, nach dem 3:0-Sieg seines Teams über den 1. FC Kaiserslautern, mit anhaltenden Sprechchören gefeiert. Uerdingen auf dem vierten Platz und mit reellen Chancen, die UEFA-Cup-Teilnahme zu erreichen – das ist die Situation.

Doch darüber wiederum wundert sich Feldkamp. „Ich war mir vom ersten Tag an ziemlich sicher, daß Bayer in dieser Meisterschaftsrunde eine gute Rolle spielen würde", sagt er zur WELT und begründete es: „Erstens ist das Vereinsumfeld dermaßen ruhig, ja fast idyllisch, daß man hier wirklich optimal arbeiten kann. Zweitens verfügt meine Mannschaft über das, was viele Konkurrenzklubs schmerzlich vermissen, über gereifte Führungspersönlichkeiten. An Mathias Herget, der die Abwehr souverän zusammenhält, und an Friedhelm Funkel, der trotz seiner 30 Jahre vorne für bewundernswert viel Wirbel sorgt, können sich die jungen Leute aufrichten." Gegen Kaiserslautern hat man das in der Tat wieder einmal erlebt: Herget legte den Lauterer Angriff fast allein an die Kette (und fand darüber hinaus immer wieder Zeit für seine Offensiv-Vorstöße). Friedhelm Funkel erzielte zwei wunderschöne Tore. Die machten ihn besonders glücklich, weil er vor 16 Monaten von Kaiserslautern abgeschoben worden war. Mit der Begründung, er sei nicht mehr so recht bundesligatauglich . . .

Um auf Feldkamp zurückzukommen: Auch dem hatten etliche Experten längst die Fähigkeit abgesprochen, noch ein Mann für die erste Bundesliga zu sein. Als Orientierungspunkte galten sein Scheitern bei Borussia Dortmund und sein nur wenig glückliches Engagement bei Arminia Bielefeld. Wie sich die Zeiten ändern – jetzt herrscht in Uerdingen fast Trauer, weil sich Feldkamp vermutlich für sechs Wochen vom Dienst befreien lassen möchte. Beim Abschlußtraining vor dem Spiel gegen Kaiserslautern nämlich hat sich der Trainer einen Muskelabriß im rechten Oberschenkel zugezogen. Gestern ließ er sich in einer Kölner Klinik operieren. In den drei verbleibenden Hinrundenspielen wird ihn sein Assistent Bernd Lehmann vertreten. Feldkamp weist Befürchtungen, dies könnte einen Leistungseinbruch seiner Mannschaft zur Folge haben, weit von sich. Was könnte seinen Stellenwert besser beweisen als die Tatsache, daß viele in Uerdingen das völlig anders sehen . . .



Franz Beckenbauer bei Behinderten: Der Teamchef der deutschen Fußball-Nationalmannschaft besuchte als Ehrengast der Pfennigparade den tradionellen Weihnachtsbasar des Kunsthandwerks von Körperbehinderten in München. Von zwei Behinderten im Rollstuhl ließ sich Franz Beckenbauer eine Puppenstube zeigen, die auf Bestellung von den Behinderten angefertigt wurde. FOTO:DPA

Junioren erreichten die Endrunde in Ungarn

sid, Iserlohn

Die deutsche Junioren-Nationalmannschaft (unter 16 Jahren) kam in Iserlohn gegen Polens Nachwuchs in der Qualifikation zur Fußball-Europameisterschaft zu einem klaren 5:0-Erfolg. Das Team von Horst Köppel hat sich damit bereits vor dem letzten Gruppenspiel für die Endrunde qualifiziert, die vom 15. bis 24. März 1985 in Ungarn stattfindet.

Herausragender Spieler vor den Augen von 10 000 meist jugendlichen Zuschauern und einigen Bundesligatrainern im Iserlohner Hemberg-Stadion war Deutschlands Mittelstürmer Marcel Witeczek. Das Oberhausener Talent erzielte in der 41., 54. und 80. Minute drei Tore. Die beiden anderen Treffer schossen die Frankfurter Rene Schlichting (70.) und Stefan Simon (73.).

„In der ersten Halbzeit hatten wir einige Schwierigkeiten, danach steigerte sich unsere Mannschaft. Wir haben auch in dieser Höhe verdient gewonnen", kommentierte Köppel die Leistung seiner Schützlinge nach dem Spiel. Für die Endrunde im nächsten Jahr ist der Assistent von Franz Beckenbauer durchaus optimistisch. „Ich sehe den Spielen in Ungarn zuversichtlich entgegen, denn in dieser Mannschaft stehen einige große Talente", sagte Köppel. Gleichzeitig lehnte der Trainer des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) allerdings Vergleiche mit der Mannschaft ab, die im Frühjahr durch einen 2:0-Erfolg über die UdSSR in Ulm Europameister geworden war.

Durch den 5:0-Erfolg ist das letzte Gruppenspiel der deutschen Junioren am 24. März in Polen bedeutungslos geworden. Das Team führt die Tabelle in der Qualifikationsgruppe fünf mit 5:1 Punkten an, vor Schweden (3:5) und Polen (2:4).

Für die Endrunde in Ungarn hatten sich bisher Schottland, Island und Norwegen qualifiziert.

Happel: Nur zum Wein nach Wien

OLAF BROCKMANN, Wien

„Ich mag nicht mehr". Mit diesen vier Worten trat Österreichs Fußball-Nationaltrainer Erich Hof zurück. Er habe in letzter Zeit immer mehr den Eindruck gehabt, nicht gerade der Wunschtrainer des Präsidenten, sondern „so etwas wie ein Anhängsel" zu sein. Das ÖFB-Präsidium nahm nach einer 50minütigen Diskussion das Angebot in „einer einvernehmlichen Lösung" an. Die von Hof in der Vorwoche beschlossene Sache wurde damit auch amtlich beschlossen. Doch Präsident Beppo Mauhart gab dem sensiblen Hof noch einen Tip: „Er läßt das Team in einem wichtigen Augenblick im Stich"

In einem Moment, da Österreich nach dem 1:0 gegen Holland wieder Chancen auf eine WM-Teilnahme hat, verwirrte der Rücktritt Erich Hofs. Vorher, als die Talfahrt des österreichischen Fußballs anhielt, hatten die Zeitungen bereits den Rauswurf des unbeliebten Trainers gefordert. „Hätten wir gegen die Niederlande verloren, hätte sich eine Ablösung angeboten. So aber nicht", meinte Mauhart, Generaldirektor des österreichischen Tabak-Monopols. Jetzt war er natürlich auch für die Auflösung des bis 1986 laufenden Vertrages.

In der WM-Qualifikation steht Österreich damit ohne Teamchef da. Bis Ende des Jahres, so Mauhart, solle der neue Mann aber feststehen. Ach, wer denn bloß? Der Spielraum sei jedenfalls groß und reich – über die Grenzen hinaus. Der Blick fällt natürlich auch auf die deutsche Fußball-Bundesliga. Benthaus (Stuttgart) oder Konietzka (ehemals Dortmund) zum Beispiel. Ernst Happel (HSV) wurde von Mauhart schon kontaktiert. Happels Antwort fiel aber eindeutig aus: „Die Herausforderung im Ausland ist noch viel zu groß". Und im Raum steht immer noch Happels Spruch: „Nach Wien komme ich immer gerne zurück. Aber nur, zu einem Heurigen. Als Trainer arbeite ich dort nur, wenn ich alt und senil bin". Über den finanziellen Anreiz kann Happel wohl nur lächeln: Umgerechnet 15 000 Mark monatlich.

Der Kreis der Kandidaten wurde schon wenige Stunden nach der ÖFB-Vorstandssitzung von Insidern eingeengt. In ersten Gesprächen schien Walter Ludescher favorisiert. Ein Mittelschullehrer, der schon 14 Jahre lang Erfolge als Trainer vorweist – aber nur bei kleinen Vereinen. Zur Zeit betreut er einen Klub in Klagenfurt. Internationale Erfahrungen besitzt er freilich nicht. Doch auf Ludescher paßt die Forderung von Mauhart nach einem Manne, „der sich vor allem um die Trainingspläne aller Vereine und um die Jugendarbeit kümmern muß." Die Liste reicht weiter. Von Starek bis Hickersberger, und natürlich wird auch Rapids Erfolgstrainer Otto Baric gehandelt. „Eine sehr schwere personelle Entscheidung ist noch schwieriger geworden", gestand Mauhart. Er wisse, mit wem er reden wolle.

Über seine eigene Zukunft schwieg sich Hof derweil noch aus. Er schwieg wie so oft in seiner zweijährigen Trainertätigkeit als Teamchef. Man konnte sich kaum vorstellen, daß er jemals eine Mannschaft wirklich motivieren konnte. In den letzten Wochen fühlte er sich in die Enge getrieben. „Das ist kein gutes Arbeitsklima, wenn ich während des Trainingslagers in den Zeitungen lesen, ich würde möglicherweise bald abgelöst werden." Hof zeigte sich dennoch zufrieden in einem Gespräch, zu dem er seine „Hof-Berichterstatter" geladen hatte: „Wir haben zwei Jahre Durststrecke hinter uns, das Team hat sich konsolidiert."

SPORT-NACHRICHTEN

Schach: Remis der Damen

Saloniki (dpa) – Für eine Sensation sorgten die deutschen Damen bei der Schach-Olympiade in Saloniki mit dem 1,5:1,5 gegen Mannschafts-Weltmeister UdSSR, der erstmals ohne Sieg blieb. Gisela Fischdick (Bielefeld) besiegte Vize-Weltmeisterin Irina Lewitina und Barbara Hund (Leverkusen) erzielte gegen Weltmeisterin Maja Tschiburdanidse ein Remis.

Unkenntliche Werbung

Berlin (dpa) – Der Sieger des Berlin-Marathons 1984, der Däne John Skovbjag, sowie der zweitplazierte Wolfgang Krüger (Lübeck) und der Vierte, Vorjahressieger Karel Lismont (Belgien), sollen vom Schiedsgericht der Veranstaltung nachträglich disqualifiziert werden. Die drei Läufer hatten die Werbung auf ihren Startnummern so umgeklappt, daß sie nicht zu sehen war.

Stadt hilft Dortmund

Dortmund (sid) – Der Rat der Stadt Dortmund hat beschlossen, dem verschuldeten Fußball-Bundesligaklub Borussia die Einnahmen aus der Bandenwerbung im Westfalenstadion für das Jahr 1984 von etwa 500 000 Mark zur Verfügung zu stellen.

Großwallstadt gegen Prag

Basel (sid) – Dem TV Großwallstadt wurde in Basel für das Viertelfinale im Handball-Europapokal der Landesmeister ein schwerer Gegner zugelost. Der deutsche Meister trifft auf Pokalverteidiger Dukla Prag. Bei den Damen spielt Meister Leverkusen gegen Spartak Kiew, VfL Sindelfingegen gegen TJ Topolniky (CSSR) und Vizemeister TV Lützelinden gegen Sportive Besancon.

UdSSR schlug Göppingen

Göppingen (dpa) – Der Handball-Bundesligaklub Frisch Auf Göppingen unterlag in einem Freundschaftsspiel gegen die Nationalmannschaft der UdSSR in Göppingen mit 21:22.

Düsseldorf vor dem Ruin?

Düsseldorf (dpa) – Dem Fußball-Bundesligaklub Fortuna Düsseldorf droht der finanzielle Ruin. Nach Ansicht von Interimsmanger Werner Faßbender muß der Verein am Saisonende mit einem Schuldenberg von 2,87 Millionen Mark rechnen. Vize-Präsident Jürgen Cullmann prophezeite für den 1. März 1985 die Zahlungsunfähigkeit.

ZAHLEN

HANDBALL

Freundschaftsspiel, Männer: Frisch Auf Göppingen – UdSSR 21:22.

BASKETBALL

Bundesliga, Damen, 12. Spieltag: Düsseldorf – Leverkusen 111:65.

FUSSBALL

Nachholspiel vom 15. Spieltag: Uerdingen – Kaiserslautern 3:0 (2:0).

SCHACH

Mannschafts-WM in Saloniki, 8. Runde, Herren: Deutschland – Portugal 3,5:0,5. – Damen: Deutschland – UdSSR 1,5:1,5.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Damen, Nachholspiel vom 9. Spieltag: Stuttgart – Donauwörth 7:9.

Die olympische Pflicht

Ein olympischer Boykott oder ein Verzicht auf die Olympiateilnahme enthält den Tatbestand der Selbstbestrafung. Es bedarf deshalb keiner Sanktionen von außen." Dieses Zitat aus einem Papier des deutschen IOC-Vizepräsidenten Berthold Beitz könnte auf der Vollversammlung des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) in Lausanne eine Diskussionsgrundlage sein. Jedenfalls eher als die Beitz-Forderung, bei einer olympischen Nichtteilnahme der Sportler sollten künftig auch die jeweiligen Funktionäre daheim bleiben.

Schließlich geht es dabei um indirekte Sanktionen, die sehr weit greifen könnten. Denn bei allen Olympischen Spielen finden IOC-Sitzungen und Fachverbandstreffen statt. Es handelt sich dabei um Kongresse, Sitzungen und Arbeitstagungen, auf denen Wahlen stattfinden und auf denen Beschlüsse gefaßt werden.

Wessen Team nicht startet, dessen Land isoliert sich gemäß der Beitz-Forderung auch sportpolitisch. Beschlüsse bis hin zur Änderung von Wettkampfregeln würden ohne jene Länder und Verbände gefaßt, die eine Nichtteilnahme – egal, aus welchen Gründen – beschlossen haben. Zur besseren Verdeutlichung ein Beispiel aus jüngster Vergangenheit: Entsprechend der Beitz-Vorlage säßen die USA und die Bundesrepublik Deutschland nach ihrem Fernbleiben 1980 in Moskau vorerst am Katzentisch der olympischen Kernsportart Leichtathletik – und das wäre für die Entwicklung dieser Sparte alles andere als von Nutzen.

Beitz spricht freilich nicht offiziell von Sanktionen, er spricht sich sogar dagegen aus, hält offizielle Strafenkataloge gegen Boykotteure oder gegen Nichtteilnehmer für wenig sinnvoll und deshalb auch nicht für praktikabel. Beitz schreibt denn auch: „Olympische Spiele sind ein universelles Sportereignis, an dem teilzunehmen eine Auszeichnung ist, aber keine Pflicht."

Nun aber operiert ausgerechnet jener Mann, dem Sanktionen angeblich ein Greuel sind, mit Sanktionen, die auf den ersten Blick zwar nicht als solche erkennbar sind, die aber

STAND●PUNKT

dem internationalen Sport auf Dauer immensen Schaden zufügen könnten. Warum das? Die Sowjetunion hat sich mit dem Boykott der Olympischen Sommerspiele von Los Angeles innerhalb des internationalen Sportgefüges zunehmend selber isoliert. Und sie hat im Vorfeld der Spiele 1988 in Seoul enorme Schwierigkeiten mit ihren Verbündeten bekommen. Die „DDR" zum Beispiel ist nicht gewillt, einem sowjetischen Boykottaufruf für 1988 zu folgen.

Sanktionen, auch wenn noch so geschickt bemäntelt, können einen möglichen olympischen Frieden niemals hervorzaubern. Sie können allenfalls eine Situation schaffen, die noch nicht einmal den Tatbestand des Waffenstillstandes erfüllt.

KLAUS BLUME

RINGEN / Die Aufgaben der Bundestrainer sollen neu verteilt werden

Vizepräsident Pauli: „Dann wird sich zeigen, welche Methode die richtige ist"

ULLA HOLTHOFF, Köln

„Mit den Spannungen zwischen den Bundestrainern darf der DRB nicht länger konfrontiert werden", fordert Helmuth Pauli (Tuttlingen), Vizepräsident im Deutschen Ringer-Bund (DRB). Auch Martin Knosp (Urloffen), Aktivensprecher und Silbermedaillengewinner von Los Angeles, hofft auf eine Änderung: „Die momentane Situation ist nicht ganz glücklich. Der Streit zwischen den Trainern verunsichert die Aktiven."

Nicht die Endrunde der Ringer-Bundesliga, sondern die künftige Aufgabenverteilung der Bundestrainer ist derzeit das Hauptproblem im DRB. Im Januar steht die Vertragsverlängerung der beiden Trainer an, und daran entzündet sich die aktuelle Diskussion. Denn Cheftrainer Heinz Ostermann (Saarbrücken), 44 Jahre alt und seit 18 Jahren im Amt, liegt im ständigen verbalen Clinch mit seinem jungen Krefelder Kollegen Detlef Schmengler (34). Schmengler, der sich vor Jahren sein Studium an der Sporthochschule Köln durch ein gefälschtes Zeugnis erschlichen hatte, erwuchs dem Cheftrainer zur Konkurrenz, weil er als Juniorentrainer in den letzten Jahren beachtliche Erfolge erzielte.

Erfolge, die nach Expertenmeinung wesentlich auf die wissenschaftlichen Trainingsmethoden zurückzuführen sind, auf die Detlef Schmengler seine Arbeit stützt. Heinz Ostermann dagegen arbeitet noch weitgehend nach herkömmlichen Methoden, die mehr auf Erfahrung als auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basieren.

Während die Junioren regelmäßig vom Sportmedizinischen Institut der Sporthochschule Köln betreut werden, wird „im Seniorenbereich noch nicht viel gemacht. Da haben wir noch keine Erfahrung", bedauert Aktivensprecher Knosp, der sich entsprechende medizinische Betreuung für die Zukunft auch für die Senioren wünscht. „Einen Versuch wäre es schon wert. Ich könnte mir denken, daß man das Training noch besser steuern kann."

Möglicherweise kann Martin Knosp die gewünschten Erfahrungen schon im nächsten Jahr sammeln. Denn wenn es nach dem Willen von DRB-Vizepräsident Pauli und dem Bundesausschuß für Leistungssport (BAL) geht, wird die Aufgabenteilung der Bundestrainer im kommenden Jahr nicht länger von der Altersgrenze (Junioren/Senioren), sondern nach Stilart bestimmt. Heinz Ostermann soll dann für den griechisch-römischen Stil zuständig sein, Detlef Schmengler würde sich um die Freistilisten kümmern, zu denen auch Martin Knosp gehört. „Dann wird sich vielleicht zeigen, welche Methode die richtige ist", erhofft sich Helmut Pauli aus einer solchen Konstellation auch Aufschlüsse über die Wirksamkeit von Trainingsmethoden.

Ob sich dieser Plan verwirklichen läßt, ist allerdings noch fraglich, denn bislang widersetzt sich DRB-Präsident Hermann Schwindling (Saarbrücken) diesem Vorhaben. Er will die Position seines Saarbrücker Kollegen Ostermann als Cheftrainer stärken. Schwindling, der als Präsident über die Aufgabenverteilung der Bundestrainer entscheiden wird, vertritt auch nach der jüngsten Hauptausschußsitzung des DRB in Schifferstadt weiter die Auffassung, die derzeitige Regelung beizubehalten.

„Ich hoffe, daß Herr Schwindling sich für die Lösung der Stilarten-Trennung entscheiden wird", erklärte Vizepräsident Pauli, der die Spannungen zwischen den Trainern auch darauf zurückführt, daß „der Cheftrainer die Leute erst zu spät bekommt". Dagegen sieht Aktivensprecher Knosp als Ursache für die meisten Schwierigkeiten die „Kompetenzüberschneidung zwischen beiden Trainern". Viele Junioren geraten in den Interessenkonflikt zwischen beiden Trainern, weil sie sowohl bei den Junioren als auch bei den Senioren eingesetzt werden und damit wechselweise von Schmengler und Ostermann beeinflußt werden. Das muß endlich ein Ende haben, fordert Martin Knosp, während einem der betroffenen Junioren die Entscheidung des DRB-Vorstandes ziemlich gleichgültig ist. Claudio Passarelli (19), Vize-Europameister im griechisch-römischen Stil: „Ich komme in jedem Fall zu Herrn Ostermann. Ob nun ein Jahr früher oder später – das ist egal."

Für die Renten nur ein Kredit über zwei Tage

Drei Milliarden Mark fehlen / Keine gravierenden Probleme

PETER JENTSCH, **Bonn**

Die Rentenversicherung wird zur Zahlung der Dezember-Renten im Volumen von 11,5 Milliarden Mark voraussichtlich nur einen auf zwei Tage befristeten Überziehungskredit in Höhe von etwa 200 bis 300 Millionen Mark statt der noch am Dienstag errechneten 442 Millionen benötigen. Wie der Direktor des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger, Rudolf Kolb, der WELT erklärte, bewegt sich damit das gestern errechnete Defizit im bereits zum Jahresbeginn erwarteten Rahmen.

Kolb wies darauf hin, daß man bei den 21 Rentenkassen „alles eingehende Geld abschöpft" habe, um das kurzfristige Bankendarlehen möglichst gering zu halten. Die unmittelbare Rückzahlung des Kredits stelle aufgrund der hohen Beitragseinnahmen im Dezember „kein Problem" dar. Er machte zugleich deutlich, daß der im Januar gezahlte Bundeszuschuß an die Rentenversicherung so angelegt sei, daß man mit dessen Zinsen die Zinsen des Überziehungskredits bezahlen könne.

Wie angespannt allerdings die Situation der Rentenversicherung sei, zeige die Tatsache, daß erstmals seit Bestehen der Bundesrepublik die *Finanzierung der Renten nur mit Hilfe* von Fremdmitteln erfolgen könne. Insgesamt fehlen den Versicherern am Jahresende rund drei Milliarden Mark: den Einnahmen von 157,2 Milliarden stehen Ausgaben von etwa 160 Milliarden Mark gegenüber. Das führt zu einem weiteren Absinken des finanziellen Polsters um 3,4 Milliarden Mark in diesem Jahr und damit zu einer Reduzierung der Schwankungsreserve auf 1,1 Monatsausgaben Ende Dezember gegenüber 1,5 Monatsausgaben Ende 1983. Die gesetzliche Mindestreserve in Höhe einer Monatsausgabe wird damit nur noch knapp überschritten.

Die Rentenzahlungen seien zwar im kommenden Jahr durch die mögliche Inanspruchnahme von zinslosen Betriebsmitteldarlehen des Bundes gesichert. Eine Erhöhung der Beiträge erscheine aber zur Verbesserung der finanziellen Situation unumgänglich. Kolb forderte die Bundesregierung auch auf, zur Sicherung der Rentenfinanzen die Kürzung des Bundeszuschusses um 900 Millionen Mark rückgängig zu machen.

Die Bundesregierung erwartet dagegen in ihrer mittelfristigen Berechnung der *Finanzentwicklung* der gesetzlichen Rentenversicherung, daß bis Ende 1988 die Schwankungsreserve bis auf 15,5 Milliarden Mark, das sind 1,3 Monatsausgaben, aufgebaut wird. Sie legt dieser Schätzung eine Entgeltsteigerung von jeweils 3,5 Prozent in den Jahren 1985 bis 1988 sowie eine Zunahme der Beschäftigten um *jährlich 0,2 Prozent zugrunde.* Für 1985 rechnet sie allerdings mit einer geringfügig ungünstigeren Liquiditätssituation als in diesem Jahr. Für diesen Fall hat sie Betriebsmitteldarlehen bereitgestellt.

Seite 2: Alles für den Beitrag?

Bern will Abkommen mit Bonn nicht kündigen

Schweiz faßt eine Tagespauschale als Kompromiß ins Auge

Zü/DW. **Bern**

Die Schweiz möchte ungeachtet angedrohter deutscher Gegenmaßnahmen mit „gütlichen Lösungsvorschlägen" einen „Lastwagenkrieg" mit der Bundesrepublik Deutschland vermeiden. Die Regierung in Bern hofft, daß der unterbrochene deutsch-schweizerische Dialog über die umstrittene Einführung von Autobahngebühren und einer Schwerverkehrsabgabe für Lastwagen fortgesetzt wird. Dies betonte der schweizerische Finanzminister Otto Stich nach einer Sondersitzung des Bundesrates in Bern. Er fügte hinzu, ein Termin für neue Kontakte zur Bundesregierung in Bonn sei jedoch noch nicht festgesetzt worden. Welche Bedeutung die Regierung in Bern dieser Problematik beimißt, zeigte sich schon allein daran, daß die Sitzung des Bundesrates allein dem Problem der Verkehrsabgaben gewidmet war.

Stich betonte gleichzeitig, daß die von Bern geplanten Abgaben wie schon ursprünglich vorgesehen vom 1. Januar 1985 an erhoben werden sollen. Für die schweizerische Regierung sei es dabei zugleich selbstverständlich, daß Ausländer nicht diskriminiert werden sollten. Die Regierung habe deshalb beschlossen, die Einführung einer Tagespauschale für Lastwagen und Busse zu prüfen, die „für alle gleich wäre".

Dafür erwartet die Schweiz nach den Worten des Finanzministers, daß auch die Schweizer im Ausland „nicht durch neue Abgaben diskriminiert" würden. Für die schweizerische Regierung wäre es diskriminierend, wenn im benachbarten Ausland Maßnahmen getroffen würden, die ausschließlich Schweizer träfen. Bisher habe jedoch nur Finnland der Schweiz direkt mit Gegenmaßnahmen gedroht.

Finanzminister Stich verwies auf das umstrittene deutsch-schweizerische Verkehrsabkommen aus dem *Jahr 1928. Darin hatten sich das* Deutsche Reich und die Schweiz gegenseitig zur „Beseitigung von Schwierigkeiten steuerlicher und verkehrstechnischer Art auf dem Gebiet des Kraftfahrzeugverkehrs" entschlossen. Eine Kündigung drängt sich nach den Worten von Stich „im derzeitigen Moment" nicht auf, weil das Abkommen eigentlich auf die Schwerverkehrsabgabe und die Diskussion um Autobahngebührenmarken nicht anwendbar sei. Auf diese Vereinbarung hatte sich allerdings die Bundesregierung in Bonn berufen und für deutsche Fahrzeuge Ausnahmeregelungen erwartet, da die Befreiung schweizerischer Kraftfahrzeuge von deutschen Steuern auf Gegenseitigkeit beruhe und beruhen müsse. Der schweizerische Bundesrat will sich voraussichtlich noch in dieser Woche *mit der* Problematik weiter befassen, damit rechtzeitig eine gültige Anpassung der Verordnung über die Schwerverkehrsabgabe vorgenommen werden kann. Alle bisherigen Verhandlungen darüber waren jedoch erfolglos geblieben.

Für Kohl hat Kampf für Arbeitslose Vorrang

Gespräch mit DGB-Chef Breit soll fortgesetzt werden

gba, **Bonn**

Das Problem der nur langsam zurückgehenden Massenarbeitslosigkeit ist gestern zentrales Thema eines einstündigen Meinungsaustausches von Bundeskanzler Helmut Kohl mit dem Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ernst Breit, gewesen. An weiteren Themen wurden die allgemeine politische Lage, die Situation der Wirtschaft im Lichte der jüngsten Gutachten dazu und – von DGB-Chef Breit angesprochen – die von der CDU/CSU-Fraktion mit Unterstützung der FDP angestrebte Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes behandelt. Der DGB wendet sich energisch gegen diese Änderung.

Die Union will mit der Novellierung einen Minderheitenschutz für die kleineren, nicht dem DGB angehörenden Gewerkschaften erreichen. Außerdem sollen die da und dort schon existierenden Sprecherausschüsse für leitende Angestellte (neben dem Betriebsrat für Arbeiter und Angestellte) gesetzlich verankert werren. Der DGB kritisiert dieses Vorhaben als angeblichen Versuch, die Gewerkschaftsbewegung zu spalten.

Der Kanzler machte dem Vernehmen nach in dem vertraulichen Gespräch deutlich, daß seine Regierung die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als vorrangiges innenpolitisches Ziel betrachtet. Während des Arbeitsfrühstücks im Bonner Bundeskanzleramt traten auch hierbei die unterschiedlichen Auffassungen von Regierungschef und dem Gewerkschaftsvorsitzenden zutage. Dennoch vereinbarten *Helmut Kohl und Ernst Breit, dieses* Gespräch fortzusetzen. Es soll dann wieder im erweiterten Kreis – Kabinettsmitglieder neben dem Kanzler und Angehörige des DGB-Bundesvorstandes neben Breit – stattfinden.

Aus dem Kanzleramt wurde darauf verwiesen, daß diese Unterredung schon seit längerer Zeit geplant war und nicht etwa erst nach der von eini*gen Gewerkschaftsführern in den* vergangenen Tagen an angeblich mangelnder Gesprächsbereitschaft Kohls geübten Kritik zustandegekommen war. Der Kanzler hatte in dieser Woche auch an der Eröffnung des Kongresses der IG Bergbau und Energie in Dortmund teilgenommen und dabei erneut seine Bereitschaft zu Gesprächen mit den Gewerkschaften bekundet.

Der Kanzler hatte schon in einem schriftlichen Grußwort an den Kongreß der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) zu Monatsbeginn seine Bereitschaft zu Gesprächen mit dem DGB bekundet. Er hatte damals allerdings erklärt, Voraussetzung für solche Begegnungen müsse sein, daß dabei etwas Konkretes herauskomme. Ob diese Bedingung in dem gestrigen Vier-Augen-Gespräch zwischen Kohl und Breit erfüllt wurde, blieb zunächst offen. Kanzleramt und DGB hatten vereinbart, außer den angesprochenen Themen keine Einzelheiten bekanntzugeben.

Madrid fragt: Wann hat Struck gelogen?

ROLF GÖRTZ, **Madrid**

Auch im spanischen Parlament hat *ein Flick-Ausschuß seine Arbeit auf*genommen. Nach einer kurzen Zusammenkunft der Ausschußmitglieder in der vergangenen Woche stellten die Vertreter der oppositionellen Volksallianz AP den Antrag, sieben Deutsche als Zeugen in Madrid vernehmen zu lassen: den Schatzmeister der SPD, Hans-Jürgen Wischnewski, den SPD-Abgeordneten Peter Struck, den ehemaligen Mitarbeiter der *Flick-Holding, Max Paefgen*, den Repräsentanten der Friedrich-Ebert-Stiftung in Spanien, Dieter Koniecki, und den grünen Abgeordneten Otto Schily sowie den Hannover-Korrespondeten der „Frankfurter Rundschau", Spoo.

Wischnewski soll nach dem Antrag der Volksallianz darüber befragt werden, ob er von den vier Millionen Mark, die von Flick in Richtung SPD abgeflossen sein sollen, auch nach dem Jahre 1977 Gelder an die Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens abzweigte. *Ministerpräsident Felipe* Gonzales, der Generalsekretär der PSOE, hatte während der Flick-Debatte vor den spanischen Cortes ein Telegramm vorgelesen, in dem Wischnewski erklärte, niemals Geld nach Spanien gebracht zu haben.

Auch Peter Struck hatte, wie berichtet, seine in der „Frankfurter Rundschau" veröffentlichte Erklärung zurückgezogen, wonach ein großer Teil der Flick-Gelder nach Spanien geflossen sei, um den dortigen Genossen zu helfen. „Struck lügt, wenn er das behauptet", sagte Felipe Gonzales vor dem Parlament. Und der deutsche Sozialdemokrat bestätigte in einer Art eidesstattlicher Erklärung dem spanischen Parteichef: „Ich habe da lediglich einen Witz gemacht."

AP-Generalsekretär Verstrynge zu diesem verblüffenden Rückzieher: „Wann hat Struck gelogen – als er davon sprach, daß Flick-Gelder nach Spanien geflossen seien, oder jetzt in seinem Telegramm?"

Von Max Paefgen hatte die Zeitung „El Pais" einen Auszug seiner Äußerungen vor dem Flick-Ausschuß im Bundestag veröffentlicht. Darin hatte Paefgen erklärt, er kenne Spanien und Portugal seit zwanzig Jahren und habe deshalb dafür plädiert, daß den Parteien in beiden Ländern auch finanziell geholfen werden müsse, die Demokratie auf der iberischen Halbinsel zu sichern. Er empfahl insbesondere die Unterstützung der sozialistischen Parteien, weil diese am ehesten in der Lage seien, revolutionäre Entwicklungen zu verhindern. Paefgen stützte sich hierbei vor allem auf die damals gerade in Portugal gesammelten Erfahrungen, wo es allein der Sozialistischen Partei mit ein paar besonnenen Militärs gelungen war, dem Widerstand der Bevölkerung gegen die von der KP dirigierte Militärregierung den Rücken *zu stärken.*

Stellt Moskau doch Bedingung?

AFP, **Moskau**

Die Sowjetunion wird möglicherweise Abrüstungsverhandlungen mit den Vereinigten Staaten nur dann aufnehmen, wenn die USA die Aufstellung ihrer Nuklearraketen in Westeuropa suspendieren. Das hat gestern Leonid Samjatin, einer der Kreml-Sprecher, in der Literaturzeitschrift „Literaturnaja Gaseta" durchblicken lassen. Samjatin verwarf die amerikanische These, die UdSSR behindere Abrüstungsverhandlungen „vorsätzlich, indem sie irreale Vorbedingungen" stelle, und beschuldigte im Gegenteil Washington, ein „Ultimatum" zu stellen. Es fordere Moskau zu Verhandlungen auf, „während sich in Westeuropa ein Waffenarsenal bildet, um gegen die sozialistischen Länder einen Erstschlag zu richten". Die UdSSR sei jederzeit zu Verhandlungen bereit. Gleichzeitig verwahrte sich Samjatin gegen westliche „Spekulationen, die UdSSR habe sich mit der Aufstellung neuer amerikanischer Raketen in Westeuropa abgefunden". Mit diesem „Manöver" solle die Weiterführung des Programms mit Pershing 2 und Marschflug*körpern gerechtfertigt werden.*

Reagan für Genf optimistisch

dpa, **Washington**

US-Präsident Reagan hat die Hoffnung geäußert, daß bei dem Treffen zwischen Außenminister Shultz und dessen sowjetischem Kollegen Gromyko am 7. und 8. Januar in Genf Fortschritte im Hinblick auf die Wiederaufnahme der Abrüstungsgespräche erzielt werden. „Ich muß einfach optimistisch sein", sagte Reagan.

Der Sprecher des Weißen Hauses, Speakes, teilte mit, die Rüstungskontrollexperten der Regierung hätten sich am Montag zum ersten Mal im Vorfeld des vorgesehenen Gesprächs in Genf getroffen. Bis Januar wollten sie zwei bis drei Mal pro Woche zusammenkommen. Noch in dieser Woche werde der Nationale Sicherheitsrat einberufen, der sich bis Anfang Januar einmal pro Woche treffen solle.

Speakes vertrat die Auffassung, der von den USA verfolgte „Star Wars"-Plan könnte möglicherweise der Ausgangspunkt dafür sein, daß die USA und die UdSSR „sich gefahrlos auf eine einschneidende Verringerung offensiver Atomwaffen einigen können oder eines Tages vielleicht *sogar auf deren Abschaffung*".

Chile zensiert Auslandspresse

AFP, **Santiago**

Nach den jüngsten Kontrollmaßnahmen gegen die einheimischen Medien strebt das Militärregime von General Pinochet nun auch eine Zensur der internationalen Presse an. Die in Chile tätigen Auslandskorrespondenten erhielten am Dienstag die offizielle Mitteilung, daß ihre Akkreditierungen nicht mehr gültig seien. Die Regierung habe „mit Sorge" einige Meldungen ausländischer Medien zur Kenntnis genommen, erklärte der stellvertretende Generalsekretär der Regierung, Oberst Carlos Krumm.

Bei der Erneuerung der Akkreditierungen sei es möglich, daß manchen Journalisten künftig die Arbeitsmöglichkeit in Chile verweigert würde. Sechs chilenische Oppositionszeitungen sind nach der Verhängung des Belagerungszustands verboten worden, die übrigen Medien sind strenger Zensur unterworden.

Derzeit befinden sich mehr als 200 Journalisten aus Europa, den Vereinigten Staaten und Lateinamerika in Santiago. Eine Reihe von ihnen zeigten sich über das Schreiben der chilenischen Behörde beunruhigt.

„Technologie nicht behindern"

dpa, **Berlin**

Bundesforschungsminister Riesenhuber (CDU) lehnt es ab, Informationstechniken durch staatliche Maßnahmen zu begrenzen oder zu verhindern. Zur Eröffnung der Konferenz „1984 und danach", die von der Bundesregierung und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung *(OECD)* im Berliner Reichstag veranstaltet wird, sagte der Minister, der Staat könne nur Anstöße für die Entwicklung und Erprobung neuer Techniken geben. Ein Verzicht auf die Einführung einzelner Techniken sei für ihn „ein extremer Fall, der voraussetzt, daß wir nicht beherrschen, was wir produzieren". Seiner Meinung nach ist das, „was theoretisch formulierbar ist, auch technisch machbar". Als einzige Ausnahme nannte Riesenhuber den gegen Menschen gerichteten Einsatz von Mikroelektronik im militärischen Bereich. Er hoffe auf internationale Vereinbarungen, die dies ausschlössen.

Die internationale Konferenz mit 250 Teilnehmern beschäftigt sich mit Chancen und Risiken der Informationstechnik.

Saarland läßt Privatfunk zu

rtr, **Saarbrücken**

Das Saarland hat als viertes Bundesland – nach Niedersachsen, Bayern und Schleswig-Holstein – private Rundfunk- oder Fernsehprogramme zugelassen. Der Landtag verabschiedete mit den Stimmen der Regierungsparteien CDU und FDP gegen die SPD ein Landesrundfunkgesetz, *das private Kabel- und Satellitenprogramme* unter Kontrolle einer noch zu gründenden öffentlich-rechtlich gestalteten Landesanstalt für das Rundfunkwesen ermöglicht.

Die Landesanstalt für das Rundfunkwesen, die eine dem Rundfunkrat der öffentlich-rechtlichen Sender vergleichbare Versammlung und einen Vorstand erhalten soll, wird die Konzessionen für die neuen Programme vergeben und dafür eine Gebühr einziehen. Dabei sollen Anbieter bevorzugt werden, die ein Vollprogramm anbieten und die größte Meinungsvielfalt gewährleisten. Die Werbung in dem neuen Programm darf ein Fünftel der täglichen Sendezeit nicht überschreiten. Im Gesetz ist auch ein „Bürgerkanal" vorgesehen, sobald mindestens 30 000 Haushalte die neuen Programme empfangen.

Ratschläge für die Bundespost

rtr, **Bonn**

Die Kabelnetze der Bundespost können nach einer Studie der Schweizer Prognos AG langfristig rentabel werden, wenn der Ausbau des Netzes wie geplant realisiert und von 1985 an in allen Netzteilen ein attraktives Programm angeboten würde. Ebenso wichtig sei, daß die *Bundespost sich als lernfähig erweise* und eine effiziente Verkaufsstrategie für Kabelanschlüsse verfolge, heißt es in der Studie. Sie untersuchte im Auftrag des Bundespostministeriums die Entwicklung des Kabelfernsehens in zwölf Ländern Westeuropas und in den USA und Kanada.

Der Vertreter von Prognos, Klaus Schrape, ging davon aus, daß diese Voraussetzungen erfüllt werden könnten, wenn die Bundespost die Auslandserfahrungen umsetze. So müßte sie etwa Werbung und Verkauf für Anschlüsse ans Kabel stärker lokal organisieren. Die Investitionen für den Netzausbau – die 1984 nach Angaben aus dem Ministerium erstmals bei einer Milliarde liegen werden – müßten erhöht und die Kosten pro Übergabepunkt für den Kunden „erwartungsgemäß" gesenkt werden.



Aus Not eine Tugend

IB. – Das Kernkraftwerk Brokdorf war für Hamburgs Politiker seit Jahren das energiepolitische Reizwort. Erst kämpfte der SPD-Bürgermeister Hans-Ulrich Klose aus ideologischen Gründen um den totalen Ausstieg und zerrieb damit nicht nur die eigene Partei, sondern zerstörte auch seine politische Karriere in der Hansestadt. Unter Ausstiegs-Zwang blieb auch sein Nachfolger Klaus von Dohnanyi. Jetzt jedoch aus wirtschaftlicher Notwendigkeit. Da sich die Prognosen über den künftigen Strombedarf als falsch erwiesen haben, sitzt HEW jetzt auf Überkapazitäten.

Berücksichtigt man diese veränderte Ausgangslage, ist die Reduzierung der Beteiligung an Brokdorf eine vernünftige Sache. Daß Hamburg der komplette Ausstieg nicht gelungen ist, kann kaum überraschen. Immerhin hatten die Verhandlungspartner aus dem Veba-Bereich, die NWK und Preag, deutlich bessere Karten. Dennoch hilft der erzielte Kompromiß allen Beteiligten. Während die Preag so günstig wie nie an Kernkraftkapazitäten kommt, ist für NWK wichtig, daß die Streitigkeiten um den norddeutschen Energieverbund ausgeräumt sind.

Für HEW schließlich bringt das Vertragspaket die Wiedergewinnung eines größeren energiepolitischen sowie finanziellen Spielraums und, so ist zumindest zu hoffen, die Lösung von politischem Druck. Daß sich Hamburg als Großaktionär von den Brokdorf-Anteilen trennt, obwohl ihr weder der Preis noch die Vertragsauflösung über Stromlieferungen ins Umland gefallen kann, läßt immerhin darauf schließen, daß man endlich an der energiepolitischen Front Ruhe haben will. Die Auflösung der starren Fronten ist auch bitter nötig, will man zu einem Energiekonzept kommen, das sich nicht an der Ideologie, sondern an den Bedürfnissen der Energienachfrage ausrichtet.

Konzept mit Zukunft

Von DOMINIK SCHMIDT

Das Wort vom „Druck von außen" will das Management der Hannover-Messe nicht gelten lassen, wenn über das jetzt verabschiedete neue Konzept gesprochen wird. Ohne Zweifel aber wuchs der Zwang, einschneidende Veränderungen im Zusammenhang mit der Struktur der „Messe der Messen" vorzunehmen. Die größte Industriegüter-Schau der Welt platzt aus allen Nähten, ein Zustand, der in den letzten Jahren nur mühsam kaschiert wurde. Die Hannover-Messe '85, die letzte Veranstaltung traditioneller Art, wird dies in eindringlicher Weise zeigen.

Jetzt darüber zu streiten, ob die Verselbständigung des expansivsten und attraktivsten Bereichs, des Centrums der Büro-, Informations- und Kommunikationstechnik (Cebit), zu spät kommt, dient der Sache nicht. Wichtig ist, daß diese Entscheidung überhaupt getroffen wurde und von allen Gruppen ohne jede Einschränkung mitgetragen wird. Vor allem der letztere Umstand garantiert dem Konzept mit künftig zwei Hannover-Messen eine erfolgreiche Zukunft.

„Möglicherweise haben wir früher zu sehr in betriebswirtschaftlichen Kategorien gedacht und nicht so sehr auf die Bedürfnisse des Marktes geachtet", räumt der Messe-Vorstand ein. Dies beinhaltet zugleich die Vermutung, daß Negativ-Erfahrungen der Vergangenheit bislang nachwirkten. Die Abwanderung der Konsumgüter-Branchen von Hannover nach Frankfurt etwa ist noch in guter Erinnerung und dürfte die Hemmschwelle bei der Verwirklichung neuer Überlegungen hochgehalten haben.

Trotz all dieser Bedenken gab es zu dem ab 1986 wirksam werdenden neuen Konzept keine wirkliche Alternative. Die Jahr für Jahr unbefriedigt gebliebene Nachfrage von Ausstellern des Cebit spricht eine deutliche Sprache. Auf der kommenden Hannover-Messe werden die Verantwortlichen erneut auf die „Warteliste" hinweisen. Knapp 130 000 m^2 Ausstellungsflächen stehen zur Verfügung; benötigt indes werden nach dem derzeitigen stand für Cebit und Aussteller 160 000 m^2. Ohnehin haben die ansonsten überaus agilen Werber der Messe-AG in diesem Bereich auf jede Art von aquisitorischen Bemühungen verzichtet.

Von ähnlichen Problemen sind auch andere Aussteller-Gruppen betroffen. Dies spricht für den Erfolg und die Attraktivität der Superschau mit ihrer klar abgegrenzten fachlichen Ausrichtung. Vor allem die zukunftsträchtigen Bereiche, die sämtlich in Hannover vertreten sind – hierzu zählen die Mikroelektronik und die Industrieautomation einschließlich der Industrieroboter und der Materialflußtechnik –, klagten über nicht ausreichenden Platz. Ihnen allen kommt die räumliche und zeitliche Trennung zugute. Zugleich ergibt sich eine größere Beweglichkeit bei der Terminierung alternierender Fachmessen. Die Abkehr zum Beispiel des Centrums für Materialflußtechnik (Cemat) vom Drei- zum Zwei-Jahres-Rhythmus macht dies deutlich.

Eine ganz wesentliche Rolle bei allen Überlegungen spielt die Entlastung der bis an ihre Grenzen strapazierten Infrastruktur. Die Transparenz des Ausstellungsprogramms ließ zuletzt erhebliche Wünsche offen. Für die Besucher geriet der Gang über das Messegelände regelrecht zu körperlicher Arbeit.

Eine Erweiterung der Fazilitäten hätte diese Probleme eher noch verschärft. Hannover verfügt zwar über ein hervorragend ausgestattetes und großzügiges Messegelände mit einer ausgezeichneten Verkehrsanbindung. Die im vergangenen Jahr gezählten 760 000 Besucher zeigten aber die Grenzen der Belastbarkeit deutlich auf.

Erleichterung versprechen sich die Veranstalter der Hannover-Messe nicht zuletzt für die Besucher. Die Entzerrung der Termine bedeutet für die Gäste der Stadt verbesserte Aussichten bei der Quartiersuche und eine adäquatere Nutzung anderer Serviceeinrichtungen. Rund 200 000 Messebesucher sind nach den Untersuchungen der Messe-AG im letzten Jahr ausschließlich in den Cebit-Hallen vorstellig geworden. Um zumindest diese Zahl also wird sich der Besucherstrom bei der traditionellen Hannover-Messe verringern.

Sprecher des Aufssichtsrats und der Beiräte lassen ebenso wie der Messevorstand keinen Zweifel daran, daß mit dem neuen Konzept ein sehr wichtiger Schritt für die Zukunftssicherung der Veranstaltungen getan wurde.

ARBEITSMARKT '85 / Eine Prognose des Instituts der deutschen Wirtschaft

Die Zahl der Erwerbslosen wird im Mai unter zwei Millionen sinken

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Die Zahl der Arbeitslosen wird im Mai erstmals wieder unter die Zwei-Millionen-Marke sinken. Nach der jetzt vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW) vorgelegten Prognose „Arbeitsmarkt '85" wird sie zwar in den Monaten Juli und August, wenn die Jugendlichen auf den Arbeitsmarkt drängen, wieder steigen. Aber auch im Jahresdurchschnitt wird sie um 178 000 auf 2,1 Millionen zurückgehen. Aufgrund der weiterhin günstigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wird die Beschäftigung noch deutlicher zunehmen.

Die seit dem Frühjahr 1984 zu beobachtende Aufwärtstendenz einzelner Beschäftigungsindikatoren setze sich im kommenden Jahr auf breiter Front durch, schreibt das Institut. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte um 0,9 Prozent steigen und damit um 225 000 Beschäftigte höher liegen als in diesem Jahr. Stärker als in früheren Aufschwungphasen würden die Teilzeitbeschäftigten aus der Entwicklung profitieren.

Der Aufschwung am Arbeitsmarkt wird nach Ansicht des Instituts, das vor allem von der Industrie getragen wird, in erster Linie durch einen Nachholbedarf bei den Ausrüstungsinvestitionen ausgelöst. Denn die Unternehmen dürften im nächsten Jahr auch ihre Kapazitäten erweitern, nachdem bisher die Rationalisierung im Vordergrund gestanden hat. Daher dürfte das Bruttosozialprodukt 1985 um real 2,5 bis drei Prozent wachsen „und damit den Beschäftigungsmotor wieder in Gang bringen".

Überdies werde die Arbeitsproduktivität (gemessen als Leistung pro Stunde) nur noch um 2,6 Prozent, verglichen mit 2,8 Prozent in diesem Jahr, steigen. Sie werde daher den Arbeitsmarkt konjunkturell nicht nachhaltig beeinträchtigen. Die zu leistende Arbeitszeit werde ferner durch tarifvertragliche Verkürzungen in der Metall- und Druckindustrie sowie durch mehr Feiertage gesamtwirtschaftlich gesehen um 0,85 Prozent sinken. Einen Unsicherheitsfaktor bilde die Flexibilisierung der Arbeitszeit. Freilich sollte die gesamtwirtschaftliche Produktivitätswirkung der Flexibilisierung nicht überschätzt werden.

Die Zahl der Erwerbstätigen werde 1985 in nahezu allen Wirtschaftszweigen steigen. In diesem Jahr hat bereits der Dienstleistungsbereich einschließlich Banken und Versicherungen sowie des staatlichen Sektors den Arbeitsmarkt entlastet. In diesem Sektor dürfte die Zahl der Beschäftigten 1985 nochmals um 100 000 Personen oder 2,7 Prozent wachsen. Nach einem Rückgang um 0,4 Prozent in diesem Jahr dürfte auch die Beschäftigung im Waren produzierenden Gewerbe 1985 um 0,6 Prozent oder um 60 000 Personen zunehmen. Der Zuwachs im Bereich Handel und Verkehr wird auf 0,4 Prozent oder 17 000 veranschlagt. Der Arbeitsmarkt werde auch dadurch entlastet, daß rund 70 000 Arbeitnehmer früher als geplant in Rente gehen werden. Außerdem dürften im nächsten Jahr 50 000 ausländische Arbeitnehmer mehr die Bundesrepublik verlassen als zuziehen. Dadurch könne das zusätzliche Arbeitskräfteangebot von 120 000 Personen – 90 000 deutsche und 30 000 ausländische Arbeitskräfte drängen auf den Arbeitsmarkt – ausgeglichen werden.

Der Rückgang der Zahl der Arbeitslosen werde dennoch geringer ausfallen als die Zunahme der Erwerbstätigen um 225 000. Der Grund: Die Beschäftigungsexpansion bringe nicht mehr Arbeitsplätze für Arbeitslose, die bei den Ämtern registriert sind. Die verbesserten Chancen würden auch diejenigen nutzen, die wegen der schlechten Arbeitsmarktverfassung ihre Beschäftigungswünsche zeitweise zurückgestellt haben und zur sogenannten stillen Reserve zählen. Unter dem Strich kommt das Institut im Jahresdurchschnitt auf einen Rückgang der Zahl der registrierten Arbeitslosen um 178 000.

Grundlage für diese Entwicklung sei der Beschäftigungsverlauf bei wichtigen Investitionsgüterindustrien bereits in diesem Jahr. Der Straßenfahrzeugbau und die Büromaschinen- und Datenverarbeitungsindustrie hätten bereits seit Jahresbeginn die Nachfrage am Arbeitsmarkt verstärkt.

BROKDORF

Hamburg zieht sich zum Teil aus Kernkraftwerk zurück

JAN BRECH, Hamburg

Der langanhaltende Streit um die Beteiligung der Hamburgischen Electricitäts-Werke AG (HEW) an dem Kernkraftwerk Brokdorf ist entschärft. Die federführenden Verhandlungspartner, Hamburgs erster Bürgermeister Klaus von Dohnanyi, sowie sein Energiesenator Jörg Kuhbier und der Vorstandsvorsitzende der Veba AG, Rudolf von Benningsen-Foerder, haben dabei ein ganzes Paket geschnürt, dessen Einzelheiten Kuhbier schon vor den entscheidenden Sitzungen des HEW-Finanzausschusses und Aufsichtsrats ausgeplaudert hat.

In den Handel sind neben der HEW die Veba-Tochter Preußische Elektrizitäts-AG (Preag) und die zur Preag gehörende Nordwestdeutsche Kraftwerke AG (NWK) einbezogen. Kern der Übereinkunft wird sein, daß die Preag mit Wirkung zum 1. Januar nächsten Jahres 30 Prozent der HEW-Anteile an Brokdorf für 330 Mill. DM übernimmt. HEW bleibt mit 20 Prozent beteiligt und hat damit bei Fertigstellung des Atommeilers einen Rückgriff auf 250 Megawatt Leistung. Die restlichen 50 Prozent liegen unverändert bei NWK. Der Kaufpreis entspricht etwa den von HEW bislang erbrachten Investitionen, ohne Berücksichtigung der in der Bauzeit aufgelaufenen Zinsen.

Den von Hamburg gewünschten Ausstieg aus Brokdorf hat Benningsen-Foerder mit der Beendigung eines seit geraumer Zeit schwelenden Konflikts zwischen HEW und NWK verknüpft. Dabei ging es um einen 1957 geschlossenen Vertrag, der vorsah, daß NWK jährlich rund zwei Mrd. kWh Strom von HEW bezieht und über die Schleswag in das schleswig-holsteinische Versorgungsgebiet einspeist. Während HEW den Vertrag so deutet, daß NWK bis 1995 immerhin fast ein Sechstel der gegenwärtigen HEW-Stromerzeugung abzunehmen habe, vertrat NWK den Standpunkt, daß der Vertrag Mitte 1987 auslaufe.

In dem Vertragspaket ist nun vorgesehen, daß HEW vom ersten Juli 1985 an auf ihre Lieferrechte nach Schleswig-Holstein verzichtet, dafür von NWK eine Ablösesumme von 200 Mill. DM erhält. Außerdem ist für die nächsten 20 Jahre eine neue Festlegung der Versorgungsgebiete vorgesehen. Durch den Kompromiß in Sachen Stromverbund ist für NWK und HEW die Gefahr eines jahrelangen Rechtsstreits gebannt, der die notwendige Partnerschaft empfindlich hätte stören können.

Für HEW hat die erreichte Brokdorf-Lösung zwei Seiten. Einmal fließen mehr als eine halbe Mrd. DM in die Kassen, die dem unter Druck geratenen Unternehmen mehr Bewegungsspielraum geben. Andererseits ist das 1982 formulierte Energiekonzept Makulatur. Denn durch die 20-Prozent- Beteiligung an Brokdorf und den Wegfall der Lieferungen an NWK ist das Problem gravierender Überkapazitäten ungelöst.

AUF EIN WORT



»Lebensmittel verkauft man schneller, als man den Lieferanten bezahlt; die Differenz investiert man. Das ist das Geheimnis, sich an den eigenen Haaren aus dem Sumpf zu ziehen.«

Dr. Helmut Wagner, Vorsitzender des Vorstandes der Saarbrücker Asko AG
FOTO: DIE WELT

DEVISENMARKT

Dollar weiter im Aufwind

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Der Dollar setzte gestern seinen Höhenflug fort. Bei der amtlichen Notierung kletterte die US-Währung von 3,0535 auf 3,0768 DM und kurz nach dem Fixing zog der Kurs weiter auf 3,0835 an. Die Bundesbank hat bei der amtlichen Kursfeststellung 51,5 Mill. Dollar verkauft; außerhalb der Börse sind nach Angaben von Händlern keine Interventionen zu beobachten gewesen. Überzeugende Gründe für den neuen Kursanstieg konnte man am Markt nicht nennen.

Zwar wurde gelegentlich während der letzten Tage behauptet, multinationale Unternehmen deckten sich zur Vorbereitung auf den Jahresultimo bereits jetzt mit Dollars ein; doch Recherchen einer Großbank brachten keine Bestätigung für diese Version. Man beobachtet allerdings immer wieder, daß Dollarkäufe aus Angst vor einem weiteren Anstieg des Kurses sofort vorgenommen werden, während sich Dollarabgeber Zeit lassen; sie werden erst dann aktiv, wenn der Dollar stärker rutscht.

Zur neuerlichen Dollarbefestigung haben vermutlich auch die Chart-Techniker, die aus dem Kurskurvenverlauf versuchen, die weitere Entwicklung vorauszusagen, beigetragen. Nach einer Stabilisierung des Dollarkurses oberhalb von 3,0650 DM und dem Durchstoßen der Marke von 3,0725 DM schließen sie nun einen weiteren Anstieg bis auf 3,10 oder 3,12 DM nicht aus. Anders als noch vor ein paar Wochen hat man am Markt jetzt auch keine Angst mehr vor massiven Interventionen der Bundesbank. Sie trug zuletzt nicht einmal mehr zu einer Verunsicherung bei.

SCHULDENKRISE

Zuversichtliche Zwischenbilanz

HEINZ HECK, Bonn

Eine zuversichtlich stimmende Zwischenbilanz zur Schuldenkrise der Entwicklungsländer hat Staatssekretär Hans Tietmeyer vom Bonner Finanzministerium gestern auf einer Veranstaltung des Wirtschaftsrats der CDU gezogen. Seit im August 1982 Mexiko als erstes großes Schuldnerland seine Zahlungsunfähigkeit habe erklären müssen, habe sich die Zahlungsbilanzlage vieler Entwicklungsländer verbessert: Die Leistungsbilanzdefizite der ölimportierenden Länder der Dritten Welt seien von 109 Milliarden Dollar 1981 auf 53 Milliarden Dollar 1983 zurückgegangen. Für 1984 werde eine weitere Verminderung auf 45 Milliarden Dollar erwartet. Diese Verbesserung sei zunächst im wesentlichen durch Importbeschränkungen erzielt worden. Im Zuge der weltwirtschaftlichen Erholung sei jetzt auch ein Anstieg der Exporterlöse zu beobachten, der die Anpassungslasten für die Bevölkerung erträglicher mache.

Tietmeyer erklärte zur Rollenverteilung in diesem internationalen Konsolidierungsprogramm, die Schuldnerländer müßten den begonnenen Weg konsequent fortsetzen. Zugleich müßten die notwendigen Finanzierungsströme in diese Länder aufrechterhalten bleiben. Das bedeute für die Banken, auch weiterhin Fälligkeiten durch Umschuldungsvereinbarungen zu strecken sowie Neukredite bereitzustellen. Die Bundesregierung könne den Banken dagegen die Risiken und Lasten nicht abnehmen, zumal da der Fiskus durch Zulassung von Rückstellungen der Banken „auf nicht unerhebliche Steuereinnahmen verzichtet".

WIRTSCHAFTS JOURNAL

DIW: Günstige Export-Prognose

Berlin (dpa/VWD) – Die Wettbewerbssituation der deutschen Exporteure ist nach wie vor günstig. Vom hohen Dollarkurs gehen weiterhin stimulierende Effekte aus, wenn sich auch der Nachfragesog aus den USA verringert, stellt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, in seinem Wochenbericht fest. Dafür verbessere sich die Konjunktur in den europäischen Industrieländern. Die für 1984 prognostizierte Zunahme der Warenexporte von acht Prozent (real) sei mit großer Wahrscheinlichkeit zu erreichen.

Hannover gibt Bürgschaft

Hannover (dos) – Die niedersächsische Landesregierung hat nach Angaben des Wirtschaftsministeriums ein „Bürgschaftspaket im Gesamtvolumen von 62 Mill. DM" für die Thyssen-Nordseewerke GmbH, Emden, beschlossen. Die Mittel dienen der Finanzierung des Baus von sechs Handelsschiffen. Damit soll die Auftragsflaute bis Mitte 1986 überbrückt werden. Wie es heißt, wird danach der Norwegen-Auftrag über den Bau von U-Booten beschäftigungswirksam. Das Interesse des Thyssen-Konzerns am Standort Emden werde daran deutlich, daß die Muttergesellschaft eine Rückbürgschaft für die Landesbürgschaft bis zur Abwicklung des U-Boot-Auftrages übernommen habe. Die Emdener Werft hatte in der vorigen Woche die Entlassung von 650 Mitarbeitern angekündigt.

Umsätze gestiegen

Wiesbaden (VWD) – Die Großhandelsunternehmen im Bundesgebiet setzten nach vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes im Oktober rund 73 Mrd. Mark um. Das waren rund vier Mrd. Mark oder nominal sechs Prozent mehr als im Oktober 1983. Von Januar bis Oktober 1984 wurden im Großhandel rund 668 Mrd. Mark umgesetzt. Das waren nominal sechs, real zwei Prozent mehr als im entsprechenden Zeitraum 1983.

Optionsanleihe für Linde

Bonn (DW.) – Die Linde International B. V., Amsterdam, begibt unter Führung der Deutschen Bank eine Optionsanleihe im Betrag von 150 Mill. Mark. Für die von der Linde AG, Wiesbaden, garantierte Anleihe wurde ein Zinssatz von 3⅛ Prozent und ein Emissionskurs von 100 Prozent festgelegt. Jeder Teilschuldverschreibung von 1000 Mark sind selbständig verbriefte Optionsrechte beigefügt, die auf die Dauer von zehn Jahren zum Erwerb von insgesamt drei Aktien der Linde AG zum Preis von je 362 Mark berechtigen.

Neue Finanzhilfe?

Saarbrücken (dpa/VWD) – Das vom Zusammenbruch bedrohte Unternehmen Arbed Saarstahl, Völklingen, braucht zu Beginn nächsten Jahres eine neue Finanzhilfe von etwa 60 bis 70 Mill. Mark. Das bestätigten der saarländische Finanzminister Edmund Hein (CDU) und Wirtschaftsminister Horst Rehberger (FDP) in Saarbrücken. Da sich der Bund seit Mitte dieses Jahres nicht mehr an den Direktzuwendungen für die Tochtergesellschaft der luxemburgischen Arbed SA beteiligt, muß das Saarland die neuen Zuschüsse allein aufbringen.

USA zweitbester Kunde

Köln (dpa/VWD) – Die USA sind in diesem Jahr zum zweitbesten Kunden der deutschen Exportwirtschaft aufgestiegen und haben mit einem Anteil von 9,3 Prozent an den deutschen Ausfuhren die Niederlande auf den dritten Platz verdrängt. Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln machte den „für Dollar-Einkäufer günstigen DM-Wechselkurs und den Importsog des US-Booms" für diese Entwicklung verantwortlich.

In Berlin investiert

Berlin (dpa/VWD) – Im Zusammenhang mit Neuansiedlungen oder Erweiterungsvorhaben sind in der Berliner Textilindustrie jetzt Investitionen angelaufen, deren Gesamtvolumen bei fast 150 Mill. Mark liegt. Die Zahl der dadurch geschaffenen Arbeitsplätze wurde von der Wirtschaftsförderung Berlin GmbH mit 300 angegeben.

Freigabe erwogen

Bonn (dpa/VWD) – Nach der Freigabe der Fahrzeugteilversicherung (Teilkasko) zum 1. April 1985 stellt sich für das Bundeswirtschaftsministerium jetzt die Frage, ob nicht auch die Genehmigungspflicht für die Kfz-Haftpflichtversicherung möglichst bald aufgehoben werden sollte, um auch in diesem Bereich ebenfalls mehr Wettbewerb zu ereichen. Dies erklärte das Ministerium in einer Stellungnahme zur Kritik des Verbandes der Autoversicherer an der neuen Regionalstruktur in der Kfz-Haftpflichtversicherung.

Bewegung am Baumarkt

Bonn (dpa/VWD) – Die bisher den Baumarkt kennzeichnende Zurückhaltung der Bauherren scheint jetzt aufgegeben zu werden. Diesen Schluß zog am Mittwoch der Verband deutscher Hypothekenbanken aus der Tatsache, daß im Oktober erstmals in diesem Jahr mehr Festzins-Hypotheken als im Vorjahr von den privaten Hypo-Banken zugesagt wurden. Das neu zugesagte Kreditvolumen lag mit 1,55 Mrd. Mark um 12,5 Prozent über dem Ergebnis vom Oktober 1983, nachdem es im 1. Halbjahr gegenüber 1983 bei den Hypothekenzusagen noch einen deutlichen Rückgang gegeben hatte. Allein die Hypothekenzusagen für den Wohnungsneubau fielen im Oktober mit 600 Mill. Mark deutlich höher als im Vergleichsmonat (450 Mill. Mark) aus.

BAUGEWERBE

Die Branche leidet unter starkem Auftragsrückgang

hg. Bonn

Die Bauwirtschaft hat eine weitere Talsohle vor sich: Der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes (ZDB) Bonn, beklagt, „daß sich die Verschlechterung der Baukonjunktur über das saisonbedingte Maß hinaus fortsetzt". Die Unternehmen rechneten mit Entlassungen, Kurzarbeit und weiteren Insolvenzen, heißt es in einer Mitteilung des ZDB. Als Ursache nennt der Verband den „anhaltend starken" Rückgang der Aufträge beim Wohnungsbau und im gewerblichen Hochbau, die mit mehr als 70 Prozent zum gesamten Bauvolumen beitragen.

Das Auslaufen der staatlichen Förderungsmaßnahmen in diesen Sparten könne auch durch beträchtliche Aufträge im Tiefbau sowie bei Bahn und Post „nicht annähernd" wettgemacht werden, heißt es weiter. So sei die Zahl der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe im Herbst weiter gesunken. Im September lag sie mit rund 1,12 Millionen um 5,2 Prozent niedriger als im Vorjahr.

Die Bauproduktion habe um 5,3 Prozent nachgelassen, schreibt der ZDB; im Hochbau betrug der Rückgang 7,9 Prozent, im Tiefbau dagegen nur 1,3 Prozent. Die Auftragseingänge lagen real um fast zwölf Prozent niedriger als im Vorjahr. Im Wohnungsbau gab es einen Auftragsrückgang von mehr als 30 Prozent.

Ein Minus registriert der Verband auch bei den Baugenehmigungen: Beim Wohnungsbau lag ihr Volumen im September um 23 Prozent und beim Nichtwohnungsbau um 10 Prozent unter dem des Vorjahres. Die Zahl der Konkurse habe mit 461 Fällen einen um 17 Prozent höheren Stand als im September 1983 erreicht.

LOHNSTEUERHILFEVEREINE / Dachverband meldet Reihe von Forderungen an

Plädoyer für den Schuldzinsenabzug

HEINZ HECK, Bonn

Mit einem Bündel von Forderungen hat sich der Bundesverband der Lohnsteuerhilfevereine in die Diskussion um die Steuerreform eingeschaltet. Dabei tauchen auch alte Bekannte wie der kürzlich von Wirtschaftsminister Martin Bangemann ins Gespräch gebrachte Schuldzinsenabzug wieder auf. Den Berechnungen des Verbandes zufolge soll das von ihm geschnürte Paket nur 19 Milliarden Mark kosten, obwohl die gesamte Tarifkorrektur bereits in einem Schritt 1986 in Kraft treten soll, während der Vorschlag der Bundesregierung in der zweistufigen Reform erst 1988 auf rund 20 Milliarden Mark Entlastungswirkung beziffert wird.

Die 1974 abgeschaffte steuerliche Berücksichtigung solcher Schuldzinsen, die dem Arbeitnehmer aus privaten Anschaffungsdarlehen entstehen, sollte wieder eingeführt werden. Diese Forderung wird mit einem Gerechtigkeitsargument untermauert. Denn Gewerbetreibende könnten Schuldzinsen absetzen, Arbeitnehmer jedoch nicht. Auch habe man damals mit der Streichung eine Dämpfung der Konjunktur bewirken wollen. Heute sei das Gegenteil gefragt.

Kilometerpauschale ist ein weiteres wichtiges Stichwort. Denn den Verbandsangaben zufolge fährt knapp die Hälfte der Arbeitnehmer mit dem eigenen Pkw zur Arbeit. Sie alle seien den ständig steigenden Unterhaltungskosten ausgesetzt. Dennoch habe sich seit 16 Jahren an der steuerlichen Vergünstigung nichts geändert (1967 sei sie sogar von 25 auf 18 Pfennig für den gefahrenen Kilometer gesenkt worden). In Anlehnung an die Dienstreisepauschale von 42 Pfennig je Kilometer fordert der Verband ebenfalls eine Anhebung der Kilometerpauschale auf 84 Pfennig für den Entfernungskilometer zwischen Wohnung und Arbeitsplatz.

Das duale System von Kinderfreibeträgen und Auszahlung eines nach Kinderzahl und Einkommenshöhe gestaffelten Kindergeldes wird im Grundsatz begrüßt, allerdings mit Einschränkungen: Mit der Bearbeitung sollten nicht zwei Ämter – das Finanz- und das Arbeitsamt – beschäftigt werden, sondern nur ersteres. Für die sogenannte „Finanzamtslösung" hatte sich bei den Etatberatungen erst kürzlich auch der einflußreiche Haushaltsausschuß ausgesprochen. Die im Zuge der Steuerreform vorgesehene Streichung der Kinderadditive von insgesamt bis zu 900 Mark je Kind lehnt der Verband dagegen ab. Eine Streichung nehme sowohl der Familie wie Alleinstehenden mit Kindern den Anreiz, Versicherungen für Kinder (zum Beispiel Ausbildung, Aussteuer) abzuschließen.

ITALIEN / Harte Rabattkämpfe am Automarkt

Fordert Fiat Mondpreise?

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Zwischen Renault und Fiat droht auf dem italienischen Markt ein Preiskrieg auszubrechen, nachdem das französische Automobilunternehmen seinen neuen Super 5 um rund 2000 DM niedriger verkauft als Fiat den Uno 45. Während Fiat-Präsident Giovanni Agnelli bezweifelt, daß „Renault mit niedrigeren Kosten produziert als wir", haben die Franzosen wissen lassen, daß ihr Listenpreis „richtig und vor allem realistisch" ist.

Nach französischer Ansicht kann nur auf diese Weise den Konditions- und Rabattkämpfen ein Riegel vorgeschoben werden, die auf dem italienischen Markt in den letzten Wochen überhandgenommen haben. Offen werfen die Franzosen vor allem Fiat vor, auf dem Binnenmarkt überhöhte Preise zu fordern, um dafür im Ausland die Konkurrenz unterbieten und im Inland günstige Konditionen geben zu können.

In der Tat liefert Fiat den dreitürigen Uno 45 im Inland gegenwärtig (ohne Steuern) zum Preis von umgerechnet nicht ganz 11 600 DM, während der Listenpreis in der Bundesrepublik Deutschland knapp 10 100 DM beträgt. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den meisten anderen italienischen Autotypen, die ebenfalls billiger im Ausland als in Italien zu haben sind.

Umgekehrt sind auch die ausländischen Automarken in Italien, von nur ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, durch diese Preisüberhöhung der italienischen Hersteller teurer als in ihren Ursprungsländern. Im Falle der deutschen Marken hält sich lediglich VW ungefähr an die Heimat-Listenpreise. Dagegen konnten es sich BMW und Mercedes bisher leisten, auf dem italienischen Markt gehörig abzusahnen.

Die unmittelbare Folge der Tatsache, daß Italien das teuerste Autoland der Europäischen Gemeinschaft ist, besteht in der ständigen Zunahme der privaten oder Paralleleinfuhren sowohl von gebrauchten als auch von neuen, nur einmal im Ursprungsland zugelassenen Fahrzeugen. Trotz *mehrmaliger, an die italienische Regierung* gerichteter Klagen der Importhändler hat der Staat bisher im wesentlichen widerstanden, durch eine Verschärfung administrativer Hemmnisse den „inoffiziellen" Importfluß zu unterbinden.

Insgesamt sind es mittlerweile fast 100 000 Automobile, die in diesem Jahr an den Händlern vorbei über die Grenze kamen, ein Fünftel der Gesamteinfuhr. Und die Tendenz ist weiter steigend. Über den Parallelmarkt legen die Hersteller und ihre *Importhändler einen Schleier nebu*lösen Schweigens. Fest steht aber, daß inzwischen gewiefte Exporthändler im Ausland, Speditionsfirmen und private Importeure den richtigen Weg kennen, um viel Geld zu sparen.

In den ersten zehn Monaten dieses Jahres wurden in Italien insgesamt 1 406 209 Autos neu zugelassen, 3,7 Prozent mehr als in der gleichen Vorjahreszeit. Davon waren 516 263 ausländische Wagen oder 36,7 (37,3) Prozent der Gesamtzulassung.

„DDR" / Sparpolitik verbesserte Ausgangslage für den neuen Fünf-Jahres-Plan

Mikroelektronik stark im Rückstand

dpa/VWD, Berlin

Die „DDR" hat ihre wirtschaftliche Situation in diesem Jahr stabilisieren können. Politisch wertete Staats- und Parteichef Erich Honecker „die ganze Richtung der Arbeit, wie sie in der ökonomischen Strategie der 80er Jahre zum Ausdruck kommt" vor dem SED-Zentralkomitee in der letzten Woche als klare Bestätigung für die Führungsqualitäten der Partei. Dagegen neigten „DDR"-Forscher auf einem Symposium der Berliner Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen in Berlin mehr dazu, nur eine „quantitative Konsolidierung" anzuerkennen, die den Kern der Probleme unberührt gelassen habe.

Die SED habe zwischen 1980/83 zu einer harten restriktiven Wirtschaftspolitik Zuflucht nehmen müssen, um den Handlungsspielraum zu *sichern, der durch die gesamte* verschlechterte Kreditsituation des Ostblocks und durch sowjetische Ölpreiserhöhungen verloren zu gehen drohte. Die eigene Leistungsschwäche machte es unmöglich, mit einem Exportboom auf diese Herausforderungen zu antworten. Nur die Verringerung der Importe aus dem Westen bescherte den nun im vierten Jahr hintereinander als Erfolgsausweis herausgestellten „beachtlichen Exportüberschuß".

Durch diese Sparpolitik befinde sich die „DDR" jedenfalls für den neuen Fünf-Jahr-Plan 1986/90 in einer besseren Ausgangslage als 1980. Ihre Devisenliquidität beschere ausländisches Vertrauen; westliche Banken zögerten nicht mit Krediten, von denen allerdings selbst Experten nicht recht wissen, wozu die „DDR" sie verwendet.

Die momentan günstigeren Umstände gäben aber keine zuverlässige Auskunft über die Wirtschaftsaussichten der nächsten Jahre. Das laut Honecker „fundamentale Gewicht" des starken Ausbaus der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion überschatte jede Prognose. Denn im Gegenzug für Rohstoff- und Energiezusagen müsse jetzt ein Exportangebot gesichert werden, das den anspruchsvoller gewordenen sowjetischen Unterhändlern entspricht. Dies falle der „DDR" nicht mehr leicht.

Offen bleibe zudem, wie sehr durch die erhöhten Warenlieferungen und Projektbeteiligungen, die Moskau auf dem RGW-Gipfel im Sommer durchsetzte, der für die eigene Modernisierung wichtige Westexport eingeschränkt werden muß.

Am Anlagenpark allein hänge die Leistungsschwäche nicht, meinen die Forscher. Ein Drittel aller Maschinen seien nicht älter als fünf Jahre, 60 Prozent *nicht älter als zehn Jahre*. Hingegen falle der immense Rückstand in der Anwendung von Mikroelektronik und die Schwerfälligkeit bei der Produkterneuerung hemmend ins Gewicht. Die „DDR"-Mikroelektronik müsse zu höherem technischen Niveau finden, sowie Umfang und Sortiment vergrößern. Westexperten gilt ihr Stand als „recht dürftig".

Kennzeichnend ist der hohe Großrechnerexport in die UdSSR. Der Kostendruck erzwingt Anlehnung an den dominierenden Partner. Selbst entwickelte Lösungen kommen wegen dieser Lieferverpflichtungen nicht genügend zur Anwendung. So *sind die nur 500 Universalrechner* veraltet. Das Sortiment an Schaltkreisen und die Stückzahlen der Konsumgüterelektronik werden als zu gering eingeschätzt. Neue Produktionsverfahren werden teilweise in bestehende Abläufe intergriert und mindern die Rationalisierungseffekte. Heimcomputer würden zögernd und wohl vorwiegend für den Export gefertigt.

OECD / Neue Runde über Mischkredite

US-Warnung an Frankreich

VWD, Paris

Zwei Wochen vor der neuen Gesprächsrunde der OECD über Exportkredite in Paris haben die USA ihre bisher wohl deutlichste Warnung an die Adresse Frankreichs gerichtet. Der Vizepräsident der für die US-Ausfuhrfinanzierung zuständigen *Export-Import Bank*, John Bohn, erklärte in Paris, die USA könnten sich im nächsten Jahr genötigt sehen, selbst mehrere Milliarden Dollar zur Finanzierung von Mischkrediten bereitzustellen, wenn auf der Sitzung am 10./11. Dezember *keine Übereinstimmung erzielt werde*.

Bei den Meinungsverschiedenheiten innerhalb der OECD geht es um unterschiedliche Ansichten über die Frage, welches Ausmaß staatliche Hilfe bei Exporten nach Entwicklungsländern haben soll. Die bisherige Regelung sieht vor, daß der Entwicklungshilfeanteil an einem Mischkredit nicht geringer als 20 Prozent sein darf. Die USA wollen nun in Paris *darauf drängen, daß dieser* Anteil auf mindestens 50 Prozent steigt.

Dies würde bedeuten, daß ein exportierendes Land einen sehr hohen Anteil an Entwicklungshilfe leisten muß, wenn es überhaupt einen Mischkredit vergeben will. Die USA *halten vor allem Frankreich und Itali*en vor, ihrerseits diese Art der Entwicklungshilfe zur massiven Förderung ihrer Exporte einzusetzen. Bohn drängte darauf, daß die OECD bei diesem Thema Fortschritte erzielen müsse.

Sollte die Diskussion keine Ergebnisse bringen, würde der US-Kongreß auf seinen Sitzungen voraussichtlich Ende Januar entsrpechende Maßnahmen einleiten. Mehrere Gesetzentwürfe zu diesme Thema lägen bereits vor. Im Kongreß gebe es starke Unterstützung für den von Handel und Industrie ausgehenden Druck auf die Regierung.

Riesiges Interesse an Telecom-Aktien

dpa/VWD, London

Die erste Stufe des größten Aktienverkaufes der Geschichte, die Privatisierung des Telefonunternehmens British Telecom Plc, ist gestern in London mit extremer Überzeichnung zu Ende gegangen. Mindestens zwei Millionen Menschen haben nach ersten Schätzungen einen Antrag auf Erwerb von Wertpapieren gestellt. Ursprünglich war mit 500 000 Interessenten gerechnet worden.

Da sich außerordentlich viele Kleininvestoren gemeldet haben, dürften mittlere Bieter erheblich weniger Anteile zugeteilt bekommen als beantragt. Trotz des großen Interesses kam es nach Angaben von Branchenbeobachtern während der achttägigen Zeichnungsfrist nicht zu einem Ansturm wie bei der Privatisierung von Jaguar. Insgesamt standen rund 1,2 Millionen Telecom-Aktien zum Verkauf. British Telecom, die das Monopol zum Betreiben des herkömmlichen Telefonnetzes hält, ist schätzungsweise mehr als drei Mrd. Pfund (*fast zwölf Mrd DM*) wert. Später sollen weitere Aktien ausgegeben werden, bis der britische Staat nur noch 49 Prozent der Anteile hält. Die Labour-Opposition hat die Privatisierung als „Ausverkauf nationaler und sozialer Interessen" verurteilt und angekündigt, sie werde sie, sobald sie wieder an die Macht komme, rückgängig machen.

SÜSSWARENMESSE / Mit der Entwicklung zufrieden

Exporte stützen den Umsatz

SABINE SCHUCHART, Köln

Als „nicht unbefriedigend" bezeichnete der Vorsitzende des Arbeitskreises Internationale Süßwarenmesse, Bernd Monheim, die Umsatzentwicklung der deutschen Süßwarenindustrie in diesem Jahr. Insgesamt sei in den ersten sieben Monaten ein Umsatz von 6,9 Mrd. DM und damit ein Plus von 6,6 Prozent gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum erzielt worden, sagte der Vorsitzende anläßlich eines Pressegesprächs in der Kölner Messe.

Diese Entwicklung sei insbesondere auf die verstärkten Exportbemü*hungen der deutschen Süßwarenher*steller zurückzuführen, die dazu geführt hätten, daß das Verhältnis Einfuhr/Ausfuhr in nahezu allen Süßwarenbereichen zugunsten der Inlandsfertigung verbessert worden wäre.

Mit Blick auf das bevorstehende Weihnachtsfest hob der Vorsitzende die überragende Bedeutung des Saisonartikelgeschäfts für die Branche hervor. Etwa 150 der etwa 250 deutschen Süßwarenbetriebe stellten Saisonartikel her. 1983 wurden klassische Saisonartikel im Wert von 1,7 Mrd. DM – dies entspricht einem Anteil von 21 Prozent an der gesamten Süßwarenproduktion in der Bundesrepublik – auf den Markt gebracht. Von Bedeutung sind aber auch die Erzeugnisse, die vom Verbraucher nicht zu den klassischem Festen, sondern zu verschiedenen Anläßen verschenkt werden. So könnten von den 35 000 Artikeln, die auf der nächsten Süßwarenmesse in Köln präsentiert werden, etwa die Hälfte den Produkten zugerechnet werden, die zum Verschenken bestimmt sind, sagte der *Vorsitzende des Bundesverbandes* des Süßwaren-, Groß- und Außenhandels, Willi Rothammer.

Auf diesem Treffpunkt der Süßwarenbranche werden vom 27. bis zum 31. Januar 1985 etwa 800 Aussteller aus 38 Ländern erwartet, die auf einer Fläche von 42 000 Quadratmetern ihre Erzeugnisse präsentieren. Damit soll das Rekordergebnis von 1984 zumindest gehalten werden.

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG HAMBURG

Manager vorgeschlagen

JAN BRECH, Hamburg

In ihrem Bemühen, das etwas ramponierte Image der Stadt und ihre wirtschaftlichen Probleme zu lösen, sind die Hamburger Politiker ein Stück weitergekommen. Eine von der Wirtschaftsbehörde eingesetzte Findungskommission hat sich jetzt dafür ausgesprochen, Gerhard Holtmeier, bislang Geschäftsführer der Krupp MaK Maschinenbau GmbH, Kiel, zum Chef der neugegründeten Wirtschaftsförderungs-Gesellschaft vorzuschlagen. Die Zustimmung der Gesellschafter dürfte sicher sein. An der Förderungsgesellschaft sind die Stadt Hamburg mit 31 Prozent, die Hamburgische Landesbank mit 20, die Handelskammer mit 15, die Handwerkskammer mit 14 und die Vereins- und Westbank sowie die Hamburger Sparkasse mit jeweils 10 Prozent beteiligt.

Auf Holtmeier, 17 Jahre bei MaK und dort zuständig für den Vertrieb, wartet umfangreiche Arbeit. Er soll den Stadtstaat als guten Wirtschaftsstandort verkaufen und ansiedlungswilligen Unternehmen „Berührungsängste" vor den Behörden nehmen. Das setzt Durchsetzungsvermögen und vor allem den vollen *Rückhalt* der politischen Gremien voraus. Der Bürokraten-Dschungel in Hamburg mit ungeordneten Kompetenzsträngen ist einer der wesentlichen Gründe für die zahlreichen Abwanderungen von kleinen und mittleren Firmen *ins Umland*.

Die Wahl Holtmeiers gilt unter den gegebenen Umständen als gute Lösung. Der gebürtige Bielefelder verfügt über gute Kontakte zur Wirtschaft und ist ein gestandener Vertriebsmann. Die großen „Namen" der Wirtschaft, die Hamburg gern an sich gebunden hätte, waren für diesen Job jedoch nicht zu gewinnen. Im Gespräch standen etwa Manfred Lennings und Robert Layton. Auch Horst Wiethüchter, ausscheidender Vorstandsvorsitzender des Reemstma-Konzerns, saß vorübergehend mit am Pokertisch.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Babcock-Dividende offen

Düsseldorf (Py.) – Die Gruppe Deutsche Babcock hat im Geschäftsjahr 1983/84 (30. 9.) ein gegen über dem Vorjahr etwas verbessertes Ergebnis erzielt. Wie der Vorstandsvorsitzende der Deutsche Babcock AG, *Oberhausen*, Helmut Wiehn, auf einer Pensionärveranstaltung mitteilte, haben nur noch der Auslandsbau und der – im übrigen auslaufende – Exporthandel Verluste hinnehmen müssen. Offen ließ Wiehn, ob mit der Wiederaufnahme der Dividendenzahlung gerechnet werden kann. Im Vorjahr waren aus insgesamt 114 Mill. DM Gewinn nur 7,5 Mill. DM an Pflichtdividenden für zwei Jahre an die Vorzugsaktionäre ausgeschüttet worden. Die Gesamtleistung des Konzerns ist auf 5,4 (7,2) Mrd. DM zurückgegangen, was jedoch mit dem Abrechnungsverfahren von beendeten Großaufträgen zusammenhängt. Dadurch lag der Umsatz mit 7 Mrd. DM erheblich über der Gesamtleistung. Die Auftragseingänge sanken aufgrund geringerer Auslandsaktivitäten auf 5,8 Mrd. DM (minus 18,3 Prozent), der Bestand auf 8,9 Mrd. DM (minus 15 Prozent), die Belegschaft auf 22 515.

Besseres Ergebnis

Tuttlingen (VWD) – Einen gegenüber dem Vorjahr verbesserten Jahresabschluß erwartet die Aesculap-Werke AG, Tuttlingen, für das Geschäftsjahr 1983/84 (30. 9.). Wie es in *einem ersten Überblick heißt, lag* der Auftragseingang erneut über den Umsatzwerten. Der Umsatz nahm um 11,4 Prozent auf 183,4 (164,6) Mill. DM zu, wovon im *Ausland 113,3* (103,5) Mill. DM und im Inland 70,1 (61,1) Mill. DM erzielt wurden. Investiert wurden 9,6 (9,3) Mill. DM. Auch für 1984/85 rechnet der Vorstand mit weiteren Wachstumsraten.

Rechtsschutz getrennt

Düsseldorf (Py.) – Die Agrippina-Versicherungs-Gruppe, Köln, und die Zürich-Versicherungen, Frankfurt, werden mit Beginn des kommenden Jahres das Rechtsschutzgeschäft mit jeweils eigenen Tochtergesellschaften betreiben. Bisher wurde das Geschäft über die Agrippina-Zürich-Rechtsschutzversicherung AG, Köln (Beitragsaufkommen 1984: rund 25 Mill. DM), angeboten. An dieser Gesellschaft war die Agrippina mit 51 Prozent beteiligt, während die Zürich 49 Prozent hielt, indirekt jedoch die Mehrheit an der Agrippina-Gruppe besitzt. Die Zürich Rechtsschutz-Ver*sicherungs-AG wurde neu gegründet*.

Oppenheimer tritt ab

London (AFP) – Harry Oppenheimer, der seit 27 Jahren die größte Produktions- und Handelsgesellschaft für Diamanten, die südafrikanische Firma De Beers, geleitet hat, will Ende des Jahres seinen Posten zur Verfügung stellen. De Beers kontrolliert 70 Prozent der *gesamten Diamantenproduktion* der Welt. Seinen Sitz im Verwaltungsrat will der heute 76jährige „Diamanten-König" behalten. *Nachfolger* Oppenheimers als Firmenchef wird, wie es hieß, Vizepräsident Ogilvie Thomson.

NAMEN

Hans-Günter Friese, Aufsichtsratsmitglied der Noweda eG, Essen, wurde zum Präsidenten der Bundesapothekerkammer gewählt. Aufsichtsratsmitglied Dr. **Carl-Ludwig Wachsmuth-Melm** wurde in den Vorstand des Deutschen Apothekervereins, Frankfurt, berufen.

Rolf H. Hönninger (51), Vorstandsmitglied der Drägerwerk AG, Lü*beck, wird zum 31. Dezember 1984* das Unternehmen verlassen und am 1. Januar 1985 als Alleingeschäftsführer in die Steiff-Beteiligungsges. mbH, Giengen/Brenz, eintreten.

Heinrich Oltmanns, Alleininhaber der Oltmanns-Gruppe in Jeddeloh bei Oldenburg, vollendete am 28. November das 60. Lebensjahr.

Dr. **Wilhelm Hartmann**, früherer Vorsitzender der Vorstände der Iduna Versicherungen, Hamburg und bis 1984 Vorsitzender des Aufsichtsrates von Iduna Leben, starb im Alter von 76 Jahren. Hartmann hat sich nach 1945 *bleibende Verdienste um* Wiederaufbau und Neugestaltung der Lebensversicherung erworben.

HOOGOVENS / In Europa gehen noch 100 000 Stahlarbeitsplätze verloren

„Subventionen müssen ein Ende finden"

dpa/VWD, Düsseldorf

Die in Europa noch notwendige Umstrukturierung der Stahlindustrie wird nach Meinung des Chefs der niederländischen Stahlgruppe Hoogovens, Jan D. Hooglandt, noch etwa 100 000 Arbeitsplätze kosten. Die Branche müsse bei einer Erzeugung von 110 bis 120 Millionen Tonnen Rohstahl mit insgesamt *350 000* Beschäftigten auskommen, sagte Hooglandt vor der Presse in Düsseldorf.

Von der durch die EG-Kommission geforderten Kapazitätskürzung um 27 Mill. Tonnen Rohstahl seien inzwischen 22 Mill. Tonnen abgebaut worden. Hooglandt rechnet damit, daß der Abbau aufgrund technischer Marktentwicklungen und der Unteilbarkeit mancher Kapazitäten insgesamt 30 Mill. Tonnen Kapazität erreichen werde. Selbst dies aber könnte angesichts der schlechten Nachfrageentwicklung nicht ausreichen, denn *auch danach* werde *die mittlere* Kapazitätsauslastung nur bei 70 Prozent liegen.

Hooglandt forderte Bonn auf, ebenso wie die Niederlande unverändert am vereinbarten Ende der Subventionen für die europäische Stahlindustrie festzuhalten. Auch wenn viele *EG-Stahlunternehmen ihre* Sanierung noch nicht weit genug vorangetrieben hätten, um lebensfähig zu sein, sollte es dabei bleiben, daß Sub*ventionen nach* 1985 *nicht* mehr gezahlt würden. Wo man bis dahin höhere Unterstützungen bewilligen wolle, müßten zusätzliche Kapazitätsopfer gebracht werden.

Der holländische Stahlchef, der auch Vorsitzender des europäischen Stahlkartells Eurofer ist, wertete die Absichten von Krupp und Klöckner, ihre Stahlbereiche zu fusionieren positiv. Diese Pläne dürften aber keine neue Subventionsrunde einleiten, sagte er zu den Anträgen der beiden Unternehmen auf zusätzliche öffentliche Hilfe in Höhe von 850 Mill. DM.

Über das *eigene Unternehmen* sagte Hooglandt, obwohl man nach der Trennung von Hoesch „mehrere 100 Millionen Gulden Schulden auf den Buckel *nehmen*" mußte, die fast alle vom ehemaligen Partner verursacht worden seien, sei Hoogovens wieder in der Gewinnzone und rechne für 1984 mit einem guten Ergebnis. Im 1. Halbjahr habe man einen Reingewinn - nach Steuern - von 102 Mill. Gulden (90,4 Mill. DM) bei einem Umsatz von 3,6 Mrd. Gulden (3,2 Mrd DM) erreichen können. Das sei eine deutliche Wende gegenüber dem Verlust von 62 Mill. Gulden bei einem Umsatz von 2,8 Mrd. Gulden im 1. Halbjahr 1983.

Die weitere Entwicklung der europäischen Stahlindustrie sieht Hooglandt mit verhaltenem Optimismus. Das Internationale Stahlinstitut (ISSI) erwarte für den Rest der 80er Jahre ein Wachstum von 1 Prozent jährlich. 1984 werde der Stahlverbrauch allerdings in der westlichen Welt um 9 Prozent höher ausfallen als 1983. In den ersten neun Monaten dieses Jahres sei die Produktion um 12,4 Prozent auf 312 Mill. Tonnen gestiegen.

WELLA / Exportwachstum über Durchschnitt

Unerwartetes Umsatzplus

INGE ADHAM, Frankfurt

Besser als vom Vorstand zu Jahresbeginn erwartet, läuft es bei der Wella AG, Darmstadt, in diesem Jahr. Das geht aus dem Zwischenbericht über die ersten neun Monate hervor. Danach ist der Umsatz in der AG mit 352,4 Mill. DM um 15 Prozent höher als in den ersten neun Monaten des Vorjahres; noch etwas besser sieht es mit einem Plus von 15,6 Prozent auf 22,2 (19,2) Mill. DM bei der Gewinnentwicklung aus (vor Steuern). Der Schwerpunkt des AG-Geschäfts liegt nach wie vor mit 280,4 (249,5) Mill. DM Umsatz im Inland (plus 12,4 Prozent), gleichzeitig ist jedoch der Export überproportional auf 72 (56,9) Mill. DM gestiegen.

Erfolgreiche Produktstrategien und günstige gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen haben dazu geführt, daß die für das zweite Halbjahr 1984 erwartete Abschwächung der Geschäftsentwicklung bisher ausblieb, erläutert der Vorstand. Zur positiven Entwicklung hätten nahezu alle Geschäftsbereiche beigetragen.

Das gilt auch für die umfangreichen Auslandsaktivitäten der Gruppe. Gestützt durch die stabilen Kurse von Dollar und Yen, so schreibt der Vorstand, stieg der Umsatz in der Gruppe um 11,4 Prozent auf 1143 (1026) Mill. DM; beim Gewinn (vor Steuern) machte das Plus sogar 13,4 Prozent auf 93,9 (83) Mill. DM aus. Die Gewinnsteigerung über das Umsatzwachstum hinaus war möglich trotz der bei einigen Beteiligungsgesellschaften notwendigen Risikovorsorge.

Das Darmstädter Haarkosmetik-Unternehmen ist fast überall auf der Welt vertreten. Als Beispiel für die daraus manchmal resultierenden Probleme verweist der Aktionärsbrief auf die Entwicklung in Brasilien, wo Wella seit 30 Jahren aktiv ist. Nach den Schwierigkeiten des Vorjahres (Inflationsrate 211 Prozent, Zinsen 240 bis 270 Prozent) berechtige die Entwicklung dieses Jahres aber wieder zu neuer Zuversicht. Fazit: Ein schwieriger und risikobehafteter Markt, den man als Herausforderung betrachte.

Für das letzte Quartal diese Jahres erwartet der Wella-Vorstand keine wesentlichen Änderungen des positiven Geschäftsverlaufs; allerdings müsse davon ausgegangen werden, daß die „guten Ergebnisse der Monate Oktober bis Dezember 1983 nur noch unwesentlich verbessert werden können". Für 1983 waren an die Stammaktionäre (Gründerfamilie) 14 und an die Vorzugsaktionäre 16 Prozent Dividende je 50 DM-Aktie gezahlt worden.

METALLINDUSTRIE / Wettbewerber in Großbritannien, Japan und den USA haben höhere Eigenkapitalquoten

„Von einer befriedigenden Ertragslage weit entfernt"

HEINZ STÜWE, Bonn

„Die 1982 in Gang gekommene Erholung der Erträge hat sich 1983/84 fortgesetzt. Von einer befriedigenden Ertragssituation ist die Metallindustrie aber immer noch weit entfernt." Diese Feststellung stützt der Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände (Gesamtmetall) auf die Ergebnisse des Ertragsvergleichs 1969-1983, den die Deutsche Gesellschaft für Anlageberatung (Degab) vorgelegt hat. Die Untersuchung schließt neben dem Metallbereich (Automobile, Elektro- und Maschinenbau) noch die Chemie- und die Stahlindustrie ein. Die 98 erfaßten Firmen und Firmengruppen (jeweils nur die Inlandskonzerne), bis auf wenige Ausnahmen börsennotierte Unternehmen, kamen 1983 zusammen auf 382 Mrd. DM Umsatz.

Die Aktiengesellschaften der Metallindustrie konnten ihre Netto-Umsatzrendite im vergangenen Jahr von 1,8 auf 2,4 Prozent erhöhen. In diesem Jahr, so schätzt die Degab, sind 2,5 Prozent zu erwarten. Daß Gesamtmetall trotz dieser Verbesserung zögert, das Prädikat „befriedigend" zu vergeben, begründet der Verband so: Der Einbruch in den Jahren 1979 bis 1981, als die Ertragsmarge von drei auf 1,4 Prozent geschrumpft waren, sei noch nicht wieder wettgemacht.

Auch die Degab hebt hervor, daß 1983 die Rentabilität in keiner Branche an die Werte „eines konjunkturellen Normaljahres" heranreichte. Am besten schnitt noch die Elektroindustrie ab, die 1983 in einem großen Sprung ihre Nettoumsatzrendite von 1,7 auf 3,3 Prozent verbessern konnte. In diesem Jahr dürfte sie mit 3,5 Prozent den Anschluß an das Ertragsniveau der Jahre 1969/70 wieder erreicht haben. Maschinenbau und Automobilsektor, die 1983 ihre Umsatzrendite nur leicht um einen Zehntelprozentpunkt auf 1,2 und 2,9 Prozent steigern konnten, hinken dagegen hinterher. Während des letzten Konjunkturaufschwungs 1976 bis 1979 hatte die Auto-Branche an 100 DM Umsatz noch zwischen 4,40 DM und 5,80 DM verdient.

Besonders betont Gesamtmetall verständlicherweise, daß die ausländische Konkurrenz teilweise mit einer beträchtlich höheren Rentabilität arbeitet. Einzige Ausnahme war 1983 Frankreich, wo der Maschinenbau nach wie vor rote Zahlen schreibt, die Verluste der Autoproduzenten sich noch vergrößerten und nur die Elektro-Industrie einen geringen Gewinn verbuchte. Die Ertragsmarge der amerikanischen Wettbewerber in der Elektro-Branche ist dagegen mit 7,4 Prozent mehr als doppelt so hoch wie die deutsche. Auch Großbritannien liegt mit 5,7 Prozent weit voraus, während sich die japanische Konkurrenz mit 3,2 Prozent Rendite in etwa auf dem Niveau des deutschen Branchendurchschnitts bewegt.

Die Metallindustrie in den Vergleichsländern ist zudem – wiederum mit der Ausnahme Frankreich – sehr viel besser mit Eigenkapital ausgestattet. In Japan, Großbritannien und den USA erreichen die Eigenmittel zwischen 35 und 45 Prozent der Bilanzsumme. Die deutschen Metallfirmen müssen im Durchschnitt mit mageren 20,4 Prozent Eigenkapital auskommen. Selbst die britische und die amerikanische Automobilindustrie, die beide harte Verlustjahre zu überstehen hatten, sind weit besser gepolstert als ihre Wettbewerber aus der Bundesrepublik mit bescheidenen 27,1 Prozent.

Auf das größere Eigenkapital wurden im Ausland häufig noch höhere Renditen erzielt als in der Bundesrepublik. Dies gilt allerdings nicht für den Automobilbau. Die deutschen Hersteller haben hier 1983 ihre Netto-Eigenkapitalrentabilität leicht auf 22,3 Prozent gesteigert und damit den um Konjunkturschwankungen bereinigten Normalwert übertroffen. Gleiches gilt für die Elektroindustie, deren Eigenkapital sich mit 15,5 Prozent verzinste, während der Maschinenbau nur 6,9 Prozent oder den halben Wert der neutralen Vergleichsgröße erreichte.

Trotz verbesserter Kapitalrentabilität wurde die Eigenkapitaldecke der Metallindustrie noch dünner. Da die Verschuldung noch stärker wuchs als die eigenen Mittel, sank der Eigenkapitalanteil an der Bilanzsumme in der Automobilindustrie 1983 auf 27,1 (29,5) Prozent und in der Elektro-Branche auf 18,3 nach 18,9 Prozent. Das ist in beiden Fällen der tiefste Stand seit Beginn der Degab-Ertragsanalyse 1969. Damals wurde bei den Auto-Herstellern noch 40, in der Elektro-Industrie 29 Prozent der Bilanzsumme vom Eigenkapital gedeckt. Allein der Maschinenbau konnte 1983 seine Eigenkapitalquote steigern. Mit 17,5 Prozent steht er aber sogar noch schlechter da als die krisengeschüttelte Stahlindustrie.

Nach Bereinigung der konjunkturellen Schwankungen diagnostiziert die Degab für die fünf Branchen eine „kontinuierliche Rückbildung der Eigenkapitalausstattung seit Ende der sechziger Jahre". Damit sei das Sicherheitspolster bedenklich geschmälert, das die Unternehmen benötigten, um sich durch Innovation und Erschließung neuer Märkte zu behaupten.

ALLGEMEINE HYPO

Wieder 20 Prozent und einen Bonus

dpa/VWD, Frankfurt

Die Allgemeine Hypothekenbank AG, Frankfurt, wird für das Geschäftsjahr 1984 wieder 20 Prozent Dividende plus 2 Prozent Bonus auf das in diesem Jahr um 20 auf 120 Mill. DM erhöhte Grundkapital ausschütten. An dem Institut sind die BfG, das Beamten-Heimstättenwerk, die Deutsche Beamtenversicherung und die Volksfürsorge mit je 25 Prozent beteiligt.

Wie der Vorstand anläßlich des Bezugs des neuen Verwaltungsgebäudes in Frankfurt weiter mitteilte, fällt der erwirtschaftete Gesamtertrag in diesem Jahr noch etwas besser aus als im guten Jahr 1983. Die Bilanzsumme wird Ende 1984 mit 10,3 Mrd. DM deutlich über dem Vorjahresstand (9,6 Mrd. DM) liegen. Nach Aussage von Vorstand Joachim Henrichsmeier verfügt die Bank über einen Emissionsspielraum von 15 Mrd. DM, der zum Jahresende mit 9 Mrd. DM beansprucht ist. Im Aktivgeschäft kommt die Bank bis Ende 1984 auf einen Darlehensbestand von 9,2 (8,9) Mrd. DM.

Das Institut räumt dem Hypothekengeschäft eindeutig Vorrang im Vergleich zum Kommunalkredit ein. So entfallen von den auf 1,1 Mrd. DM nach 750 Mill. DM gestiegenen Darlehenszusagen 1984 allein 700 Mill. DM auf Hypotheken. Auch an den Darlehensauszahlungen in Höhe von 1,1 (0,76) Mrd. DM ist das Hypothekengeschäft mit 740 Mill. DM beteiligt.

ADAC REISEN / Alle Ziele erreicht

Konsolidierung trägt Früchte

DANKWARD SEITZ, München

„Alle gesteckten Ziele" hat die ADAC Reise GmbH, München, nach den Worten ihres Geschäftsführers Gerhard Hesselmann im Geschäftsjahr 1983/84 (31. 10.) erreicht, wenn auch die Einbußen des Vorjahres nicht ganz wettgemacht werden konnten. So erhöhten sich die Teilnehmerzahlen wieder um 5,8 (minus 8,9) Prozent auf 219 000 und die Umsatzerlöse um 5,8 (minus 15,2) Prozent auf 147 Mill. DM. Vor allem aber sei es gelungen, nach längerer Konsolidierung und einem ausgeglichenen Abschluß 1982/83, nun ein positives Ergebnis zu erwirtschaften.

Recht verheißungsvoll war mit einem Plus von 9 Prozent bei der Teilnehmerzahl der Start ins neue Jahr, das „noch besser werden soll". Weil aber Kreuzfahrtreisen aus dem Angebot gestrichen wurden und der Durchschnittspreis je Reise zurückgehen dürfte, rechnet Hesselmann zwar letztendlich nur mit einem Buchungsplus von 3 Prozent und einem stagnierenden Umsatz. Doch die Umsatzrendite soll noch besser werden („mit weniger mehr erreichen"), wobei in der Branche 1 Prozent schon „sehr gut" seien. Einiges verspricht sich Hesselmann auch von den neuen Vertriebsbüros in Frankfurt und Düsseldorf sowie demnächst in Hamburg. Die Preise wurden im Durchschnitt um 3 Prozent angehoben.

Als „richtig erwiesen" hat sich, so Hesselmann, die Entscheidung der ADAC-Tochter, sich voll und ganz auf den Autotourismus zu konzentrieren. Angesichts der Tatsache, daß rund 60 Prozent der deutschen Urlauber mit dem Auto in die Ferien fahren, soll dieses Konzept noch weiter ausgebaut werden.

MAN: Motorenwerk in der Türkei eröffnet

sz. München

Eröffnet hat jetzt die MAN Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG, Augsburg, die erste Ausbaustufe eines Dieselmotorenwerkes in der türkischen Hauptstadt Ankara. Investiert wurden dafür 88 Mill. DM. Bei voller Kapazitätsauslastung sollen in der Endstufe 500 Mitarbeiter jährlich rund 7000 schwere Motoren produzieren. Sie sind sowohl für die in der Türkei hergestellten MAN-Nutzfahrzeuge und Omnibusse als auch für den Einbau in Fremdfahrzeuge sowie zur Verwendung als Schiffs- und stationäre Motoren bestimmt.

Daneben baut MAN derzeit für knapp 170 Mill. DM eine neue Lkw-Fabrik mit einer Kapazität von jährlich 3000 Lkw und 3000 Sattelschleppern. Wenn es in Betrieb geht, sollen im Werk Istanbul nur noch Omnibusse hergestellt werden, und zwar jährlich 1000 Einheiten.

NOWEDA / Erstmals Umsatz-Grenze von 500 Millionen Mark überwunden

Höchste Rendite in der Branche

ERWIN SCHNEIDER, Essen

Eine „wichtige Wegmarkierung" hat die Noweda eG, Essen, mit dem Überwinden der 500-Mill.-DM-Umsatzgrenze im Geschäftsjahr 1983/84 (30. 6.) erreicht, erklärte Dietrich L. Meyer, Vorsitzender des Vorstands, vor der 46. Generalversammlung der Apothekergenossenschaft. Mit 15 Prozent wurde die Wachstumsrate des Vorjahrs von 14,1 (real 10) Prozent wieder übertroffen.

Obwohl sich dieser Zuwachs nicht im Ergebnis niederschlägt, werden die Anteilseigner dennoch die höchste Rendite in der Unternehmensgeschichte und die „höchste in der gesamten Branche" erhalten, wie Meyer betonte. Aus dem Jahresgewinn von wiederum 1,6 Mill. DM genehmigte die Generalversammlung für die ersten drei gezeichneten Geschäftsanteile unverändert eine Dividende von 9 Prozent und einen Bonus von 3 Prozent, darüberhinaus für alle weiteren „freiwilligen" Anteile 10,8 Prozent Dividende und 3,6 Prozent Bonus. Den Rücklagen werden 1 (1,1) Mill. DM zugeführt.

Diese Dividendenpolitik ist nicht zuletzt unter dem Aspekt des weiterhin nötigen Kapitalzuflusses zu sehen. „Im Geschäftsverlauf 1984/85 wird die Noweda noch einmal an die Mitglieder herantreten mit dem Angebot, weitere attraktive Geschäftsanteile zu zeichnen", so Meyer. Dies soll garantieren, im auch zukünftig harten Wettbewerb auf der Großhandelsstufe bestehen zu können.

Erfolg bei der Eigenkapitalbildung – „Ziel bleiben mehr als 20 Prozent", so Meyer – kann die Noweda nach einem durch hohe Investitionen bedingten Einbruch seit 1981 wieder vorweisen. Zwischen 1975 mit einer und 1981 verfiel die Eigenkapitalquote von 24,7 Prozent auf 11,42 Prozent. Meyer begründete dies damit, daß in den letzten neun Jahren die gesamte Investitionssumme, verursacht durch starken Rationalisierungsdruck, höher lag als der Eigenkapitalzufluß. In den letzten drei Jahren aber stieg die Eigenkapitalquote in der Gruppe – mit der Tochter in Münster – um knapp ein Drittel auf 15,16 Prozent. Im letzten Geschäftsjahr erhöhte sich die Zahl der Mitglieder der Noweda um 90 auf 1235, die nun ein Geschäftsguthaben von 10,7 (8,2) Mill. DM halten.

Abgeschlossen wurde nun auch ein „Investitionsbrocken" von mehr als 22 Mill. DM in den letzten Jahren. Fertiggestellt wurde jetzt ein neuer Lager- und Warenausgangskomplex in Essen mit einer Investitionssumme von 10 Mill. DM.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Verein Studenten-Fahrschule des AStA der RWTH Aachen; **Berlin Charlottenburg:** Nachl. d. Karoline von Ossowski geb. Kohl; Nachl. d. Anton Schwarz; **Düsseldorf:** Nachl. d. Ursula Servais, Friseurmeisterin; Effecta Vermögensanlageges. mbH; Ralf Anton Zang; **Essen:** „Dimino" Bedarfsgüter-Handelsges. mbH; **Fritzlar:** Fritz Weber, Inh. e. Netzfabrik – Verpackungsmaschinenbau, Gudensberg; **Gießen:** Nachl. d. Karl Seipp, Pohlheim; **Hamburg:** Nachl. d. Gisela Bock geb. Bey; **Köln:** Termini GmbH; **Landshut:** Sebastian Maller, Zimmerermeister, Gangkofen; **Mainz:** Biologischer Massivhausbau Rehbein & Grün GmbH, Ingelheim; **Wuppertal:** Nachl. d. Marita Eßer geb. Schnettelker.

Vergleich eröffnet: Bielefeld: Fenotherm Willi Hover.

Vergleich beantragt: Düsseldorf: Eugen W. Wüst, Ing., Langenfeld; **Niebüll:** Fritz Lohr Immobilien GmbH, Westerland/Sylt.

Strohfeuer an den Aktienmärkten

Die Farbennachfolger rücken immer wieder in den Vordergrund

DW. – Zu Beginn der Mittwochbörse sorgten gezielte Käufe von Investmentfonds für ein Strohfeuer bei den Aktienkursen. Der Umfang der Fondsanschaffungen reichte allerdings nicht aus, die Notierungen die ganze Börsenzeit über steigen zu lassen. Die Kurse bröckelten im Verlauf etwas ab, hielten sich jedoch leicht unter dem Tageshöchstniveau. Es wird erwartet, daß aus Renditegründen Interesse für die Farbennachfolger besteht, die auch am Mittwoch mit im Mittelpunkt standen, sowie für Werte exportintensiver Unternehmen.

Bei den Großchemiepapieren reichten die Kurssteigerungen vorübergehend bis an zwei DM heran. Stärker *gefragt* auch *Maschinenbauwerte*, deren Export vom starken Dollar profitiert. Linde wurden bis um 10 DM auf 370 heraufgesetzt. Aus *gleichem* Grund lagen Autowerte fester, von denen VW am stärksten bis um fünf DM stiegen. Daimler-Benz legten zeitweise drei DM zu. *Dollar* beeinflußt auch Lufthansa-Vorzüge mit etwa 178 (plus 3,50). Dagegen traten die großen Elektrowerte auf der *Stelle*. Unter den Technologiepapieren Nixdorf sogar rückläufig auf 527 (minus drei). Der Bankenmarkt tendierte freundlicher, *wobei BHF-Bank* mit plus fünf herausragten. Unter den Stromversorgern fielen HEW mit 84 (plus zwei) auf, weil man hofft, daß diese *Aktie nach dem* Teilverkauf des Brokdorf-Kernkraftanteils der HEW weniger politisiert werden könnte.

Düsseldorf: DAT erhöhten sich um *5 DM auf 380 DM, Leffers* zogen um 4 DM und VDN verbesserten sich um 2 DM. Keramag sanken um 5 DM auf 150 DM, Verseidag gaben um *1,50 DM auf 125 DM* nach und Schubsa verminderten sich um 1 DM auf 91 DM.

Frankfurt: Hartmann & Braun-Vz. *wurden um 10 DM auf 430 DM* höher taxiert, MAN Roland stiegen um 8 DM auf 408 DM und Seitz-Enzinger stiegen um 4,50 DM *auf 164,50 DM* an. *Veith-Pirelli* gaben um 10 DM auf 240 DM nach.

Hamburg: HEW erholten sich bis auf 84 DM plus 2 DM. NWK-Vz. blieben *bei 189 DM* unverändert. Weiter im Kurs zogen Markt- und Kühlhallen auf 374 DM plus 4 DM an. Haller Meurer wurden mit 179 *DM plus 1 DM gehandelt*. Beiersdorf blieben unverändert.

München: Aigner zogen um 1 DM auf 230 DM an, Brau AG Nürnberg verbesserten sich um 2 DM auf *142 DM* und *Erlus* stiegen um 8 DM auf 509 DM. Audi NSU schlossen mit einem Minus von 50 DM auf 365 DM ab, Deckel AG sanken um *3,80 DM* und Flachglas fielen um 7 DM auf 221 DM.

Berlin: Schering konnten 5,50 DM und Berthold 3,50 DM zulegen. Berliner Bank lagen um 1,10 DM und Berliner Kindl um 0,50 DM geringfügig freundlicher. Kempinski wurden um 6 DM niedriger taxiert. Herlitz St. ermäßigten sich um 4 DM und Herlitz Vz. um 1,80 DM. Orenstein bröckelten um 0,30 DM ab.

Nachbörse: Freundlicher

WELT-Aktienindex: 159,0 (158,3)

WELT-Umsatzindex: 2180 (2220)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York

Toronto

London

Mailand

Amsterdam

Tokio

Wien

	28. 11.	27. 11.
Creditanstalt-Bkv.Vz.	227	227
Gösser-Brauerei	–	–
Länderbank Vz.	228	225
Österr. Brau AG	300	305
Perlmooser	362	–
Reininghaus	424	424
Schwechater Br.	166	167
Semperit	–	–
Steyr-Daimler-P.	158	159
Universale HochTief	–	213
Veitscher Magnesit	243	245
Index	58,52	58,52

Kopenhagen

	28. 11.	27. 11.
Den Danske Bank	272	272
Jyske Bank	505	585
Kopenh. Handelsbk.	274	274
Novo Industri	275	275
Privatbanken	242	247
Ostasiat. Komp.	161	162
Dan. Sukkerfabr.	530	530
For. Bryggerier St.	755	750
Kgl. Porc. Fabr.	215	215

Zürich

Brüssel

	28. 11.	27. 11.
Arbed	1685	1675
Brux. Lambert	2115	2150
Cockerill Ougrée	287	290
Ebes	2825	2820
Gevaert	3600	3465
Kreditbank	–	–
Pétrofina	7150	7100
Soc. Gén. d. Belg.	1790	1790
Sofina	7750	7770
Solvay	4125	4120
UCB	4850	4850
Index	158,23	158,21

Madrid

Hongkong

Singapur

	28. 11.	27. 11.
Cycle + Car.	2,88	2,84
Cold Storage	2,85	2,85
Dev. Bk. of Sing.	6,10	6,10
Fraser + Neave	5,30	5,30
Kl. Kepong	2,44	2,47
Mal. Banking	5,85	5,85
Nat. Iron	3,68	3,72
OCBC	9,20	9,20
Sime Darby	1,85	1,89
Singapur Land	3,00	3,80
Ov. Overs. Bank	4,46	4,48

Paris

Sydney

Optionshandel

Frankfurt: 28. 11. 84: 951 Optionen = 50 000 (37 300) Aktien, davon 236 Verkaufsoptionen = 12 500 Aktien. Kaufoptionen: AEG 1-110/4,2, 1-120/1,2, 4-120/4, 7-100/18, BASF 1-150/23, 1-160/14,1, 1-163/14, 1-170/8,2, 1-180/2, 1-190/0,9, 4-160/21,8, 4-170/14, 4-180/7,55, 4-190/3,5, 4-200/2,4, 7-170/17,8, 7-180/12, 7-190/8, 7-200/5,5, Bayer 1-160/25, 1-163/22, 1-180/8,45, 1-190/2,9, 1-200/1,5, 4-160/30, 4-170/21,8, 4-180/15,1, 4-190/9, 4-200/5,5, 4-210/3,45, 7-170/28, 7-190/14,9, 7-200/9,6, 7-210/6,3, Beiersdorf 4-120/2, Commerzbank 1-160/18,1, 1-180/4, 1-190/2, 4-180/10, 4-190/5,4, 7-180/15,6, 7-190/9, 7-200/6, Conti 1-110/11,4, 1-120/3,6, 4-120/8, 4-130/3,9, 7-130/10,2, Daimler 4-600/12, 7-600/19,4, Dt. Babcock St. 4-160/8, 7-170/6,5, Deutsche Bank 1-326,75/55,35, 4-360/32,5, Degussa 4-380/10, Dresdner Bank 1-170/20,35, 1-200/2,6, 4-190/13,4, 4-200/8, 7-190/17, 7-300/11,6, Hoechst 1-170/14,1, 1-190/2,5, 4-180/12,6, 4-200/3,9, 7-190/12, 7-200/8,6, 7-210/59, Hoesch 1-100/6,6, 1-110/2,3, 4-100/11,6, 4-110/5,8, 4-120/3,7, 7-120/4,9, Karstadt 1-230/22, Kaufhof 1-240/5,4, Klöckner 1-60/8,6, 1-70/4,6, 1-75/2,75, 4-70/7,5, 4-80/4,4, 4-90/1,5, 7-90/3, Lufthansa St. 4-170/12,4, Mannesmann 1-160/1,4, 4-150/10,5, 4-160/5,4, 4-170/2,4, 7-150/15,9, RWE St. 1-170/3,4, RWE Vz. 4-170/3,9, Kali + Salz 4-230/20, 4-280/4,8, Siemens 1-400/60, 1-430/32, 1-460/13,2, 1-480/5, 4-450/25, 4-490/11, Thyssen 1-80/4,5, 1-85/1,9, 4-85/4,9, 7-85/7,4, 7-90/4,9, Veba 4-170/7,8, VEW 7-120/8, VW 1-160/40, 1-180/20,5, 1-190/10,5-11, 1-200/6, 1-210/2,6, 4-190/17,6, 4-200/12,6, 4-210/8,9, 7-200/19, 7-220/9,5, 7-230/6, Chrysler 7-85/10, General Motors 4-250/13,5, 4-260/5,5, Norsk Hydro 1-35/6, 4-40/3,8, 7-40/5, Philips 1-45/4,4, 1-50/1,9, 4-45/5,5, 7-50/5, Sony 4-500/3,7. Verkaufsoptionen: AEG 4-95/1,6, BASF 4-170/1,5, Bayer 1-180/0,8, 4-180/2,1, Beiersdorf 4-100/2, BMW 1-360/2,05, 1-370/6,5, 7-370/14,5, Commerzbank 4-170/2,5, Conti 7-120/6,6, Daimler 4-580/25, Dt. Babcock Vz. 4-140/1,55, Deutsche Bank 7-370/9,4, Dresdner Bank 1-190/4,6, 4-180/2,6, 7-180/4,4, Hoechst 1-180/3,1, 7-170/2, 7-180/3,5, Hoesch 1-100/1,55, 4-100/2, 7-100/3,1, Kaufhof 4-230/7,5, Klöckner 1-70/1,4, 4-70/2,5, 7-70/3,4, Lufthansa St. 4-170/3, Mercedes 4-480/5,4, Mannesmann 1-150/2,5, 4-150/3,1, 7-150/5,4, Preussag 1-250/2,8, 4-250/4,5, Schering 4-380/4,4, Kali + Salz 4-230/6, Siemens 7-410/4, Thyssen 4-80/2,1, 7-80/3,1, VW 1-190/2B200-6, 4-190/4,6, 7-190/8,5, Alcan 7-80/4, Chrysler 4-85/4,5, 4-90/5,5, 7-80/2,9, 7-85/5, 7-90/8, Philips 1-50/2,5, 4-45/1,4, 7-50/4, Royal Dutch 4-150/8,8, 7-140/2,4. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 28. 11.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8⅞– 9	5¼–5½	5 –5¼
3 Monate	9 – 9⅛	5½–5⅝	5 –5¼
6 Monate	9⅛– 9¼	5½–5⅝	4⅞–5⅛
12 Monate	10 –10¼	5⅝–5⅞	4⅞–5¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 28. November folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1455,00	1806,90
10 US-Dollar (Indian)**)	1190,00	1449,84
5 US-Dollar (Liberty)	465,00	644,10
1 £ Sovereign alt	231,00	286,14
1 £ Sovereign Elizabeth II.	227,00	281,58
20 belgische Franken	177,00	229,14
10 Rubel Tscherwonez	241,00	302,10
2 südafrikanische Rand	225,00	279,30
Krüger Rand, neu	1027,00	1210,68
Maple Leaf	1027,00	1210,68
Platin Noble Man	1007,80	1187,88
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	238,00	298,68
20 schweiz. Franken „Vreneli"	183,00	232,56
20 franz. Franken „Napoléon"	183,00	232,56
100 österr. Kronen (Neuprägung)	949,00	1145,70
20 österr. Kronen (Neuprägung)	189,00	238,28
10 österr. Kronen (Neuprägung)	98,00	138,82
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	437,00	538,08
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	103,00	140,22

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

28. 11. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York³)	3,0728	3,0808	3,0430	3,02	3,11
London¹)	3,670	3,684	3,649	3,61	3,76
Dublin¹)	3,101	3,115	3,042	2,19	2,29
Montreal³)	2,3240	2,3320	2,2928	2,26	2,36
Amsterd.	88,535	88,755	88,580	87,50	89,50
Zürich	121,600	121,800	121,440	120,00	122,75
Brüssel	4,959	4,979	4,904	4,85	5,05
Paris	32,575	32,735	32,180	31,75	33,50
Kopenh.	27,735	27,855	27,400	26,75	28,50
Oslo	34,510	34,630	33,900	33,50	35,25
Stockh.**)	35,000	35,160	34,535	34,25	36,00
Mailand²) **)	1,608	1,618	1,580	1,56	1,66
Wien	14,206	14,246	14,157	14,13	14,35
Madrid**)	1,784	1,794	1,756	1,69	1,81
Lissabon**)	1,875	1,895	1,748	1,43	2,25
Tokio	1,2525	1,2555	–	1,21	1,27
Helsinki	47,980	48,180	46,965	46,75	48,50
Buen. Air.	–	–	–	–	4,00
Rio	–	–	–	0,05	0,20
Athen*) **)	2,4075	2,4615	–	1,80	2,60
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,6330	2,6520	–	2,56	2,66
Johannesbg.*)	1,6510	1,6760	–	1,60	1,85

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Die Dollar-Nachfrage herrscht am 28. 11. weiterhin vor. Auch das psychologische Umfeld ist dem Dollar wohlgesonnen. Der angekündigte Einfuhrstop für Stahlprodukte der Europäischen Gemeinschaft läßt befürchten, daß weiter Restriktionen folgen können. Die heutige Aufwärtsbewegung für den Dollar von 3,0650 ging bis in der Spitze 3,0830 bei Schlußkursen von 3,08. Die Bundesbank beschränkte sich erneut auf eine ausgleichende Funktion zur amtlichen Notiz. Sie gab dort 51,5 Mill. Dollar ab. Die größte Kursveränderung neben dem *US-Dollar* erreichte der Japanische Yen, der zudem von der Schwäche der Rohölpreise profitierte und um 6,8 Promille auf 1,2540 kletterte. Ultimobedingt könnte der Anstieg des Schweizer *Franken* um 4,3 Promille auf 121,70 begründet sein. Das Englische Pfund und die Italienische Lire waren die einzigen Währungen, die gegen DM schwächer gehandelt wurden. US-Dollar in: Amsterdam 3,4750; Brüssel 62,0675; Paris 9,4410; Mailand 1910,70; Wien 21,6140; Zürich 2,5282, Ir. Pfund/DM 3,108; Pfund/Dollar 1,1851; Pfund/DM 3,677.

Ostmarktkurs am 28. 11. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Abschläge für Termin-Dollar notierten am 28. November leicht erweitert. Am Euromarkt befestigten sich die Dollar-Zinssätze um ⅛ Prozent.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,95/0,85	2,78/2,68	5,55/5,65
Pfund/Dollar	0,10/0,06	0,12/0,08	0,12/0,06
Pfund/DM	2,10/0,70	4,30/2,90	7,90/6,50
FF/DM	22/06	51/35	96/80

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 28. 11.: Tagesgeld 5,45–5,55 Prozent; Monatsgeld 5,4–5,55 Prozent; Dreimonatsgeld 5,70–5,85 Prozent.

Privatdiskontsätze am 28. 11.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 28. 11.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Oktober 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/9 (Typ A) 5,00 (5,00) – 7,00 (5,97) – 7,75 (6,68) – 8,00 (6,91) – 8,50 (7,18). Ausgabe 1984/10 (Typ B) 5,00 (5,00) – 7,00 (6,00) – 7,25 (6,41) – 7,75 (6,74) – 8,00 (6,99) – 8,50 (7,24) – 8,50 (7,42) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,28, 2 Jahre 6,30. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,00, Kurs 100,4, Rendite 6,90.

Inlandszertifikate

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

DIE ENTWICKLUNG, DIE UNS SCHWER BESCHÄFTIGT.



Erfolg und Fortschritt in der deutschen Wirtschaft sind eng verwurzelt mit einem ihrer kleinsten Zweige: Der Werkzeugmaschinen-Branche.

Zum einen, weil sie eine unserer bedeutendsten Export-Industrien ist.

Zum anderen, weil ihre Leistungen die Grundlage für die Wettbewerbsfähigkeit fast aller anderen deutschen Industrien bilden. Und sie deshalb eine besonders verantwortungsvolle Aufgabe hat: Den Fortschritt nicht zu fürchten, sondern zu fördern.

So entwickeln wir heute immer höher qualifizierte Werkzeugmaschinen und Systeme, die eine immer flexiblere Fertigung ermöglichen. Damit Automatisierung nicht mehr eine Frage großer Stückzahlen ist, sondern auch für kleinere Mengen und kleinere Betriebe wirtschaftlich eingesetzt werden kann.

Das hilft allen Beteiligten. Die Unternehmen haben bessere Wettbewerbs-Bedingungen. Die Mitarbeiter bessere Arbeits-Bedingungen. Denn die Automatisierung befreit den Menschen vom Arbeitstakt der Maschine. Und sie schafft neue Berufe.

Völlig veränderte Fertigungsstrukturen mit anderen Anforderungen an den arbeitenden Menschen kommen auf uns zu. Die Arbeitsplätze werden in Zukunft noch angenehmer und auch anspruchsvoller sein.

Diese Entwicklung macht es wichtiger denn je, nicht nur in fortschrittliche Technik zu investieren. Sondern auch in fortschrittliche Ausbildung.

Das ist heute eine wirklich aussichtsreiche Beschäftigung.



Verein Deutscher Werkzeugmaschinenfabriken e.V.
Frankfurt am Main.

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Dienstag die Goldnotierungen an der New Yorker Comex. Zu deutlichen Abschlägen kam es bei Silber und Kupfer. Während Kaffee Verluste hinnehmen mußte, ging Kakao in engen Grenzen uneinheitlich aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

	27. 11.	26. 11.
Weizen Chicago (c/bush)		
Dez.	356,50	360,75
März	355,50	359,00
Mai	350,00	352,25
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	27. 11.	26. 11.
St. Lawrence 1 CW	234,17	223,92
Amber Durum	249,72	249,47
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	142,50	141,90
März	149,50	149,00
Mai	153,20	153,20
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	123,40	123,50
März	126,80	126,90
Mai	128,00	128,20
Hafer Chicago (c/bush)	27. 11.	26. 11.
Dez.	183,50	183,00
März	179,25	179,25
Mai	177,00	176,50
Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	266,00	266,00
März	277,75	277,75
Mai	284,50	285,75
Gerste Winnipeg (can. $/t)	27. 11.	26. 11.
Dez.	135,80	135,50
März	136,70	136,50
Mai	137,40	137,30

Genußmittel

	27. 11.	23. 11.
Kaffee		
New York (c/lb)		
Terminkontr. Dez.	139,25	139,50
März	136,25	137,85
Mai	135,26	136,61

	27. 11.	26. 11.
Kakao		
New York ($/t)		
Terminkontr. Dez.	2223	2220
März	2075	2075
Mai	2076	2070
Umsatz	–	1904
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	4,76	4,55
März	5,38	5,17
Mai	5,72	5,58
Juli	5,04	5,92
Sept.	6,38	6,16
Umsatz	8505	7350
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	3,92	4,00
Kaffee		
London (£/t) Robusta-Kontrakt Nov.	2230–2425	2356–2360
Jan.	2290–2292	2322–2325
März	2239–2240	2253–2254
Umsatz	4367	2509
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	1892–1893	1936–1937
März	1834–1835	1937–1839
Mai	1833–1835	1838–1842
Umsatz	2336	2992
Zucker		
London ($/t), Nr. 6		
Dez.	128,00–128,80	126,40–127,80
März	146,00–146,20	142,80–143,00
Mai	153,60–153,80	150,40–150,60
Umsatz	3660	3691
Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	27. 11.	26. 11.
schw. Sarawak spez.	407,50	412,50
weißer Sarawak	637,50	642,50
weißer Muntok	645,00	650,00

	27. 11.	26. 11.
Orangensaft		
New York (c/lb)		
Jan.	170,30	172,40
März	171,10	172,75
Mai	170,10	172,40
Juli	170,50	172,40
Sept.	168,50	170,00
Umsatz	550	650

Öle, Fette, Tierprodukte

	27. 11.	26. 11.
Erdnußöl		
New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	42,00	geschl.
Maisöl		
New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	33,50	geschl.
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Dez.	26,65	27,99
Jan.	25,25	25,32
März	24,35	24,75
Mai	24,05	24,50
Juli	23,86	24,30
Aug.	23,68	24,00
Sept.	23,60	23,90
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk	30,00	geschl.
Schmalz		
Chicago (c/lb) loco lose	28,00	geschl.
Choise white hog 4% fr. F.	22,00	geschl.
Talg		
New York (c/lb) top white	22,00	geschl.
fancy	21,75	geschl.
bleichfähig	20,00	geschl.
yellow max. 10% fr. F.	18,25	geschl.
Schweine		
Chicago (c/lb) Dez.	52,50	52,20
Febr.	52,80	52,60
April	49,00	49,25
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb) Febr.	72,20	72,55
März	72,20	72,45
Mai	73,30	73,55
Häute		
Chicago (c/lb) Ochsen einh. schwere River Northern	52,50	geschl.
Kühe einh. schwere River Northern	48,00	geschl.
Sojabohnen		
Chicago (c/bush) Jan.	594,00	603,00
März	610,00	617,00
Mai	624,50	631,00
Juli	635,50	642,50
Aug.	636,00	642,50
Sept.	626,50	635,00
Nov.	626,50	634,50
Sojaschrot		
Chicago ($/sht) Dez.	148,30	149,20
Jan.	151,50	152,60
März	157,70	158,50
Mai	163,50	164,70
Juli	168,80	169,60
Aug.	170,50	171,50
Sep.	172,00	173,00
Leinsaat		
Winnip. (can. $/t)	27. 11.	26. 11.
Dez.	353,70	355,20
März	366,60	368,30
Mai	374,50	376,20
Kokosöl		
New York (c/lb) Westküste fob Werk	47,50	geschl.

	28. 11.	27. 11.
Erdnußöl		
Rotterdam ($/t) jegl. Herk. cif	940,00	945,00
Leinöl		
Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	660,00	655,00
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	595,00	605,00
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	215,00	240,00
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	1040,00	1050,00
Leinsaat		
Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	299,50	301,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	27. 11.	26. 11.
Baumwolle		
New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:		
Dez.	64,50	65,60
März	65,70	65,40
Mai	66,90	67,60
Juli	67,95	68,50
Okt.	67,58	68,10
Dez.	68,15	68,50
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis loco RSS -1:	42,50	geschl.
Wolle		
Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	27. 11.	26. 11.
Dez.	505–508	505–508
Jan.	505–508	505–506
März	510–512	511–514
Umsatz	156	197
Wolle		
Roubaix (F/kg) Kammzüge	27. 11.	26. 11.
Dez.	51,50	51,50
März	53,40	53,40
Mai	53,50	53,50
Juli	53,50	53,50
Umsatz	0	0
		Tendenz: stetig
Wolle Sydney		
(austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	27. 11.	26. 11.
Dez.	569,0–572,0	556,0–570,0
März	583,5–584,0	–
Mai	590,0–593,0	–
Umsatz	11	9
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	27. 11.	26. 11.
East African 3 long	580,00	620,00
undergraded	570,00	570,00
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager	27. 11.	26. 11.
Dez.	12 385	12 295
Jan.	12 299	12 275
Kautschuk		
London (p/kg)	27. 11.	26. 11.
Nr. 1 RSS loco	58,50–61,00	58,50–61,00
Dez.	58,80–61,00	58,50–60,50
Jan.	59,80–62,00	59,50–61,50
Feb.	60,80–63,00	60,50–62,50
		Tendenz: ruhig
Kautschuk		
Malaysia (mal. c/kg)	27. 11.	26. 11.
Dez.	189,00–189,50	190,00–191,00
Jan.	153,50–154,50	194,50–195,50
Nr. 2 RSS Dez.	153,50–154,50	184,00–185,00
Nr. 3 RSS Dez.	180,00–181,00	180,50–181,50
Nr. 4 RSS Dez.	173,00–174,00	173,50–174,50
Tendenz: lustlos		
Jute London (£/lgt)	27. 11.	26. 11.
BWC	–	–
BWD	–	–
BTC	–	–
BTD	–	–

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Ft. = 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	28. 11.	27. 11.
Aluminium: Bas. London		
laufend. Monat	345,38–345,58	347,79–348,16
drittfolg. Monat	354,40–354,56	356,84–357,03
Blei: Basis London		
laufend. Monat	125,25–125,62	131,88–132,25
drittfolg. Monat	120,65–120,84	125,41–125,78
Nickel: Basis London		
laufend. Monat	1454,44–1456,29	1436,97–1438,21
drittfolg. Monat	1484,26–1484,65	1472,06–1473,91
Zink: Basis London		
laufend. Monat	234,30–234,57	234,57–234,94
drittfolg. Monat	234,49–224,67	235,68–236,05
Produz.-Preis	277,27	275,15
Reinzinn 99,9%	4076–4117	4040–4083

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	28. 11.	27. 11.
Elektrolytkupfer		
für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	411,32–413,15	414,23–416,13
Blei in Kabeln	133,00–134,00	139,75–140,75
Aluminium		
für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,00	455,00–456,50
Vorziehdraht	454,00–464,50	464,00–454,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

Messingnotierungen

	28. 11.	27. 11.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	392,00–394,00	394,00–395,00
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	433,00–435,00	435,00
MS 63	422,00–429,00	424,00–430,00

Zinn-Preis Penang

	27. 11	26. 11.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	28. 11.	27. 11.
Leg. 225	390	385–390
Leg. 226	392	387–392
Leg. 231	422–425	420–422
Leg. 233	432–435	430–432

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	28. 11.	27. 11.
Platin (DM je g)	34,20	34,05
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkpr.	32 950	33 200
Rücknahmepr.	32 200	32 450
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	33 230	33 440
Rücknahmepr.	32 400	32 610
verarbeitet	34 860	35 080
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 600	32 830
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	723,70	743,10
Rücknahmepr.	702,40	721,30
verarbeitet	755,40	775,70

Internationale Edelmetalle

	28. 11.	27. 11.
Gold (US-$/Feinunze)		
London 10.30	329,10	333,35
15.00	329,00	332,90
Zürich mittags	327,70–328,20	333,30–333,80
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	100 000	101 500
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	595,25	610,50
3 Monate	609,10	624,70
6 Monate	624,15	639,95
12 Monate	650,80	666,95
Platin (£-Feinunze)	27. 11.	26. 11.
London fr. Markt	265,70	270,30
Palladium (£-Feinunze)		
London 1. Händlerpr.	117,85	118,65

New Yorker Preise	27. 11.	26. 11.
Gold H & H Ankauf	332,90	336,90
Silber H & H Ankauf	736,50	747,50
Platin fr. Händlerpr.	317,00–327,00	317,00–327,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium		
fr. Händlerpr.	142,00–143,00	143,50–144,50
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
Nov.	711,70	735,40
Dez.	711,00	735,00
Jan.	717,40	741,60
März	726,00	751,00
Mai	738,00	764,00
Juli	748,00	775,00
Sept.	774,00	790,00
Umsatz	59 000	13 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	27. 11.	26. 11.
Nov.	58,05	59,56
Dez.	58,00	59,55
Jan.	58,55	60,15
März	59,80	61,19
Mai	60,65	62,10
Juli	61,65	63,00
Sept.	62,45	64,19
Umsatz	19 000	6 000

Londoner Metallbörse

	28. 11.	27. 11.
Aluminium (£/t)		
Kasse	937,50–938,00	942,50–943,50
3 Monate	962,00–962,50	967,00–967,50
Blei (£/t) Kasse	340,00–341,00	352,00–354,00
3 Monate	327,50–328,00	338,00–339,00
Kupfer		
Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1104,0–1104,5	1108,5–1109,5
3 Monate	1122,5–1123,5	1128,5–1129,5
abends Kasse	–	1123,0–1124,0
3 Monate	–	1143,5–1144,0
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1116,0–1117,0	1134,0–1135,0
3 Monate	1133,0–1134,0	1153,0–1153,5
Zink (£/t) Kasse	636,00–637,00	635,50–636,50
3 Monate	636,50–637,00	638,00–639,00
Zinn (£/t) Kasse	9835–9840	9725–9780
3 Monate	9800–9803	9760–9765
Quecksilber ($/Fl.)	–	300–310
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	75–80

Bundesanleihen

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Bankschuldverschreib.

[illegible]

Bundesbahn

[illegible]

Festverzinsliche freundlicher

Auch der Rentenmarkt tendierte an der Mittwochbörse freundlicher. Öffentliche Anleihen wurden bei etwas lebhafterem Geschäft bis um 0,5 Prozentpunkte heraufgesetzt. Aus dem Rahmen fielen einige lang laufende Bundesbahnanleihen, deren Kurse Nachholbedarf hatten und in der Spitze bis um 0,5 Prozentpunkte stiegen. DM-Auslandsanleihen lagen ebenfalls erheblich freundlicher. Pfandbriefe und Kommunalobligationen tendierten bei relativ ruhigem Geschäftsgang gut behauptet.

	28. 11.	27. 11.		28. 11.	27. 11.		28. 11.	27. 11.
M 7 dgl. Pf 30	100G	100G	Ha 8 dgl. Pf 10	100,6G	100,6bG	F 7½ dgl. RS 27	101,5G	101,5G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	103G	103G	8 dgl. KO 53	101,1G	101,35G	6½ dgl. RS 60	99,75G	99,75G
7 dgl. Pf 31	101G	101	7½ dgl. IS 6	102G	102G	7 dgl. 94	100,6G	100,6G
6 dgl. Pf 34	97,5G	97,5G	10 dgl. IS 37	100,3G	100,3G	7 dgl. 98	100,25	100,25
6½ dgl. Pf 37	99	99G	F 5 Pfalz Hypo Pf 48	115G	115G	8 dgl. 101	103,5G	103,5G
8 dgl. Pf 51	100,15G	100,15G	6 dgl. Pf 58	89,2G	89,2G	7½ dgl. 102	101,25G	101,25G
S 5 Brhamb. Hypo Pf 1	118G	118G	6 dgl. Pf 95	81,5T	81,5G	8½ dgl. 126	106,25G	106,25G
7 dgl. Pf 80	95,25G	95,25G	7 dgl. Pf 114	100G	100G	D 8 LAG TS 75	101,7G	101,7
7½ dgl. Pf 87	100,5G	100,5G				6½ dgl. TS 77	100,35	100,35
5 dgl. KS 29	86,25G	86,25G	D 5 RW Bodencr. Pf C	126G	126G	5½ dgl. 78	97,3G	97,3G
7 dgl. KS 30	101,25G	101,25G	5½ dgl. K	109,5G	109,5G	7 dgl. 79	101,3	101,25
			4 dgl. Pf 18	104G	104G			

[illegible]

Industrieanleihen

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Ausländische Aktien in DM

[illegible]

Nach zwölf Jahren wird der „Musikladen" von Radio Bremen geschlossen

Olymp oder Pandämonium der Musik?

Am 13. Dezember wird er nun erst einmal im Fernsehen die Verleihung der „Goldenen Europa" moderieren und ansonsten, was den Bildschirm angeht, abwarten. „Wenn was kommt, ist es okay, wenn nicht, weine ich auch nicht", sagt Manfred Sexauer, 50, der Saarländer, den Millionen Jugendliche nicht nur in Deutschland als immer flotten Maître de plaisir einer Sendung kennen, die – von Radio Bremen aus und unter der Leitung von Michael Leckebusch – stets über das Wohl oder Wehe von Stars der Popkultur mitentschied: des „Musikladen", der Institution unter den einschlägigen Popmusikangeboten im Fernsehen.

Zwölf Jahre lang, das macht 90 Sendungen und gut tausend singende Stars, Langstreckenläufer und Eintagsfliegen. Show-Giganten und schnellverbrauchte Computer-Töner – Olymp oder Pandämonium für das Musikbusineß, Meßlatte und Schicksalsbarometer für Karrieren der leichteren bis leichten Muse.

„Nein", sagt Sexauer der WELT, „einen bestimmten Grund gibt es eigentlich nicht, daß der ‚Musikladen' dichtmacht. Aber nach zwölf Jahren, wissen Sie, da kann man schon mal überlegen, ob es nicht doch mal Zeit für was anderes wird."

So geht er, der die Sendung damals mit aus der Taufe hob, „mit einem lachenden und einem weinenden Auge" von dannen und widmet sich vor allem weiterhin dem, dem seit jeher seine besondere Zuneigung galt: dem Hörfunk. Engagiert ist Manfred Sexauer, gebürtiger Baden-Badener und verheiratet mit einer Schauspielerin, mit einer Sonntagssendung im Hessischen und mehreren Programmen im Saarländischen Rundfunk, einem Morgenmagazin und den „Disco-Pop-Ten", die sich als Hilfsaktion für die SOS-Kinderdörfer versteht, und, last but not least, mit Aufgaben als

Musikladen – ARD, 21.00 Uhr

Produzent und Regisseur saarländischer Kabarettsendungen. Sexauer findet, daß „Hörfunk nun mal die Basis für alles war und ist und viel schneller sein kann als das Medium Fernsehen".

Mike Leckebusch hatte damals den munteren Sprecher, der im Saarländischen Rundfunk eine Sendung namens „Hallo, Twens" gemacht hatte, sozusagen „ausgeguckt" und nach Bremen gelotst, um dort – sehr erfolgreich – durch eine Reihe mit dem Titel „Das waren Hits" zu führen, „so eine Art ‚Golden Oldies'". Daraufhin hat er den Mann aus Saarbrücken-Güdingen ins Gründerteam des „Musikladen" geholt, jener Sendung, deren berühmte Vorgängerin „Beatclub" sich vor allem mit dem Namen Uschi Nerkes verband. So pendelte er fortan also zwischen hessischem, saarländischem und Bremer Funk hin und her und begeisterte sich alsbald besonders für solche singenden Schwergewichte wie Diana Ross, wie Robin Gibb und Joe Cocker, den er sich hin und wieder auch mal zu Hause auflegt. Seine ganz private Liebe gilt jedoch den alten berühmten Big Bands, „aber wie das so ist, wenn man beruflich dauernd mit Musik zu tun hat. Dann ist man als Privatmensch froh, wenn es mit der Beschallung mal zu Ende ist."

Daß man sich Sorgen machen müßte um die Videotivierung der heutigen Jugend, das sieht er nicht. „Wir kriegen ja hier dieses Videoprogramm ‚Hit Connection' von RTL", erklärt er, „und da fällt einem durchaus auf, daß die jungen Leute das Angebot inzwischen mehr und mehr wie Radio aufnehmen. Die stehen gar nicht mehr auf dieser totalen Video-Überreizung. Wenn die einen Clip zwei-, dreimal gesehen haben, reicht es ihnen."


Führt zum letzten Mal durch den „Musikladen": Manfred Sexauer FOTO: DPA

Nicht nur „übersättigt" sei hingegen die mediengerecht konsumierende junge Generation, „sondern regelrecht überfordert", und es stimme natürlich, daß es in unserer Zeit, die keine Beatles hervorzubringen vermag („So etwas wird es nicht mehr geben"), immer wieder Gruppen gibt, „bei denen man sich kurz nach dem Auftritt tatsächlich fragt, sag mal, was war denn das nun eigentlich?"

Gleichwohl, die populäre Musik und damit der Kontakt zur Jugend haben ihn, wie er konzediert, durchaus jung erhalten. Und jung erhalten, so hofft er, wird ihn auch der Hörfunk. ALEXANDER SCHMITZ





ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

Nur über die Sender der ARD
9.25 **Die Sendung mit der Maus**
10.00 **Tagesschau und Tagesthemen**
10.25 **Schwarz Rot Gold**
Blauer Dunst
12.10 **Spielregeln**
12.55 **Presseschau**
13.00 **Tagesschau**

ARD

16.00 **Tagesschau**
16.10 **St. Pauli fängt am Hafen an**
Ein musikalischer Streifzug
16.55 **Alpha 5**
Eine Computer-Spiel-Show
17.20 **Computerzeit**
Die Welt der Elektronenrechner
17.50 **Tagesschau**
Dazw. Regionalprogramme
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Markt der offenen Herzen**
Die Spendenmacher und ihre Geschäfte
Alljährlich spenden die Bundesbürger rund 3,5 Milliarden Mark an gemeinnützige Organisationen. Doch nicht jedes dieser Hilfswerke verwendet die Gelder auf seriöse Weise. Über die schwarzen Schafe dieser Branche soll die Dokumentation von Gerhard Müller-Werthmann berichten
21.00 **Musikladen**
Letzte Ausgabe der TV Discotheque International
Moderation: Manfred Sexauer und Christine Röthig
21.45 **Hollywood '84 (5)**
Sendung von Werner Baecker
22.30 **Tagesthemen**
23.00 **Die Katze auf dem heißen Blechdach**
Von Tennessee Williams
Mit Laurence Olivier, Natalie Wood, Robert Wagner u. a.
Regie: Robert Moore
Anläßlich der Geburtstagsfeier des Plantagenbesitzers „Big Daddy" Pollitt versammeln sich sämtliche Familienmitglieder in seinem Herrenhaus. Im Laufe dieser Feier kommen einige dramatische Familienschicksale zum Vorschein ...
0.40 **Tagesschau**

ZDF

8.53 **Heute im Parlament**
Haushaltsdebatte
16.00 **heute**
16.04 **Un-Ruhestand**
Geschichten vom Älterwerden
5. Oma Lüle
Anschließend: heute-Schlagzeilen
16.35 **Fünf Freunde**
... auf Schmugglerjagd, 2. Teil
Nach Enid Blyton
17.00 **heute / Aus den Ländern**
17.15 **Tele-Illustrierte**
17.50 **Tom und Jerry**
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 **Eine reizende Familie**
Ratespiel für Jungvermählte
19.00 **heute**
19.30 **Na, sowas extra!**
Musik und Gäste bei Thomas Gottschalk
21.00 **Aus Forschung und Technik**
Das Ende der grünen Hölle (1)
Riesige Waldflächen werden täglich im Amazonasgebiet gerodet. Dieses Vorgehen zieht ein vehementes Dahinschmelzen einzigartiger Naturreserven nach sich. In einer Reihe mit drei Filmen zeigt Joachim Bublath, wie Wissenschaftler versuchen, eine Gebrauchsanweisung für eine sinnvolle Nutzung dieses Urwaldes zu erarbeiten.
21.45 **heute-journal**
22.05 **Sich fügen heißt lügen ...**
Die Grünen und ihre Schwierigkeiten mit der Politik
Beobachtungen von Olaf Buhl
22.50 **Wilhelm Furtwängler**
Ein Künstler zwischen den Mahlsteinen der Politik. Ein Porträt zum 30. Todestag von Lothar Seehaus
0.15 **heute**


Natalie Wood und Robert Wagner in Tennessee Williams' „Katze auf dem heißen Blechdach" (ARD, 23.00 Uhr) FOTO: DEFD

III.

WEST
18.00 **Telekolleg II**
18.30 **Die Sendung mit der Maus**
19.00 **Aktuelle Stunde**
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Gardenia ... eine Frau will vergessen**
Amerik. Spielfilm (1953)
Mit Anne Baxter u. a.
Regie: Fritz Lang
21.40 **Demnächst ...**
„Bitterer Reis"
21.45 **Macht über Nacht**
Folgen eines Tarifabschlusses
22.15 **Lyrics (1)**
23.15 **Kino 84**
0.00 **Letzte Nachrichten**

NORD
18.00 **Die Sendung mit der Maus**
18.30 **Saitensprünge**
Der Blues (3)
19.15 **Urlaubers Hinterland: Spanien (5)**
Galicien
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Minirock und Kronjuwelen**
Engl. Spielfilm (1966)
21.45 **Kultur aktuell**
Kabarett
22.30 **Jazzfest Berlin 1984**
Michele Rosewoman and Band
23.30 **Nachrichten**

HESSEN
18.00 **Die Sendung mit der Maus**
18.30 **Streifzüge durch die Natur**
18.55 **Hexe Lakritze (10)**
19.00 **Das Geheimnis von Monte Christo**
Engl. TV-Film
20.30 **Bücher-Report**
21.20 **Das Bild der Woche**
21.30 **Drei aktuell**
21.45 **Notizen vom Nachbarn**
22.30 **Shackleton – Der Mann im Schatten des Pols (1)**
23.30 **Schach dem Weltmeister**

SÜDWEST
18.30 **Telekolleg II**
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 **Abendschau**
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 **Abendschau**
Nur für das Saarland:
19.00 **Saar 3 regional**
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 **Nachrichten**
19.30 **Jeanne oder Die Lerche**
Von Jean Anouilh
21.45 **Sport unter der Lupe**
Nur für Baden-Württemberg:
22.30 **Vis-à-vis**
23.15 **Nachrichten**
Nur für Rheinland-Pfalz:
22.30 **Go diamond**
Nur für das Saarland:
22.30 **Kirchplatz**

BAYERN
18.45 **Rundschau**
19.00 **Zum Tod von Paul Dahlke**
Nora
20.45 **Z. E. N.**
20.50 **Auf den Spuren des heiligen Nikolaus**
21.35 **Rundschau**
21.50 **Die rote Herberge**
Französischer Spielfilm, 1951
Regie: Claude Autant-Lara
23.30 **Rundschau**
23.35 **Actualités**

KRITIK

Ein Leben für den Wechselstrom

Das war die Geschichte von einem, der Wunder versprach und sie tatsächlich vollbrachte. Die Geschichte eines Mannes, der nie anderen Menschen die Hand gab: Hygienische Gründe und die Befürchtung, das ihn umgebende positive Magnetfeld könnte Schaden nehmen, ließen ihn kauzig und verschlossen erscheinen.

Das Geheimnis des Nikola Tesla (ZDF) zeigte die etwas konfus aufgedröselte Lebensgeschichte mit uns antiquiert anmutenden dramaturgischen Mitteln: teilweise schnulzig und pathetisch, mit Herz-Schmerz Attributen verziert, dann oft schaurig schön.

Verschlungene Wege eines Individuums, von seinen Gegnern in die Ecke eines exzentrischen Phantasten verbannt, von seinen Förderern als introvertiertes Genie gefeiert.

Genüßlich malte der jugoslawische Streifen die Reibereien Teslas mit dem allgewaltigen König der Elektrizität, Thomas Alva Edison, aus. Linkisch die Präsentation von Teslas Geniestreich. 1891 erfand er den nach ihm benannten Transformator, in dessen Sekundärwicklung er hochfrequente Wechselströme – physiologisch völlig ungefährlich – hoher Spannung erzeugte. Physiker setzten dem Zukunftsvisionär schon zu Lebzeiten ein Denkmal: Die Maßeinheit der magnetischen Induktion ist nach ihm benannt.

Der erzählten Historie mangelte es allenthalben an soliden Grundlagen. Welcher Zuschauer jongliert schon so mir nichts dir nichts mit Primärspulen und Amplituden? Phänomene wurden nicht erklärt. Doch gerade deren Beschreibung ist ja so faszinierend, macht das Salz in der Suppe aus, erzeugt erstes Interesse und hinterläßt bleibenden Eindruck. Das muß beileibe nicht in eine Physik-Nachhilfestunde für Quartaner ausarten. So sprang die knisternde Hochspannung bei Teslas Grundlagenversuchen nicht auf den erwartungsvollen Zuschauer über.

DIETER THIERBACH

Lauter nette Menschen

Es muß ja nicht unbedingt die kleine Kneipe sein, da, wo das Leben noch lebenswert ist. Der Regisseur Jean-Charles Tachella scheint offenbar einen anderen Lieblingsplatz gefunden zu haben: die französische Provinz. Über die liebenswerte Atmosphäre dort und lauter nette Menschen, die selbst schlecht gelaunt noch sympathisch wirken, drehte er seinen Film **Das blaue Land** (ZDF).

Er hält ein unkompliziertes, optimistisches Plädoyer für Landluft und freie Natur. Die Dorfeinwohner – unter ihnen auch etliche „Stadtflüchtlinge" – sind Individualisten mit festen Grundsätzen.

Wie die unverheiratete Krankenschwester Louise und der Junggeselle Mathias, richtig sympathische Ökofreaks, die alle Vorzüge des Landlebens vermitteln dürfen. Still und einsam fühlen sie sich keineswegs, denn in ihrer Einöde geht es sagenhaft abwechslungsreich zu.

Im Stil eines lockeren Bilderbogens, der anfangs ein bißchen zu hektisch zusammengeschnitten war, charakterisiert Tachella seine Personen zwar auch als spießig und widersprüchlich, die Heile-Welt-Idylle der Gemeinde geht dennoch nie verloren. In dieser Dorfchronik wird sogar ein Selbstmordversuch auf der Dorfparty zum Gag. ANDREAS ENGEL

Küß mich, aber warum?

ef – Jetzt wissen wir endlich, worauf Liebende in aller Welt ebenso aus sind wie französische Generäle untereinander oder kommunistische Oberfunktionäre einer mit dem anderen: Die ewige Küsserei dient ausschließlich dazu, dem Küsser wie dem Geküßten Gelegenheit zu verschaffen, sich beim anderen mit semiochemischen Substanzen einzudecken. Küssen bedeutet nichts weiter als das Nuckeln derselben, nachdem sie produziert wurden durch die allenthalben am Menschen vorhandenen Talgdrüsen.

Diese Erkenntnisse, publiziert in der britischen Zeitschrift für Dermatologie, stammen natürlich aus hautspezialistischer Feder, und zwar von Dr. Bubba Nicholson aus Tampa in Florida. In Amerika haben die Leute wirklich unwahrscheinliche Vornamen, und wir wollen deswegen nicht näher nachforschen, ob Bubba weiblich ist, zudem es ohnehin nichts bringt.

Die hier in Frage stehende und wechselseitig abgeschleckte semiochemische Substanz heißt Sebum (und könnte natürlich auch anders heißen) – jedoch, interessanter ist die Definition von „semiochemisch". Es kommt wie so manches aus dem Griechischen, und zwar von Semeion, das ist Signal. Es ist ein biologisches Signal, nicht luftlöslich, sondern man muß es sich schon vom anderen holen, also küssen. Was aber, sagt Nicholson, sagt das Signal aus dem Stoffe Sebum? Es teilt mit, der andere sei dem einen gut, und umgekehrt.

Nun wird es schwierig. Der Sebumaustausch schließt rote Funktionäre ebenso aus wie welsche Generäle: Beide Kußgruppen sind untereinander einander nicht dermaßen *wohlgesonnen, daß die* Talgdrüsen Sebum speien. Schlimmer ist, wie wir nun im gesamten Kußbereich auf der alten Frage hocken bleiben, ob erst das Ei war oder erst die Henne: Leute küssen zumeist, weil sie einander gut sind – brauchen also gewiß kein Sebum zu schlecken, das ihnen sagt, sie seien einander gut.

Ach, Bubba aus Tampa. Ach reine, reine Wissenschaft.

Polen: Normalisierung

Pressionen gegen Kunst in Kirchen

Künstler, die im Kirchenraum ausstellen oder auftreten, sollen künftig keine Stipendien und keine Aufträge mehr erhalten. Das forderte der Generaldirektor des Warschauer Kultur- und Kunstministeriums, Rajewski, auf einer Konferenz von Direktoren der staatlichen Kunstgalerien sowie Mitarbeitern von Künstleragenturen. Er verlangte auch, sämtliche Werbeprospekte dieser Künstler „aus dem Kulturverkehr zu ziehen". Auch der Sachbearbeiter im Referat Bildende Künste im Ministerium, Bobinski, bezeichnete Auftritte und Austellungen von polnischen Künstlern im Kirchenraum als „feindliche Tätigkeit". „Wir werden doch jene nicht unterstützen, die uns bespeien", fügte er hinzu.

Die Folgen bekam bereits das Posener „Theater des achten Tages" (so benannt nach Marek Hlaskos weiterhin in Polen verbotenem Film „Der achte Wochentag") zu spüren, das in einer Warschauer Kirche zwei Stükke, davon eines über Ossip Mandelstamm, spielte. Die Schauspieler wurden aus dem Posener Bühnenverein ausgeschlossen, das Theater verlor den Übungssaal, außerdem beschlagnahmte man die Requisiten und Dekorationen. Das Schicksal des Theaters und seiner Schauspieler ist somit ungewiß.

Dem Danziger Theater „Wybrzeze" (Die Küste) wurde die bereits zuerkannte Auszeichnung anläßlich des 40. Jahrestages Volkspolens kurzfristig aberkannt. Der Grund war das Stück „Gloria Victis" des Ensemble-Mitgliedes Halina Slojewska über den heldenhaften Widerstand der polnischen Kriegsmarine 1939 auf de. Westerplatte.

Zuerst zollte die offizielle Kritik der Stückeschreiberin hohes Lob, doch plötzlich folgten Verrisse. Wie das Danziger Untergrund-Bulletin „Solidarność" berichtet, fiel den Kulturbehörden erst nach einigen Tagen auf, daß Halina Slojewska Vorsitzende des inzwischen aufgelösten Danziger Regionalverbandes der „Vereinigung Polnischer Theater- und Filmschauspieler" ist und der „Charitativen Kommission" der St. Brigittenkirche angehört – zusammen mit dem als Volksfeind abgestempelten Pfarrherrn, Prälat Henryk Jankowski, und Nobelpreisträger Lech Walesa. Inzwischen hat das Danziger Kulturamt den Kartenverkauf an Schulen und Schüler untersagt. Laut „Solidarność" ist auch der verantwortliche Zensor in arge Bedrängnis gekommen, weil er nur auf das Stück und nicht auf die Person sah.

JOACHIM G. GÖRLICH

Zu W. O. Hendersons Friedrich-List-Biographie

Des Reiches treuer Peter Schlemihl

Der große deutsche Nationalökonom Friedrich List (1789 bis 1846) war ein Mann, der auch und gerade uns Heutigen viel zu sagen hätte. Aber sein Andenken ist zur Zeit verdunkelt. Es existiert zwar in seiner Geburtsstadt Reutlingen eine List-Gesellschaft, aber seit 1945 hat es keine nennenswerte Literatur mehr über ihn gegeben. Jetzt endlich legt ausgerechnet der Engländer William Otto Henderson eine gründliche, einfühlsame Biographie vor – und beschämt damit seine deutschen Fachkollegen.

Friedrich List war eine Schlemihl-Figur, eine tragische Gestalt, die keine Schatten warf. Zu Anfang des 19. Jahrhunderts schlägt er eine Beamtenlaufbahn ein, stößt aber so manchen Kollegen vor den Kopf, wenn er z. B. eine Gemeinderechnung von *280* Seiten auf 30 kürzt. Er kann dann, obwohl er ohne akademischen Titel ist, an der Tübinger Universität Staatswirtschaft lehren, berät jedoch, ohne ministerielle Erlaubnis einzuholen, den Handels- und Gewerbeverein, der leider bald darauf wieder eingeht. Eine Bittschrift, die List für seine Heimatstadt Reutlingen verfaßt, führt dazu, daß er der Majestätsbeleidigung angeklagt wird. Das zieht Ausschluß aus dem Landtag nach sich, in den er gewählt worden ist.

Der zehnmonatigen Festungsstrafe entflieht er nach Baden, Frankreich und der Schweiz, aber nur, um sich danach doch zum Haftantritt zu melden. Als er fünf Monate abgesessen hat, wird er, gegen Zusage der Auswanderung nach Amerika, entlassen. Dort scheitert er mit einer in Harrisburg gegründeten Brennerei ebenso wie mit zwei früheren industriellen Unternehmungen.

Ein Bergwerk und eine Kohleneisenbahn, die List zuletzt in den USA schuf, würden ihn reich gemacht haben – hätte er seine Anteile nicht vorher verpfänden müssen. Als US-Konsul (was damals nicht viel einbrachte) kehrte er nach Europa zu*rück. Hier lehnte er von Frankreich* und Rußland offerierte Staatsanstellungen ab, nahm aber auch das Ange*bot nicht an, die „Rheinische Zei*tung" zu leiten. Ihr Chefredakteur wurde dann – nach einigen Zwischenspielen – „ein gewisser Karl Marx".

Dennoch wurde der ruhelose Pechvogel Friedrich List ein bemerkenswerter Schriftsteller und Journalist. „Er hatte erkannt", faßt Henderson den ersten Teil seines Buches („Die Tragik eines Patrioten") zusammen, „daß Deutschland eines Tages ein großes Industrieland werden würde, und er hatte versucht, das Industriewachstum durch sein Eintreten für eine Zollunion, höhere Außenzölle und ein Eisenbahnnetz zu fördern. Er sah die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Expansion im Donautal und versuchte, deutsches Kapital und deutsche Auswanderer in die unterentwickelten Gebiete Südosteuropas zu lenken".

Jedoch das Verhängnis nahm seinen Lauf: Körperlich erschöpft, vergrämt durch den anscheinend von Bürokraten verursachten Tod naher Angehöriger und materiell bedrängt, nahm sich Friedrich List das Leben – zwei Jahre vor der Revolution von *1848. Sie hätte ihn wohl in der Pauls*kirche gesehen.

William Otto Henderson ist bisher hauptsächlich als erfolgreicher Wirtschaftshistoriker hervorgetreten. Seine Friedrich-Engels-Biographie beweist die Neigung zu biographischen Studien. Im Werk über List verschmelzen beide Fachstränge. Henderson schildert List als leidenschaftlichen Vorkämpfer für Deutschlands wirtschaftliche Einheit. Er läßt aber auch dem Eisenbahnpionier und dem Wirtschaftstheoretiker Gerechtigkeit widerfahren und erhellt seinen Stellenwert für das Ringen um eine deutsch-österreichische Zollunion.

Im Schlußteil schildert er Friedrich List als Vorläufer moderner Entwicklungspolitik; hier ist eine wahre Fundgrube für alle, die sich wirtschaftlich, finanziell, außenpolitisch oder als Entwicklungshelfer für die Dritte Welt interessieren. Henderson zufolge ist Lists wirtschaftstheoretisches Hauptopus, „Das nationale System der politischen Ökonomie", das eingehend dargestellt wird, „auch hundert Jahre nach seinem Tod für politische Führer unterentwickelter Länder auf der ganzen Welt eine Quelle der Inspiration".

Doch auch wer im Schulunterricht die staatskapitalistische Entfaltung des zaristischen Rußland behandelt, *deren Fortsetzung im Zeichen eines* berühmteren deutschen Wirtschaftswissenschaftlers stand und steht, *wird bei List viel lernen können. Graf* Witte, der erste große Erbauer von Schienen- und Wasserwegen im weiten zaristischen Reich, bezeichnete sich ausdrücklich als einen Schüler von List.

Leider scheint das deutsche Verlagslektorat dem heute unweit Londons lebenden Henderson kaum die mit der Emeritierung von der Universität Manchester entfallene Assistenz ersetzt zu haben. Zahlreiche Personen in der deutschen Version des Buches erhalten keine oder nur nachklappende Identifikationen; Gustav Höfken bleibt nicht nur, wie schon im englischen Original, unidentifiziert – er bekam als Lists Jünger die ausgeschlagene Stelle bei der „Rheinischen" –, sondern er fehlt sogar gänzlich im deutschen Index.

Dafür darf Angelika Jaeger, die Übersetzerin, die für Engländer nützliche Erklärung, List habe nach dem Verlassen der Staaten in Altona *by Hamburg*, d. h. in der Nähe von Hamburg, *gewohnt, mit* „Altona (bei Hamburg)" verdeutschen. Wir könnten es sonst mit dem amerikanischen *Altona verwechseln! So viel als Hin*weis für eine Neuauflage, die sehr zu begrüßen wäre. HELMUT HIRSCH

William Henderson: „Friedrich List. Eine historische Biographie des Gründers des Deutschen Zollvereins und des ersten Visionärs eines vereinten Europa", Econ Verlag, Düsseldorf/Wien, 320 S., 48 Mark.



Visionär eines vereinten Europas: Friedrich List FOTO: DIE WELT

Haydns „Orlando Paladino" in Gelsenkirchen

Barockes Zauber-Spiel

Die großen Haydn-Opern in der Originalfassung zu inszenieren, ist heutzutage ein Unterfangen, das aus mannigfachen Gründen zum Scheitern verurteilt zu sein scheint. Die endlose austauschbare, musikalisch nicht sehr abwechslungsreiche, dramaturgisch oft nicht einleuchtende Abfolge von Arien und Duetten kann selbst bei perfekter Gestaltung kaum noch jemanden drei oder gar vier Stunden an den Theatersessel fesseln. Diese Überlegungen muß auch der Dirigent Peter Keuschnig gehabt haben, als er vor zwei Jahren bei den Wiener Festwochen eine Bearbeitung des „Orlando Paladino" vorstellte, die nun Grundlage der Einstudierung am Musiktheater im Revier war. Keuschnig hat das Werk um fast die Hälfte gekürzt, viele Arien gestrichen, Teile der Partitur umgestellt und aus der dreiaktigen „heroisch-komischen" Oper eine zweiaktige Buffo-Oper gebastelt. Die jubelnde Zustimmung des Gelsenkirchener Premierenpublikums gab ihm eindeutig recht. Der sagenumwobene Ritter Roland ist in der Ruhrpott-Inszenierung eher ein Ritter von der traurigen Gestalt eines Don Quichotte. Die klassische, aristokratisch veredelte Dreieckssituation „Ritter liebt Königin, die aber liebt einen Schäfer" steht immer wieder vor einer tödlich tragischen Wende, gäbe es nicht die Zauberin Alcina. Sie erscheint immer wieder aus der Versenkung oder aus dem Schnürboden, um das Handlungspersonal wieder auf den rechten Weg zu bringen, bis zum glücklichen Ende die Königin ihren Schäfer bekommt und Ritter Roland versöhnt neuen Abenteuern entgegenreitet. Regisseur Wolfgang Quetes und Ausstatter Hubert Monloup servieren die alte Liebesgeschichte mit Augenzwinkern und hübschen ironischen Anmerkungen, ohne je die Grenze zur Klamotte zu überschreiten. Zur Kurzweil des Abends trägt die Bühnenmaschinerie geräuschlos, aber ständig in Bewegung kräftig bei. In der Manie des Barocktheaters wandern Pappfelsen und Pappschlösser vor wechselndem Hintergrund an den Augen des staunenden Zuschauers vorbei. Putzige Schafe, Kamele, Esel und Pferde bewege sich in der Wandeldekoration zumindest ebenso geschickt wie die heroisch, komischen Menschen.

Das homogene Ensemble wird angeführt von den Tenören Fred Silla *(Rolando) und Scot Weir als* dem pastoralen Gegenspieler, bestens unterstützt durch Sandra Walker (Alcina) und Christine Whittlesey als *umschwärmte* Königin. Vom Dirigentenpult leitet Peter Keuschnig das Bühnengeschehen lebhaft und holt mit viel Temperament aus der Partitur mehr Spannung heraus als man erwarten kann. Die Gelsenkirchener Philharmoniker krönen mit dieser Haydn-Interpretation die Reihe Jubiläumsveranstaltungen zu ihrem 50jährigen Bestehen.

ALBIN HÄNSEROTH



Als die Russen einmarschierten: „Der 21. August 1968 in Prag", Foto von Josef Koudelka FOTO: ACGB

Londoner Hayward Gallery zeigt fotografische Arbeiten Josef Koudelkas

Gewalt und Einsamkeit im Blickfeld

Als „unbekannter Fotograf aus der Tschechoslowakei" gewann er 1969 seinen ersten internationalen Preis. Zugesprochen wurde er ihm für seine aufsehenerregende Dokumentation der russischen Invasion in Prag. Bis dahin war Josef Koudelka nur Kennern in seiner Heimat ein Begriff.

Ein Jahr später emigrierte er in den Westen. Seitdem führt der heute 46jährige das Leben eines staatenlosen Nomaden. Als Basis diente ihm neun Jahre lang London, jetzt Paris. Von hier aus durchstreifte er Europa von Frühling bis Herbst und hortet besessen seine Motive mit der Kamera. Im Winter sichtet und siebt er die besten dieser Tausenden von Fotos aus. Sein Zuhause ist dann das Pariser Quartier der Fotoagentur „Magnum".

Der „unbekannte Fotograf" von da*mals ist mittlerweile zu einem* der wichtigsten Namen seines Faches avanciert. Warum – das kann man *jetzt in London nachvollziehen. Hier*, in der Hayward Gallery, werden 50 Fotos gezeigt, die der Tscheche selbst mit ausgewählt hat. Diese bisher größte Ausstellung seines Werkes konfrontiert mit Bildern, die sich sobald nicht aus dem Gedächtnis verdrängen lassen. Sie ätzen sich ein durch ihre Intensität, ihre Strenge und ihre Zeitlosigkeit.

In kraftvoll modulierten Schwarz-Weiß-Tönen liefert Koudelka Zeugnis von Menschen am Rande der Gesellschaft. Sein Zentralthema fand er vor 20 Jahren. Per Zufall, so sagt er, hat er die Zigeuner, von ihrer Musik begeistert, entdeckt. In Rumänien und der Tschechoslowakei lebte er mit ihnen und gewann ihr Vertrauen. Ohne Sentimentalität, *ohne* falschen exotischen Beigeschmack, nahm er sie aus ihrer Mitte heraus ernst.

Die Härte ihrer Existenz verdichtet sich in seinen streng gebauten Bildern zu Ritualen allgemeiner Gültigkeit: von Verfolgung, Armut, Leben und Überleben und Tod. Wie unverrückbare Urmütter hat er zwei Frauen mit sparsamen Requisiten von Tisch und Stühlen gegen die *Lehmwand placiert.* Oder: ein Mann in Handschellen ganz allein. Seine Angst füllt das Bild, läßt die Menschen, die Polizei im Hintergrund zu gesichtslosen Ameisen schrumpfen. Oder: ein liegender älterer Mann zeigt die beiden Konstanten seines Lebens vor. Seine persönliche, in dem schwarzgerahmten Foto, das ihn selbst als jungen Mann zeigt und die ins Übergroße gewachsene, hart gehämmerte Medaille des öffentlichen Lebens mit dem Portrait von Klement Gottwald, dem ersten Präsiden*ten der kommunistischen* Tschechoslowakei.

Köpfe, Gesten hat Koudelka in ihren intimsten Phasen der Trauer beobachtet. Alle Theatralik vermeidend, muß er seine strenge Choreographie intensivster Augenblicke gelernt haben, als er nächtlich in Prag Theateraufführungen fotografierte.

In London werden jetzt zum ersten Mal seine vielpublizierten Fotos vom russischen Einmarsch 1968 ausgestellt. Auch hier gerät das aktuelle politische Dokument in seinen besten Bildern zum allgemeinen Symbol von Gewalt und Aufbegehren. In seinen bekanntesten Fotos streckt ein junger Tscheche seinen Arm aus gegen einen Panzer mit einem Spalier grober Soldatenstiefel. Und beide Gesichter plädieren gegen das Absurde der Gewalt: Das die Verzweiflung herausschreiende des Jungen, aber auch die krampfhaft verschlossenen Züge des – ebenfalls jungen – russischen Soldaten.

Im Westen – in Frankreich, England und Irland, in Italien, Spanien und Portugal – spürt Koudelka mit unverminderter Intensität Randfiguren und Randsituationen nach, fixiert in ihnen das Ungewöhnliche. Im hellen Sonnenlicht steht ein Mann mit seinem Sohn, freundliche Schatten auf Kopfsteinpflaster und Mauer werfend. Da kommt von rechts der scharfe Schatten einer greisenhaft verkrüppelten Gestalt dazugehumpelt: *die drei Lebensalter auf einer spani*schen Gasse. Die Orte sind auswechselbar, die Magie des Augenblicks zählt. *Man sollte Koudelkas Bilder* auch in Deutschland sehen. (Bis zum 9. Dezember. Katalog drei Pfund.)

HEIDI BÜRKLIN

ZEITSCHRIFTENKRITIK: „Scheidewege" – jetzt als Jahresschrift

Ist das kleinere Übel das größere?

Auch die von Friedrich Georg Jünger (gestorben 1977) und dem *Industriellen Max Himmelheber* gegründete Zeitschrift „Scheidewege" bekommt die Notlage der Kulturzeitschriften mit hohem intellektuellem Anspruch zu spüren. Die frühere Vierteljahresschrift erscheint nun *als „Jahresschrift" jeden Oktober* im Selbstverlag der Max Himmelheber-Stiftung (7292 Baiersbronn 1, Saarstr. 7). *Uns liegt der 392* Seiten starke, nach wie vor sehr schön gedruckte Band (DM 28) für 1984/85 vor.

Die Zeitschrift gilt als konservativ. Möglich, daß sie unter eine der vielen *Definitionen von „konservativ" paßt.* Personennamen sagen mehr: die Spannweite der Mitarbeiter reicht *von den Münchner Philosophiepro*fessoren Spaemann und Reinhard Löw bis zu Chargaff, Ivan Illich und *Hans Jonas. Auch der Themenkreis* hat sich erweitert. Noch wiegt die Öko-Sorge vor, aber man findet etwa *auch eine nachdenkliche und mutige* Stellungnahme „Das Recht zu sterben" von Jonas, die Studie „Archai*sche Sprachen und archaisches Spre*chen" von dem Geographen Werner Müller, von Schirnding den Essay „Entzauberung. Das doppelte Gesicht der antiken *Aufklärung". Als* weiteres Charakteristikum der „Scheidewege" ist vielleicht noch zu erwähnen, daß von den 23 Mitarbeitern des Bandes 7 im ersten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts geboren sind.

Kann der Untertitel dieses Organs, „Jahresschrift für skeptische Denker", als Flagge angesehen werden, die so viel Gegensätzliches hinter sich vereint? „Elegisches Denken" wäre vielleicht genauer. Der Band beginnt mit dem Aufsatz „Die Kinder weinen" des amerikanischen Nobelpreisträgers für Physiologie, Georg Wald, der vom Hunger in der Dritten Welt handelt, und von unserer Verantwortung dafür. Ein Skeptiker würde sich in diesem Zusammenhang wohl fragen, weshalb eines der mit natürlichen Reichtümern am stiefmütterlichsten bedachten Länder der Welt, die Schweiz, seit Generationen keine Hungersnöte mehr kennt und außerdem, Multis hin oder her, souverän über seinen eigenen Weg verfügt.

Die „Scheidewege" durchweht eine Art von auf den Kopf gestelltem Progressismus: früher war's gut, jetzt wird *alles* schlechter. *Die Denkfamilie* der Skeptiker, von Montaigne über Swift bis Gracian, hat das Böse/Schlechte (Sie können wählen) genau so gesehen, wußte aber, daß es seit Adam mit dabei war. Daß das keineswegs ein das Handeln lähmender Gedanke ist – das ist ein zu weites Feld für einen Zeitungsartikel.

Auf jeden Fall sind die „Scheidewege" eine äußerst anregende Zeitschrift. Man stößt in ihr immer wieder auf kostbare Sätze wie diese des Biologen Erwin Chargaff: „Ich bin wahrhaftig kein Verehrer der Ausgewogenheit, aber wenn es eine Zeit gegeben hat, in der man das Wirken *eines* Gottes, aber *zweier* Teufel erkennen kann, so ist es unsere. Wer gegen den einen Teufel Partei nimmt – und das soll er –, muß es auch gegen den anderen tun. Denn sobald man bereit ist, das kleinere Übel zu wählen, wird es zum größeren." Hinzuzufügen ist allerdings, daß man den Teufeln an*dere Gesichter geben kann als Char*gaff das tut. ANTON MADLER

JOURNAL

Selbstmordversuch des Husák-Darstellers

rst. Preßburg

Der Darsteller des tschechoslowakischen Staats- und Parteichefs Dr. Gustáv Husák in einer im August vom tschechoslowakischen Fernsehen ausgestrahlten achtteiligen Serie „Die Geschichte des Aufstandes", in dem der Aufstand in der Slowakei im August 1944 geschildert wird, Michal Dočolomanský, hat einen Selbstmordversuch unternommen. Die Freunde des Schauspielers, der den Titel „Verdienter Künstler" trägt, berichteten, daß Dočolomanský nach der Fernsehsendung Hunderte von anonymen Telefonanrufen und Briefen erhalten hat, in dem er beschuldigt wird, für ein „mehrstelliges Honorar" mitgeholfen zu haben, die slowakische Geschichte zu entstellen und zu verfälschen.

Schülertheater im bundesweiten Wettbewerb

DW. Berlin

Im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft sowie im Zusammenwirken mit den Kultusministern der Länder und diversen Jugendvereinigungen veranstaltet die Berliner Festspiele GmbH vom 25. Mai bis 2. Juni das „Theatertreffen der Jugend 85". Bewerben können sich Schülertheatergruppen aller Schul*stufen und Schularten sowie* Lehrlings- und Jugendgruppen im Schüleralter. Einsendeschluß ist der *15. 1. 1985. Informationen bei:* Berliner Festspiele GmbH, Budapester Str. 50, 1000 Berlin 30. Das „Treffen junger Liedermacher 85" findet vom 19. bis 23. 4. ebenfalls in Berlin statt. Unterlagen sind von der vorgenannten Anschrift zu erhalten.

Ein unbekanntes Manuskript von Kant

ly. Dorpat

Das 17 Blätter umfassende Manuskript der in lateinischer Sprache gehaltenen Rede von Immanuel Kant über Petrarcas platonische Liebe zu Laura als Beispiel für das Verhältnis zwischen realen und poetischen Gefühlen ist jetzt in der Bibliothek der estnischen Universität Tartu (Dorpat) entdeckt worden. Der Rede-Entwurf steht auf der Rückseite von 17 Blättern einer philosophischen Dissertation, als deren Opponent Kant am 28. Februar 1777 aufgetreten war.

KSZE-Kulturforum 1985 in Budapest

AFP, Budapest

Kulturexperten aus den 35 Teil*nehmerstaaten* der KSZE-Konferenz in Helsinki führen derzeit in Budapest vorbereitende Gespräche *über die Veranstaltung eines kultu*rellen Forums dieser Länder, das im Oktober 1985 in der ungarischen *Hauptstadt stattfinden soll.* Das zweiwöchige Vorbereitungstreffen und das Forum in Budapest, dessen Ziel die Förderung der kulturellen Zusammenarbeit zwischen den 35 Staaten ist, war 1983 bei der Madrider KSZE-Folgekonferenz für Zusammenarbeit und Sicherheit in Europa beschlossen worden.

„Chateaubriand" und „*Interallie" vergeben*

dpa, Paris

Die Literaturauszeichnung „Prix Chateaubriand" hat am Dienstag in Paris der Schriftsteller Paul Guth für sein Buch „une enfance pour la vie" (Eine Kindheit für das Leben – Verlag Plon) erhalten. Der Preis ist umgerechnet mit 30.000 Mark ausgestattet. Der „Prix Interallie" ging an die französische Schriftstellerin und Journalistin Michele Perrein für ihr Buch „Les Cotonniers de Bassalane" (Die Baumwollsträucher von Bassalane – Verlag Grasset). Der Roman spielt in der noch unberührten Natur von Arcachon am Atlantik. Die Auszeichnung ist nicht dotiert.

Robert Zemeckis Abenteuerfilm „Auf der Jagd nach dem grünen Diamanten"

Auf Stöckelschuhen in Teufels Küche

Bis zum Hals in Abenteuern: K. Turner und M. Douglas als Joan und Jack FOTO: DIE WELT

Eine Szene wie aus einem klassischen Western: Eine schöne Frau wird von einem Schurken bedroht und wehrt sich verzweifelt gegen den Bösewicht. Ehe sie aber vollends verzagt, naht der Retter mit wirbelndem Colt.

Was Robert Zemeckis Film „Auf der Jagd nach dem grünen Diamanten" da als *Auftakt in nostalgisch-gelblichen* Bildern zeigt, sind nichts anderes als die unerfüllten Träume *einer schüchternen jungen New Yor*ker Schriftstellerin. Ihre Träume schlachtet sie als Romanstoff aus und hofft, ihr möge jenes Werk gelingen, das sie endlich aus ihrem literarischen Schattendasein und ihrer chronischen Geldnot befreit.

Kaum hat sie sich den letzten Satz ihrer Westernschnulze abgerungen, da hat die trübe Wirklichkeit sie wieder. Es ist kalt in New York, und Joan Wilder ist einsam. Doch schon wenige Filmminuten später stolpert sie buchstäblich hinein in das heiß ersehnte große Abenteuer.

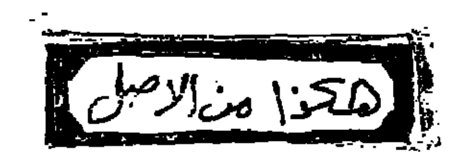
Ein Anruf aus dem fernen Kolumbien genügt, um das Leben der Joan Wilder von Grund auf zu ändern. Sie zieht geradewegs in den schwülen kolumbianischen Urwald, um ihrer Schwester beizustehen, die von einer Gaunerbande entführt wurde. Der Preis für die Freilassung der geraubten Schwester, Witwe eines Archäolo*gen und Forschers, soll ein geheim*nisvoller Plan sein auf dem ihr Mann einst den Weg zu einem Schatz eingezeichnet hat. Joan besitzt diesen Plan, da ihre Schwester ihn ihr kurz vor der Entführung zuschickte.

Mutig und trotzig, auf hohen Stökkelschuhen, bricht die Schriftstellerin zur „Jagd auf den grünen Diamanten" auf und gerät schon kurz hinter Bogotá in Teufels Küche. Aber ehe sie völlig verzagen kann, taucht ein rettender Deus ex machina auf. Allerdings kein strahlender Held wie in Joan Wilders Romanen, sondern ein verlotterter junger Mann namens Jack Colton alias Michael Douglas, der diesen Abenteuerfilm auch produzierte. Der Film liegt auf der Linie von Steven Spielbergs „Jäger des verlorenen Schatzes" und „Indianer Jones", verzichtet aber im Gegensatz zu den Spielberg-Filmen weitgehend auf Brutalität und Scheußlichkeiten und vertraut lieber auf die wirksame Mischung von Witz, Ironie und Gefühl.

Regie führt zwar offiziell der unbekannte Robert Zemeckis, aber die Ideen des Films stammen von Douglas, der auch die hinreißende Hauptdarstellerin Kathleen Turner für die Rolle der spröden, aber liebenswerten Joan Wilder entdeckte.

Wie zu hören ist, plant Michael Douglas eine *Fortsetzung* seiner romantischen Abenteuergeschichte. Hoffentlich wird sie ebenso amüsant und spritzig wie *die* „Jagd nach dem grünen Diamanten", deren schwächster Punkt der Titel ist, denn bekanntlich gibt es keine grünen Diamanten.

MARGARETE VON SCHWARZKOPF



Popfestival der Superlative am Strand von Rio

dpa, Rio de Janeiro

Die tollsten Tangas, der knalligste Karneval und die berühmteste Badebucht der Welt – das sind wohlbekannte Markenzeichen Rio de Janeiros. Nun will die Stadt an der brasilianischen Atlantikküste noch einen Superlativ hinzufügen: das größte Popfestival aller Zeiten. Es heißt „Rock in Rio" und soll 700 000 zahlende Zuschauer anlocken. Zusammen mit Nichtzahlenden sollen es drei Millionen werden.

„Rock in Rio" plant 90 Stunden Musik an zehn Tagen mit 28 international bekannten Stars und Bands. Darunter sind Rod Steward, Queen, AC/DC, Al Jarreau, Yes, George Benson und Ozzy Osborne sowie mehrere Brasilianer, unter denen Gilberto Gil, *Gal Costa* und *Ney Matogrosso* die populärsten sind. Sogar die in letzter Zeit selten zu hörende deutsche Sängerin Nina Hagen hat einen Auftritt vereinbart.

Fast dreißig Stars erwartet

Ein freundlicher älterer Herr im Nadelstreifenanzug – der, wie er selbst sagt, von Popmusik so viel weiß, „wie ein Buschneger über Pele" – rührt jetzt in Europa die Werbetrommel für das Spektakel. Oscar *Ornstein ist sein Name. Der deutsch*stämmige Brasilianer repräsentiert den privaten Veranstalter des Festivals, Roberto Medina (35), Präsident der Werbeagentur Artplan Publicidade S. A. Dieses erst zwölf Jahre alte Unternehmen produzierte Fernseh-Werbespots für Prominente wie Björn Borg, Burt Bacharach und Frank Sinatra.

Ornstein erzählt: „Das Festival wird *vom* 11. bis 20. Januar 1985 über eine gigantische Bühne laufen, die größere Ausmaße hat, als das Metropolitan Opera House in New York." Die noch im Bau befindliche drehbare Bühne ist in ein Gelände eingebettet, das ebenfalls alle Maßstäbe sprengt. Es wird zwölfmal so groß wie das Maracana-Stadion von Rio de Janeiro sein, *die größte Fuß*ballarena der Welt.

Das *250 000 Quadratmeter große* Grundstück kann bis zu 250 000 Menschen auf einmal fassen. „Damit stellen wir einen Weltrekord auf", verkündet Ornstein. „Denn nach dem Guinness-Buch der Rekorde hat Frank Sinatra bislang mit 140 000 zahlenden Menschen den größten Live-Zuspruch eines Solokünstlers gehabt – das war übrigens am 26. Januar 1980 im Maracana-Stadion." *Die* Eintrittskarten werden nach dem gleichen Verfahren wie Banknoten gedruckt, *um die in Lateinamerika* notorischen Fälscher auszuschalten.

Jedenfalls ein Geschäft

Das „*Rock-in-Rio*"-*Gelände* liegt nahe vom Strand Barra da Tijuca. Dort liegt auch das Autodrom, den Formel-1-Fans vom Großen Preis von Brasilien bekannt. Alles wird eigens für die Pop-Mammutfete aus dem Boden gestampft: ein Hubschrauber-Landeplatz für die Künstler, die technisch hochgerüstete Bühne, ein Einkaufszentrum, *Bier-* und Imbißstände, Telefonzentrale, Toiletten, Duschen und ein Hospital für Opfer der glühenden Sonne mitten im brasilianischen Hochsommer und für andere Fälle.

„Wir investieren rund elf Millionen Dollar (30 Millionen Mark) für ‚Rock in Rio'", sagt Ornstein. „Zuschüsse von der Stadt Rio oder von der Regierung in Brasilia erhalten wir nicht." *Das ist kein Wunder.* Festival-Veranstalter Medina in einer Pressemitteilung: „‚Rock in Rio' ist hauptsächlich ein Geschäftsunternehmen."

Ein Geschäft für die Veranstalter – so sagt Ornstein – wird das ehrgeizige Unternehmen auf jeden Fall werden. *Allein durch den Kartenverkauf* sollen rund acht Millionen Dollar her*einkommen – dazu noch* Einnahmen durch Sponsoren, Werbung, Poster und Souvenirs aller Art.

200 000 Unfälle mit Kopfverletzungen

Das Kuratorium ZNS feiert seinen ersten Geburtstag

INGRID ZAHN, Bad Homburg

Die junge Dame im wohlig temperierten Schwimmbad der Neurologischen Klinik in Bad Homburg macht dem Reporter das Bilderknipsen leicht. Sie ist die erste Reha-Patientin des Hauses, die auf der weißen Liege des *brandneuen Spezialkrans (Ko*stenpunkt 23 000 Mark) per Kettenzug sanft bewegt die Wasseroberfläche „im Liegen" erreicht.

Hannelore Kohl steht als Kurbelmeisterin daneben und besorgt die leise knarrende Fortbewegung ohne Rücksicht auf Wasserspritzer und Kleiderfalten. Sie tut dies in ihrer Eigenschaft als Präsidentin des Kuratoriums ZNS für Unfallverletzte mit Schäden des zentralen Nervensystems e.V., das mit dieser und anderen Spenden für insgesamt 250 000 Mark Bilanz zieht über die Arbeit eines Jahres in der „Initiative Lebens*mut*".

Diese griffigere Bezeichnung scheint den Mitgliedern des Kuratoriums angemessen für eine Arbeit, die sich zum Ziel gesetzt hat: Einzelwünsche von Rehabilitationszentren und Kliniken zu erfüllen, die im allgemeinen Budget *nicht* unterzubringen sind, deren Anschaffung Patienten und Therapeuten den gemeinsamen Weg nach überstandener Krankheit zurück in ein „normales" Leben erleichtern sollen.

Der Meza Pool-Lifter, der den alten Hebelkran am Schwimmbecken in Bad Homburg ablöst, das neurophysiologische *Meßsystem für 67 000* Mark für die Neurologische Klinik in Hessisch-Oldendorf, der Zuschuß zum Kauf eines Elektro-Myographen (in Höhe von 40 000 Mark) für die zerebral geschädigten Kinder in der Poliklinik Heidelberg, der Hirnleistungs-Trainer *für Nettersheim für* 18 000 Mark, die Kleinbusse für Vallendar, sie alle bedeuten Ermutigung und Hilfe zur Selbsthilfe.

Der Kreis derer, die auf diese und andere vielfältige Hilfen angewiesen sind, wird sich im Zuge der hochtechnisierten Entwicklung nicht verringern. 200 000 Unfälle mit Kopfverletzungen ereignen sich jährlich. Die Fortschritte in der Neurochirurgie und der neurologischen Notfall- und Intensivmedizin haben die Überlebenschancen nach schweren Schädel-Hirnverletzungen erheblich verbessert.

Überleben heißt aber leben mit und trotz körperlicher Behinderung und mit psychischen Beeinträchtigungen. Das Ausmaß der Heilung ist neben anderen Faktoren auch abhängig von einer rechtzeitig begonnenen, konsequent durchgeführten und vielseitigen Rehabilitation.

Die Ermutigungen, die Behandelte hier an Mitpatienten weitergeben, ermutigt auch das Kuratorium mit seiner Arbeit fortzufahren. Unter anderem Spender zu finden, die ihm bei der Unterstützung von Sonderwünschen für Betroffene helfen.



Königin Silvia und König Carl Gustaf von Schweden gestern in der Handelskammer Düsseldorf FOTO: AP

Die Majestäten kamen ganz privat

dpa, Düsseldorf

Mit einem planmäßigen Linienjet ist gestern morgen das schwedische Königspaar zu einem zweitägigen Privatbesuch in Düsseldorf eingetroffen. *Anlaß* für die Visite von Königin Silvia und Carl XVI. Gustaf *von Schweden ist das 25jährige Jubi*läum der schwedischen Handelskammer in Düsseldorf.

Nur die diskret plazierten Sicher*heitsbeamten, eine fröstelnde Jour*nalistenmenge und die Ankunft der Maschine auf dem „Sonderaufstellplatz" des Flugfeldes ließen erahnen, daß es mit dem SAS-Flug SK 625 an diesem Vormittag etwas Besonderes auf sich hatte. Auf dem roten Teppich wurde das gekrönte Paar – Silvia in dunklem Pelz, der König im mittelblauen Nadelstreifenanzug – gleichwohl von den Spitzen der nordrhein-westfälischen Landes*hauptstadt und Ministerpräsident* Johannes Rau empfangen.

Flatternde blau-gelbe Schwedenfahnen erwarteten das königliche Paar erst in *Düsseldorfs Innenstadt*. Eine knappe Hundertschaft Schaulustiger *machten* aus ihrer Begeisterung besonders für die Königin keinen Hehl, ist sie doch als gebürtige Heidelbergerin beinahe „unsere Silvia". Und schließlich hat die Schwedenkönigin in der rheinischen Metropole auch noch „Heimvorteil": Bis 1963 drückte das sprachgewandte Fräulein Silvia Sommerlath hier die Schulbank, bevor sie ein Jahrzehnt später ihren König traf.

Für ein wenig Weihe bei dem königlichen Privatbesuch am Rhein sorgte dann doch das schwedische *Protokoll. Nach alter Tradition into*nierte eine Folkloregeiger-Gruppe bei der Feierstunde der Handelskammer zunächst einmal die Königshymne, die überall in Schweden zur Begrüßung des Regenten gesungen wird. Nach einigen trockenen Fakten zu den deutsch-schwedischen Wirtschaftsbeziehungen konnten dann rund 500 Gäste bei Hasenfilet, Hummerkrabben und trockenem Riesling das hohe Paar in Muße aus der Nähe betrachten. Am Nachmittag trugen sich *die schwedischen Gäste bei ei*nem Empfang der Stadt Düsseldorf *in das Goldene Buch der Landes*hauptstadt ein.

Versicherung gilt auch bei Umwegen

AP, Kassel

Der gesetzliche Unfallversicherungsschutz wird nach einer Entscheidung des Bundessozialgerichts in Kassel nicht beeinträchtigt, wenn der Weg zur Arbeit nicht von der Wohnung aus angetreten wird und der Heimweg nicht an der Wohnung endet. Allerdings muß der am Unfalltag zurückgelegte Weg in einem angemessenen Verhältnis zu der sonst üblichen Wegstrecke stehen, wie es in der jetzt bekannt gewordenen Entscheidung heißt. Ferner entfällt der Unfallversicherungsschutz wegen einer selbstgeschaffenen Gefahr nach der höchstrichterlichen Feststellung nur dann, wenn dadurch der Zusammenhang zum Betrieb völlig verlorengeht. Das kann jedoch auch bei einem selbstverschuldeten Unfall nicht generell unterstellt werden (AZ 2 RU 61/83)

Bohrinsel riß sich los

AP, Aberdeen

Bei schwerem Sturm mit 16 Meter hohen Wellen hat sich die Ölbohrinsel „Sovereign Explorer" am Dienstag etwa *100 Kilometer nordöstlich* der Shetland-Inseln aus ihrer Vertäuung losgerissen. Dies teilte der Eigner der Insel, die Sovereign Oil and Gas Company, mit. Bei Windgeschwindigkeiten um 100 Stundenkilometer wurden 63 Männer der Besatzung der Bohrinsel geborgen. 29 Mann blieben zur Aufrechterhaltung des Notdienstes an Bord.

Drei Millionen für Monteur

dpa, München

Drei Millionen Mark hat ein 35 Jahre alter Monteur aus der Nähe von Nürnberg mit sechs Richtigen im Lotto gewonnen.

Dioxin-Test gelungen

AP, Basel

Die Testverbrennungen der Dioxin-Abfälle in einem Spezialofen der Baseler Chemiefirma Ciba-Geigy sind am Dienstag nach einer ersten Einschätzung der zuständigen Stellen positiv verlaufen. Die „erwartet niedrigen Werte" hätten eine gefahrlose Vernichtung der Testmenge garantiert, teilten das Baseler Baudepartement und das Bundesamt für Umweltschutz mit.

1000 Schweine getötet

dpa, Gießen

Rund 1000 Schweine mußten wegen einer seit Wochen im hessischen Vogelsberg grassierenden Tierseuche, der Aujeszkyschen Krankheit, getötet werden.

85 Bleifrei-Tankstellen

dpa, Düsseldorf

In Nordrhein-Westfalen kann jetzt an 85 der insgesamt etwa 3500 Tankstellen bleifreies Benzin getankt werden, das Autos mit Katalysatoren brauchen.

Safe vom Exkönig

rtr, Bern

Jugoslawien will den in der Schweiz lagernden Safe mit dem Privatvermögen seines früheren Königs Alexander öffnen lassen. Ein Sprecher des Außenministeriums in Bern bestätigte gestern, daß der Balkanstaat die Schweizer Regierung um Unterstützung bei den notwendigen rechtlichen Schritten gebeten habe.

ZU GUTER LETZT

„Häftling nähte sich zu". Titel einer SAD-Meldung über einen italienischen Häftling, der sich aus Protest gegen Liebesentzug den Mund mit Nadel und Faden verschloß.

Eine elektronische Ente?

Computer-„Einbruch" bei französischer Atombehörde

AFP, Paris

Ein „Einbruch" in die Datenbank der staatlichen französischen Atomenergiebehörde (CEA) erregt gegenwärtig *in Frankreich großes Aufse*hen. Bei dem „Hacker" handelt es sich nämlich um die wegen ihrer Enthüllungen bekannte satirische Wochenzeitung „Le Canard Enchainé", die den Vorfall in ihrer gestrigen Ausgabe in Schlagzeilen bekanntgab. Die Zeitung will in einigen Stunden mühelos höchstvertrauliche Informationen über ein geheimes Laser-Projekt und über den Bau eines Atomreaktors erhalten haben.

Die Zeitung wollte sich den „Jux" erlauben, die Absicherung der Datenbank gegen „Hacker" zu testen. Der Versuch war ihrem Bericht zufolge äußerst erfolgreich. Die Zeitung *abonnierte sich bei der „Compagnie* Internationale de Service en Informatique" (CISI), die eine Filiale der Atomenergiebehörde ist und eine Datenbank im Atomforschungszentrum in Saclay bei Paris hat. Die Informa*tikgesellschaft speichert Daten von* rund 10 000 Abonnenten, unter denen sich zahlreiche „strategische" Firmen wie Matra, Air Industrie, Thomson und natürlich CEA befinden. Mit Hilfe eines Telefons, das mit einem Monitor mit Decoder kombiniert war, zapfte die Zeitung auch die „Datenkonten" zahlreicher Abonnenten an, nachdem sie sich deren Geheimcode beschafft hatte. Laut „Canard Enchainé" wäre es ein Kinderspiel *gewesen*, einige Daten zu vernichten oder zu *modifizieren*.

Ein Sprecher der französischen Atombehörde betonte gestern, daß die Datenbank über keine geheimen Informationen verfüge. Die CISI will seit Wochen „Einbruchsversuche" im *Datensystem beobachtet haben*. „Einige" Versuche seien erfolglos gewe*sen, erklärte ein Sprecher*. Die Informationen der satirischen Zeitung wollte er weder bestätigen noch dementieren. Der Sprecher stellte jedoch eine Anzeige gegen Unbekannt in Aussicht.

Das nördlichste „Weindorf" Europas gibt auf

BODO RADKE, Brüssel

Der von früheren Generationen hochgeschätzte Begriff „Brüsseler Trauben" gehört endgültig der Vergangenheit an. In Hoeilaart, dem vermutlich nördlichsten Winzerdorf Europas unweit von Brüssel, ist man *dabei, die letzten* der ursprünglich vielen tausend Gewächshäuser abzu*reißen, die speziell für die Unterglas*zucht von Weintrauben gebaut worden waren.

Die Arbeiter der Abbruchfirmen stehen dabei unter massivem Zeitdruck. Das Kommunalparlament von Hoeilaart hat nämlich eine Sondersteuer von jährlich 5000 Franc (250 Mark) für jede noch vorhandene Gewächshaus-Ruine beschlossen, die nach dem 1. Januar 1985 das Land*schaftsbild verunziert*.

Anfang dieses Jahrhunderts glaubten die Bauern von Hoeilaart, eine Marktlücke diesseits und jenseits der Grenzen Belgiens entdeckt zu haben. Sie begannen mit der Gewächshauszucht besonders großer Weintrauben. Diese kamen zu Zeiten auf den Markt, zu denen von der normalen Produk*tion nichts vorhanden war. Als* „Brüsseler Trauben" wurden sie auch in der Bundesrepublik Deutschland sehr beliebt.

Als im Zuge des schnelleren Transports aus südlichen Gefilden der Absatz von „Brüsseler Trauben" immer schwieriger wurde, gingen die Winzer von Hoeilaart daran, aus ihren Trauben *Wein zu machen*. Aber dessen Qualität war zu schlecht, um Chancen zu haben. (SAD)

Wenn Lordschaft belieben, über Stiefel zu sinnieren

Debatten im britischen Oberhaus erstmals im Fernsehen

JOCHEN ZWIKIRSCH, London

Lord Hailsham of Marylebone, 77 Jahre alt und Englands oberster Richter, saß auf einem Wollsack und brabbelte bissige Kommentare. Viscount Barrington blätterte geräuschvoll in *der „Times" von gestern, während* sich Lord Boston of Faversham am Rednerpult über die Wasserdurchlässigkeit von Soldatenstiefeln verströmte und von Lord Davies of Leek mit völlig zusammenhanglosen Zwischenrufen genervt wurde. Lady Saltoun ließ derweil ein sanftes Schnarchen hören. Der Earl Grey dagegen nahm einen *Drink* in der Bar (keinen Tee) und riß mokante Witzchen.

Diese Szene, so sind nicht wenige Briten überzeugt, wirft ein typisches Schlaglicht auf ihr Oberhaus. Mit einem Durchschnittsalter um die siebzig und teils in der Tat ein wenig verschroben, sehen viele in „den Lords" (und Ladies) eher einen schrulligen Debattierklub denn eine Kammer der „Mutter der Parlamente". *Revoluzzer* wie der Labour-Linksaußen Tony Benn (der auf *ererbten Adelstitel und Oberhaussitz* verzichtet hatte, weil er in glühender Volksverbundenheit lieber ins Unterhaus mochte) wollen das „House of Lords" gar schlichtweg abschaffen.

Vor diesem Hintergrund ist es zu verstehen, daß die blaublütige Parlamentarierspezies jetzt ganz offensichtlich an ihrem eingestaubten *Image polieren will. Denn die* 25 Herzöge, 28 Marquis', 156 Grafen, zwei Erzbischöfe, 848 Barone und drei „Peers von königlichem Geblüt", die laut jüngster Zählung augenblicklich das Recht auf Sitz und Stimme haben (und es teilweise sogar ausüben), beschlossen mit einer Mehrheit von 113 zu 66 Stimmen geradezu Revolutionäres: *Zum erstenmal in* der Parlamentsgeschichte soll das Fernsehen nach Herzenslust reguläre Oberhaussitzungen übertragen dürfen.

Bisher nämlich waren Kameraleute dem Hohen Haus – und zwar beiden Kammern, also auch den ganz bürgerlichen „Commons" – ausgesprochen suspekt. Anders als die Kollegen vom Rundfunk und von der *schreibenden Presse durften* Fernsehberichterstatter höchstens zur Aufzeichnung der Thronrede zur feierlichen Eröffnung einer neuen Sitzungsperiode hinein. Bei den Sitzungen selbst freilich mußten sie murrend vor der Tür bleiben.

Das wird nun von Anfang Januar an anders – zwar zunächst nur auf Probe und auch nur bei den oft nicht gerade spannenden Lords, doch im*merhin: Für ein halbes Probejahr* lautet die Devise: „Ihr Auftritt, Mylord!", denn so lange darf das Fernsehen den Adligen auf die Finger und aufs Maul schauen.

Das Unterhaus tut sich dagegen mit einer solchen Erlaubnis immer noch viel schwerer: An entsprechenden Vorstößen herrscht zwar seit lan*gen Jahren kein Mangel*, doch bislang schmetterten die „Commons" noch jeden TV-Antrag ab. (SAD)

LEUTE HEUTE

Klebriger Nenner

Mit einem Kleistertopf bewaffnet hat sich Außenminister **Hans-Dietrich Genscher** auf einer original Ber*liner Litfaßsäule mit zierlichem Ei*senkrönchen im Entree des Auswärtigen Amtes als Plakatkleber betätigt. Er leimte mit Berlins Bundessenator Professor **Rupert Scholz** Berlin-Plakate. Zum CDU-Mann Scholz witzelte Genscher über das Kleistern: „Der Beweis, daß es mit der Koalition ganz gut geht, ist doch, daß wir hier mitein*ander Plakate kleben*."

Russen-Hindernis

Michael Reagan, Adoptivsohn aus des US-Präsidenten erster Ehe mit **Jane Wyman**, will beizeiten den Fa*milienkrach aus der Welt schaffen*, von dem First Lady **Nancy** vor kurzem die Nation andeutend unterrichtete. Die Zeit drängt, im Januar geht der Ost-West-Dialog wieder los, und Michael Reagan will's jedenfalls nicht gewesen sein: Bereinigung sei vonnöten, „damit Dad sich auf die Verhandlungen mit den Russen konzentrieren kann".

Es schlägt und schlägt

Wenn ich nochmal sechzehn wär', oder: Sweet little sixteen. Angemessene Geburtstagsmusik im zweiten Leben des 63jährigen **Emmanuel Vitria** aus *Marseille*. Seit gestern vor sechzehn Jahren lebt er mit fremdem Herzen.

Auf Schienen

Diesmal nicht auf Kufen, sondern per Straßenbahn wird die Schweizer Eisprinzessin **Denise Biellmann** zwei *Tage vor Heiligabend mit ihrem* Mann **Colin Dawson** vom Traualtar zum Restaurant gleiten. Jede Kür der zuckelnden Tram wäre da ein Salto fatale.

WETTER: Unbeständig

Wetterlage: Der größte Teil Deutschlands verbleibt unter Hochdruckein*fluß; nur im Nordwesten* leicht unbeständig, sonst teils neblig, teils heiter und trocken.

28. November 1984, nach Deutscher Wetterdienst

Vorhersage für Donnerstag:

Im Norden stark bewölkt, vereinzelt Regen. In den anderen Gebieten teils neblig, teils heiter. Temperaturen um 8 Grad, im Nordwesten um 11 Grad. Nachts 6 bis null Grad. Im Süden stellenweise Frost bis minus 4 Grad. Mäßiger, im Norden frischer und böiger Wind aus Süd bis Südwest.

Weitere Aussichten:

Im Norden bewölkt, aber weitgehend *trocken, sonst wenig Änderung.*

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	7°	Kairo	25°
Bonn	7°	Kopenh.	6°
Dresden	6°	*Las Palmas*	22°
Essen	7°	London	13°
Frankfurt	1°	Madrid	6°
Hamburg	8°	Mailand	8°
List/Sylt	6°	Mallorca	16°
München	3°	Moskau	-20°
Stuttgart	1°	Nizza	14°
Algier	16°	Oslo	8°
Amsterdam	6°	Paris	6°
Athen	17°	Prag	3°
Barcelona	11°	Rom	12°
Brüssel	7°	Stockholm	6°
Budapest	6°	Tel Aviv	24°
Bukarest	4°	Tunis	17°
Helsinki	-6°	Wien	7°
Istanbul	8°	Zürich	1°

Sonnenaufgang* am Freitag: 8.03 Uhr, Untergang: 16.18 Uhr; **Mondaufgang:** 13.44 Uhr, Untergang: –.– Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Kein Verzicht auf Weihnachtsbäume

MARIA GROHME, Hamburg

Beschert wurde er uns Anno 1605 – der Weihnachtsbaum. Damals wurde er in Straßburg erstmals urkundlich *erwähnt*, und sein Biograph konnte die Freude an dem mit „Zischgold" und Zucker verzierten „Weynachtsbaum" nicht verhehlen. Doch es sollten noch mehr als 200 Jahre vergehen, bis er auch in Deutschland an Weihnachten nicht mehr wegzuden*ken war*.

Angesichts der neuesten bundesweiten *Waldschadenserhebung* jedoch, wonach 50 Prozent der Waldflächen bereits geschädigt sind, ist 1984 bei so manchem die Freude am weihnachtlichen Lichterglanz getrübt.

Darum wollte auch die Stadt München ein umweltbewußtes Zeichen *setzen. Sie stellte am 19. November* auf dem Marienplatz vor dem Rathaus eine 27 Meter hohe und 85 Jahre alte, aber kranke Fichte aus dem Bayerischen Wald auf. Doch die vom bayerischen „Bund Naturschutz" erhoffte Signalwirkung blieb aus. Andernorts *stimmen* zum Beginn der Adventszeit auf zentralen Plätzen und Straßen kerngesunde Bäume auf das Weihnachtsfest ein.

„Wir stellen entweder gesunde Bäume auf oder gar keine", hieß es rigoros in Frankfurt. Die Mainmetropole ziert den nach ihrer Meinung „schönsten Weihnachtsmarkt" auf dem Römerberg mit vier bis fünf Me*ter hohen Bäumen aus dem Taunus*.

In Bonn leuchten die Lichterketten *an einem zwölf Meter* hohen Baum aus der Revierförsterei Hardt über den idyllischen Marktplatz. Acht Beistellbäume von acht Meter Höhe geben dem Weihnachtssymbol ein prächtiges Volumen.

Aus Thiersee in Tirol wurden die beiden Tannen herbeigeschafft, die ab Freitag in Berlin das Portal des Schöneberger Rathauses *flankieren* werden. Und schon am vergangenen Wochenende schmückte die Stadt ihren berühmten Ku'damm mit lauter gesunden Bäumen. Und auch an *Hamburgs* Mönckebergbrunnen prangt ein Prachtexemplar von 22 Meter Höhe aus St. Johann in Tirol.

Düsseldorf ließ sich von den Skandinaviern beschenken. Die 16 Meter hohe Nordmannstanne vor dem Rathaus stammt aus Lillehammer in Norwegen. Sie wird am kommenden Montag offiziell vom Bürgermeister *Lillehammers*, Arild Bakken, der Stadt übergeben. Und der schwedische Baum *auf dem Schadowplatz* wurde gestern anläßlich des Besuchs des schwedischen Königspaares aufgerichtet.

Nun sind die genannten Städte nicht weniger umweltbewußt als München. Ihre Stadtverwaltungen folgten (vielleicht) dem Wissen um *die Herkunft der Bäume. Denn die* als Weihnachtsbäume geschlagenen und verkauften Tannen und Fichten stammen aus eigens für diesen Zweck angelegten „Plantagen". Von 8000 gepflanzten Bäumen pro Hektar „überleben" im Laufe der Zeit nur etwa 300 – die besten – die Durchforstung. Sie bilden den neuen Wald, alle anderen werden als Weihnachtsbäume verkauft oder sonst genutzt.

Daher sollte sich niemand abhalten lassen, „guten Gewissens das Weihnachtsfest im Lichterglanz eines Weihnachtsbaumes zu begehen", erklärte gestern die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände. Niemand müsse befürchten, dem immissionsgeschädigten Wald *durch den Kauf eines Weihnachts*baumes Schaden zuzufügen. Von den jährlich etwa 17 Millionen Weihnachtsbäumen stammen rund zehn Prozent aus dem Ausland. Und die im Inland geschlagenen Tannen und Fichten stammen aus eigens dafür angelegten Plantagen.

Seite 2: Alle Jahre wieder

Venedigs Briefträger brechen unter ihrer Last zusammen

Schlechte Arbeitsbedingungen in der Lagunenstadt

KLAUS RÜHLE, Rom

Die italienische Postverwaltung hat ein *heikles Problem zu lösen*. Sie muß sich mit der Eingabe der 111 Briefträger von Venedig *befassen*. Es geht dabei um die Arbeitsbedingungen, unter denen die Postverteiler in der Lagunenstadt ihre Pflicht erfüllen müssen.

Bekanntlich gibt es in Venedig viel Wasser aber keine Straßen. Man kann *dort weder Radeln noch Motorradfah*ren. Die Verbindung von Haus zu Haus zwischen und über den ungezählten Kanälen spielt sich im Fußgängerverkehr ab. Das bedeutet, daß die Post den 150 000 Einwohnern zu Fuß ins Haus gebracht werden muß und das sind insgesamt mindestens 2000 Kilo pro Tag. Jeder der 111 Briefträger schleppt in seiner Posttasche an 25 Kilo mit sich rum und dazu noch zirka 10 Kilo Zeitungen und *Zeitschriften unterm Arm*.

Der Sprecher der Briefträger, Ga*briele Colleoni – er* trägt denselben Namen wie der berühmte Condottiere aus dem 15. Jahrhundert –, klagt die Postverwaltung an, mit den Briefträgern der Lagunenstadt Raubbau zu treiben. Er selbst mußte sich vor kurzem operieren lassen, weil der Riemen seiner überladenen Posttasche eine bösartige *Entzündung* verursacht hatte.

Besonders schwer haben es die venezianischen Briefträger, wenn die Gassen und Plätze der Stadt überschwemmt sind, was in den Herbst und Wintermonaten fast die Regel ist. *Dann stapfen* sie mit ihrer Last stundenlang durch knietiefes Meerwasser. Das ist es kein Wunder, wenn die hohe Krankheitsquote eine normale Postverteilung fast unmöglich macht.

Was die hartgeprüften Briefträger Venedigs besonders ergrimmt ist die Tatsache, daß die Gewerkschaften sich nicht für sie einsetzen. Diese stellten sich genauso taub wie die Postverwaltung. Colleoni und seine Arbeitskollegen wollen aber nicht mehr länger zusehen. Wenn ihre Klagen weiter überhört werden, wollen die geplagten Postverteiler ihre Zuflucht zur Selbsthilfe nehmen: Zum Beispiel keine Drucksachen mehr auszutragen.

Reisen nach Spanien

Rekord-Ernte verpflichtet

Von ROLF GÖRTZ

Spaniens Tourismus wird in diesem Jahr wieder eine neue Rekordernte einfahren: Rund 42 Millionen Besucher bringen dem Lande über 7,5 Milliarden Dollar an Devisen. Stolze Zahlen, die allerdings auch die Tagesgäste an der französischen und portugiesischen Grenze mit einschließen. Der eigentliche Vertrauensbeweis liegt jedoch in der wachsenden Anzahl von Dauergästen und der Ferientage, die diese in Spanien verbringen.

Da der Tourismus zu den Kompetenzen der neugeschaffenen autonomen Länder gehört, versuchen die Regionalregierungen – jede für sich –, die bisherige Madrider Linie mit einer eigenen einheitlichen Angebotsliste zu verlassen. Katalanien bekennt sich zum Massentourismus, überläßt es der Initiative des Urlaubers, sich die Schönheiten des Hinterlandes anzusehen, darunter die überraschende Vielfalt romanischer Baudenkmäler in abgelegenen Tälern an den Hängen der Pyrenäen. Wer das nicht will, soll eben weiter in der Sonne braten. Auf den Balearen versucht man mit sichtbarem Erfolg, den Sommeransturm möglichst auf das ganze Jahr zu verteilen. Und im regenreichen Baskenland verzichtet die Landesregierung ganz bewußt, die Propagandatrommel üblicher Art zu rühren. Die Basken wollen ihre waldumstandenen Flüsse und die Fischerdörfer nicht mit Reisebussen überschwemmen oder, wie im französischen St. Jean-de-Luz geschehen, charakteristische Dorfplätze zu Rummelplätzen zu verwandeln. Sie bieten dafür ihre saftige und kräftige Küche als wichtigste Attraktion. „Männer um die fünfzig, wohlbeleibt und den Lebensfreuden zugewandt", sollen kommen, solche die gar keine Lust haben, sich am Strand krebsrot einbrennen zu lassen oder in den spanischen Hochgebirgen herumzuklettern.

Ganz anders Andalusien. Dort arbeiten Architekten, Hoteliers, Städteplaner und Psychologen zusammen mit Bürgermeistern an ausgefeilten Feriensystemen, in denen der Urlauber, der dem lauten Rummel von Torremolinos entfliehen will, in Dorfbungalows die Charakteristiken des Landes und ihrer Bewohner miterleben soll.

Als eingefahrenes Touristenland – Nummer zwei in der Weltrangliste – bemüht sich Spanien, den deutlichen Verlust an Sicherheit auf der Straße durch ein besseres Polizeiaufgebot wieder auszugleichen. Schließlich war es gerade die besondere Sicherheit, die einst den Reisestrom nach Spanien lenken half. Ausgeraubte Touristen fahren in Zukunft woanders hin. Ein ernstes Kapitel, dessen Bedeutung sich die Sonnenanbeter durchaus bewußt sind, bleibt der Hygienezustand der Strände und des Meeres.



Mit einem Plakat von Miró wirbt Spanien für „alles unter der Sonne"

INVESTITIONEN AUF DEN BALEAREN

Neu ist Bendinat

Die Investition auf dem Touristensektor der Balearen wird stets rentabel sein, denn gering sind die touristischen Alternativen, die andere Orte dem Urlauber bieten können. Strandplätze, Buchten, halbwilde Gegenden, mit all ihrer Ruhe, die herrlichen Küsten und Gebirge, und die Dörfer. Derjenige, der auf dem Touristensektor investieren möchte, kann daher auf den Balearen gute Gelegenheiten finden, nicht nur für die eigene Erholung, sondern auch für die Rentabilität der Wiederveräußerung luxuriöser Appartements und Chalets.

Dies könnte der Fall sein, etwa im Komplex der „ehrgeizigen" Erschließung von Bendinat. Das ist eine Anlage, die zwei Pioniere des Fremdenverkehrs und der Urbanistik des Mittelmeers leiten, Prinz Alfons von Hohenlohe (Pionier der Costa del Sol) und der französische Architekt, der Port Grimaud in St. Tropez schuf, François Spoerry.

Beide arbeiten an einer Urbanisation, die die größte der Welt sein wird, im Stile der Beach Clubs und der Ports Grimauds, genannt Urbanización de Bendinat.

Der Eigentümer, der Prinz von Saudi-Arabien, Nawaf bin Abdul Aziz, hat gewünscht, daß dieser Touristenkomplex – wenngleich ähnlich den bereits erwähnten – den unverkennbaren Stempel der Inseln und Spaniens tragen solle.

An der Küste von Calviá, im Westen von Mallorca gelegen und in der besten Residenzzone der Insel, überschaut man von Bendinat und von seinem höchsten Punkt aus (485 m) die Panoramen, von der Stadt Palma bis zu dem 20 km entfernt liegenden Ort Andraitx.

Man will dieses Sommerzentrum zu einer Perle des Mittelmeers machen, gebildet aus Anchorage, einem typischen Mallorquiner Dorf, mit prachtvoll entworfenen Appartements. Dazu den Club Anchorage in Anlehnung an den weltbekannten Marbella Club.

Im Prinzip wird man über Privatsalons für die Mitglieder verfügen, sowie Suiten, verschiedene Restaurants, Bars im Stil Beach Clubs und einem Club Campreste mit allen Sportdisziplinen, von Tennisplätzen bis zum Pferdesport und einen Golfplatz, entworfen von Fred Hawtree aus Großbritannien, angelegt inmitten von Gärten, in denen es alle Arten exotischer und subtropischer Pflanzen geben wird.

Diese Gärten werden ein wesentlicher Bestandteil des Lebens in Bendinat sein, denn sie werden die Kulisse für die Veranstaltung von Festen im Stile derer der Costa del Sol oder von St. Tropez sein. G.VICO

BARCELONA, MADRID UND DIE IBERIA / Feste Größen im Fremdenverkehr

Von Preisen und Qualitäten

Wer nun die Nummer eins ist im spanischen Tourismus, darum streiten in fairem Wettkampf die Städte Barcelona und Madrid mit neuen Angeboten.

Don Antonio Ruwo Garces, der Präsident des Hotelverbandes der katalanischen Hauptstadt, wirbt mit dem Preis und verbesserter Aufklärung: „Barcelona und sein touristisches Angebot werden auch 1985 für Individual- und für Pauschaltouristen erschwinglich sein." Die im Schnitt um 10 Prozent höheren Preise würden durch die Abwertung der Peseta aufgefangen. Die Hotels der Stadt wollen zudem ihr Angebot „gruppenspezifischer" vortragen. Ob Geschäftsleute, Einzelgruppen-, Wochenend-, oder Langzeiturlauber – alle sollen ihren Interessen entsprechend besser informiert werden.

So soll die Stadt künftig die führende Rolle, die sie im Wirtschaftsleben Spaniens schon innehat, auch im Tourismus übernehmen.

„Madrid ist seit langem von besonderem Interesse für den Tourismus, und es ist zur Gewohnheit geworden, daß unsere Besucher ihren Aufenthalt durch Ausflüge zum Kloster San Lorenzo de El Escorial, nach Toledo, Segovia und anderen sehenswerten Städten ergänzen. In der Umgebung von Madrid gibt es ungewöhnliche Orte, die kostbare Kunstwerke bergen und unvergleichliche Landschaften," sagte Joaquin Pujol Bella, der Generaldirektor für Tourismus in Madrid, gegenüber der WELT.

Frühling und Herbst stellten in der Hauptstadt normalerweise die touristische Hochsaison dar. Und in diesem Jahr habe seine Stadt einen „außerordentlich guten Sommer" gehabt, sagt Pujol Bella; „es wurde eine starke Zunahme des Tourismus verzeichnet, und die Mehrzahl der Unterbringungsbetriebe in der Region hat in bezug auf die Belegung einen Zuwachs von bis zu 20 Prozent im Vergleich mit dem vergangenen Jahr erfahren."

In nur geringer Entfernung erstreckt sich nördlich der Großstadt Madrideine Bergkette mit malerischen Gegenden. In den Wintermonaten treiben die Madrider dort Skisport, und sie verbringen dort auch den Sommer. Die Madrider Sierra hat nach Pujol Bella eine große touristische Zukunft. „Die wenigen Hotels, die sich in diesem Bergland befinden, waren in diesem Sommer voll belegt."

Die bedeutendste Gemäldeausstellung der Welt, der bestausgestattete Palast der Welt, das Herbst-Festival mit einem außergewöhnlichen künstlerischen Niveau und einer Dauer von fast zwei Monaten, die über 25 Theater für Komödien und Dramen sowie Musikaufführungen, die drei Symphonieorchester, die Stierkämpfe, das Spielkasino, das große Angebot von Geschäften aller Art und die Vielfalt der Gaststätten, die Ausflüge in die nahegelegenen malerischen Orte Aranjuez, Chinchón, Alcalá de Henares und Buitrago, die stattliche Burg von Manzanares el Real machten einen Aufenthalt in Madrid in jeder Jahreszeit zu einem unvergeßlichen Erlebnis, ist der Madrilene überzeugt.

Eine unbestreitbare und unangefochtene Größe im spanischen Tourismus ist die staatliche Fluggesellschaft Iberia. Sie gewährleistet nicht nur die Anbindung Madrids und Barcelonas an die internationalen Touristenströme, sondern sie vefügt auch innerhalb des spanischen Gesamtstaates über eine leistungsfähige Infrastruktur sowohl für den Touristen als auch für den Geschäftsmann.

Von der Öffentlichkeit unbeachtet hat sie sich international auf einem der vorderen Plätze etabliert. So vermeldet die Association of European Airlines für die Iberia in Sachen Pünktlichkeit 1984 den Platz 3. Auch bei der „On time performance" in Sachen Arrival liegt sie im vorderen Feld. Bei den Passagierzahlen liegt die Iberia nach den Angaben der IATA für dieses Jahr auf Platz 6 mit weltweit 5,3 Millionen Fluggästen. Rechnet man die nationalen und internationalen Strecken zusammen, kommt die Iberia auf 12,9 Millionen und ebenfalls auf einen der vorderen Plätze, zwischen der Lufthansa und der Air France. J.A.

Auf der Suche nach dem Abendland

Spanien ist bekannt als Ziel des Massentourismus. Enrique Barón, der Minister für Transport und Tourismus, will das ändern. Über das „Wie" und das Ziel befragte ihn H.-H. Holzamer.

Barón: Wir haben große Ziele; wir wollen eine Qualitätspolitik entwickeln. Warum? Wir haben ungefähr 52 Millionen Besucher. Nicht alle Besucher sind Touristen. Wir haben viele Gastarbeiter aus Portugal und Marokko. Unsere Touristenziffer liegt im Moment bei etwas mehr als 52 Millionen; Wochenend-Touristen oder Auswanderer haben wir ungefähr 29 Millionen.

Es ist klar: Spanien ist, was den Tourismus angeht, eine Weltmacht. Wir haben in diesem Jahr etwas mehr als 7,5 Milliarden Dollar eingenommen; wir können damit unsere Ölimporte bezahlen.

Wir wollen nicht den Massentourismus verhindern, aber wir denken, daß in Zukunft zunächst eine Qualitätspolitik gemacht werden sollte. Heute wollen die Leute nicht nur Sonne und Strand; sie wollen auch Erholung und ein Komplementär-Angebot, zum Beispiel Golf. Wir haben im Moment 13 Golfanlagen und einen Erste-Klasse-Tourismus für Golfer. Wir wollen keinen Ziffern-Tourismus mehr machen. Wir wollen zeigen, daß Spanien zahlreiche Möglichkeiten bietet, neue Angebote wahrzunehmen.

Da gibt es zum Beispiel eine sehr reiche Vergangenheit für die Juden in Spanien. Es gibt auch Beziehungen mit der arabischen Welt. Und es gibt ein sehr großes Interesse in Ländern wie Kanada und Japan.

WELT: Verstehe ich das richtig: zurück zu den Wurzeln, zurück nach Spanien?

Barón: Ja. Spanien ist der Inbegriff des Abendlandes.

WELT: Was verstehen Sie unter Sozialtourismus?

Barón: Sozialtourismus ist ein Ausdruck, den wir nicht so sehr lieben. Das klingt nach Tourismus für arme Leute.

Ich verstehe Tourismus als eine Industrie der Zukunft. Ich denke, daß auch die Spanier das Recht haben, Freizeit und Erholung zu genießen. Sie sollen eine Verbesserung ihrer Lebensqualität erreichen. Daher glauben wir, daß zum Beispiel Leute aus Genossenschaften das Recht auf bezahlte Ferien haben.

Wir haben ein touristisches Problem, das ist die Konzentration auf Aktivität in drei, vier Monaten. Daneben haben wir die Möglichkeit, die Balearen im Herbst und Winter zu nutzen. Wir versuchen daher, mit Genossenschaften zu verhandeln, mit Bauern oder Gewerkschaften, um Programme in den übrigen Monaten zu machen.

WELT: Das würde den Hotels erlauben, ihre Angestellten das ganze Jahr über zu beschäftigen.

Barón: Ja, das ist wichtig, weil wir sonst nur sehr viel Saisonarbeit haben. Wir haben darüber mit den Gewerkschaften gesprochen. Wir müssen die Beschäftigungspolitik reformieren.

WELT: Wie sieht es mit den Plänen aus, verstärkt spanische Linien am Charteraufkommen zu beteiligen?

Barón: Wir haben zum Ziel, daß unser Anteil am Charterfluggeschäft erhöht wird. In diesem Moment haben wir mehr als 14 Millionen Touristen, die per Charter nach Spanien kommen. Sie kommen mit spanischen Maschinen zu ungefähr 14 Prozent; das ist zu wenig. Das heißt nicht, daß wir eine protektionistische Politik verfolgen wollen.

WELT: An welchen Prozentsatz denken Sie denn, von 14 auf 30 Prozent oder auf 50?

Barón: Wir möchten in drei oder vier Jahren die angesprochenen 40 Prozent erreicht haben, aber ich



Setzt neue Akzente, Minister Enrique Barón

glaube, daß dies nicht realistisch ist, eher werden es 20 bis 30 Prozent sein.

WELT: In der Vergangenheit war man nicht mit jeder spanischen Linie so unbedingt zufrieden. Denken Sie daran, daß Iberia für den Charterverkehr eine Tochter schaffen könnte?

Barón: Es gibt in Spanien die Aviaco, das ist eine Tochtergesellschaft der Iberia, die in diesem Moment Überlegungen anstellt.

WELT: Können Sie sich vorstellen, daß man mit einer privaten deutschen Gesellschaft ein Joint venture eingeht?

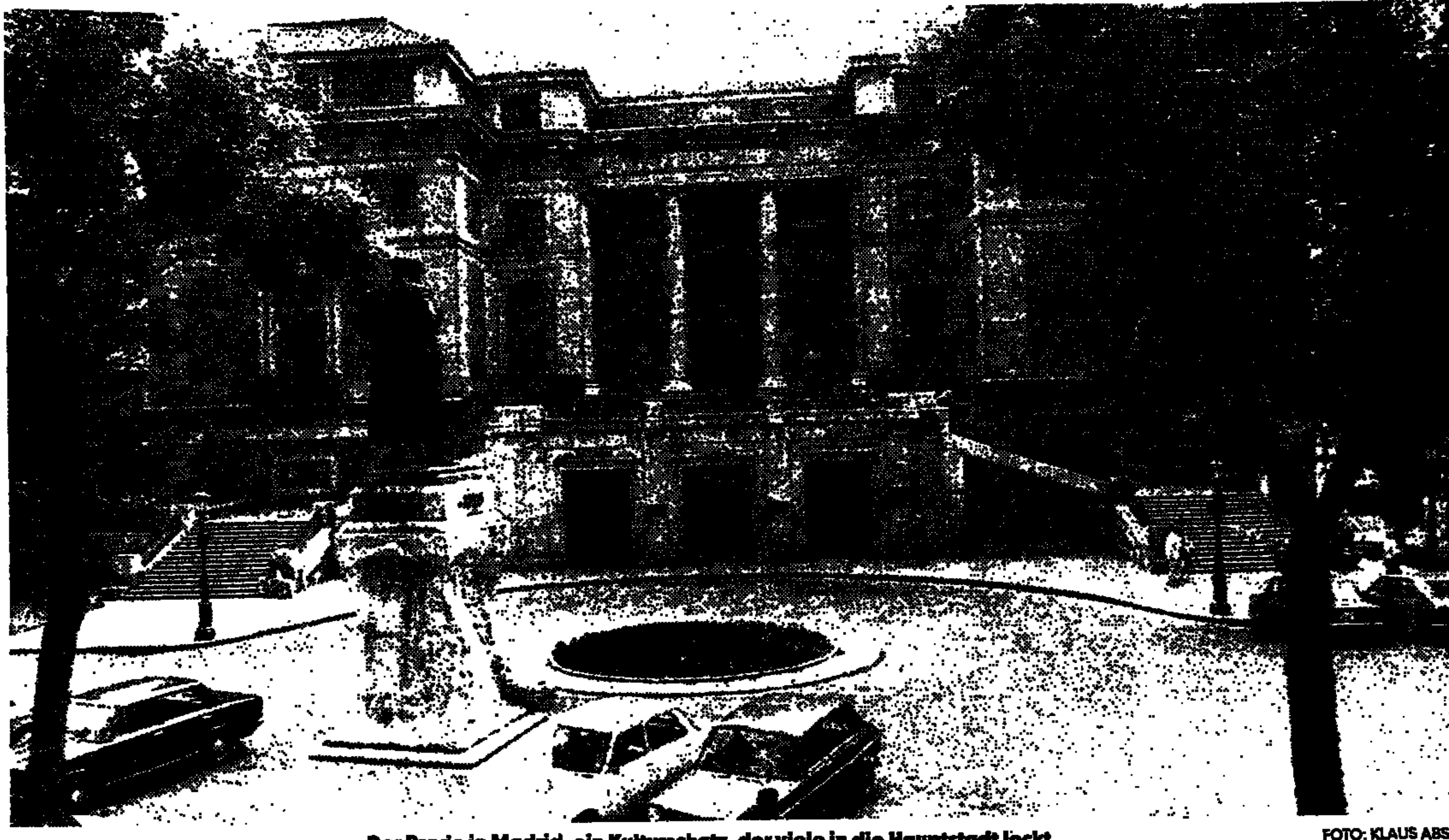
Barón: Wir haben Angebote aus anderen Ländern vorliegen. Wir haben keine Probleme mit ausländischem Kapital. Es gibt nur eine Voraussetzung, es muß von unserer Behörde autorisiert werden, aber wir sind bereit, dies zu tun.

WELT: Wie konkret sind diese Pläne?

Barón: Es gab konkrete Vorschläge von Engländern. Aber wir überlegen zur Zeit, weil das mit großen Risiken behaftet ist. Ich habe jetzt etwas läuten hören über eine Zusammenarbeit zwischen deutschen und spanischen Interessenten, aber wie gesagt, nichts ist konkret.

WELT: Zum Thema Sicherheit. Ist das, was in den Zeitungen steht, übertrieben, oder ist das wirklich ein Problem geworden?

Barón: Klar, wenn der Tourismus blüht, kommt das Geld, und das schafft Möglichkeiten für Diebe und Räuber. Aber wir sind da sehr aufmerksam und haben ein Spezialprogramm für jeden Sommer.



Der Prado in Madrid, ein Kulturschatz, der viele in die Hauptstadt lockt FOTO: KLAUS ABS



Marktplatz von Chinchón, dem Standort eines der modernsten Paradores FOTO: HHH

WANDERUNG DURCH MADRID UND SEIN UMLAND / Zwischen Miro und Torero

Im Rastro macht jeder den Preis selbst

Wenn im Parque del Retiro, Madrids grüner Lunge, die Bäume blühen, hat die Stadt Hochsaison. An Wochenenden finden dann in der Stierkampfarena von Las Ventas in regelmäßigen Abständen Corridas statt, die sich stets als wahre Straßenfeger erweisen.

„Der Faszination eines wirklich guten Stierkampfes kann sich keiner entziehen", erklärt Juan Martinez vom Traditionsverein Real Madrid, der an so einem Tag selbst König Fußball eine Absage erteilen würde.

Wer es weniger blutig liebt, erfreut sich im weltberühmten Prado an den schier unerschöpflichen Werken abendländischer Kunst. Mehrere tausend Gemälde sind hier zu besichtigen, darunter zahlreiche Porträts Goyas, des bekannten spanischen Hofmalers.

Hat man sich durch Touristengruppen und Menschenschlangen durchgearbeitet, ist es höchste Zeit für eine Erfrischung. Da Madrid die an Gaststätten und Bistros reichste Stadt Europas ist – auch Paris kommt bei weitem nicht mit –, hat der Gast die Qual der Wahl.

Von urigen, lärmenden Bars, wo man ein Glas Rioja im Stehen trinkt und dazu leckere Vorspeisen wie Schinkenröllchen und Morcillas (Würstchen) genießt, bis hin zum hochdekorierten „Horcher" (2 Sterne im Michelin) ist hier alles anzutreffen.

Rund um die Plaza Mayor, das Zentrum des baulich schönen alten Madrid, schart sich eine Reihe von Restaurants, die sämtliche Küchen Spaniens anbieten: andalusische, baskische, katalonische und nicht zuletzt auch madrilenische Spezialitäten.

Besonders originell sind die „Cuevas de Luis Candeles", wo Kellner in farbenprächtigen kastilischen Kostümen, wie sie vor Jahrhunderten getragen wurden, bedienen.

Hier tafelt man zu zweit hervorragend und preiswert. Ein Beispiel: Forelle „à la navarra", eine Flasche Wein und Eis mit Früchten zum Nachtisch kosten um die 50 Mark.

Zu später Stunde erscheint dann meist eine Sängergruppe, die zur Erbauung des Publikums Madrigale und Studentenlieder zur Gitarre vorträgt.

Günstige Einkaufsmöglichkeiten bietet Madrid in Hülle und Fülle. „El Corte Inglés", das beste Warenhaus am Platze, lädt in der üppig blühenden Fußgängerzone der Calle de Carmen (nahe der Puerta del Sol) zum ausgiebigen Bummel ein.

Aber auch in kleinen Nebenstraßen warten Boutiquen mit erstaunlichen Angeboten auf. In manchen „Zapaterias" (Schuhgeschäften) macht der Preis nicht selten nur die Hälfte der Schuhgröße aus. Aber Achtung bei den Öffnungszeiten: Von 13.30 bis 17 Uhr fällt die Stadt in tiefste Siesta. Anschließend ist dann wieder bis 20 Uhr geöffnet.

In Madrid geht keiner verloren

Auf dem „Rastro", dem herrlichen Flohmarkt Madrids, gibt es allerdings weder feste Preise noch Ladenschlußzeiten. Wenn Sie Glück haben, erhandeln Sie schöne Antiquitäten zu Spottpreisen.

Eine Stadtrundfahrt unter ortskundiger Führung ist zur Einstimmung und allgemeinen Orientierung sehr nützlich. Anschließend begibt man sich dann allein auf Erkundungstour. Keine Angst – wer einmal verlorengeht, kehrt bequem mit U-Bahn, Bus oder Taxi (die sind hier billig) an seinen Ausgangspunkt zurück.

Das stolze Denkmal König Philipps III. hoch zu Roß, das Prunkstück der Plaza Mayor, ist leider bis auf weiteres wegen Restaurationsarbeiten verhüllt. Die Plaza de la Villa mit dem barocken Rathaus mutet in ihrer einzigartigen Geschlossenheit fast museal an.

Lassen Sie sich auf Ihrer Suche nach Fotomotiven nicht täuschen: Die monumentale Kathedrale an der Plaza de Cibeles ist gar kein Gotteshaus, sondern die Hauptpost.

Bemerkenswerte Kirchen hingegen sind die prächtig ausgestattete San Francisco el Grande sowie San Antón, das in eine Häuserreihe eingekeilte Kleinod der Stadt. Nach der Sonntagsmesse bieten kinderreiche Zigeunerfamilien Blumen und Handlesedienste feil. Der Einheitspreis für Ausländer, die sofort als solche identifiziert werden, ist „mil pesetas" (1000 Pesetas = 18 Mark).

Seit der Carmen-Verfilmung durch den spanischen Regisseur Carlos Saura erfreut sich der Flamenco immer größerer Popularität. Ein wahrer Genuß ist so eine Flamenco-Schau in der „Taberna Flamenca", gelegen in der Echegaray No. 19. Neben hinreißenden, temperamentvollen Darbietungen werden hier pikante „tapas" (Appetithäppchen andalusischer Kochkunst) gereicht.

Was wäre aber Madrid ohne seine einmalige Umgebung? Toledo, Wahlheimat des großen Malers El Greco und Freilichtmuseum erster Ordnung, liegt keine 60 km vom Zentrum entfernt; Aranjuez, das schöne Städtchen am Fluß Tajo, knapp 48 km. Direkt vor der Haustür – mit dem Auto bequem in einer guten halben Stunde zu erreichen – aber befindet sich Chinchon.

Trotz des chinesisch klingenden Namens handelt es sich hier um ein typisch spanisches Dorf mit hübschen Häusern, deren anmutigste Exemplare auf den Großen Platz (Plaza Mayor) hinausgehen.

Die Balkone dienen als Logenplätze bei den Fiestas im Frühsommer, wenn die jungen Stiere durch den Ort getrieben werden und manch mutiger Jüngling sich als Torero versucht.

Landportionen in den Tavernen

In den holzgetäfelten Tavernen werden richtige „Landportionen" aufgetischt. Da sucht man kein Steak mit der Lupe, sondern hat Mühe, ein 400-Gramm-Churrasco aufzuessen.

In feuchten unterirdischen Gewölben wird zur Weinprobe gebeten. Es ist daher nicht erstaunlich, daß Besuchergruppen oft in übermütiger Stimmung ein Liedchen trällernd durch die schmalen Gassen schlendern.

Besonders hervorzuheben ist das zu einem eleganten Parador (Rasthaus) umgestaltete ehemalige Kloster mit kühlem Innenhof und verglasten Kreuzgängen.

Hier übernachtet man äußerst komfortabel in früheren Mönchszellen und speist gar köstlich im Stil spanischer Granden.

Nur eines fehlt auf den ersten Blick: das unentbehrliche Telefon. Aber keine Sorge, von der Außenwelt abgeschnitten ist hier keiner. Die Telefonzellen sind nur in den einstigen Beichtstühlen untergebracht. Und das muß einem ja erst einmal gesagt werden …

hr.

PARADORES / Aus der Not eine Tugend gemacht

Ein Netz für den Reisenden

Einer der modernsten Paradores ist in einem steinalten Augustinerkloster eingerichtet worden, in Chinchón. Gegründet wurde das Kloster im 15. Jahrhundert und im 17. an seinen heutigen Standort versetzt. Nachdem den Mönchen durch das Säkularisierungsgesetz von Mendizabal ihre Güter genommen wurden, beschlagnahmte der Staat das Gebäude. Später wurde es von dem Regenten Luis Maria de Borbon dem Ort Chinchón als Gerichtssitz und Gefängnis überlassen.

Von einer Gefängnisatmosphäre verspürt der Gast im modernen Parador nichts mehr. Vom Klosterhof fällt reichlich Licht in die Gebäude, die Kirche Santa Maria del Rosario ist wieder Stätte der Sammlung für Ungefesselte.

Die Geschichte der Paradores ist lang. Schon im Jahre 1926, als der Maques de la Vega Inclán Königlicher Kommissar für den Tourismus war, bestimmte König Alfonsao XIII höchstpersönlich die Lage des ersten Paradors des „Nationalen Paradors von Gredos".

Bei diesem einen ist es nicht geblieben. Heute bildet er einen Punkt in einem Netz, das das ganze Land überspannt. Bei der offiziellen Einweihung des Paradors in Gredos am 9. Oktober 1928 führte der König persönlich den Vorsitz. Ein Anlaß zum Feiern war die Eröffnung des Paradors von Chinchón auch, nur ging es weniger offiziell zu.

Die ursprüngliche Idee dürfte wohl gewesen sein, mit den Paradores Zonen zu erschließen, die abseits von den Hauptattraktionen des Tourismus lagen, und Möglichkeiten für die Ausübung der Jagd zu schaffen. Später trat die Idee hinzu, vom Verfall bedrohte historische Monumente zu retten und einer sinnvollen Verwendung zuzuführen. Was damals hieß, am Ende einer Tagesroute auf den Landstraßen Spaniens dem Reisenden die Möglichkeit zur Rast und Übernachtung zu geben. Der tägliche Reiseradius war damals noch, bedingt durch den Stand der damaligen Kraftfahrzeugtechnik, begrenzt.

So entstanden nach dem Parador von Gredos der von Opresa, der im Palast des Herzogs von Frias eingerichtet wurde, dann der Parador von Ubeda, im einstigen Palast des Condestable Davalos, der Parador von Ciudad Rodrigo in der Burg des Enrique II. von Trastamara, der von Merida im Kloster der Klarissinnen, die Hosteria von Alcalá de Henares in einem Flügel der von Cardinal Cisneros gegründeten Universität.

Man mag diese an der Straße gelegenen Unterkünfte die ersten Motels nennen, sie verfügten sogar über eine kleine Tankstelle.

Mit der Zeit und den größeren Strecken, die die Autos zurücklegen konnten, änderte sich auch die Aufgabe der Paradores. Es galt Zonen zu fördern, die privater Initiative nicht lohnend genug für Investitionen erschienen; ferner wurde versucht, bereits nicht mehr gebräuchliche, aber in der spanischen Sprache verwurzelte Bezeichnugnen wieder zu beleben. So heißen Parador und Posada „Herberge", Hosteria „Gasthaus", Albuergue de Carretera „Landstraßen-Raststätte" und Refugio „Berghütte".

Als Anfang der 60er Jahre der erste touristische Aufschwung erfolgte, der von den Wesensmerkmalen des modernen Massentourismus geprägt war, stellte sich eine neue Aufgabe. Die bestehenden Kategorien und Preise in den privaten Hotelbetrieben waren mangelhaft. In den staatlichen Paradores nun sollte beispielhaft gezeigt werden, wie die Preis-Qualität-Relation auszusehen habe.

Als auch dies ereicht war, stellte man fest, daß schon ein dichtes Netz an Paradores vorhanden war. Nur einige Provinzen waren leer ausgegangen. So wurde der Plan in Angriff genommen, das Netz zu vervollkommnen und in jeder Provinz wenigstens einen Parador anzubieten.

Dieses Ziel ist heute ebenfalls erreicht, und wieder gibt es neue Pläne. Sie sind weniger auf die Anlage neuer Paradores gerichtet als darauf, bestehende so auszubauen, daß der Sporttreibende und der „Aktivurlauber" auf ihre Kosten kommen.

Erwähnt seien für die Hochjagd speziell Cazoral, Fuente Dé, Gredos, Fuentes Carrionas und Ojen; für den Forellenfang und Lachsfang Ribadeo und Gredos. Golf ist in den Paradores von El Saler und Torremolinos zu Hause. All denjenigen, die schon in ihrem Hotel nicht auf den Glanz der Kultur verzichten möchten, können eine Vielzahl von Paradores genannt werden, von A wie Alarcon bis Z wie Zamora, eingerichtet im Schloß des ersten Grafen von Alba y Alista, das auf den Ruinen der romanischen Alcazaba steht.

Der Generaldirektor der Paradores, Ramon Yánez, beschreibt das Besondere an ihnen so: „Es handelt sich bei ihnen um Paläste, Schlösser und Klöster, die mit Liebe und Sorgfalt für diese Zwecke restauriert worden sind. Es wurde besonders darauf geachtet, daß das ursprüngliche Ambiente erhalten blieb. Und obwohl das Ursprüngliche erhalten blieb, sind es doch kleine, feine Hotels. Diese Verbindung ermöglicht es dem Gast, bei allem modernem Komfort schon in seinem Hotel die regionale Eigenart zu empfinden."

Die Paradores haben neuerdings auch eine eigene Vertretung in der Bundesrepublik: Kirchnerstr. 6, 6000 Frankfurt. Tel. 069/2 09 71 und 23 67 30 und Friedrich-Ebert-Str. 54, 4000 Düsseldorf. Tel. 0211/35 60 65.

JUAN D'AMPI

ANDALUSIEN

Kontakt zu Menschen und ihren Sitten

Der Tourist aus Mitteleuropa pflegt seinen Spanienurlaub in Fremdenverkehrsorten, die ihm Sonne, vortreffliche Strandanlagen und manchmal Stierkämpfe anbieten, zu verbringen.

Für diejenigen, die dagegen aufregende Erlebnisse mögen, bietet sich eine andere Art Touristik an, die des Abenteuers und der Kontakte mit den Leuten und ihren Sitten.

Der Besucher Andalusiens könnte Gegenden besuchen, die aus Abenteuer-Gesichtspunkten höchst interessant sind, wie jene zwischen Granada und Almeria. Hier in der Provinz von Granada findet der Besucher die Primitivität der „Alpujarra" mit den nach dem Prinzip der Höhlen gebauten Wohnungen, in denen jedoch eine Sauberkeit und Sorgfalt zu beobachten ist, wie sie in den besten Etagenwohnungen einer Großstadt üblich ist.

Im Dorf Lacalahorra in 1300 Meter Höhe lädt die Burg zum Besuch. Sie, über 450 Jahre alt, führt ins Mittelalter mit ihren großen Zinnen, ihren majestätischen Festungstürmen und den vergitterten Fenstern. Diese Burg wurde für die Aufnahme verschiedener Szenen des Films „Doktor Schiwago" ausgewählt.

Man erzählt, daß sich die besiegten Araber in die Täler von Alpujarra flüchteten, als die Stadt Granada von den katholischen Königen erobert wurde. Von diesen Tälern aus versuchten sie durch Scharmützel die Stadt der Alhambra den Christen wieder wegzunehmen, die Stadt, von der sie geträumt und für die sie geweint hatten, die Stadt ihrer Tausendundeinen Nacht der Iberischen Halbinsel: Granada.



Die Kathedrale von Sevilla FOTO: WALTRAUD VÖLKER

Wasser und Forellen

In der Nähe liegt das Dorf von Lanjaron, bekannt durch sein Wasser, und weiter hinauf am Fuß des höchsten Berges der Halbinsel, des Mulhacen, 3480 Meter hoch, finden wir die Kleinstädte Bibion, Capileira und Trevelez mit ihren hervorragenden Forellenflüssen.

Am anderen Bergabhang befindet sich die Skistation Sol y Nieve in der Sierra Nevada. An diesem Ort will man Olympische Spiele veranstalten, da es sich um eine der für den Wintersport nach europäischem Standard ausgestattete Station handelt.

Hier ergibt sich das Paradoxon, daß der Tourist oft vormittags auf den gepflegten Bahnen an der Bergspitze Ski fahren kann und nachmittags die Möglichkeit hat, an die Costa del Sol hinunterzufahren, wo ein Bad im Meer auf ihn wartet.

In Jaen wird die Landschaft vollkommen durch die Olivenbäume geprägt. Die Betrachtung der geometrischen Figuren, die durch die spezielle Anordnung der Ölbäume entstehen, lädt ein zu Betrachtungen über die Gesetze der Natur.

In der Stadt, die von Karthagern, Römern und Arabern gebaut wurde, lohnt der Dom der Renaissance eine Besichtigung. Eine Burg, die zum Gasthaus umgebaut wurde und die einst ein fürstliches Schloß arabischer Herkunft war und im Jahre 1246 von König Ferdinand III. erobert wurde, bittet zu festlichem Tisch.

Weiter, am Rande der unermeßlichen Ebene, liegt Saeza, die wegen ihrer mittelalterlichen Schönheit berühmte Stadt. Im Hintergrund leuchtet die Sierra de Cazorla mit ihren mit weißem Kalk gestrichenen Häusern. Touristen und Maler aus der ganzen Welt treffen sich hier. Diese Gegend bietet den Künstlern unzählige Motive, viele von ihnen leben und schaffen ihre Werke hier.

In einer der schönsten Gegenden der Iberischen Halbinsel hat der Fluß Guadalquivir seinen Ursprung. Die Liebhaber der Natur und der Jagd (immer mit der entsprechenden amtlichen Erlaubnis) finden Herden wilder Eber, Hirsche, die seltene Art der Mufflons, Steinadler, Steinbock, Wachtel und andere Tierarten, die in anderen Ländern Europas bereits verschwunden sind.

Selbstbedienung aus der Pfanne

Der Weg nach Almeria führt über Guadix. Wieder können berühmte Wohnungen in Höhlen, die vor 250 Jahren mit Steingut ausgebaut wurden, besichtigt werden. Die Grenzen der Provinz Granada in Richtung Almeria sind bereits überschritten.

Das Dorf Bayrcal, bekannt durch seine Gebirgskochkunst, lockt mit dem Gericht „Migas". Es besteht aus Mehl, Wasser und Öl zusammen mit Blutwurst, Knackwurst, spanischem Pfeffer und Tomaten; alles in einer großen Pfanne zusammengerührt und dann gebraten, aus der man sich selbst bedient.

Später ein nahtloser Übergang vom Grün in eine Wüste. Hier, beim Dorf Tabernas, befinden sich einige Filmateliers, wo zahlreiche Wildwestfilme gedreht wurden. In den Ateliers sind heute noch die „Colts 45" zu hören, preschen Pferde im Galopp. Schöne junge Damen laden ein, die „Saloons" zu besuchen, um dort Sangria und nicht Whisky zu kosten.

JUAN D'AMPI

INTERVIEW MIT IGNACIO FUEJO

„Sonne, Strände, Sport Kultur und Geschichte"

Die Sommersaison 1884 war für Spanien sehr gut. Doch der Generalsekretär für den Bereich Tourismus im Ministerium für Transport und Tourismus, Ignacio Fuejo, erläutert gegenüber der WELT neue Ziele, denn ausruhen will man sich nicht.

Fuejo: Der große Vorteil dieses Sommers im Vergleich zu den vorangegangenen war, daß sich der Touristenstrom über mehr Monate verteilte. Das bedeutet, daß es im Spetember gegenüber dem August keinen Abfall an Übernachtungszahlen gab. Wir haben uns vielleicht von der Kurzzeitsaison früherer Jahre endgültig verabschiedet.

WELT: Kann dieser Prozeß noch intensiviert werden, wenn ja, wodurch?

Fuejo: Ja, das hoffen wir. Ende September hatten wir noch einen Zuwachs von 26 Prozent an Einnahmen in Peseten und noch 13 Prozent Zuwachs in Dollars. Das bedeutet, daß wir unter dem Strich Rekordergebnisse verzeichnen können.

WELT: Heißt das, daß Sie jetzt generell lieber auf amerikanische Brieftaschen schielen als auf europäische?

Fuejo: Wir haben gerne Touristen aus aller Herren Länder bei uns. Was Amerika angeht, hatten wir nur einen geringen Marktanteil, doch wir sehen heute, daß wir diesen Anteil verbessern können. Auf dem europäischen Markt sind wir eh plaziert.

WELT: Welches ist die Nummer eins, die Bundesrepublik Deutschland?

Fuejo: Nein. 1984 war Großbritannien Nummer eins vor der Bundesrepublik Deutschland. Aus der Bundesrepublik verzeichnen wir keinen Zuwachs. Um genau zu sein, Zuwachs schon, was Personen angeht, nicht aber, was die Deviseneinnahmen angeht. Aus Großbritannien verzeichnen wir dagegen in den zurückliegenden neun Monaten einen Zuwachs von 18 Prozent. Daher ist Großbritannien auch auf Platz eins gerutscht und hat die Bundesrepublik Deutschland auf den zweiten Rang verwiesen.

WELT: Sowohl was Übernachtungen als auch Devisen angeht?

Fuejo: Ja, in beidem. Wenn man allerdings die Personen rechnet, die nach Spanien kommen, sind die Franzosen Nummer eins, was naheliegt, da sie unser Nachbar sind.

WELT: Wie kamen 1984 die Reisenden nach Spanien?

Fuejo: Über 60 Prozent der Deutschen kamen in organisierten Touren. Es kam aber auch eine große Zahl von Einzeltouristen, und hier sehen wir eine unserer zukünftigen Aufgaben. Vor allen Dingen in den südlichen Regionen der Bundesrepublik Deutschland, wie Bayern, ist unser Marktanteil sehr gering. Wir glauben, daß wir eine Menge tun können.

WELT: Wie wollen Sie diese Touristen ansprechen? Über die Reiseagenturen oder direkt, oder wollen Sie eigene Ketten vorstellen, wie etwa die Paradores?

Fuejo: Alles hat seine Vor- und Nachteile. Die Reiseveranstalter haben für uns den großen Vorteil, daß sie die Hotels das ganze Jahr über belegen. Denn ihr Buchungsprinzip ist regelmäßig, daß sie die Betten das ganze Jahr über buchen, jedenfalls aber für die sechsmonatige Saison. Das bedeutet, daß sie für uns nach wie vor Brot und Butter sind.

Aber wir glauben, daß es sehr schwer ist, in diesem Bereich zur Zeit noch Zuwächse zu erzielen. Denn dieses Marktsegment ist im letzten Jahr nicht gewachsen. Das gilt nicht nur für Spanien, sondern generell. Wir glauben demgegenüber, daß wir im Individual-Tourismus noch Zuwächse erzielen können.

WELT: Wie wollen Sie den Individual-Tourismus stärker anlocken?

Fuejo: Durch unsere Anzeigen und durch unser Tourismus-Büro. Unsere gesamte Öffentlichkeitsarbeit in der Bundesrepublik Deutschland zielt heute auf den Individualtouristen ab. Wir richten uns damit an eine sozial gehobene Schicht.

WELT: Ja, aber was bieten Sie ihnen an, dasselbe wie das, was sie von den Reiseveranstaltern bekommen?

Fuejo: Nein. Wir versuchen, sie vor allen Dingen in unsere Luxushotels zu kriegen. Wir wollen sie nicht nur in die Küstenregion bekommen, sondern in das gesamte Land.

WELT: Es hat aber so den Eindruck, als werde nach wie vor das Hinterland zugunsten der Küste vernachlässigt. Dabei liegt gerade dort das, was Spanien wirklich zu bieten hat: seine Geschichte, seine Kultur ...

Fuejo: Ja, das stimmt. Die historisch bedeutsamen Städte liegen im Binnenland. Es gibt aber auch Reiseziele, die unweit der Touristenzentren liegen, und wir meinen, als erster Schritt wäre es leichter, das Augenmerk der Touristen auf diese nähergelegenen Ziele zu richten. Nehmen Sie zum Beispiel Granada mit der Alhambra. Sie sind nur zwei Stunden von der Costa del Sol entfernt. Oder nehmen Sie Soria, das nur dreieinhalb Stunden von Madrid entfernt ist.

WELT: Jede Strategie, Individual-Touristen ins Land zu holen, muß mit der Frage beginnen: „Warum kommt der Reisende gerade in mein Land?" Was ist Ihre Antwort für Spanien?

Fuejo: Wir wissen, daß 1984 über 70 Prozent der Deutschen nach Spanien wegen des Klimas, wegen der Strände und wegen der sehr guten Preis-Qualität-Relation kamen. Große Bedeutung hatte bei ihnen auch das Nachtleben. Wir wissen das, und wir müssen zunächst einmal diese Faktoren pflegen.



Blick auf Ronda FOTO: GESCHE - M. CORDES

WELT: Und die Kultur rangiert sehr weit unten?

Fuejo: Sehr weit unten.

WELT: Für Italien ist dies die Nummer-eins-Attraktion. Warum ist das in Spanien nachrangig? Wissen die Deutschen zu wenig über Spanien?

Fuejo: Wir glauben diese Rangangabe für Italien nicht. Die Kultur scheint auch bei Italien nicht die Nummer eins zu sein.

WELT: Die Preis-Qualität-Relation, die Sie so hervorgehoben haben, wird diese nicht bedroht durch den Zustrom an Dollars, durch den Zustrom arabischer Touristen und schließlich durch den Eintritt Spaniens in die Europäische Gemeinschaft?

Fuejo: Unsere Untersuchungen haben gezeigt, daß in den Jahren 1980 bis 1984 die Preise der Pauschalanbieter um acht Prozent gesunken sind. Das bedeutet, daß wir heute die gleichen Dinge zu einem niedrigeren Preis anbieten können. Natürlich hat der Dollar starke Auswirkungen auf die Preise der Reiseunternehmen, denn ein Großteil der Kosten ist nun einmal der Preis für die Flugreise, der in Dollar kalkuliert wird. Was den Eintritt Spaniens in die EG angeht, erwarten wir zumindest für die ersten Jahre sehr geringe wirtschaftliche Konsequenzen im Tourismusbereich. Die Anhebung der Mehrwertsteuer wird vielleicht eine zweiprozentige Auswirkung haben.

Die Investitionen der Araber sind sehr begrenzt in einigen Gebieten und haben überhaupt keine generellen Konsequenzen. So gehen wir davon aus, daß unsere Möglichkeiten nach wie vor sehr gut sein werden und befürchten keine nachteiligen Folgen von der Preisfront.

WELT: Der Trend verstärkt sich, daß Touristen nicht nur wegen des Dolce far niente auf Reisen gehen, sondern sie wollen schwimmen, Tennis spielen, surfen und den Golfschläger schwingen. Ist Spanien in der Lage, diesen Forderungen zu genügen?

Fuejo: Ja, genau. Unsere Marketing-Untersuchungen haben uns einen sehr interessanten Wandel gezeigt, in 1984, aber auch in den Jahren davor. Die Leute wollen nicht mehr den ganzen Tag nur am Strand liegen, sie wollen etwas erleben, und vor allen Dingen wollen sie Sport treiben. Wir wissen, daß wir in den nächsten Jahren noch einiges leisten müssen, was Golf- und Tennisplätze angeht, aber wir sind bereit, dies zu tun.

WELT: Und bereit, dafür auch Geld auszugeben?

Fuejo: Ja, unbedingt.

WELT: Die Förderung des spanischen Tourismus – ist das noch eine zentralspanische Aufgabe?

Fuejo: Soweit es die Förderung im Ausland angeht, wird dies von Madrid betrieben. Den übrigen Bereich haben wir in der Tat den regionalen Autoritäten übertragen.

MARINAS / Stationen für äußerst lebendige Seefahrer, und Cabo Pino ist die schönste unter ihnen

Und preit: „Was Schiff, woher und wohin?"

Von ROLF GÖRTZ

Es gibt Lebende und Tote und solche, die die See befahren. Diese weise Bemerkung des alten Platon ergänzte ein anonymer Segelphilosoph für den Wassersport: „Mit Vernunft hat das alles nichts zu tun." Wer aus dieser Grundeinstellung heraus nach zwei Wochen Knochenarbeit am Regg unterm Motor und über der Klo-Pumpe endlich „segeln gehen" will, den darf auch ein kräftiger Gegenwind nicht mehr erschüttern. So kreuzten wir denn wieder einmal die hundert Meilen von Motril nach Gibraltar gegen-an, als der Wetterdienst für den „estrecho", die Straße von Gibraltar, sieben Windstärken aus West ansagte.

Wer die enge Straße und die steilen Seen zwischen den Säulen des Herkules kennt, der dreht vorher nach Norden ab – Richtung Costa del Sol. „Cabo Pino" lockt unter der kleinen Lampe über dem Kartentisch ein aufgeklebter Nachtrag im Mittelmeer-Handbuch des Deutschen Hydrographischen Institutes: „Ein kleiner Yachthafen in der Nähe von Punta Ladrones mit 2,5 Metern Wassertiefe. Es sind Liegeplätze für Fahrzeuge bis *zu 16 Meter vorhanden*. Wegen Versandung verringert sich die Wassertiefe." Mit halbem Wind müßte man gut dahinkommen, und wenn nicht dorthin, dann eben nach Marbella oder Benalmadena.

Das Leuchtfeuer jedoch, dem sich das Boot gegen vier Uhr morgens unter Fog und Großsegel entgegenschaufelt – dieses merkwürdige Blinzeln findet sich weder im englischen noch im spanischen Leuchtfeuerverzeichnis. Und was sich dann in der ersten Morgendämmerung als Silhouette abhebt, entpuppt sich als ein weit vor der Küste liegendes Spezialschiff mit Bohrturm für die Petroleumsuche. Ein neugieriger Schlepper preit über Funksprech das Übliche: Was Schiff, woher und wohin? Von Cabo Pino hat der Schlepperkapitän, der sich bald auch ohne Glas auf der Brückennock ausmachen läßt, noch nie gehört.

Unter der verschwommenen Bergkette der Sierra Mijas wackelt noch lange eine undefinierbarer Küstensaum im Fernglas auf und nieder. Erst allmählich taucht dort, wo der kleine Yachthafen sein müßte, eine Art Termitenhügel auf. „Eigentlich ein recht malerischer Trümmerhaufen", meint der Macker, der den ersten Becher heißen Tee in das Cockpit reicht.

Von Nahem besehen gibt sich Capo Bino als das Exempel einer gelungenen Synthese zwischen moderner Ferienarchitektur von erfrischender Unregelmäßigkeit und dem Baustil Andalusiens. *Ein verwinkeltes Hochdorf* von acht Stockwerken – mehr breit als hoch – mit Brunnen, Plätzen, Straßenlaternen, mit Restaurants, Boutiquen und einem Selbstbedienungsladen. Alles auf mehrere Stockwerke verteilt.

165 Boote haben davor Platz, einige von ihnen liegen unter Palmen direkt vor der Tür des Appartements. Im gewinkelten Hafenbecken manövriert man wegen der Enge besser unter Motor.

Cabo Pino mag vielleicht der hübscheste unter den 135 an der spanischen Mittelmeerküste einschließlich Balearen gelegenen Yachthäfen sein. Wahrscheinlich aber ist er der kleinste, der sich noch selbst finanzieren kann. In der noch kleineren „Marina del Este" an der Bucht von Almuñecar jedoch scheint die mit dem Kauf eines Liegeplatzes verbundene Verpflichtung, auch einen Bungalow zu übernehmen, nicht zum Erfolg zu führen. Den leeren, seit einem Jahr fertigen Hafen sperrt eine Kette ab. Von den Bungalows sieht man noch nicht einmal das erste Gerippe.

Zu schnellem Ruhm kam dagegen der Yachthafen von Benálmadena bei Torremolinos. Im Deutschen Mittelmeerhandbuch erscheint er im Nachtrag als „Puerto Principe", aber der neueste „Guia Naútico Touristica de España" nahm von ihm noch keine Notiz.

Hier startet am 2. Dezember 1984 die erste Transatlantikregatta, die der Entdeckerroute des „Großadmirals der Ozeane", Christoph Kolumbus, folgt. 30 moderne Rennziegen, von Profis gesegelt, kamen bereits aus Spanien, Frankreich, Holland und England an die Costa del Sol. Auch die mehrrümpfigen Favoriten, mit 25 Metern Länge um acht Meter länger noch als die schwerfällige „Santa Maria" des Kolumbus, finden genügend Platz.

Deutsche Segler, die ihre Boote in Häfen wie Benálmadena angebunden haben, meinen: „Ob ich nun mit dem Auto nach Travemünde oder mit dem Flugzeug nach Malaga fahre – das kommt zeitlich fast aufs selbe raus." Das gleiche gilt für die Häfen an der Costa Brava oder rund um Mallorca. So liegt der malerisch in einem Pinienfjord verpackte Yachthafen von Andraitx nur eine Autostunde vom Flughafen entfernt.

Fast über Nacht schob sich so die spanische Mittelmeerküste mit über hundert ganz neuen Sporthäfen vor das französische Angebot. Die spanischen Plätze liegen nämlich ebenso dicht gesät wie die ihrer Nachbarn. Die Reise dazwischen jedoch *ist* wesentlich sicherer. Denn der Mistral, der von den Alpen herab durch das Rhônetal in die Bucht von Marseille fegt, wirkt sich in spanischen Gewässern nur zwischen der nördlichen Costa Brava und Menorca aus. Vor der Côte d'Azur aber macht dieser aus heiterem Himmel hereinbrechende Sturm *selbst mittelgroßen Handelsschiffen* oft schwer zu schaffen.

Gastsegler und Landtouristen aus Deutschland, Frankreich, England oder Skandinavien brachten nicht nur mehr Sportlichkeit in das zwar lautstarke, aber meist auf den Hafen selbst beschränkte Clubleben der Spanier. Sie führten leider auch das Übel nordeuropäischer Yachthäfen ein: den gezielten Diebstahl an Schiffsteilen.

Dazu ließ man sich in Puerto Banús, dem Superluxushafen bei Marbella, allerdings einen ganz besonderen Gag einfallen. Eine Ausstellung von etwa 200 echten Dalis und Picassos, veranstaltet auf einer voluminösen Yacht, verschwand eines Nachts samt den Schiffen. Auch die spanische Veranstalterin dieser phantasievollen Unternehmung, die vom Marbella-Jet lebhaft beklatscht wurde, löste sich gewissermaßen im Küstennebel auf. Schiff und Mannschaft tauchten später in Cádiz auf. Von der Galeristin aber sowie ihren gut versicherten Dalis und Picassos blieb man ohne Nachricht. Das Boot hatte in Gibraltar Zwischenstation gemacht, und dort versteht man sich auf gewisse Dinge am Rande und jenseits der Gesetze.

Gewiß auch sportlich aufgezogen, aber außerdem mit fröhlichen Gala-Essen und Umtrunks verbunden, erfreuen sich die Cherry-Regatten im Golf von Cádiz von Jahr zu Jahr mehr Teilnehmer. Andalusiens Cherry-Barone beschäftigten sich, während der Wein in seinen Fässern reifte, Generationen hindurch mit der Zucht von Vollblutpferden und gewiß ebenso rassigen Andalusierinnen.

Jetzt entdecken sie den Segelsport mit dem Atlantikhafen Puerto de Santa Maria vor der Haustür.



Im Hafen José Banus in Marbella geben sich die Segel-Kapitäne ein Stelldichein.

Es muß nicht immer die eigene Yacht sein, die dem feuchten Meerestourismus das abenteuerliche Leben *bietet. Und da die Landesregierungen* mancher Küstenländer noch kein rechtes Verhältnis zum internationalen Chartergeschäft gefunden haben, half sich der Eigner und Kapitän der selbstgebauten Dreimastyacht „Pegasus", von Schwarzenfeld, mit immer wieder erneuerten Sondergenehmigungen. Von den Kanarischen Inseln aus unternahm „Pegasus" Tagesausflüge und von den Balearen aus Vierzehn-Tage-Reisen. Eine Zeitlang schipperte man in der Karibik herum. Aber das 24 Meter lange Boot mit dem Teakdeck und den sechs roten Segeln bereitet dem Tagesurlauber das große Erlebnis der Seemannschaft. Keine bezahlte Hand vertreibt den zur Untätigkeit verdammten seebeflissenen Touristen an das Whiskyglas. Jeder bekommt seinen Job. Wer es besonders gut macht, darf auch rudern gehen.

Solange noch ein Freund des segelfreundlichen Königs der Marinekommandant seines Hafens war, konnte von Schwarzenfeld seine Hotelgäste mit dieser Kombination erfreuen. Jetzt soll die Perfektion der erfolgreichen Touristenaktion ein Ende bereiten. Aber muß denn alles gleich ins volle Gegenteil umschlagen? (SAD)

COSTA CÁLIDA / Küste zweier Meere, umrahmt von Gärten und Gebirgen

Vor der Blüte des Mandelbaums

Die Costa Cálida in der Region Murcia bietet dem Spanien-Touristen und dem Anwohner 250 km Strand feinen Sandes und kleinere Felsenstrecken. Ihr „Mar Menor" mit temperierterem und salzigerem Wasser als das des angrenzenden Mittelmeeres, mit dem es anhand von Ka*nälen in La Manga verbunden* ist, stellt eine geographische Einzigartigkeit dar, die bereits die Römer und Araber zu schätzen wußten.

Von San Pedro del Pinatar im Süden von Alicante bis Aguilas, bereits an die *Provinz Almeria* anschließend, ist die Costa Cálida umrahmt von einer südlichen Landschaft, üppig an Palmen, Mandelbäumen, Gärten, Melonen-, Wintertomaten- und Paprikaplantagen und vielen Agaven. Eine Gebirgskette – *Sierra* de la Unión, La Muela, de Algarrobo, Las Moreras, La Almenara – schützt diesen Küstenstrich gegen die Winde des Inlandes.

Ein wirklich außergewöhnliches Klima. Das meteorologische Observatorium von San Javier, an den Ufern des Mar Menor, hat in *den letzten 30* Jahren eine durchschnittliche Höchsttemperatur von 21,7 Grad und Tiefstgrade im Mittel von 12,2 Grad registriert.

Die Blütezeit des Mandelbaumes ist mitten im Winter, im Januar, wenn ein großer Teil Europas vor Kälte zittert, und gibt den Auftakt zu einem vorausgeeilten Frühling. Es regnet wenig, *nur 300 Millimeter pro Jahr*. Ein 100jähriges Bewässerungssystem und die Ingenieurarbeit des Äquaduktes Tajo-Segura (zwei Flüsse, die Hunderte von Kilometern voneinander entfernt sind) versorgen die Anbauzonen und die Bevölkerung mit Wasser.

Diese klimatischen Bedingungen machen die Costa Cálida zu einer idealen Stätte für den Urlaub außerhalb der Hauptsaison; damit vereint sich noch das Vorhandensein einer Infrastruktur von Hotels, Apparte*ments und Restaurants*, welche Gastfreundlichkeit, bodenständige Gastronomie (wie der typische Reistopf mit Fisch) und attraktive Preise bietet.

Zwei naheliegende Flugplätze, El *Altét* und San Javier, verbinden mit allen internationalen und einheimischen Fluglinien. Die Landstraßen N-332, von Barcelona nach Cádiz an der Küste entlang, und die N-301 von Madrid nach Cartagena und die Eisenbahnlinie zwischen der französischen Grenze und Murcia sowie Cartagena garantieren gute Verbindungen.

Die Costa Cálida hat interessante Punkte. La Manga ist ein Paradies zwischen zwei Meeren. Die Strandplätze des *Mar Menor* (Lo Pagán, La Ribera, Los Alcazares, Los Nietos, Los Urrutia, Mar de Cristal) sind optimal geeignet für Familien mit kleinen Kindern, und auf seinen stillen Wassern wird jede Art von Wassersport praktiziert. Cabo de Palos mit seinem erhabenen Leuchtturm und seinen bezaubernden Buchten ragt in das stets blaue Mittelmeer hinein.

La Unión, Wiege des Minnegesangs – jeden Sommer findet ein bedeutendes Festival dieser Spezialität statt mit den besten „Cantaores", Flamencosängern – und Cartagena, beide ziemlich nahe liegend, sind empfohlene Besuchsorte. Cartagena, das „kleine Rom", niedergelassen auf fünf Hügeln, besitzt einen der besten Naturhäfen des ganzen Mittelmeeres. Die lange Zeitspanne der römischen Kolonisierung hat archäologische und künstlerische Spuren hinterlassen. Die Stadt selbst – Hauptstadt der maritimen Zone des Mittelmeeres – ist berühmt für ihre Prozessionen in der Osterwoche.

Die Region Murcia mit 11 000 Quadratkilometer Fläche vereint in ihrem autonomen Territorium viele der geographisch-historischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Charakteristika Spaniens. Die Hauptstadt, Murcia, eine muselmanische Gründung inmitten einer fruchtbaren Nutzgartenlandschaft, hat beachtenswerte *Baudenkmäler bewahrt und ist* eine Stadt der Geschäfte. Lorca hat sein historisch-artistisches Prestige unangetastet bewahrt. Die Seidenstickereien aus kunsthandwerklichen Werkstätten, die Keramik und die Töpferei sowie die biblischen Umzüge laden ein zum Besuch.

Weitere Ausflüge von der Costa Cálida aus bringen den Touristen nach Aledo mit seinem mittelalterlichen Zwinger und zur Sierra España, einem Forstbezirk, der mit Mufflons neu bevölkert wurde, zu den Thermalbädern von Archena und Fortuna und zu den Weingebieten Jumilla, Yecla und Bullas; nach Caravaca de la Cruz und seinen Festen der Mauren und der Christen; nach Moratalla und zu anderen Städten und Gegenden des Inlandes von urwüchsiger Schönheit.

FRANCISCO ARTES CALERO

INFRASTRUKTUR / Generaldirektor Ignacio Vasallo Tomé gibt Auskunft

Noch Probleme in Galicien

Spanien will verstärkt Individualtouristen ins Land holen. Aber ob es über die nötige Infrastruktur verfügt, ist die große Frage. Igna*cio Vasallo Tomé, Generaldirektor* für Tourismus, gab der WELT Auskunft.

Tomé: Wir sind dabei, sie zu schaffen. Schon in diesem Jahr 1984 sind mehr *Individualtouristen nach Spanien* gekommen, als wir erhofft hatten. Dabei hat sich insofern eine Verschiebung ergeben, als die Zuwächse nicht so sehr den Monat August betrafen, sondern die Monate September, Oktober.

Das hätte uns noch Ende der 60er Jahre vor Probleme gestellt, aber aufgrund der vorgenommenen Investitionen sind wir damit gut fertig geworden. Es hat in dem Bereich Urbanistik und im ganzen Sanitärbereich erhebliche Investitionen in den vergangenen Jahren gegeben. Etwa drei Milliarden Peseten von der öffentlichen Hand in touristischen Gebieten.

WELT: *Dies mag für die Mittelmeerküste seine Richtigkeit haben, aber wie sieht es aus mit abgelegeneren Gebieten wie Galicien, wo jetzt auch verstärkt Touristen hingeführt werden sollen?*

Tomé: Hier haben die neugeschaffenen föderativen Verwaltungsorgane neue Verantwortungen übernommen, und sie sind sehr daran interessiert, die Infrastruktur zu verbessern.

Gerade Galicien hat hochgesteckte Ambitionen. Gleichwohl gibt es natürlich ein Problem, das Angebot für den Touristen ist noch sehr reduziert. Es ist ungenügend.

Und wir, die wir eine langjährige Erfahrung haben, geben den regionalen Behörden den Rat, zunächst ein Angebot an Hotels, Betten, Restaurationen und so weiter zu schaffen, bevor sie sich darauf stürzen, einzelne Aspekte ihrer Tradition und Kultur vorzustellen.

Das sind eben die Regionen Spaniens, wo man von Grund auf beginnen will, wenn man die Situation verbessern will. In dieser, vielleicht etwas kritischen Analyse, werden wir durch eine Untersuchung aus dem Innenministerium unterstützt, in dem die Infrastruktur einzelner Provinzen untersucht wurde, und die zu den gleichen Ergebnissen kam.

Aus diesen Studien ergibt sich auch, daß sich die Situation an den *Stränden – bei dem einen Badeort* mehr, bei dem anderen weniger – verbessert hat. In Valencia zum Beispiel gibt es mit Rücksicht auf das Meer konkret Auflagen beim Appartement- und Häuserbau, was soweit geht, daß Anlagen schon verboten worden sind.

WELT: *So stellt zur Zeit die Belastung des Mittelmeers und insgesamt der Umwelt Ihre größte Sorge dar.*

Tomé: An der Costa del Sol zum Beispiel, das ist zuzugeben, war die Situation in den letzten sechs Jahren wirklich ernst. Aber wir haben hier mit ganz enormen Investitionen den Umschwung zur Besserung geschafft.

WELT: *Worauf wird denn das Schwergewicht gelegt, auf Anreize zur Investition oder auf Verbote?*

Tomé: Über Investitionen entscheiden die zuständigen Behörden, und Verbote, etwa Fäkalien ins Meer zu lassen, werden von den Gemeinden oder den Gebietskörperschaften ausgesprochen.

Marbella, charmante Kosmopolis, exklusiv und demokratisch

Von JUAN DE AMPI

Die Hauptattraktion der spanischen Costa del Sol ist das frühere Fischerdörfchen Marbella, 60 km westlich vom internationalen Flughafen Malaga. Prinz Alfonso von Hohenlohe machte sich mit der Gründung seines heute weltberühmten Marabella Club Hotels als erster um den Tourismus und die Beliebtheit Marbellas verdient. Er begann in den 50er Jahren und ist heute von Marbella nicht mehr wegzudenken.

Der exclusive Marbella Club zieht Gäste aus aller Welt an, die sich oftmals zum ersten Mal Marbella ansehen und sich in vielen Fällen entscheiden, entweder wiederzukommen oder gar dazubleiben. Oft sind sie sogar mit der Absicht gekommen, sich dort umzusehen mit der Überlegung, hier eine Art halb-ständigen Wohnsitz einzurichten.

An den Stränden und in den Bergen von Marbella haben sich denn auch viele prominente Familien angesiedelt, die dort in Stille ihr Privatleben in der Umwelt eines in Europa einzigartigen Klimas genießen.

Dieses Klima ist mit Sicherheit einer der Hauptgründe der Popularität Marbellas. Marbellas Hausberg La Concha, der sich wie eine gigantische Muschel hinter der Stadt aufbaut, schützt sie vor den Fallwinden aus der Sierra Blanca. Untersuchungen amerikanischer Universitäten haben ergeben, daß das beste Klima im gesamten Mittelmeerraum hier in der Umgbung von Marbella zu finden ist.

Diese Tatsache hat mit dazu beigetragen, daß sich dieser Badeort in den letzen 10 Jahren so rasant entwickelte; trotz einer Zeit internationaler Rezession.

Den Ausschlag zu dieser jüngsten und modernen Entwicklung Marbellas hat wohl Jose Banus Masdeu gegeben, der im Jahr 1970 einen heute nach ihm benannten Yachthafen mit 1000 Liegeplätzen baute, umgeben von einer, ebenfalls von ihm promovierten Urbanisation, der Nueva Andalucia. Jose Banus Masdeu ist erst vor wenigen Wochen gestorben. Er hat mit dem Puerto Banus und mit Nueva Andalucia ein Werk hinterlassen, mit dem er in die Geschichte eingehen wird.

In den Gründerjahren* brachten diese beiden Werke Touristen und Käufer von Zweitwohnungen an der Sonnenküste aus fast der ganzen Welt nach Marbella. Zunächst vornehmlich Nordeuropäer und vor allem Skandinavier, dann aber auch Amerikaner, welche vor allem gerne ihre Kongresse dort abhielten. Dafür wurden, ebenfalls zur rechten Zeit in den Jahren 1965 bis 1970 entsprechend große Hotels, meist von ausländischen Unternehmern, gebaut. Vorbildlich war in diesem Zusammenhang die Errichtung eines noch heute einwandfrei und gewinnbringend funktionierenden Hotels eines deutschen Abschreibungsfonds der nicht, wie viele, Schiffbruch erlitten hat.

Mit deutschen Steuergeldern wurde jedoch in den Jahren 1965 bis 1975 viel Schindluder getrieben, und so kam denn auch die spanische Sonnenküste am deutschen Markt, sowohl dem touristischen als auch dem Immobilienmarkt, in Verruf. Teilweise sogar mit Recht, obwohl die große Mehrheit der damaligen Scharlatane nicht etwa Spanier, sondern stets deutsche Promotoren waren. Die Behörden hatten dies erkannt und entsprechende Auflagen gemacht.

Deswegen ist Marbella heute von Bauruinen verschont. Die in den letzten Jahren errichteten Anlagen sind meist von einer ansprechenden andalusischen Architektur und großzügig mit Grünflächen umgeben, welche dem regengeplagten Nordeuropäer den Aufenthalt in seiner Sommerresidenz versüßen.

Grün ist aber auch in einer Sportwelt die Hauptsache, die vor allem hier sehr umfangreich ist. Es wird wohl keinen anderen Platz auf der Welt geben, wo sich so viele Golfplätze so konzentriert zusammenfinden, wie in der Umgebung Marbellas und dem Rest der Costa del Sol. Dies bringt Marbella und der Costa del Sol die Zureise der Ausländer in den Wintermonaten.

Die Golfer, die hier ihrer Leidenschaft nachgehen, kommen meist aus höheren Einkommensschichten, und so behält Marbella seine Exklusivität.

Viele Deutsche haben sich gar in Marbella angesiedelt und sind dort in ihrem Beruf tätig oder haben investiert, sich ein Geschäft gekauft und betreiben dies nun hier, genau so wie sie es in Deutschland betrieben haben. Nur eben in einer Umwelt die ihnen vom Klima her mehr zusagt.

Für die Neuankömmlinge sind es diese Seßhaften, die sich immer wieder als Gesprächspartner anbieten, die man um Rat fragt, wenn man zunächst der spanischen Sprache noch nicht mächtig ist. Die Sprache!? Kann man ihr mächtig werden? Ja! Dies ist nur eine Frage der Zeit! Darüber hinaus gibt es internationale Sprachenschulen, wo man innerhalb kürzester Zeit die Grundbegriffe lernen kann. Der Rest kommt dann mit der Praxis des Lebens.

Und die Kinder? Auch hier haben die guten deutsch-spanischen Beziehungen eine gute Grundlage geschaffen. Die internationale Deutsche Schule in Marbella-Elviria. Der Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland hat die „Vaterschaft" dieser Schule 1966 übernommen, die, zwar in ständiger Geldnot (welche Don Juan Hoffmann jedoch immer wieder auf magische Weise beilegt), nach diesen 17 Jahren heute über 400 Kinder aus 24 Nationen in Deutsch und Englisch unterrichtet. Und Abgangszeugnisse dieser Schule sind international anerkannt.

Was Kinder, die hier während ihrer Schulzeit aufwachsen, so ganz nebenbei lernen, ohne sich dessen bewußt zu werden und ohne dafür zu arbeiten, sind eine Mehrzahl von Sprachen, die sie perfekt zu sprechen lernen, da der tägliche Umgang mit den Nachbarn und innerhalb der spanischen Schule und Umwelt das Beherrschen von mehreren Sprachen verlangt.

Marbella ist ein kosmopolitischer Platz geworden. Geradezu ein Schmelztiegel verschiedener Nationalitäten. Wenn auch nicht im Sinne wie in den Vereinigten Staaten, wohin Leute auswanderten, um für immer dort zu wohnen und Amerikaner zu werden, so doch im Sinne bester europäischer Nachbarschaftspflege. In Marbella bestehen die Vereinigten Staaten von Europa bereits in Miniatur. Alle Nationalitäten tummeln sich unter der spanischen Schirmherrschaft und dank einer großzügig gehandhabten Niederlassungspolitik seitens der lokalen Behörden.

Dem Rentner oder Frührentner, der sich hier seinen Platz an der Sonne erwerben will, wird bereitwillig Auskunft erteilt, was seine späteren spanischen Rechte, ja sogar seine Pflichten sind: sich bei seiner Gemeinde ordnungsgemäß anzumelden und dort die Residencia zu beantragen, die man ihm, solange er sich nicht in der spanischen Wirtschaft gewerblich betätigt, noch nicht einmal verweigern darf. Der Beitritt zur EG Anfang 1986 wird noch ein übriges bringen. Unter anderem allerdings mit Sicherheit auch entsprechende Preiserhöhungen.

Heute kann man noch fast zum halben Preis bauen wie in Deutschland. Die Preise der Zweitresidenz-Immobilien sind denn auch erheblich niedriger als in vergleichbaren Regionen Nordeuropas, abgesehen einmal von einigen Superlativ-Urbanisationen, wo die Promotoren ganz bewußt eine Kundenselektion über den Preis erzielen wollen. Eine Stadtwohnung mit drei Schlafzimmern, ein Reihenhaus am Stadtrand oder in den Bergen aber nahe des Yachthafens oder eine kleine Villa mit drei Schlafzimmern, zwei Bädern, 1000 Qadratmetern Garten und Schwimmbad sind mit einer Investition von zwischen 150 000 und 350 000 Mark guter Qualität zu bewerkstelligen.

Selbstverständlich gibt es auch die Million-Dollar Villa, welche regelmäßig die Hand wechselt, meist, weil sich der Erwerber beim Kauf gerade dieses kleine bißchen übernommen hat, das ihn dann die Betriebskosten einer Investition dieses Kalibers nicht mehr schaffen läßt: oder aber er ist dieser Immobilien müde geworden, weil er aus ihr herausgewachsen ist. Die Kinder sind aus dem Haus. Das Haus ist zu groß geworden und er will es für ein überschaubares Appartement eintauschen. Vergleichbare Appartements, welche dann beim Tauschen auch noch ein wenig Flüssiges übrig lassen sollen, sind dennoch recht teuer, weil sie in den Urbanisationen gelegen sind, in denen man Selektion durch Preisgestaltung betreibt.

Werden diese Preise von den Arabern gestaltet, von denen man in letzter Zeit soviel hört? Es ist sicher teilweise richtig, daß die Araber in den Anfangsjahren ihres neuerlichen Erscheinens in Marbella etwas die Preise verdorben haben. Dies jedoch nur im oberen Marktbereich, im Bereich der Millionen-Dollar-Villen.

In allerjüngster Zeit findet man in Marbella in den Sommermonaten auch viele Araber der Mittelklasse. Allein Kuwait Airways hatte diesen Sommer vier Direktflüge wöchentlich nach Malaga und 180 000 Kuwaitis tummelten sich mit anderen Moslems zwischen Anfang Juni und Ende September an der spanischen Sonnenküste. Viele dieser Araber haben sich diesen Sommer ihren Platz in Marbella gekauft. Diese Kundenschicht in Marbella ist wesentlich kritischer als der Araber-Kunde der noch vor wenigen Jahren eine große Villa gekauft hat. Er ist vergleichbar dem europäischen Käufer, der preisbewußt denkt. Er verdirbt die Preise allerhöchstens dem Promotor, der mehr Zeit aufwenden muß. Die Araber sind anwesend in Marbella und zwar vornehmlich im Sommer. Aber sie sind keineswegs Spielverderber und Konkurrenten für den verwöhnten Europäer. Der Araber hat eine sehr große Beziehung zur Familie und wird auch immer im Sommer mit ihr reisen.

Er hat ganz andere Bedürfnisse als der Europäer und so kommen sich die beiden Welten sehr wenig in die Quere. Wer das Ganze sehr gelassen hinnimmt, ist der Marbelli, der Andaluser. Freundlich, hilfsbereit und gastfreundlich heißt er sie alle willkommen in seinem Zuhause. Die Deutschen, die er schon seit Beginn des Touristen-Booms kennt, die Engländer, mit denen er erst seit ca. 5 Jahren (seitdem sie ihr Geld frei aus England ausführen dürfen) vertraut ist und die Araber, zu denen er noch eine ganz spezielle Beziehung von einer Art Haß-Liebe pflegt.

Für die Araber ist es eine sentimentale Rückkehr in ein früheres Zuhause. Für den Andaluser ist seine Anwesenheit eine willkommene Bereicherung seiner Tourismus-Konjunktur.

Kommt die Infrastruktur mit diesem Sammelsurium von Nationen, Sprachen, Mentalitäten und vor allem der Zahl der Personen in Marbella überhaupt zurecht? Recht und schlecht. Recht, weil der Tourist, der Teilzeitresident, wie in allen saisonbedingten Orten eher bereit ist, kleinere Unannehmlichkeiten in Kauf zu nehmen. Er ist entweder im Urlaub oder er arbeitet nicht mehr, hat also mehr Zeit zur Verfügung. Schlecht, weil die Straßenverkehrsbedingungen während der Sommermonate doch einiges zu wünschen übrig lassen. Marbella hat einen ständigen Einwohnerstand von ca. 60 000 Personen. Dort wohnen aber in den Sommermonaten in Hotels, Appartementhäusern und Privatquartieren circa 1 000 000 nur innerhalb des Gemeindebezirkes Marbella.

Der Bedarf ist viel schneller fortgeschritten als das Angebot, das Marbella und die Costa del Sol ihren ausländischen Feriengästen und Niederlassern macht. Es gibt daher viel zu tun. Sie werden es anpacken müssen, die Marbellis und die dort niedergelassenen Ausländer. Die letzteren werden sich ein wenig mehr in die Gemeinschaft integrieren müssen. Die spanischen Gemeinden erlaubten ihnen mittlerweile die Beteiligung an Kommunalwahlen (eine Toleranz die wir uns in Deutschland nicht leisten). Auch Steuern werden sie zahlen müssen (wenn auch in moderatem Umfang), um die notwendigen Invesititonen finanzieren zu helfen, um sicherzustellen, daß ihnen ihr heimliches Paradies erhalten bleibt und zwar mit den Annehmlichkeiten, die sie dort schätzen gelernt haben.

Teilweise beteiligen sich sogar schon internationale Banken durch ihre Präsenz in Marbella konstruktiv daran. Man findet hier Lloyds Bank, Barclays Bank, Banc for Credit and Commerce, Aresbank (Banco Arabe-Espanol). Deutsche Banken, die hierher ihren Kunden (die seit zwanzig Jahren hier vorhanden sind) folgen, finden wir allerdings nicht.

Die Welt in Marbella ist abwechlungsreich und vielseitig, kosmopolitisch und kontrovers.



Mit dem Marbella Club des Prinzen Alfonso von Hohenlohe beginnt das moderne Marbella FOTO: DPA

KASTILIEN / Land der Burgen und Paläste

Voll primitiver Kraft

Segovia gleicht in der Silhouette der Stadt einem Schiff. Der Bug wird von dem hoch aufragenden Alkazar gebildet. Der Anker ruht im Tal des Eresma, so fest dem kastilischen Boden verbunden, heute wie immer. Nur die Völker und Herrscher waren wie das Meer, sie kamen und gingen. Römer, Westgoten, Juden, Araber, Mozaraber, Habsburger und Franzosen. Und wenn diese nicht mit Vorgängern, Nachfolgern oder mit den Alteingesessenen um das Land stritten, sorgte Zank in der eigenen Familie für Unruhe wie im 13. Jahrhundert der Kampf zwischen dem Infanten Alfonso de la Cerda und König Ferdinand IV. um die Erbfolge.

Mit Mauern lebte man am sichersten, und so prägen noch heute Burgen das wehrhafte Land. Die nördlich von Segovia gelegene Burg Coca bildet zusammen mit den Burgen Cuélar, Aravalo und Olmedo ein Viereck, das einst strategische Bedeutung hatte, das dem heutigen Besucher indes nur von fernen Zeiten kündet, und immer wieder neue Pespektiven bietet, je nachdem von welcher Seite die Wälle und Zinnen plötzlich hinter einem Hügel oder am Ende eines Pinienwaldes aufragen.

Von Kastilien sagt mit Recht Salvador de Madriaga: „Hoch gelegen, kahl und weiträumig ergreift dieses Spanien den Geist durch seine primitive Kraft." In Segovia kündet von dieser Kraft schon das römische Aquädukt. 118 Bögen zählt der kyklopische Steinbau, der sich über eine Strecke von 728 Meter spannt. Die gotische Kathedrale, der Alkazar, romanische und gotische Gotteshäuser und das Kloster El Parral bestimmen den Charakter der Stadt, machen sie zu einem europäischen städtebaulichen Juwel.

Gotteshäuser und Paläste prägen auch den Charakter Avilas, der wohl bedeutendsten europäischen Stadt im romanischen Stil. Vollkommen von Wällen umgeben beherbergt es die Kathedrale aus dem 12. Jahrhundert, aus gleicher Zeit die Kirche San Vincente, das königliche Kloster Santo Tomás (den einstigen Sommersitz der katholischen Könige Spaniens), das Kloster Encarnation, das Kloster San José, den Palast der Familie Dávila und schließlich den Palacio de las Aguilas.

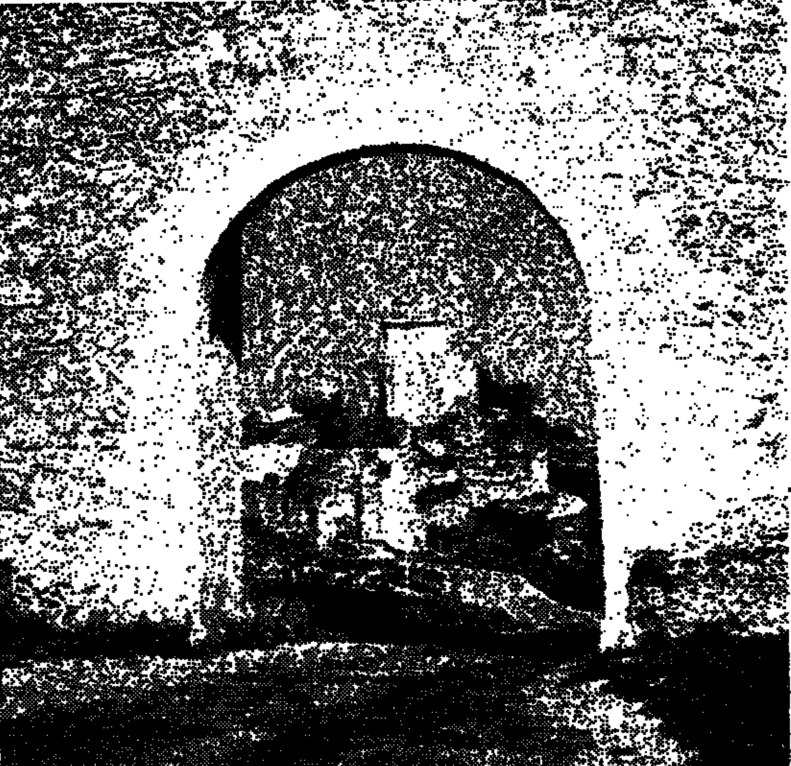
Städte und Dörfer, steinerne Zeugnisse der Geschichte, an einem der schönsten fährt fast jeder vorbei, an Pedraza, einem Bergdorf, das wie ein Gemälde aus dem 16. Jahrhundert aussieht. Der Glanz der Ritter blitzt noch durch die Straßen, Töne eines Minneliedes klingen im Wind, lange Röcke wehen im Schatten der Bäume. Der Plaza Mayor war das Zentrum, hier zeigte der Adel, was er bauen und bieten konnte, hier wohnten die Familien Zamarriego oder de la Floresta.

In der Tradition verwurzelt wie die Städte ist auch die Küche. In der Region Alcarria mit der Stadt Sigüenza etwa das kastilische Gericht Zicklein „a la barrena", die Knoblauchsuppe und „migas en caldero". Berühmt sind auch die Backwaren mit Wein und Honigseim „Biszochos borrachos". Im „Meson de Candido", einem – laut „VIF" – der besten spanischen Regionalrestaurants in Segovia am Aquädukt gelegen, serviert man Landschinken, weiße Bohnen mit Schweinsohren und -füßen, Rebhuhn „en escabeche" (eingelegt) oder „estofado" (geschmort), Flußkrebse oder *Lammbraten*.

Avila präsentiert sich mit „yemas de Santa Terese" (gezuckertem Eidotter) zum Dessert, nachdem als Hauptspeise Milchkalb aus dem Amblés-Tal oder „Judias del Barco de Avila" (Bohnen mit Speck und Paprika) serviert wurden.

Nicht zu verschweigen die Hauptstadt Kastiliens, Madrid. Die Küche der Region wird gepflegt etwa im „Sixto Gran Meson", im „El Schotis" oder im „Botin". Hier sitzt der Gast, wenn er will, direkt an der Quelle, in diesem Fall einem Ofen mit langer Geschichte, der die Zahl der Lämmer und Ferkel nicht mehr zu zählen vermag. Besser als hier und heute kann es in den Burgen und Herrenhäusern vergangener Jahrhunderte auch nicht gemundet haben. Und es kommt keiner, der es neidet.

G. DEANO



Blick auf den Parador „Marques de Villena" FOTO: DIE WELT

SEVILLA / Hier werden neue Modelle und Serien vorgestellt

Stadt für Arbeit und Entspannung

Sevilla, bevorzugte Stätte für die Abhaltung von Kongressen, kann die Alternative sein, die der Geschäftsmann in der Stunde der Planung der Stadt für seine Kongresse oder Seminare sucht, da sie ihm im jetzigen Moment das bietet, was jedermanns Wunsch ist: das alltägliche und angespannte Tagewerk des Kongresses mit der Entspannung einer kulturellen, touristischen und sportlichen Zerstreuung zu verbinden.

Diese Faktoren finden sich in berufener Weise in dieser Stadt, die dennoch vielen Unternehmern als mögliche Gastgeberstadt für internationale Kongresse oder Konventionen unbekannt ist. Allerdings haben bereits Firmen wie zum Beispiel Mercedes Benz, für die Taufe neuer Modelle Sevilla gewählt. Im kommenden Monat werden wieder neue Serien vorgestellt werden.

Sevilla bietet auch den unentbehrlichen Rahmen für die Abhaltung solcher Veranstaltungen oder für Kongresse, da die Stadt über ein gutes Hotelnetz verfügt. Auch macht die Infrastruktur der Verkehrswege das Eintreffen leicht.

Aber es sind nicht nur die geographische Lage oder die gebotenen professionellen Dienste, sondern das, was das „meeting", den Kongreß oder die „Geschäftsreise" ablöst, kurzum, der faszinierende kulturelle und künstlerische Reichtum. Daher bietet Sevilla dem Kongreßteilnehmer die Möglichkeit, nach Beendigung der Tagesarbeit den Tag mit Entspannung und Unterhaltung abzuschließen, wie etwa einen Flamenco-Abend.

So geben sich in Sevilla die wichtigsten Kulturen ihr Stelldichein, nachdem die Stadt 800 Jahre vor Christus von Phöniziern gegründet worden war. Über die Karthager gelangte sie in römische Hände, daher der Name „Hispalia" (206 a. C.) um später dann die Invasion der Moslems über sich ergehen zu lassen mit 700 Jahren ihrer Herrschaft. Solange hieß die Stadt „Isbilia", bis sie schließlich von den Kastiliern zurückerobert wurde. Sevilla ist auch die Wiege des großen Abenteuers der Entdeckung von Amerika, deshalb der Beiname „Hauptstadt der Neuen Welt". Hier wurden die neuen Gesetze geschmiedet, und von hier erfuhr die Welt die Neuigkeiten, die Produkte und die Leute, die es auf dem neuen Kontinent gab.

Aus Anlaß der 500-Jahrfeier der Entdeckung Amerikas wird Sevilla der Sitz der Universalausstellung 1992 sein, dazu bestimmt von dem „Bureau Internacional de Exposiciones".

Diese Historie hat eine tiefe Spur hinterlassen, besondere Erwähnung verdient dabei die muselmanische. Der Besucher kann die einzigartige Giralda bewundern (ehemalige Almohadenmoschee) erbaut unter der Herrschaft des Sultans Abu Yacub *Yusuf im Jahre 1184, mit ihren 93* Metern Höhe und den gespitzten Bögen über den Fenstern und abgeschlossen (bereits in neuerer Zeit) durch eine monumentale Statue „de la Fé".

Da ist auch die Große Kathedrale, die auf Grund ihrer Abmessungen die drittgrößte der Christenheit ist und deren architektonische Schönheit (in der Mehrheit gotisch) besticht. Hier befindet sich die Capilla Real mit den Grabmälern spanischer Könige, wertvollen Gemälden aus dem XVII. und XVIII. Jahrhundert und prächtigen Goldschmiedearbeiten. In einer Dependenz finden wir das Grab von Columbus vor, auf den Schultern von vier großen Statuen, welche die vier Königreiche der spanischen Krone darstellen: Kastilien, León, Aragón und Navarra.

Außerhalb der Kathedrale, die Reales Alcazares, ein monumentaler historischer Komplex, mit den Salons der Ambassadeure, dem Schlafgemach der maurischen Könige mit polychronierten Türen im Mudejarstil oder der Hof der Puppen mit arabischen Kapitelen.

Am Ende des Tagewerkes kann der Kongreßteilnehmer den Tag mit einem Besuch des unvergleichlichen Viertels Barrio de Santa Cruz abschließen. Hier wird er ein prächtiges historisch-künstlerisches Gefüge erkennen, er kann die bekannten tapas probieren in den Bars oder die andalusischen Weine kosten, vom Condado bis zum Mantilla oder zu den berühmten Sherrys aus Jerez.

In den Straßen reiht sich Restaurant an Restaurant, durch die einst der weibertolle Don Juan Tenorio zog, der sich mit seiner schneidigen Statue auf der Plaza de Refinadores in Erinnerung bringt.

G. DEANO

Redaktion: H.-H. Holzamer
Anzeigen: Hans Biehl, Hamburg